

Mittelstandsbericht 2014

Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
(Abt. I/6 - Tanja Neubauer, Maria Christine Zoder)
Stubenring 1, 1010 Wien

Layout: Romy Lang, Matthias Dolenc (BMWFW)

Druck: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Wien, November 2014

Inhalt

Vorwort	1
Zusammenfassung	3
1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums	10
1.1 Zusammenfassender Überblick	11
1.2 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums	13
1.2.1 Unternehmensstruktur in Österreich	13
1.2.2 Österreich im EU-Vergleich	23
1.3 Beschäftigung	28
1.3.1 Aktuelle Situation in Österreich	28
1.3.2 Österreich im EU-Vergleich	36
1.4 Output	38
1.4.1 Umsatzerlöse	38
1.4.2 Bruttowertschöpfung	42
1.4.3 Ausfuhren von Waren	46
1.5 Abschätzung 2013	47
1.6 Betriebswirtschaftliche Situation	48
1.6.1 Entwicklung der KMU	48
1.6.2 Entwicklung der EPU	55
2 Heterogenität österreichischer KMU	59
2.1 Ein-Personen-Unternehmen in Österreich	59
2.1.1 Ökonomische Bedeutung der EPU in Österreich	60
2.1.2 Bildung und Beschäftigungsaspekte von EPU	64
2.1.3 Spezifische Förderungen	67
2.2 Österreichs Kreativwirtschaft	68
2.2.1 Ökonomische Bedeutung der österreichischen Kreativwirtschaft	68
2.2.2 Kreativwirtschaft als regionaler Faktor sowie deren Standortfaktoren ..	70
2.2.3 Spezifische Förderungen	71
2.3 Unternehmen nach Phasen im Lebenszyklus	74
2.3.1 Reifeunternehmen in Österreich	76
2.3.2 Unternehmensnachfolge in Österreich	78
3 Beschäftigung und Qualifikation	82
3.1 Österreichischer Arbeitsmarkt	83
3.1.1 Demografische Entwicklung und Erwerbsquoten	83
3.1.2 Arbeitslosigkeit	86

3.1.3	Wandel der Beschäftigungsformen.....	89
3.2	Aus- und Weiterbildung/Qualifikation in Österreich.....	93
3.2.1	Bildungsstand der österreichischen Bevölkerung.....	94
3.2.2	Duale Ausbildung und Fachkräfteentwicklung.....	96
3.2.3	Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen.....	97
3.3	Förderung der Beschäftigung und Qualifikation in Österreich....	101
4	Aktuelle wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen.....	110
4.1	Wirtschaftliche Entwicklung 2013.....	110
4.1.1	Gesamtwirtschaft.....	110
4.1.2	Sektorale Entwicklung.....	115
4.2	Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen 2014 und 2015.....	123
4.2.1	Gesamtwirtschaft.....	123
4.2.2	Sektorale Entwicklung.....	131
4.3	Unternehmensfinanzierung und Kreditvergabe.....	139
4.3.1	Rahmenbedingungen für die Kreditfinanzierung.....	139
4.3.2	Entwicklung der Unternehmenskredite in Österreich.....	143
5	Maßnahmen zur Förderung der KMU.....	146
5.1	Unternehmerische Initiative.....	147
5.1.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	147
5.1.2	Aktuelle Situation.....	148
5.1.3	Herausforderungen und Ausblick.....	157
5.2	Zweite Chance nach Insolvenz.....	159
5.2.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	159
5.2.2	Aktuelle Situation.....	160
5.2.3	Herausforderungen und Ausblick.....	162
5.3	Prinzip „Vorfahrt für KMU“.....	162
5.3.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	162
5.3.2	Aktuelle Situation.....	163
5.3.3	Herausforderungen und Ausblick.....	165
5.4	Öffentliche Verwaltung.....	165
5.4.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	165
5.4.2	Aktuelle Situation.....	166
5.4.3	Herausforderungen und Ausblick.....	170
5.5	Politische Instrumente – KMU gerecht.....	172
5.5.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	173
5.5.2	Aktuelle Situation.....	173

5.5.3	Herausforderungen und Ausblick	174
5.6	Finanzierung.....	175
5.6.1	Österreich im europäischen Vergleich	175
5.6.2	Aktuelle Situation	176
5.6.3	Herausforderungen und Ausblick.....	183
5.7	Binnenmarkt.....	186
5.7.1	Österreich im europäischen Vergleich	186
5.7.2	Aktuelle Situation	186
5.7.3	Herausforderungen und Ausblick.....	187
5.8	Weiterqualifizierung und Innovation.....	189
5.8.1	Österreich im europäischen Vergleich	189
5.8.2	Aktuelle Situation	189
5.8.3	Herausforderungen und Ausblick.....	195
5.9	Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie.....	195
5.9.1	Österreich im europäischen Vergleich	196
5.9.2	Aktuelle Situation	196
5.9.3	Herausforderungen und Ausblick.....	197
5.10	Internationalisierung.....	197
5.10.1	Österreich im europäischen Vergleich	198
5.10.2	Aktuelle Situation	198
5.10.3	Herausforderungen und Ausblick.....	199
6	Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	201
7	Anhang.....	207
7.1	Nationale statistische Daten.....	207
7.1.1	Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft	207
7.1.2	Struktur nach Größenklassen.....	208
7.1.3	Sektorale Struktur nach Größenklassen.....	209
7.1.4	Gründungsgeschehen	215
7.1.5	Lehrlinge	217
7.2	Konjunkturprognosen	218
7.3	Definitionen.....	219
7.4	Small Business Act	227
7.5	Übersicht der erfassten Maßnahmen	230
7.6	Quellen und Datenverzeichnis	232
7.7	Abkürzungsverzeichnis.....	235



Vorwort

In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten kommen die Stärken der heimischen Wirtschaft besonders zur Geltung: Eine vielfältige Unternehmensstruktur, qualifizierte Fachkräfte und eine hohe Innovationskraft tragen gemeinsam mit guten Rahmenbedingungen dazu bei, dass sich die österreichische Wirtschaft im internationalen Vergleich gut entwickelt hat.

Wie der aktuelle Mittelstandsbericht zeigt, erbringen insbesondere die rund 300.000 kleinen und mittleren Unternehmen herausragende Leistungen. Seit dem Jahr 2008 konnten sie trotz globaler Wirtschaftskrise mehr als 77.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ihre Bruttowertschöpfung um rund neun Prozent steigern. Hervorzuheben ist auch das große Engagement im Bereich der Lehrlingsausbildung, mit dem Klein- und Mittelbetriebe nicht nur das Fachkräftepotenzial von morgen sichern, sondern auch einen Beitrag zur im EU-Vergleich besonders niedrigen Jugendarbeitslosigkeit leisten.

KMU stehen einerseits für solide Wertarbeit, entwickeln andererseits aber auch laufend Innovationen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Darüber hinaus arbeiten sie eng mit Leitbetrieben zusammen, für die wir das Umfeld im Rahmen der neuen Standortstrategie verbessern wollen. Aufgrund der in Österreich besonders eng vernetzten Wertschöpfungskette profitieren alle beteiligten Partner.

Mit dem Small Business Act (SBA) gibt es seit 2008 eine jährliche Benchmark in der Europäischen Union. Die diesjährige Leistungsüberprüfung zeigt, dass die Anstrengungen in die richtige Richtung gehen: Österreich konnte seine Position verbessern und die heimischen Klein- und Mittelbetriebe entwickelten sich dynamischer als ihre europäischen Mitbewerber.

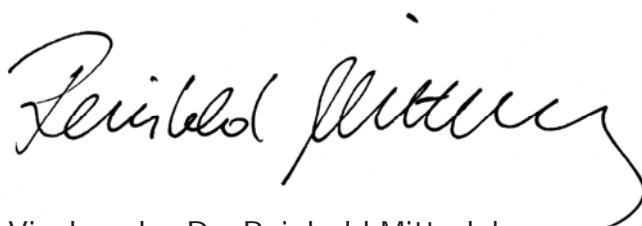
Damit Österreichs KMU auch in Zukunft zu den wettbewerbsfähigsten in Europa zählen, setzt das Wirtschaftsministerium zahlreiche Initiativen zur Förderung und Entlastung der Unternehmen um. In diesem Sinne läuft derzeit

eine umfangreiche Entbürokratisierungs-Initiative. Ziel ist es, dass die Betriebe in Zukunft einfacher wirtschaften können und wieder mehr Zeit für ihr eigentliches Geschäft haben. Daher adaptieren wir zahlreiche überschießende Regelungen und streichen nicht mehr zeitgemäße Vorschriften.

Zudem wollen wir die duale Ausbildung weiterentwickeln und noch attraktiver machen. Größte Herausforderung ist der demographische Wandel. Obwohl sich nach wie vor rund 40 Prozent eines Altersjahrgangs für eine Lehre entscheiden, sinkt die Zahl der Lehrlinge aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge. Daher müssen wir neue Zielgruppen erschließen und die Erfolgsquote der Ausbildung weiter verbessern. So wird etwa das erfolgreiche Pilotprogramm „Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe“ österreichweit implementiert.

Um die Unternehmensfinanzierung zu sichern, bietet die Austria Wirtschaftsservice (aws) zinsgünstige erp-Kredite sowie Zuschüsse und Haftungen mit einem jährlichen Gesamtvolumen von rund einer Milliarde Euro an. Innovative Unternehmen werden durch maßgeschneiderte Förderangebote der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bei ihren Vorhaben unterstützt. Damit KMU auch ihre internationalen Chancen verstärkt nutzen können, haben wir die Exportförderoffensive „go international“ verlängert und aufgrund der Folgen des Russland-/Ukraine-Konflikts finanziell noch stärker dotiert. Die Maßnahmen und Angebote von "go international" unterstützen Klein- und Mittelbetriebe beim ersten Schritt in den Export, bei der Erschließung neuer Wachstumsmärkte und bei der Vermarktung ihrer Innovationen.

Ziel unserer Initiativen ist es, die Rahmenbedingungen für die heimischen Unternehmen weiter zu verbessern und das Motto „Vorfahrt für KMU“ auch in Zukunft zu leben. Klein- und Mittelbetriebe sind und bleiben das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen daher auch im Fokus der österreichischen Wirtschaftspolitik.



Vizekanzler Dr. Reinhold Mitterlehner

Bundesminister für Wissenschaft,
Forschung und Wirtschaft

Zusammenfassung

Österreichs kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden eine wichtige Säule der heimischen Wirtschaft. 99,6 Prozent der Unternehmen zählen zu den KMU, welche die maßgeblichen Umsatz- und Bruttowertschöpfungsanteile erzielen und über zwei Drittel aller Beschäftigten einen Arbeitsplatz bieten. Auch im Bereich der Fachkräfteentwicklung kommt den KMU eine wichtige Funktion zu, denn mehr als zwei Drittel aller Lehrlinge werden in kleinen und mittleren Betrieben ausgebildet. In den vergangenen Jahren konnten sich KMU im schwierigen konjunkturellen Umfeld vergleichsweise stabil entwickeln und nach Rückgängen 2009 bereits 2011 hinsichtlich Umsatz und Beschäftigung wieder Werte über dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008 verzeichnen. Die heimischen kleinen und mittleren Betriebe sind damit für die im EU-Vergleich gute Arbeitsmarktsituation in Österreich mitverantwortlich. Gerade im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit kann Österreich die niedrigsten Werte in der EU aufweisen, was wesentlich auf das heimische duale Ausbildungssystem und die Ausbildungsleistung der Unternehmen zurückzuführen ist. Das Thema „Beschäftigung und Qualifikation“ bildet einen Schwerpunkt des vorliegenden Mittelstandsberichts und ist Inhalt eines gesonderten Kapitels, welches die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sowie die Situation im Bereich der (Aus- und Weiter-)Bildung aufzeigt. Neben umfassenden Daten zur strukturellen und betriebswirtschaftlichen Situation und Entwicklung der KMU zählen Maßnahmen zur Förderung der KMU, die nach den zehn Grundsätzen des Small Business Acts (SBA) der europäischen Kommission gegliedert werden, zu den wesentlichen Inhalten des vorliegenden Berichts.

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

Im Jahr 2012 handelte es sich bei 99,6 Prozent bzw. mehr als 313.700 Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft um KMU. Diese beschäftigten knapp 1,9 Millionen selbstständig und unselbstständig Erwerbstätige und bildeten knapp 68.000 Lehrlinge aus. Die KMU erzielten 2012 Umsatzerlöse von mehr als 450 Milliarden Euro (netto) bzw. eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von fast 108 Milliarden Euro. Die KMU haben sich sowohl im kurzfristigen Zeitvergleich (2010 bis 2012) als auch im langfristigen (2008 bis 2012) dynamisch entwickelt. Die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz von KMU lagen, nach Rückgängen im Krisenjahr 2009, 2011 wieder

deutlich über dem Niveau von 2008. Die Anzahl der Unternehmen stieg am stärksten im Bereich der Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Im Jahr 2012 zählten rund 37 Prozent aller Unternehmen zu den EPU. Im EU-Vergleich wird deutlich, dass in Österreich ein geringerer Anteil innerhalb der KMU den Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten zuzuordnen ist. Da die österreichischen KMU damit im Durchschnitt etwas größer sind, weisen sie im EU-Vergleich auch höhere Beschäftigungs- und Umsatzanteile auf.

Im Jahr 2012 wurden rund 21.000 Unternehmen **neu gegründet**, die Hälfte davon waren Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte. Der Anteil der Neugründungen an der Gesamtheit der Unternehmen (=Neugründungsquote) belief sich 2012 auf rund 6 Prozent. Im EU-Vergleich gehört Österreich zu den Ländern mit den niedrigsten Neugründungsquoten; die heimischen Unternehmen weisen jedoch auch geringere Schließungsquoten (rund 6 Prozent auf und bestehen länger am Markt als in den meisten anderen EU-Ländern).

Heterogenität österreichischer KMU

Die österreichischen KMU sind von großer Vielfalt geprägt. Die Heterogenität zeigt sich etwa in Bezug auf Unternehmensgröße, Branche oder auch Phase im Unternehmenslebenszyklus, in dem sich ein Unternehmen befindet. Auch immer mehr Frauen machen sich unternehmerisch selbstständig und bereichern damit die Vielfalt innerhalb der unternehmerisch tätigen Personen.

Im Jahr 2012 handelte es sich bei rund 115.200 Unternehmen bzw. 37 Prozent aller Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft um **Ein-Personen-Unternehmen**. Die meisten EPU sind im Bereich der wissenschaftlichen, technischen und freiberuflichen Dienstleistungen aktiv. Sie verfügen über einen vergleichsweise hohen Bildungsstand und nehmen häufig an Weiterbildungsaktivitäten teil. Mehr als ein Drittel der Ein-Personen-Unternehmer/-innen arbeitet Teilzeit.

Der Strukturwandel und Trend zu einer wissensbasierten Gesellschaft ist auch eng verbunden mit der steigenden Bedeutung der **Kreativwirtschaft**. Im Jahr 2012 gab es insgesamt rund 39.000 Kreativwirtschaftsunternehmen mit rund 139.600 Beschäftigten. In etwa jedes zehnte Unternehmen ist damit diesem Wirtschaftsbereich zuzuordnen. Während Kreativwirtschaftsunternehmen überwiegend in städtischen Gebieten angesiedelt sind, entwi-

ckeln sich diese – ausgehend von einem geringen Niveau – auch in ländlichen Gegenden dynamisch und haben damit das Potenzial, zur Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen beizutragen.

Nach wie vor entscheiden sich Männer häufiger für die Selbstständigkeit als Frauen. Im EU-Vergleich gründen jedoch Frauen in Österreich häufiger Unternehmen als in den meisten anderen EU-Staaten. **Unternehmerinnen** sind anteilmäßig besonders häufig im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (inkl. Frisör- und Kosmetik-Salons) zu finden.

Neun von zehn österreichischen Unternehmen zählen laut EU-Definition zu den **Familienunternehmen**. Sie zeichnen sich durch nachhaltiges Handeln und Stabilität aus und stellen damit eine wichtige Basis der Wirtschaftsstruktur dar.

Mehr als die Hälfte der österreichischen Unternehmen befindet sich im **Unternehmenslebenszyklus** in einer sogenannten **Reifephase**. Reifeunternehmen sind überdurchschnittlich häufig unter den älteren Unternehmen sowie auch in der Beherbergung zu finden. Um eine anhaltende Stagnation oder in weiterer Folge eine Unternehmensschließung zu vermeiden, kommt vor allem der Persönlichkeit der Unternehmerperson und deren „Entrepreneurial Spirit“ große Bedeutung zu. Eine weitere Herausforderung, derer sich Unternehmen im Laufe ihres Lebenszyklus zu stellen haben, ist die **Unternehmensübergabe**. Im Zeitraum 2014 bis 2023 stehen 45.700 kleine und mittlere Arbeitgeberbetriebe vor der Herausforderung, Nachfolger/-innen zu finden. Dies entspricht 27 Prozent aller KMU (exkl. EPU) der gewerblichen Wirtschaft Österreichs.

Beschäftigung und Qualifikation

Der österreichische **Arbeitsmarkt** zeichnet sich im internationalen Vergleich durch eine niedrige Arbeitslosenquote aus. Auch die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den niedrigsten in Europa, was unter anderem auf das duale Ausbildungssystem in Österreich zurückzuführen ist. Zur niedrigen Arbeitslosigkeit trägt jedoch auch bei, dass die Österreicher/-innen im Durchschnitt früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden als die Erwerbstätigen im EU-Durchschnitt. Die Regierung hat sich daher vorgenommen, die Beschäftigungsquote Älterer zu steigern.

Das **Bildungsniveau** der österreichischen Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Im internationalen Vergleich zeigt

sich, dass die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren im Bildungssystem in Österreich geringer ist als im EU-Durchschnitt. Gute Werte erzielt Österreich im internationalen Vergleich bei der Weiterbildung und dem lebensbegleitenden Lernen. Die österreichischen KMU sind dabei wichtige Träger der Weiterbildungsaktivitäten – neun von zehn bieten ihren Beschäftigten betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen an.

Aktuelle wirtschaftliche Lage

Die österreichische Wirtschaft war im Jahr **2013** von einer **schwachen Konjunktur** gekennzeichnet. Das reale **BIP-Wachstum von 0,3 Prozent** lag deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Von den drei großen Bereichen der marktorientierten Wirtschaft (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen) hat sich im Jahr 2013 der Dienstleistungsbereich (exkl. Handel) am besten entwickelt. Hier sind sowohl die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten als auch die Umsätze gestiegen.

Für **2014 und 2015** wird ein realer **Anstieg des BIP um 0,8 Prozent bzw. 1,2 Prozent** erwartet. Das Beschäftigungs- und Umsatzwachstum im Dienstleistungsbereich 2013 setzte sich auch im ersten Halbjahr 2014 fort. In der ersten Jahreshälfte 2014 waren zudem auch im produzierenden Bereich und im Handel mehr Mitarbeiter/-innen tätig als im ersten Halbjahr 2013.

Aufgrund laufender Leitzinssenkungen durch die Europäische Zentralbank befinden sich derzeit auch die Zinsen für Unternehmenskredite auf niedrigem Niveau. Über die vergangenen Jahre wurden die Kreditbedingungen seitens der Banken einige Male verschärft und von den Unternehmen wird eine **Verschlechterung der Kreditverfügbarkeit** wahrgenommen. Das Kreditvolumen österreichischer Banken an Unternehmen hat sich zuletzt rückläufig entwickelt.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl an Maßnahmen zur Förderung und Entlastung der österreichischen kleinen und mittleren Betriebe ergriffen. Im europäischen Vergleich wird deutlich, dass Österreich bei der **Umsetzung der zehn Grundsätze des „Small Business Acts“ (SBA) zur Förderung von KMU** zumeist den EU-Durchschnitt übertrifft und damit eines der wettbewerbsfähigsten SBA-Profile aufweist. Im Vergleich zur Leistungsüberprüfung aus dem Jahr 2010/11, die für den letzten Mittelstands-

bericht 2012 herangezogen wurde, konnte Österreich seine Stellung in allen Bereichen halten oder verbessern. Verbesserungen wurden insbesondere in den Bereichen „Zweite Chance“, „Finanzierung“ sowie „Binnenmarkt“ erzielt.

Ziel des ersten Grundsatzes ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die **„Unternehmerische Initiative“** lohnt. Österreich liegt bei der Umsetzung dieses Grundsatzes weiterhin im europäischen Mittelfeld. Während das Umfeld in Österreich als förderlich für unternehmerische Aktivitäten eingestuft wird, sind die Österreicher/-innen im europäischen Vergleich seltener geneigt, das Risiko einer Selbstständigkeit auf sich zu nehmen. Der Verankerung des Unternehmertums als interessante Beschäftigungsalternative kommt damit weiterhin Bedeutung zu. Zur Förderung der „unternehmerischen Initiative“ setzen viele Maßnahmen schon bei der jungen Bevölkerung an, um unternehmerisches Denken und Selbstständigkeit gezielt zu fördern: Entrepreneurship Education wurde über die vergangenen Jahre in den Lehrplänen von Berufsbildenden Schulen verankert und mit dem sogenannten „Entrepreneurial Skills Pass“ gibt es erstmals ein internationales Gütesiegel, das praktische und theoretische unternehmerische Kompetenzen zertifiziert.

Beim zweiten Grundsatz, der darauf abzielt rechtschaffenen Unternehmer/-innen rasch eine **„Zweite Chance“** zu bieten, konnte Österreich seine Position verbessern und lag damit zuletzt über dem EU-Durchschnitt. Positiv haben sich die rückläufigen Kosten für die Unternehmensschließung und die weiterhin vergleichsweise geringe Insolvenzverfahrensdauer ausgewirkt. Durch eine neue Bestimmung im Förderwesen muss zukünftig für den Erhalt einer aws-Förderung der Zahlungsplan noch nicht gänzlich erfüllt sein, so dass auch in diesem Bereich ein Neustart erleichtert wird.

Das **Prinzip „Vorfahrt für KMU“** bzw. „Think small first“ findet in der Gestaltung der österreichischen Gesetzgebung bereits Beachtung, was nicht zuletzt durch die seit 2013 verfassungsrechtlich verankerte Folgenabschätzung von staatlichen Maßnahmen inkl. „KMU-Test“ sichergestellt wird. Erleichterungen bringt zudem die GmbH-Novelle, die eine „Gründungsprivilegierung“ mit geringeren Stammeinlagen vorsieht.

Mit der GmbH-Novelle hat Österreich auch im Bereich der **„Öffentlichen Verwaltung“** Verbesserungen erzielt. Aufgrund des im EU-Vergleich größeren zeitlichen Aufwand und des weiterhin höheren einzuzahlenden Mindestkapitals bei Unternehmensgründungen ist die Position Österreichs beim Grundsatz „Öffentliche Verwaltung“ jedoch weiterhin unterdurchschnittlich.

In den vergangenen Jahren wurden unterschiedliche Maßnahmen umgesetzt, die darauf ausgerichtet sind, KMU verstärkt in das öffentliche Beschaffungswesen einzubinden: Die KMU Strategie der Bundesbeschaffung GmbH wurde etwa in einem 2013 eingeführten Beschaffungshandbuch verankert und mit der „Innovationsfördernden Öffentlichen Beschaffung“ (IÖB) werden innovative Unternehmen gezielt gefördert. Beim Grundsatz **„Politische Instrumente – KMU gerecht“** kann sich Österreich damit nach wie vor über dem EU-Durchschnitt positionieren. Da KMU in der öffentlichen Beschaffung in Hinblick auf ihre relative Bedeutung jedoch weiterhin unterrepräsentiert sind, gilt es die kleinen und mittleren Betriebe weiterhin dahingehend zu fördern.

Wenngleich sich die Kreditbedingungen in den vergangenen Jahren verschärft haben, so gestaltet sich der Zugang zu Finanzierung für österreichische KMU noch immer wesentlich einfacher als in vielen anderen EU-Staaten – sowohl was den Zugang zu Bankdarlehen, als auch zu öffentlichen Finanzierungsmitteln einschließlich Bürgschaften betrifft. Österreich platziert sich beim Grundsatz **„Finanzierung“** damit – im Gegensatz zur letzten Leistungsüberprüfung aus dem Jahr 2010/11 – über dem EU-Durchschnitt. Förderlich wirken die umfassenden, auf den KMU-Bereich abgestimmten Finanzierungsgebote der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) sowie der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH (ÖHT). Im Jahr 2013 wurden mit dem aws Gründerfonds und dem aws Business Angel Fonds zudem zwei Initiativen umgesetzt, die darauf abzielen, die Versorgungslücke im Bereich Risikokapital zu schließen.

Die heimischen KMU sind überdurchschnittlich gut in den EU-Binnenmarkt integriert und betreiben auch aktiver Außenhandel mit Drittländern. Damit erreicht Österreich bei den Indikatoren der Grundsätze **„Binnenmarkt“** und **„Internationalisierung“** fast ausschließlich Werte, die über dem EU-Durchschnitt liegen. Da Normen zur Nutzung von Binnenmarktchancen zunehmend an Bedeutung gewinnen, wurden jüngst Maßnahmen in diesem Bereich eingeführt, die den Zugang von KMU zu Normen verbessern. Die Exportoffensive „go international“ bietet zudem Unterstützung für Österreichs Exporteure.

Eine herausragende Platzierung erreicht Österreich erneut beim Grundsatz **„Weiterqualifizierung und Innovation“**. Es zeigt sich, dass die heimischen KMU im EU-Vergleich überdurchschnittlich innovativ sind, sich häufi-

ger an Innovationskooperationen beteiligen und sich stärker im Bereich der Fortbildung ihrer Mitarbeiter/-innen engagieren. Die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterstützt die KMU bei ihren Innovationsaktivitäten und bietet etwa ein maßgeschneidertes KMU-Paket an.

Auch für den Grundsatz „**Umwelt**“ wird Österreich ein positives Zeugnis ausgestellt. Viele österreichische KMU bieten grüne Produkte an und setzen Maßnahmen im Bereich der Ressourceneffizienz um. Kleine und mittlere Betriebe engagieren sich damit im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR), nutzen das Engagement jedoch seltener als etwa Großunternehmen gezielt für Marketingkonzepte. Die Organisation respACT fördert und stärkt KMU daher bei ihren Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit – etwa durch einen speziellen KMU-Leitfaden.

1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

Methodische Vorbemerkungen

Die in diesem Kapitel für Österreich ausgewiesenen Daten beziehen sich großteils auf die **Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria**.

- In dieser Statistik sind nur Unternehmen enthalten, die entweder Umsätze von mehr als 10.000 € im Jahr erzielen und/oder zumindest einen unselbstständig Beschäftigten haben.
- Zudem ist ein Unternehmen nur einmal enthalten und zwar in jener Branche, in der es schwerpunktmäßig tätig ist.
- Die Gliederung erfolgt nach der europäischen Wirtschaftssystematik NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008). Die vorliegenden Daten sind somit international vergleichbar.
- Die Leistungs- und Strukturstatistik ist zudem die einzige Unternehmensstatistik in Österreich, die neben der Anzahl der Unternehmen und Beschäftigten auch die Umsätze und die Bruttowertschöpfung ausweist. Die einzelnen Indikatoren haben somit dieselbe Datengrundlage.
- Mit den Daten der **Statistiken der Wirtschaftskammer Österreich** sind die Daten der Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria **nur bedingt vergleichbar**. Die Statistiken der WKO folgen einer anderen wirtschaftsstatistischen Gliederung (gewerbliche Wirtschaft). In der Beschäftigungsstatistik (siehe Anhang) und in der Mitgliederstatistik sind zudem z.B. alle Unternehmen ohne Umsatzgrenze enthalten. In der Mitgliederstatistik kann es bei den Kammermitgliedern zu Mehrfachzählungen in den Bundesländern kommen und es werden zum Teil sowohl aktive als auch ruhende Mitgliedschaften ausgewiesen.

1.1 Zusammenfassender Überblick

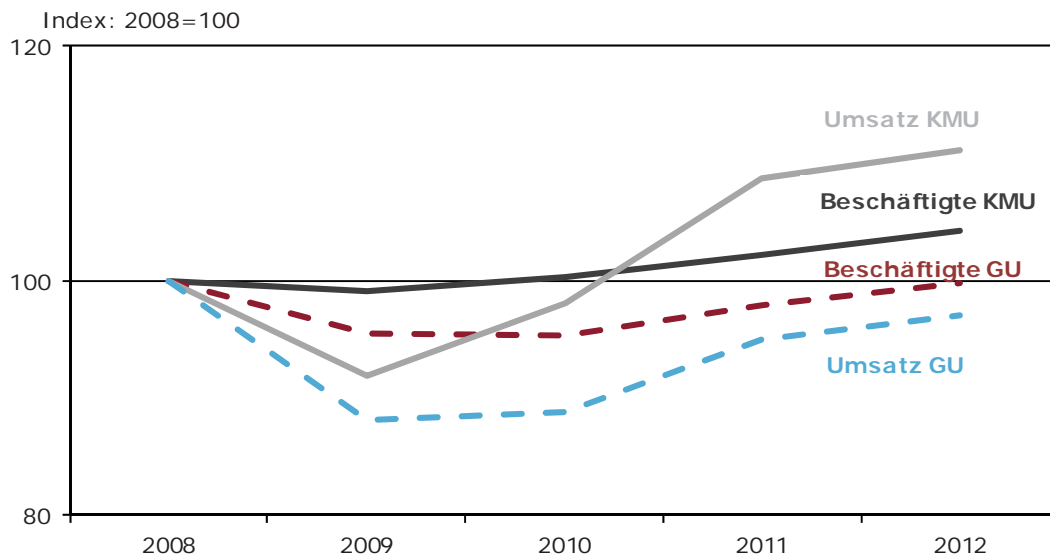
Die österreichische Wirtschaft wird von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) dominiert. Im Jahr 2012 handelte es sich bei 99,6 % der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft um KMU. In absoluten Zahlen waren damit in Österreich mehr als 313.700 KMU tätig. Diese beschäftigten knapp 1,9 Mio. selbstständig und un-selbstständig Erwerbstätige bzw. mehr als zwei Drittel der Beschäftigten der marktorientierten Wirtschaft in Österreich. Die KMU erzielten 2012 Umsatzerlöse von mehr als 450 Mrd. € (netto) bzw. eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von fast 108 Mrd. €. Die KMU haben sich sowohl im kurzfristigen Zeitvergleich (2010 bis 2012) als auch im langfristigen (2008 bis 2012) dynamisch entwickelt.

Tabelle 1 Überblick über die KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2012				
	Absolut	Anteil KMU in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
Unternehmen	313.729	99,6	2,0	4,7
Beschäftigte	1.868.131	66,8	4,0	4,3
Umsatzerlöse in Mio. € (netto)	450.417	63,5	13,2	11,1
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. €	107.571	58,8	9,2	8,8

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Die Anzahl der KMU ist zwischen 2008 und 2012 stärker gestiegen (+4,7 %) als jene von Großunternehmen (+0,6 %). Folgende Grafik zeigt, dass dies auch auf die Beschäftigten und den Umsatz von KMU zutrifft. Die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz von KMU lagen – nach Rückgängen im Krisenjahr 2009 – 2012 wieder deutlich über dem Niveau von 2008. Die Beschäftigung und vor allem die Umsätze von Großbetrieben haben 2012 das Vorkrisenniveau von 2008 noch nicht wieder erreicht. Dies verdeutlicht die wichtige stabilisierende Rolle von KMU für die österreichische Wirtschaft.

Grafik 1 Entwicklung der Beschäftigten und des Umsatzes von KMU und Großbetrieben in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2008 – 2012 (Index: 2008=100)



Anmerkung: GU = Großunternehmen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

1.2 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1.2.1 Unternehmensstruktur in Österreich

Im Jahr 2012 gab es in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Österreich mehr als 313.700 kleine und mittlere Unternehmen² (KMU)³. Bei rund 87 % davon handelte es sich um Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten⁴. In dieser Größenklasse⁵ sind auch Ein-Personen-Unternehmen (= Unternehmen mit einem einzigen Beschäftigten; EPU)⁶ inkludiert, welche 2012 rund 37 % aller Unternehmen ausmachten. Rund 11 % waren den Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) zuzuordnen, knapp 2 % den mittleren Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte). Insgesamt zählten 2012 damit 99,6 % aller heimischen Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft zu den KMU.

Seit 2008 ist die Anzahl der KMU um 4,7 % gestiegen. Am höchsten fiel das Wachstum zwischen 2008 und 2012 bei den EPU (+8,5 %) aus. Gegenüber 2010 war bei den KMU insgesamt ebenfalls ein Anstieg zu beobachten (+2,0 %).

Tabelle 2 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012				
	Absolut	Anteil an allen Unternehmen in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte ²	274.178	87,1	1,6	4,6
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>115.203</i>	<i>36,6</i>	<i>2,4</i>	<i>8,5</i>
10 bis 49 Beschäftigte	34.165	10,9	4,5	5,6
50 bis 249 Beschäftigte	5.386	1,7	5,9	3,7
KMU insgesamt	313.729	99,6	2,0	4,7
250 und mehr Beschäftigte	1.126	0,4	5,4	0,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	314.855	100,0	2,0	4,7

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings).
 Quelle: Statistik Austria

Differenziert nach Sektoren sind die meisten KMU dem Handel zuzurechnen. In diesem Wirtschaftsbereich waren 2012 rund 74.500 KMU tätig. Dies sind rund 24 % der KMU der marktorientierten Wirtschaft in Österreich. Eine große Anzahl an Unternehmen stellten zudem die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (etwa 62.000 oder knapp 20 % aller KMU), die Beherbergung und Gastronomie (rund 44.500 KMU oder 14 %) sowie der Bau (etwa 32.100 KMU oder 10 %).

Der Anteil der KMU lag im Jahr 2012 in allen Sektoren der marktorientierten Wirtschaft bei zumindest 98 % aller Unternehmen.

Tabelle 3 KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	KMU	Anteil an allen KMU in %	KMU-Anteil an allen Unternehmen des Sektors in %
Bergbau	350	0,1	98,6
Herstellung von Waren	24.538	7,8	98,1
Energieversorgung	2.117	0,7	98,8
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	2.003	0,6	99,6
Bau	32.103	10,2	99,8
Handel	74.506	23,7	99,7
Verkehr	13.792	4,4	99,5
Beherbergung und Gastronomie	44.494	14,2	99,9
Information und Kommunikation	17.624	5,6	99,8
Finanz- und Versicherungsleistungen	6.375	2,0	98,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	19.116	6,1	99,9
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	61.861	19,7	99,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	13.424	4,3	99,2
Reparatur von Gebrauchsgütern	1.426	0,5	100,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	313.729	100,0	99,6
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

Neugründungen

Im Jahr 2012 fanden in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich mehr als 21.000 Neugründungen⁷ statt. Etwa die Hälfte davon betrafen Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte. Bei weiteren rund 43 % der Neugründungen handelt es sich um Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten.

Gegenüber dem Jahr 2008 ist die Zahl der Neugründungen um rund 6 % gesunken. Mit Ausnahme der Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten waren alle Beschäftigten-Größenklassen von einem Rückgang betroffen.

Verglichen mit 2010 haben 2012 um rund 2 % mehr Gründungen stattgefunden. Dies ist vor allem auf die Unternehmen mit 1 bis 4 Arbeitnehmer/-innen zurückzuführen (+29 %). Insbesondere die Anzahl der neu gegründeten Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigten ist demgegenüber deutlich zurückgegangen (rund -13 %).

Die Neugründungsquote der gesamten marktorientierten Wirtschaft lag im Jahr 2012 bei 6,2 % und fiel desto höher aus, je kleiner das Unternehmen war (8,0 % bei Unternehmen mit 0 unselbstständig Beschäftigten versus 1,3 % bei Unternehmen mit 10 und mehr unselbstständig Beschäftigten).

Tabelle 4 Anzahl der Neugründungen sowie Neugründungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen³, 2012					
	2012	Anteil 2012 in %	VÄ 2010/12 in %	VÄ 2008/12 in %	Neugründungsquote 2012 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	10.676	50,7	-12,6	-19,1	8,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	8.947	42,5	29,0	19,0	6,8
5-9 unselbstständig Beschäftigte	917	4,4	-8,8	-16,9	2,6
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	503	2,4	12,5	-0,2	1,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	21.043	100,0	2,1	-5,7	6,2

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
³ In der Statistik zur Unternehmensdemografie werden die Beschäftigten-Größenklassen nach unselbstständig Beschäftigten, und nicht wie in der Leistungs- und Strukturhebung nach Beschäftigten insgesamt, eingeteilt.
Quelle: Statistik Austria

Rund 89 % der im Jahr 2005 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft Österreichs bestanden nach einem Jahr noch. Nach drei Jahren lag die Überlebensquote bei 73 %, nach 5 Jahren bei rund 62 %. Nach sieben Jahren waren noch 53 % der im Jahr 2005 gegründeten Unternehmen aktiv am Markt tätig.

Nach Beschäftigen-Größenklassen steigt mit zunehmender Betriebsgröße auch die Überlebensrate tendenziell an. Fast 70 % der im Jahr 2005 neu gegründeten Unternehmen mit 10 und mehr unselbstständig Beschäftigten bestanden noch nach sieben Jahren gegenüber knapp 50 % der Unternehmen ohne Mitarbeiter/-innen.

Tabelle 5 Überlebensquote von 2005 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Prozent nach Beschäftigten-Größenklassen²				
	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	7 Jahre
0 unselbstständig Beschäftigte	86,9	70,2	58,2	48,9
1-4 unselbstständig Beschäftigte	91,1	75,7	64,6	56,9
5-9 unselbstständig Beschäftigte	94,7	82,5	74,7	69,1
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	91,4	81,8	74,6	69,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	88,9	73,0	61,6	53,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
² Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten bezieht sich auf das Gründungsjahr.
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Differenziert nach Sektoren wurden im Jahr 2012 die meisten Unternehmen im Handel (25 %) neu gegründet, gefolgt von der Beherbergung und Gastronomie (19 %) und den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (18 %). Dies sind jene drei Bereiche mit den meisten KMU innerhalb der marktorientierten Wirtschaft.

Die Neugründungsquote fiel bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (9,0 %) mit Abstand am höchsten aus. Vergleichsweise gering war der Anteil der Neugründungen an den aktiven Unternehmen in den Branchen Bergbau (1,8 %) sowie Wasserversorgung und Abfallentsorgung (2,9 %).

Die höchste 7-jährige Überlebensquote von 2005 neu gegründeten Unternehmen ist in der Energieversorgung (knapp 82 %) zu finden. Danach folgen (mit Abstand) die Herstellung von Waren (rund 65 %) und das Grundstücks- und Wohnungswesen (rund 59 %). Im Bergbau und im Verkehr waren demgegenüber nach 7 Jahren weniger als 45 % der Unternehmen noch aktiv am Markt tätig.

Tabelle 6 Anzahl der Neugründungen, Neugründungsquote¹ sowie Überlebensquote von 2005 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2012				
	Neugründungen	Anteil in %	Neugründungsquote in %	7-jährige Überlebensquote in %
Bergbau	7	0,0	1,8	41,2
Herstellung von Waren	1.070	5,1	3,8	64,6
Energieversorgung	107	0,5	5,3	81,8
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	63	0,3	2,9	49,1
Bau	2.366	11,2	7,1	53,8
Handel	5.172	24,6	6,2	52,8
Verkehr	1.210	5,8	7,4	44,0
Beherbergung und Gastronomie	3.934	18,7	7,8	48,6
Information und Kommunikation	1.215	5,8	6,5	49,9
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	321	1,5	4,5	56,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	463	2,2	5,3	59,2
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	3.711	17,6	5,1	56,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1.404	6,7	9,0	46,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	21.043	100,0	6,2	53,2
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen				
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Schließungen

Im Jahr 2012 wurden in der heimischen marktorientierten Wirtschaft etwas mehr als 21.300 Unternehmen geschlossen⁸. Bei 56 % davon handelte es sich um Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte. Weitere rund 36 % waren Kleinstunternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten.

Gegenüber 2008 haben 2012 die Schließungen um knapp 10 % zugenommen. Es ist in allen Beschäftigten-Größenklassen ein Zuwachs zu beobachten. Am stärksten sind die Schließungen in diesem Zeitraum bei Unternehmen mit 5 und mehr unselbstständig Beschäftigten angestiegen.

Im kurzfristigen Vergleich (2010 bis 2012) ist die Anzahl der Schließungen relativ konstant geblieben. Dies ist auf den Rückgang bei den Unternehmen ohne weitere Mitarbeiter/-innen zurückzuführen. In den anderen Beschäftigten-Größenklassen ist es im Zeitraum 2010 bis 2012 weiterhin zu einem Anstieg gekommen.

Die Schließungsquote der gesamten marktorientierten Wirtschaft betrug im Jahr 2012 6,3 %. Tendenziell nahm die Schließungsquote mit zunehmender Beschäftigtenzahl ab. Bei den Unternehmen ohne unselbstständig Beschäftigte war diese mit 9,0 % am höchsten, bei Unternehmen mit 10 und mehr Mitarbeiter/-innen mit 1,5 % am niedrigsten.

Tabelle 7 Anzahl der Schließungen sowie Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012					
	2012	Anteil 2012 in %	VÄ 2010/12 in %	VÄ 2008/12 in %	Schließungsquote 2012 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	11.932	56,0	-14,8	0,8	9,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	7.740	36,3	25,1	19,1	5,9
5-9 unselbstständig Beschäftigte	1.038	4,9	42,2	50,0	2,9
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	605	2,8	74,4	65,8	1,5
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	21.315	100,0	0,2	9,9	6,3

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Nach Sektoren differenziert kam es 2012 im Handel (rund 26 % der Schließungen), in der Beherbergung und Gastronomie (rund 19 %) sowie im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen zu den meisten Schließungen. Dies sind auch jene drei Sektoren mit den meisten KMU und Neugründungen in der österreichischen marktorientierten Wirtschaft.

Die Schließungsquote war im Jahr 2012 im Verkehr (8,3 %) sowie in der Beherbergung und Gastronomie (8,1 %) am höchsten und im Bergbau (1,1 %) am niedrigsten.

Tabelle 8 Anzahl der Schließungen und Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2012			
	Schließungen	Anteil in %	Schließungsquote in %
Bergbau	4	0,0	1,1
Herstellung von Waren	1.148	5,4	4,1
Energieversorgung	50	0,2	2,5
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	37	0,2	1,7
Bau	1.928	9,0	5,8
Handel	5.461	25,6	6,5
Verkehr	1.354	6,4	8,3
Beherbergung und Gastronomie	4.075	19,1	8,1
Information und Kommunikation	1.206	5,7	6,5
Finanz- und Versicherungsleistungen	555	2,6	7,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	348	1,6	4,0
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	3.959	18,6	5,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1.190	5,6	7,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	21.315	100,0	6,3
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen ² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Ein (geringer) Teil der Schließungen erfolgt durch die Insolvenz⁹ eines Unternehmens, wobei eine Insolvenz nicht zwangsläufig mit der Schließung des Unternehmens gleichzusetzen ist. Diese werden im Folgenden an Hand von Daten vom Kreditschutzverband von 1870 dargestellt, die auf Grund von unterschiedlichen Methodiken nur bedingt mit den Daten der Statistik Austria vergleichbar sind.

Im Jahr 2012 kam es in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich zu etwa 5.200 Insolvenzen. Eröffnete Insolvenzen stellten rund 60 % der Gesamtinsolvenzen dar, rund 40 % entfielen auf mangels kostendeckenden Vermögens nicht eröffnete Insolvenzverfahren.

Im Zeitraum 2008 bis 2012 sind die Insolvenzen um knapp 4 % gesunken. Der Rückgang ist ausschließlich auf die nicht eröffneten Insolvenzverfahren zurückzuführen (rund -16 %). Die Anzahl der eröffneten Konkursanträge ist von 2008 auf 2012 um rund 6 % gestiegen.

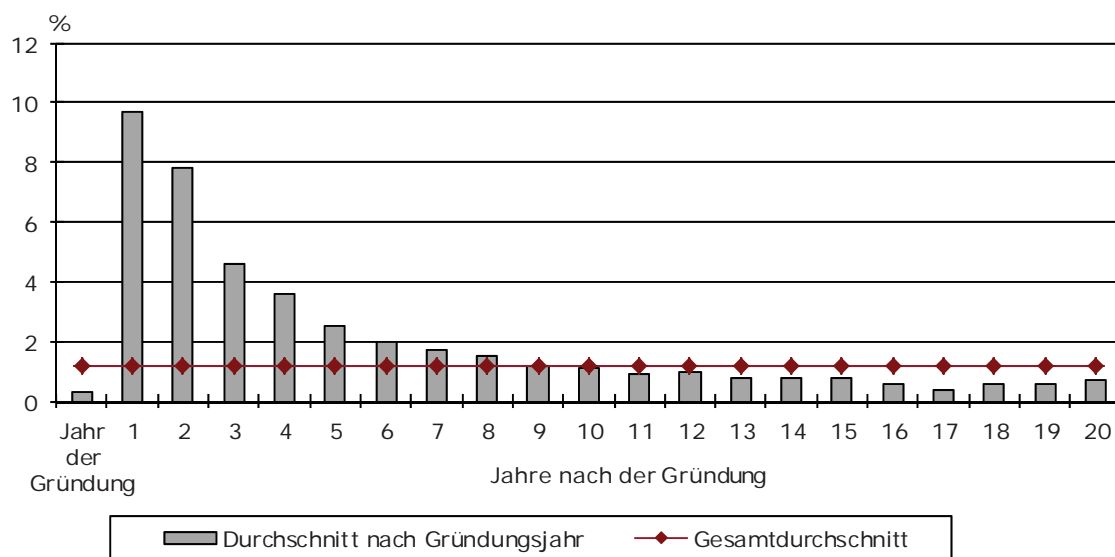
Im Jahresvergleich 2012/13 sind die Insolvenzen um rund 9 % auf etwa 4.700 im Jahr 2013 zurückgegangen. Die Insolvenzquote ist von 1,6 % (2012) auf 1,4 % (2013) gesunken.

Tabelle 9 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft², 2012 – 2013				
	2012	2013	VÄ 2008/12 in %	VÄ 2012/13 in %
eröffnete Insolvenzen	3.110	2.905	6,2	-6,6
Nicht eröffnete Insolvenzverfahren ³	2.109	1.831	-15,8	-13,2
Gesamtinsolvenzen	5.219	4.736	-3,9	-9,3
Insolvenzquote	1,6	1,4	-	-

¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
³ mangels kostendeckenden Vermögens
 Quelle: Kreditschutzverband von 1870

Nach Gründungsjahr betrachtet war die Insolvenzquote im Jahr 2013 im ersten und zweiten Jahr nach der Gründung am höchsten. In den folgenden Jahren hat die Krisenanfälligkeit kontinuierlich abgenommen, die Insolvenzquote lag jedoch erst ab dem neunten Jahr nach der Gründung unter dem Gesamtdurchschnitt.

Grafik 2 Insolvenzquote¹ in Österreich nach Gründungsjahr, 2013, Gesamtwirtschaft²



Anmerkung: Im Gesamtdurchschnitt sind alle Unternehmen unabhängig vom Gründungsjahr enthalten.

¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen

² inkl. Land- und Forstwirtschaft

Quelle: Kreditschutzverband von 1870

Die meisten Insolvenzen innerhalb der marktorientierten Wirtschaft erfolgten im Jahr 2013 im Handel (rund 22 %), im Bau (rund 20 %) und in der Beherbergung und Gastronomie (rund 18 %). Damit fanden knapp 60 % aller Insolvenzen in diesen drei Wirtschaftsbereichen statt.

Die Insolvenzquote war im Verkehr und im Bau (jeweils 2,5 %) am höchsten, am geringsten im Grundstücks- und Wohnungswesen (0,6 %) und im Bergbau (0,7 %).

Tabelle 10 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2013			
	Gesamtinsolvenzen	Anteil in %	Insolvenzquote in %
Bergbau	3	0,1	0,7
Herstellung von Waren	344	7,3	1,2
Energieversorgung	13	0,3	1,0
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	12	0,3	0,8
Bau	945	20,0	2,5
Handel	1.039	21,9	1,2
Verkehr	403	8,5	2,5
Beherbergung und Gastronomie	834	17,6	2,1
Information und Kommunikation	126	2,7	0,9
Finanz- und Versicherungsleistungen	179	3,8	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	112	2,4	0,6
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	329	6,9	0,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	397	8,4	1,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	4.736	100,0	1,4
¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen ² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Kreditschutzverband von 1870			

Gesamthaft betrachtet zeigt sich in der österreichischen Unternehmensdemografie damit im Zeitvergleich 2008 – 2012 ein Rückgang der Neugründungen um -5,7 % bei gleichzeitigem Anstieg der Schließungen um 9,9 %. Die Überlebensquoten sind in Österreich – auch im internationalen Vergleich, wie im nachfolgenden Kapitel zeigt – hoch: Nach drei Jahren sind noch 73 % der neu gegründeten Unternehmen am Markt und nach fünf Jahren noch rund 62 %.

1.2.2 Österreich im EU-Vergleich

Im Jahr 2011 waren in der marktorientierten Wirtschaft der EU-28 mehr als 22 Mio. KMU ansässig. Dies entsprach 99,8 % aller Unternehmen, wobei 92,5 % zu den Kleinstunternehmen (0 bis 9 Beschäftigte) zählten.

In allen EU-Mitgliedstaaten handelte es sich im Jahr 2011 bei mehr als 99 % der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft um KMU.

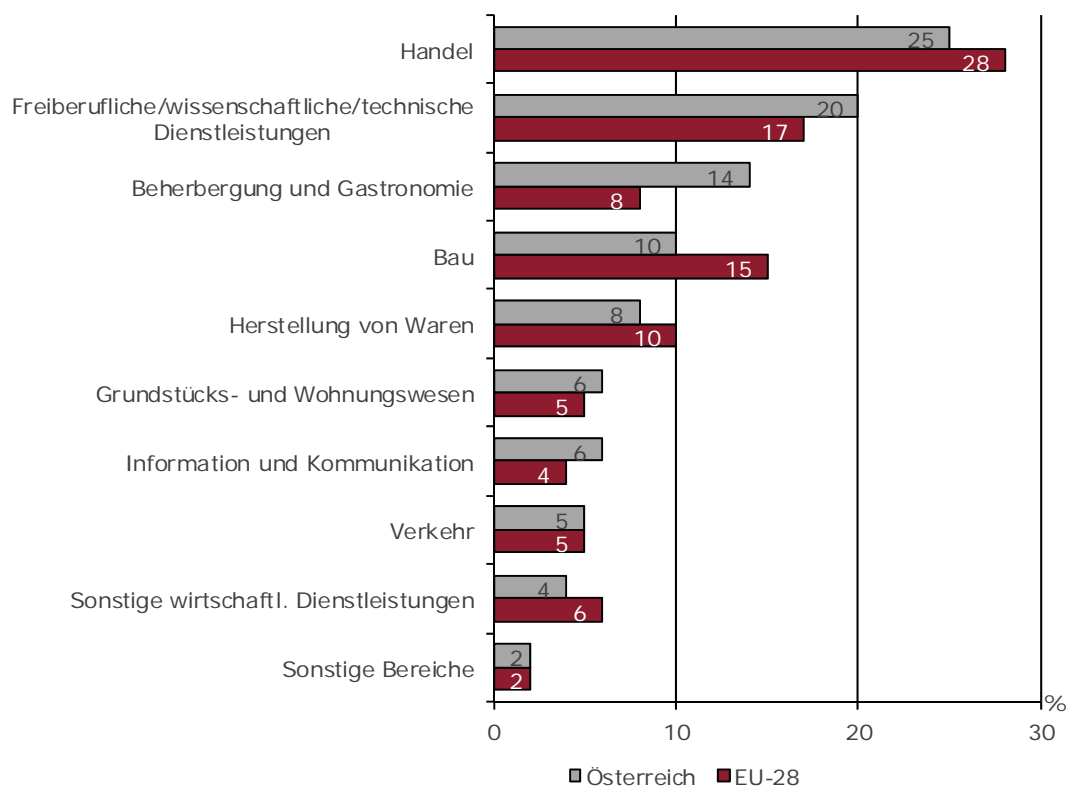
Tabelle 11 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-28 nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011		
	Anzahl der Unternehmen	Anteil an allen Unternehmen in %
0 bis 9 Beschäftigte	20.449.000	92,5
10 bis 49 Beschäftigte	1.380.000	6,2
50 bis 249 Beschäftigte	225.000	1,0
KMU insgesamt	22.054.000	99,8
250 und mehr Beschäftigte	44.000	0,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	22.098.000	100,0
Anmerkungen: gerundete Werte, Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen		
¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)		
Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)		
Quelle: Eurostat		

Ein Vergleich der Aufteilung der kleinen und mittleren Unternehmen nach Sektoren der marktorientierten Wirtschaft zeigt, dass sowohl in Österreich als auch EU-weit die meisten Unternehmen im Handel tätig sind. Der Anteil des Handels ist in Österreich jedoch etwas geringer als im Durchschnitt der EU-28.

In Hinblick auf die Unternehmenszahl kommt insbesondere der Beherbergung und Gastronomie in Österreich eine überdurchschnittlich große Bedeutung zu. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs ist in Österreich höher als in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Der Anteil der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen an der marktorientierten Wirtschaft ist in Österreich ebenfalls höher als in den EU-28.

Demgegenüber sind in Österreich anteilmäßig deutlich weniger KMU im Bauwesen zu finden als im EU-Durchschnitt.

Grafik 3 Verteilung der KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Österreich und dem EU-28-Durchschnitt nach Sektoren in Prozent, 2011



Anmerkung:

Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem vorangegangenen Kapitel nicht vergleichbar.

Abrufdatum Eurostat: August 2014; aktuellste verfügbare Werte für 2011

¹ Abschnitte B bis N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2

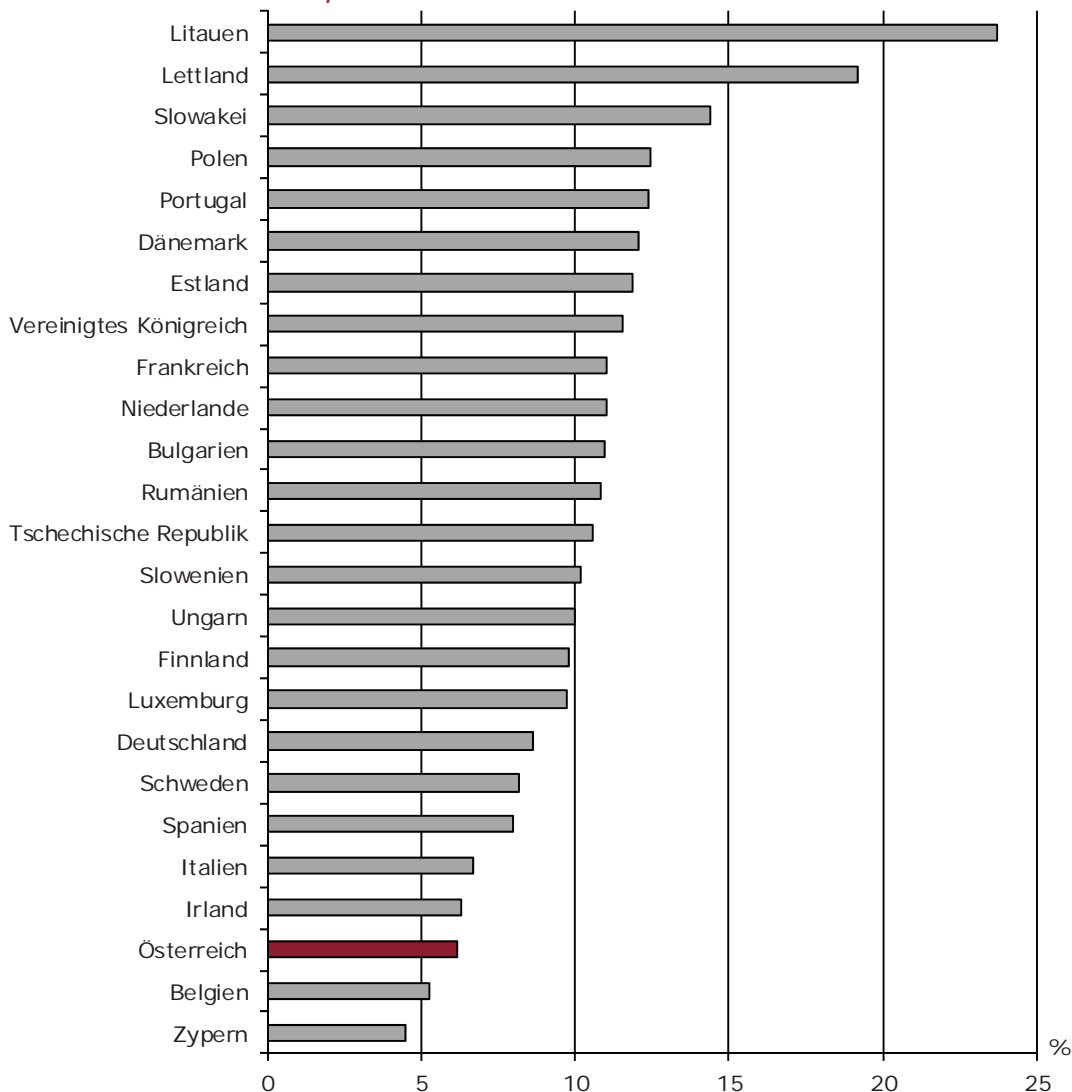
Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Die folgenden Grafiken zeigen einen Überblick über Neugründungs-, Überlebens- und Schließungsquote der 28 EU-Länder. Dabei ist zu beachten, dass die Daten, aufgrund unterschiedlicher methodischer Ansätze (insbesondere in Hinblick auf die länderspezifischen Unternehmensdefinitionen), nur bedingt mit den österreichischen Daten vergleichbar bzw. mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Die Neugründungsquote der Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft fiel in Österreich geringer aus als in den meisten europäischen Ländern.

Grafik 4 Neugründungsquote¹ in Prozent in der marktorientierten Wirtschaft², 2011



Anmerkungen: Die Daten sind insbesondere aufgrund der länderspezifischen Unternehmensdefinitionen nur bedingt miteinander vergleichbar

Abrufdatum Eurostat: August 2014; aktuellste verfügbare Werte für 2011

¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen

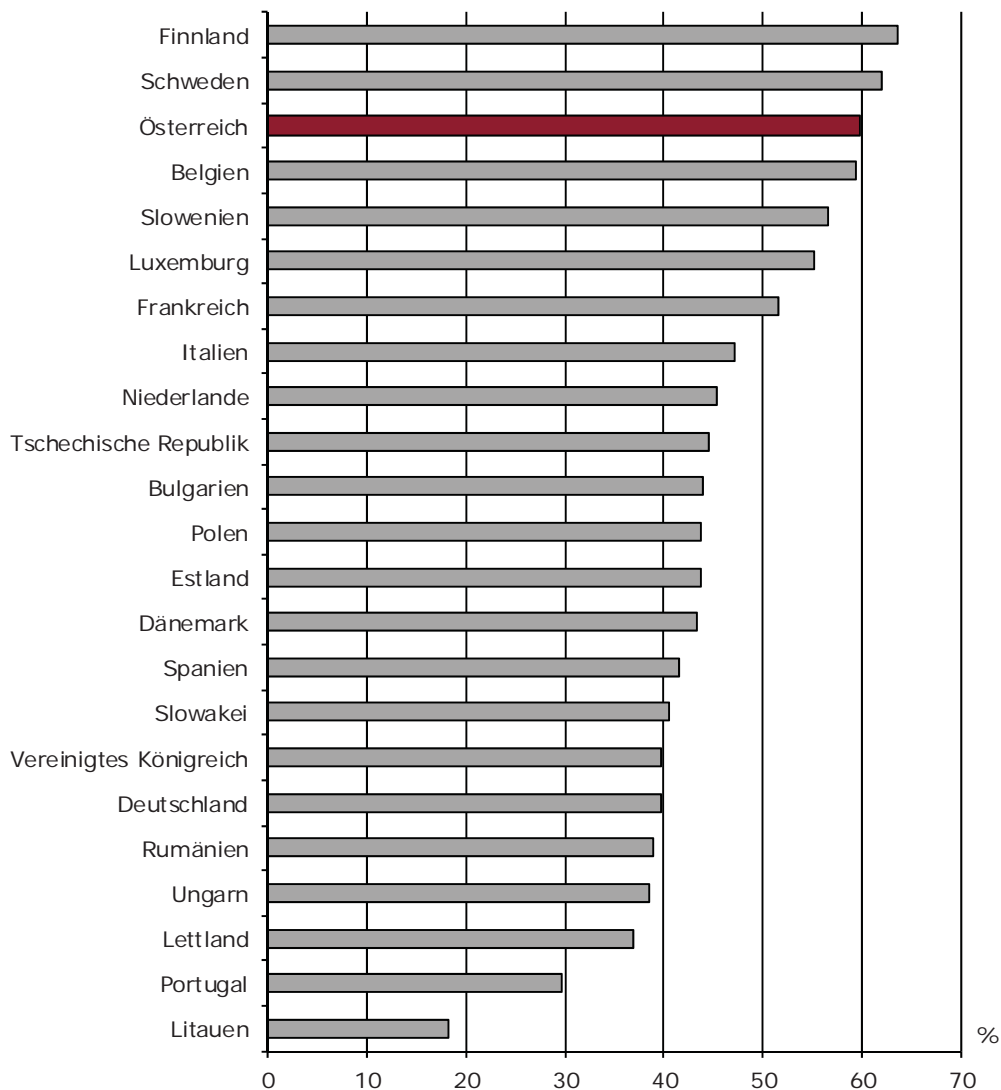
² Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Die 5-jährige Überlebensquote von neu gegründeten Unternehmen war in der österreichischen marktorientierten Wirtschaft höher als in den meisten anderen EU-Staaten.

Grafik 5 5-jährige Überlebensquote von neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2011



Anmerkung: Die Daten sind insbesondere aufgrund der länderspezifischen Unternehmensdefinitionen nur bedingt miteinander vergleichbar

Abrufdatum Eurostat: August 2014; aktuellste verfügbare Werte für 2011

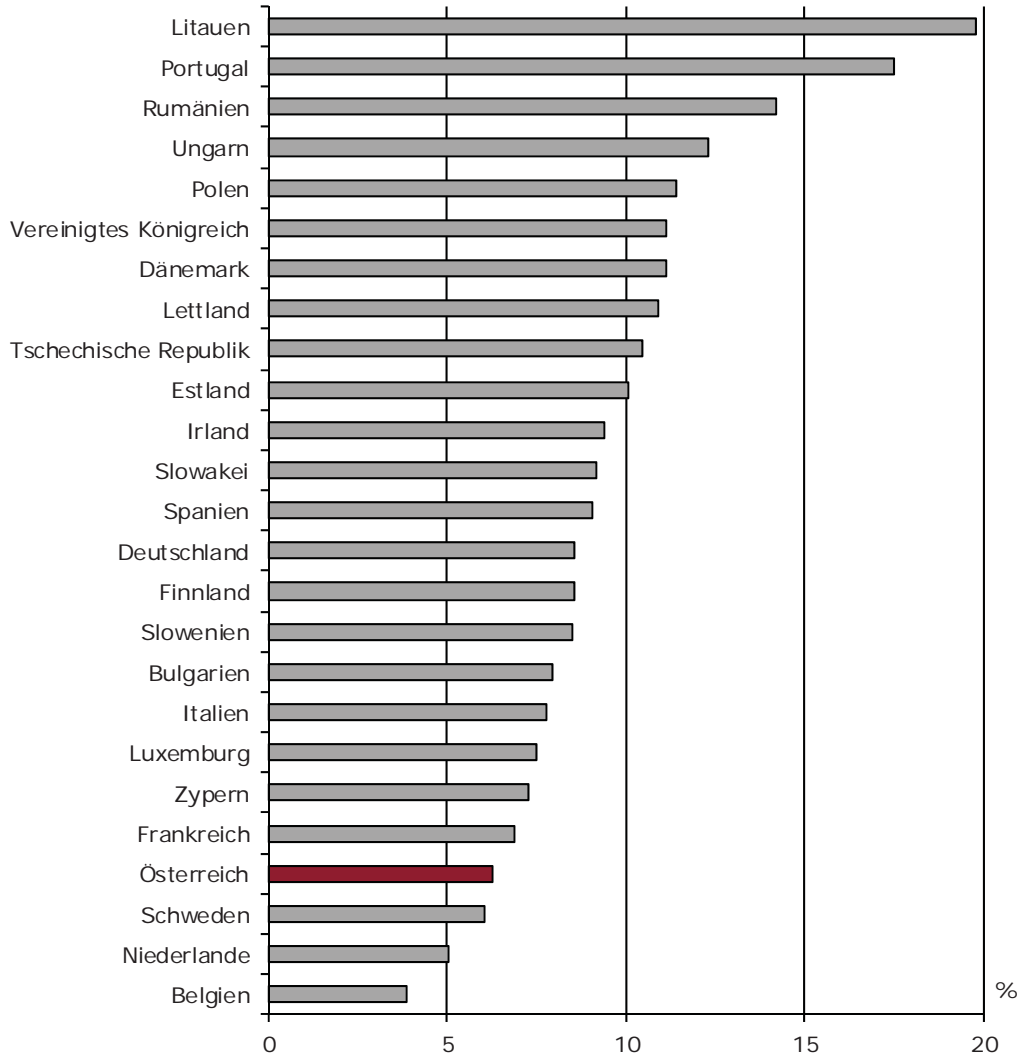
¹ Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Österreich wies im europäischen Vergleich eine niedrige Schließungsquote auf.

Grafik 6 Schließungsquote¹ in Prozent in der marktorientierten Wirtschaft², 2010



Anmerkung: Die Daten sind insbesondere aufgrund der länderspezifischen Unternehmensdefinitionen nur bedingt miteinander vergleichbar

Abrufdatum Eurostat: August 2014; aktuellste verfügbare Werte für 2011

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen

² Abschnitte B bis N der NACE Rev. 2

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Insgesamt ist die österreichische marktorientierte Wirtschaft von einer vergleichsweise niedrigen Neugründungs- und Schließungsquote sowie von einer hohen Überlebensquote gekennzeichnet. Im Vergleich der einzelnen Staaten zeigt sich, dass hohe Gründungsquoten häufig niedrigen Überlebensquoten bzw. hohen Schließungsquoten gegenüber stehen (z.B. Litauen).

1.3 Beschäftigung

1.3.1 Aktuelle Situation in Österreich

Zu Jahresende 2012 beschäftigten die 313.700 österreichischen KMU fast 1,9 Mio. Erwerbstätige (inkl. Inhaber, mithelfende Angehörige).

Insgesamt waren 2012 damit rund 67 % aller selbstständig und unselbstständig Beschäftigten der marktorientierten Wirtschaft in KMU tätig. Diese verteilten sich – im Gegensatz zur Anzahl der Unternehmen – relativ gleichmäßig auf die einzelnen KMU-Größenklassen. Rund 24 % der Beschäftigten arbeiteten in Kleinstbetrieben, rund 23 % in Kleinbetrieben sowie rund 20 % in Mittelbetrieben.

Zwischen 2008 und 2012 ist die Anzahl der Beschäftigten in KMU gestiegen (+4,3 %). Dabei ist es in allen Größenklassen zu einem Wachstum gekommen.

Auch im kurzfristigen Vergleich (2010 bis 2012) hat die Zahl der Beschäftigten in KMU zugenommen (+4,0 %).

Tabelle 12 Anzahl der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2012				
	Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen Beschäftigten in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte ²	679.361	24,3	2,3	3,9
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>115.203</i>	<i>4,1</i>	<i>2,4</i>	<i>8,5</i>
10 bis 49 Beschäftigte	652.244	23,3	4,4	5,3
50 bis 249 Beschäftigte	536.526	19,2	5,9	3,7
KMU insgesamt	1.868.131	66,8	4,0	4,3
250 und mehr Beschäftigte	927.487	33,2	4,6	-0,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	2.795.618	100,0	4,2	2,8
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)				
² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings).				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Der Handel stellt nicht nur die meisten Unternehmen, sondern ist auch der größte Arbeitgeber innerhalb der KMU der marktorientierten Wirtschaft. 2012 waren in kleinen und mittleren Handelsbetrieben rund 422.600 Erwerbstätige (bzw. 23 % aller Beschäftigten in KMU) tätig. Eine große Anzahl an Beschäftigten arbeitete zudem in KMU der Bereiche Herstellung von Waren (rund 321.600 Beschäftigte oder 17 % aller Beschäftigten in KMU), Beherbergungs- und Gastronomie (etwa 261.200 Beschäftigte bzw. 14 %) sowie im Bau (rund 236.800 Beschäftigte bzw. 13 %).

Der Anteil der Beschäftigten von KMU an allen Beschäftigten des jeweiligen Sektors schwankt je nach Wirtschaftsbereich. Die höchsten Anteile von Erwerbstätigen in KMU (mehr als 90 %) wiesen 2012 die Reparatur von Gebrauchsgütern, die Beherbergung und Gastronomie, die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen auf.

Tabelle 13 Beschäftigte in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	Beschäftigte in KMU	Anteil an allen Beschäftigten in KMU in %	Anteil der in KMU Beschäftigten an allen Beschäftigten des Sektors in %
Bergbau	4.090	0,2	67,4
Herstellung von Waren	321.648	17,2	52,2
Energieversorgung	9.050	0,5	31,1
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	12.311	0,7	63,2
Bau	236.760	12,7	83,0
Handel	422.550	22,6	66,0
Verkehr	108.999	5,8	52,4
Beherbergung und Gastronomie	261.246	14,0	94,6
Information und Kommunikation	68.064	3,6	66,3
Finanz- und Versicherungsleistungen	50.343	2,7	40,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	44.872	2,4	91,2
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	207.591	11,1	92,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	116.539	6,2	55,2
Reparatur von Gebrauchsgütern	4.068	0,2	100,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	1.868.131	100,0	66,8
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

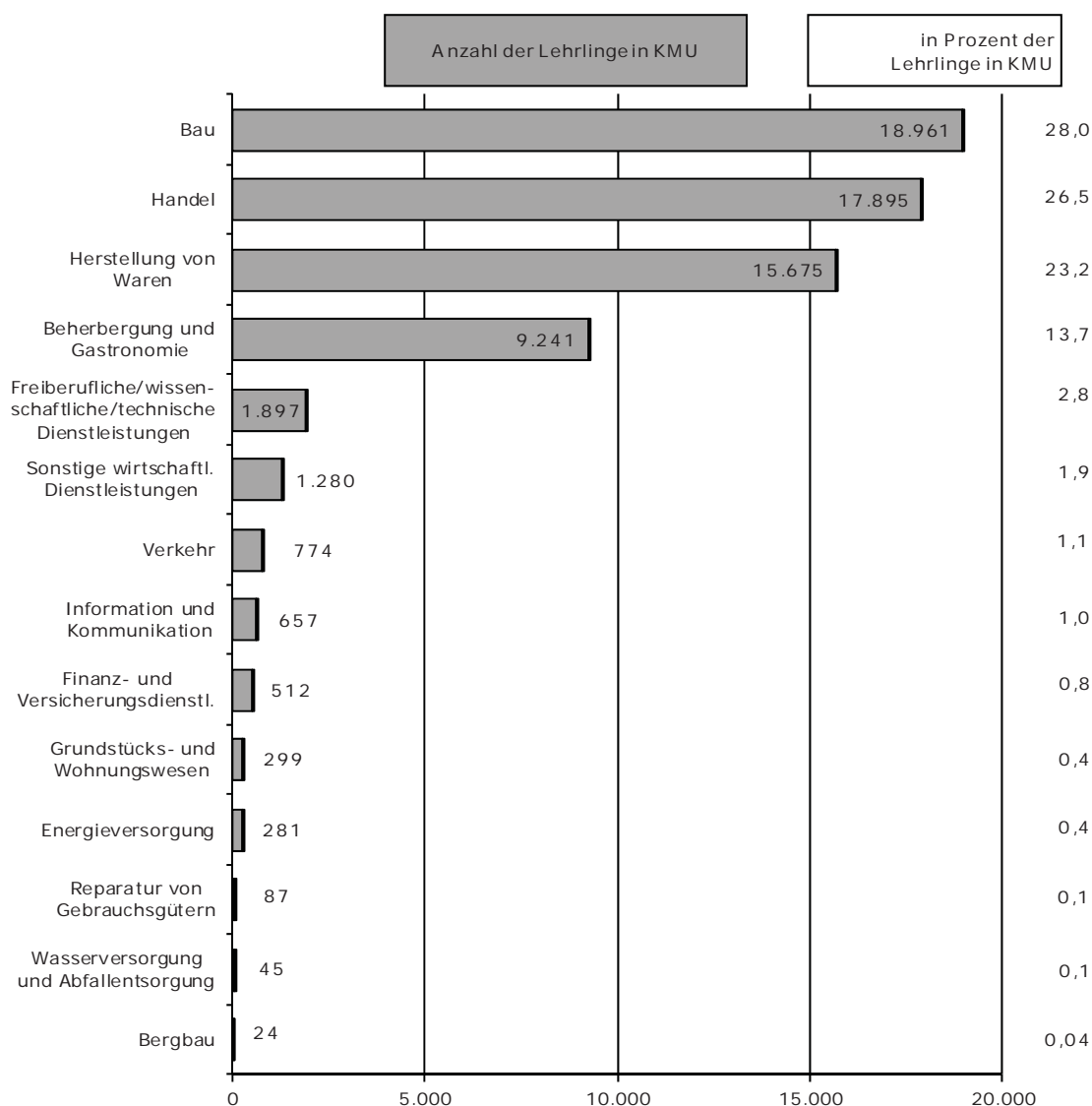
Im Jahr 2012 waren fast 1,6 Mio. unselbstständig Beschäftigte in österreichischen KMU tätig. Damit arbeiteten 2012 rund 63 % aller unselbstständig Erwerbstätigen in KMU. Knapp ein Viertel aller Arbeitnehmer/-innen war in Kleinbetrieben beschäftigt, rund 21 % in Mittelbetrieben und rund 17 % in Kleinstbetrieben. Seit 2008 ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in KMU um 3,4 % gestiegen.

Die österreichischen KMU bildeten 2012 rund 68 % aller Lehrlinge (bzw. knapp 68.000 Lehrlinge) der marktorientierten Wirtschaft aus und sind damit von großer Bedeutung für die Lehrlingsausbildung in Österreich. Innerhalb der KMU entfiel der größte Anteil auf die Kleinbetriebe (rund 34 % aller Lehrlinge). Insgesamt ist die Zahl der von KMU ausgebildeten Lehrlinge zwischen 2008 und 2012 um knapp 13 % gesunken, wobei die Zahl der Ausbildungsbetrieben von 39.606 (2008) auf 33.595 (2013) generell leicht gesunken ist

Tabelle 14 Anzahl der Lehrlinge in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2012				
	Unselbstständig Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen unselbstständig Beschäftigten in %	Lehrlinge insgesamt	Anteil an allen Lehrlingen in %
0 bis 9 Beschäftigte ²	421.764	16,8	14.348	14,4
10 bis 49 Beschäftigte	625.833	24,9	33.428	33,5
50 bis 249 Beschäftigte	534.005	21,3	19.852	19,9
KMU insgesamt	1.581.602	63,0	67.628	67,7
250 und mehr Beschäftigte	927.191	37,0	32.223	32,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	2.508.793	100,0	99.851	100,0
Anmerkungen: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen; Unternehmen mit 1 Beschäftigten (=EPU) haben per Definition keine unselbstständig Beschäftigten und Lehrlinge. Deshalb wird diese Beschäftigten-Größenklasse hier nicht gesondert ausgewiesen. ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) ² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings). Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria				

Untergliedert nach Sektoren wurden im Jahr 2012 die meisten Lehrlinge von Baubetrieben ausgebildet (rund 19.000 Lehrlinge bzw. 28 % aller Lehrlinge der KMU). Knapp danach folgt der Handel mit einem Anteil von 27 % (bzw. rund 17.900 Lehrlingen). Eine große Bedeutung kommt in der Lehrlingsausbildung von KMU auch der Herstellung von Waren zu (rund 15.700 Lehrlinge bzw. 23 %).

Grafik 7 Anzahl der Lehrlinge in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent per 31. 12. 2012



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Neugründungen

Im Jahr 2012 konnten die rund 21.000 neu gegründeten Unternehmen Arbeitsplätze für mehr als 50.000 Beschäftigte (davon für knapp 31.000 unselbstständig Beschäftigte) schaffen, das sind durchschnittlich 2,4 Arbeitsplätze pro Unternehmen.

Die meisten Beschäftigten (rund 43 %) arbeiteten bei Neugründungen mit 1 bis 4 Mitarbeiter/-innen.

Zwischen 2008 und 2012 ist die Anzahl der von neu gegründeten Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze (-0,9 %) weniger stark zurückgegangen als die Zahl der Neugründungen (-5,7 %).

Tabelle 15 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012					
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
0 unselbstständig Beschäftigte	10.388	20,8	0	0,0	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	21.600	43,2	13.750	44,5	2,4
5-9 unselbstständig Beschäftigte	6.419	12,8	5.818	18,8	7,0
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	11.607	23,2	11.357	36,7	23,1
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	50.014	100,0	30.925	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria					

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet waren 2012 die meisten Erwerbstätigen bei neu gegründeten Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe beschäftigt (rund 11.200 Beschäftigte oder 23 % der Beschäftigten von Neugründungen), gefolgt von den Handelsunternehmen (rund 10.400 Beschäftigten bzw. 21 %).

Die höchste Anzahl an Beschäftigten pro Neugründung war im Bergbau (4,1 Beschäftigte pro Neugründung) und in der Herstellung von Waren (3,8) zu finden.

Tabelle 16 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
Bergbau	29	0,1	4,1
Herstellung von Waren	4.035	8,1	3,8
Energieversorgung	179	0,4	1,7
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	137	0,3	2,2
Bau	7.102	14,2	3,0
Handel	10.437	20,9	2,0
Verkehr	2.728	5,5	2,3
Beherbergung und Gastronomie	11.555	23,1	2,9
Information und Kommunikation	1.816	3,6	1,5
Finanz- und Versicherungsleistungen	637	1,3	2,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	734	1,5	1,6
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	5.975	11,9	1,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4.650	9,3	3,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	50.014	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

Schließungen

Im Jahr 2012 waren knapp 50.800 selbstständig und unselbstständig Beschäftigte in der marktorientierten Wirtschaft von Unternehmensschließungen betroffen (davon rund 30.900 unselbstständig Beschäftigte). Dies entspricht durchschnittlich 2,4 Arbeitsplätzen pro Unternehmen.

Wie bei den Neugründungen waren auch bei den Schließungen die meisten Beschäftigten den Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten zuzuordnen (rund 39 %).

Die Anzahl der durch Unternehmensschließungen verloren gegangenen Arbeitsplätze ist gegenüber 2008 um 15,7 % gestiegen.

Tabelle 17 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012					
	Beschäftigte bei neu geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
0 unselbstständig Beschäftigte	11.632	22,9	0	0,0	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	19.685	38,8	12.790	41,3	2,5
5-9 unselbstständig Beschäftigte	7.506	14,8	6.639	21,5	7,2
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	11.954	23,5	11.510	37,2	19,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	50.777	100,0	30.939	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria					

Die meisten von Unternehmensschließungen betroffenen Mitarbeiter/-innen waren 2012 im Handel sowie in der Beherbergung und Gastronomie beschäftigt. Insbesondere im Handel (sowie in einem geringeren Ausmaß in der Beherbergung und Gastronomie) war die Anzahl der Erwerbstätigen bei Unternehmensschließungen höher als jene von neu gegründeten Unternehmen.

Die Anzahl an Beschäftigten pro geschlossenem Unternehmen war im Bergbau am höchsten (5,3).

Tabelle 18 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
Bergbau	21	0,0	5,3
Herstellung von Waren	2.909	5,7	2,5
Energieversorgung	70	0,1	1,4
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	93	0,2	2,5
Bau	5.662	11,2	2,9
Handel	13.391	26,4	2,5
Verkehr	3.093	6,1	2,3
Beherbergung und Gastronomie	11.774	23,2	2,9
Information und Kommunikation	2.281	4,5	1,9
Finanz- und Versicherungsleistungen	915	1,8	1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	638	1,3	1,8
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	6.722	13,2	1,7
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	3.208	6,3	2,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	50.777	100,0	2,4
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

1.3.2 Österreich im EU-Vergleich

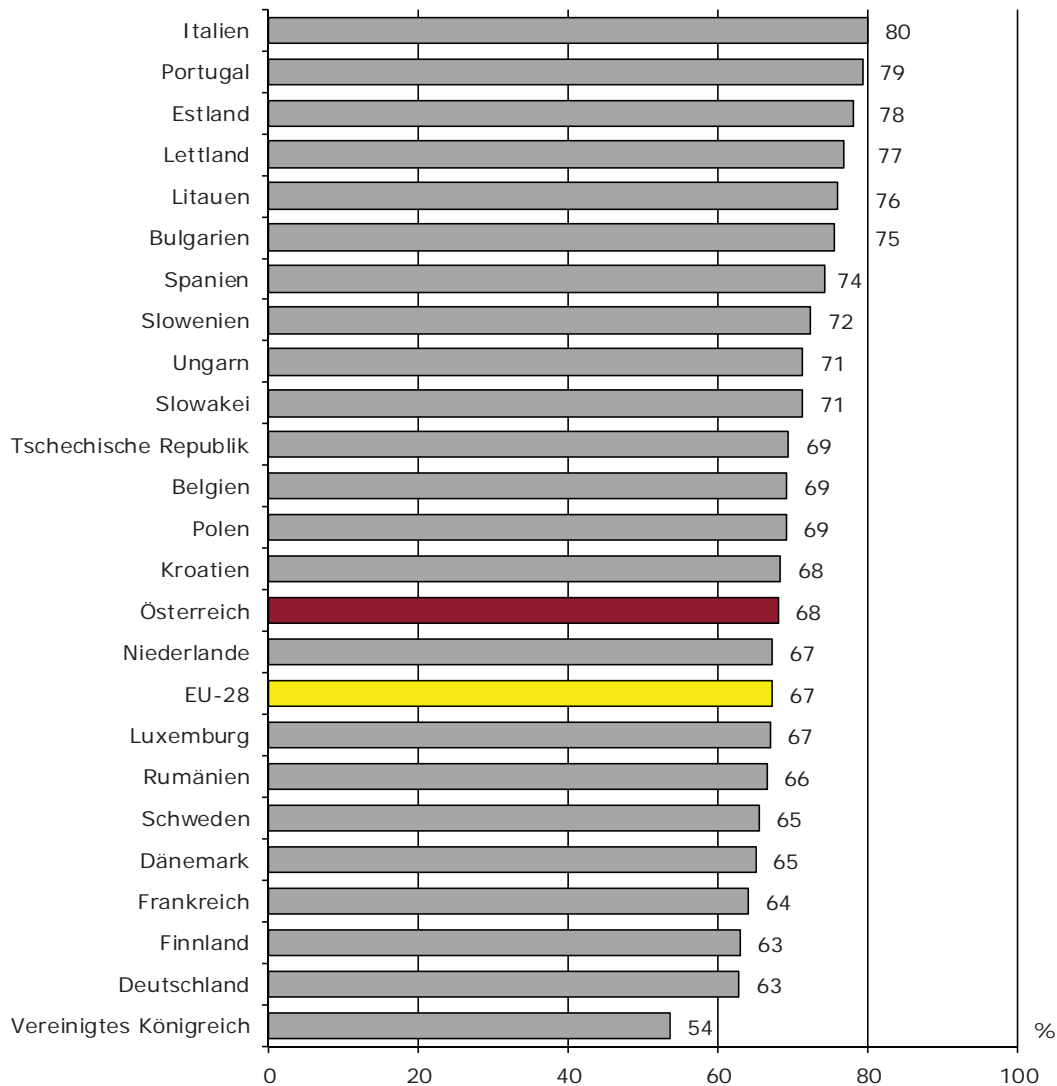
Zu Jahresende 2011 beschäftigten die KMU der EU-28 knapp 90,4 Mio. Personen. Dies sind mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der marktorientierten Wirtschaft der EU-Länder. Innerhalb der KMU waren die meisten Beschäftigten (30 %) den Kleinstbetrieben mit bis zu neun Beschäftigten zuzurechnen.

Tabelle 19 Anzahl der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-28 nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011		
	Anzahl der Beschäftigten	Anteil in %
0 bis 9 Beschäftigte	39.720.000	29,5
10 bis 49 Beschäftigte	27.610.000	20,5
50 bis 249 Beschäftigte	23.030.000	17,1
KMU insgesamt	90.360.000	67,2
250 und mehr Beschäftigte	44.170.000	32,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	134.530.000	100,0

Anmerkung: gerundete Werte, Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)
 Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat

Der Anteil der Beschäftigten in KMU an den Erwerbstätigen der marktorientierten Wirtschaft war im Jahr 2011 in Österreich etwas höher als im EU-Durchschnitt.

Grafik 8 Anteil der Beschäftigten in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-28 an den Beschäftigten insgesamt in Prozent per 31. 12. 2011



Anmerkungen:

Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem vorangegangenen Kapitel nicht vergleichbar.

Wenn für ein Land weder Daten für die gesamte marktorientierte Wirtschaft noch für alle Sektoren verfügbar waren, wurde nur die Summe der verfügbaren Sektoren für die Berechnung verwendet.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.4 Output

1.4.1 Umsatzerlöse

Aktuelle Situation in Österreich

Die österreichischen KMU erzielten im Jahr 2012 Nettoumsätze¹⁰ in der Höhe von mehr als 450 Mrd. €. Dies stellt in etwa 64 % aller Erlöse der marktorientierten Wirtschaft in Österreich dar.

Die Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten sind die umsatzstärkste Unternehmensgruppe innerhalb der KMU. 2012 waren die Unternehmen dieser Größenklasse für rund 28 % der Umsätze der marktorientierten Wirtschaft in Österreich bzw. rund 198 Mrd. € verantwortlich. Die äußerst dynamische Umsatzentwicklung der Mittelbetriebe in den letzten Jahren trug zudem in einem großen Maße dazu bei, dass die Erlöse der KMU insgesamt sowohl langfristig (2008 bis 2012: rund +11 %) als auch kurzfristig (2010 bis 2012: rund +13 %) deutlich gestiegen sind.

Tabelle 20 Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Mio. €. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012				
	Umsatzerlöse in Mio. €	Anteil an den gesamten Umsatzerlösen in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte ²	115,310	16,2	5,3	3,6
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>23,799</i>	<i>3,4</i>	<i>25,9</i>	<i>27,6</i>
10 bis 49 Beschäftigte	137,047	19,3	-2,0	-1,3
50 bis 249 Beschäftigte	198,060	27,9	33,4	27,7
KMU insgesamt	450,417	63,5	13,2	11,1
250 und mehr Beschäftigte	259,388	36,5	9,2	-3,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	709,805	100,0	11,7	5,5
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)				
² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings).				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Innerhalb der heimischen marktorientierten Wirtschaft ist der Handel der mit Abstand umsatzstärkste Wirtschaftsbereich. 2012 waren die kleinen und mittleren Handelsbetriebe für 42 % der Erlöse der KMU (bzw. rund 189 Mrd. €) verantwortlich. Auf die Herstellung von Waren entfiel ein Anteil von rund 16 % (bzw. 72 Mrd. €).

Nach Sektoren unterteilt schwankt der Umsatzanteil der KMU an den gesamten Erlösen des jeweiligen Wirtschaftsbereiches sehr stark. Der höchste Anteil war 2012 mit mehr als 90 % in den Wirtschaftsbereichen Reparatur von Gebrauchsgütern, Beherbergung und Gastronomie sowie Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen zu finden. KMU im Bergbau, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie in der Herstellung von Waren erwirtschafteten demgegenüber höchstens 41 % der Umsätze des jeweiligen Sektors.

Tabelle 21 Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	Umsatzerlöse (netto) von KMU in Mio. €	Umsatzanteil an allen Umsätzen von KMU in %	KMU-Anteil an allen Umsätzen des Sektors in %
Bergbau	828	0,2	33,2
Herstellung von Waren	71.839	15,9	40,8
Energieversorgung	26.184	5,8	67,9
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	3.769	0,8	74,0
Bau	32.147	7,1	75,5
Handel	189.109	42,0	77,9
Verkehr	20.613	4,6	51,4
Beherbergung und Gastronomie	14.926	3,3	92,6
Information und Kommunikation	10.613	2,4	52,8
Finanz- und Versicherungsleistungen	24.636	5,5	40,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	14.054	3,1	87,1
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	25.518	5,7	92,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	15.890	3,5	77,9
Reparatur von Gebrauchsgütern	291	0,1	100,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	450.417	100,0	63,5
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

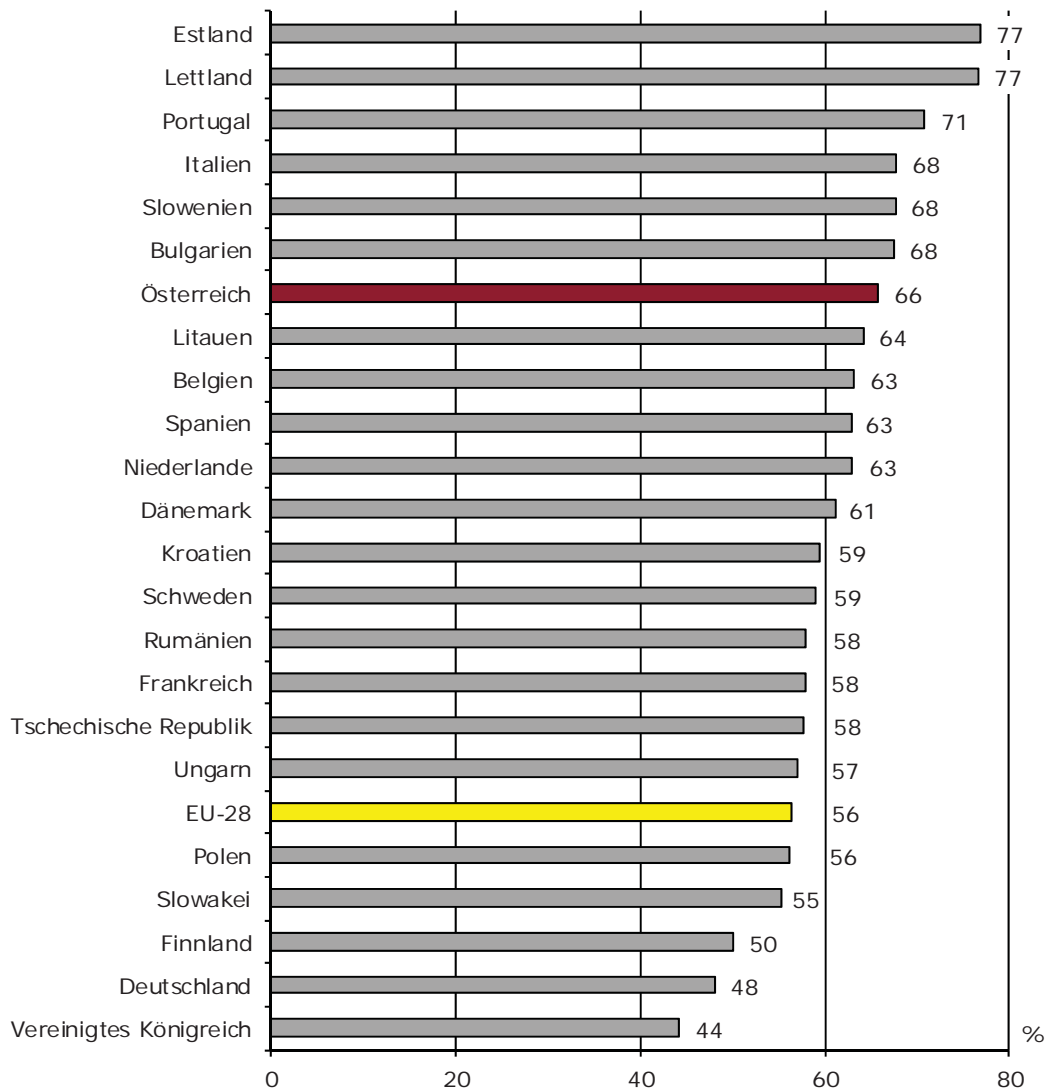
Österreich im EU-Vergleich

Die KMU in den EU-28 erwirtschafteten im Jahr 2011 insgesamt Nettoumsätze von mehr als 14.000 Mrd. €. Dies sind rund 56 % der Erlöse der gesamten marktorientierten Wirtschaft. Die einzelnen Beschäftigten-Größenklassen (Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen) vereinten jeweils rund ein Fünftel der gesamten Umsätze auf sich.

Tabelle 22 Aufteilung der Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-28 nach Beschäftigten-Größenklassen, 2011	
	Anteil in %
0 bis 9 Beschäftigte	18,1
10 bis 49 Beschäftigte	18,3
50 bis 249 Beschäftigte	20,0
KMU insgesamt	56,4
250 und mehr Beschäftigte	43,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	100,0
Anmerkungen: Da Eurostat keine einheitlich zusammenpassenden Daten zu den Umsätzen publiziert hat, wird auf die Darstellung von Absolutumsätzen verzichtet. Die Anteile beruhen auf einer Berechnung der KMU Forschung Austria. Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008) Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008) Quelle: Eurostat	

Der EU-Vergleich zeigt, dass der Anteil der von KMU erzielten Umsätze im Jahr 2011 in Österreich höher war als in den EU-28.

Grafik 9 Anteil der Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an den Umsatzerlösen insgesamt der EU-28 in Prozent per 2011



Anmerkungen:

Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem Österreichkapitel nicht vergleichbar.

Wenn für ein Land weder Daten für die gesamte marktorientierte Wirtschaft noch für alle Sektoren verfügbar waren, wurde nur die Summe der verfügbaren Sektoren für die Berechnung verwendet.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.4.2 Bruttowertschöpfung

Aktuelle Situation in Österreich

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten¹ der österreichischen KMU belief sich im Jahr 2012 auf knapp 108 Mrd. €. Dies bedeutet einen Anteil von rund 59 % an der gesamten Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft. Die höchste Bruttowertschöpfung innerhalb der KMU erzielten 2012 die mittleren Unternehmen (rund 22 % der gesamten Wertschöpfung), gefolgt von den Kleinbetrieben (rund 19 %).

Sowohl im langfristigen Horizont (2008 bis 2012: rund +9 %) als auch im kurzfristigen Vergleich (2010 bis 2012: ebenfalls rund +9 %) hat die Bruttowertschöpfung der KMU zugenommen. Dies trifft auf alle Beschäftigten-Größenklassen zu.

Tabelle 23 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Mio. € nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012				
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. €	Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte ²	32.397	17,7	10,5	8,4
<i>davon 1 Beschäftigter</i>	<i>6.689</i>	<i>3,7</i>	<i>15,1</i>	<i>24,7</i>
10 bis 49 Beschäftigte	35.075	19,2	6,9	8,5
50 bis 249 Beschäftigte	40.100	21,9	10,2	9,5
KMU insgesamt	107.571	58,8	9,2	8,8
250 und mehr Beschäftigte	75.481	41,2	5,8	-0,1
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	183.052	100,0	7,8	5,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) ² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings). Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria				

Der Handel trug mit rund 20 % (bzw. rund 21 Mrd. €) den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung der KMU der marktorientierten Wirtschaft bei. Knapp danach folgt die Herstellung von Waren (rund 18 % bzw. rund 19,1 Mrd. €). Der im Vergleich zu den Nettoumsätzen hohe Anteil der Warenherstellung ist auf den geringeren Anteil an Vorleistungen in diesem Wirtschaftsbereich zurückzuführen.

Auch der Anteil der Bruttowertschöpfung, der von KMU erzielt wird, unterliegt in den einzelnen Sektoren einer großen Bandbreite. Am höchsten war der Anteil der KMU an der Wertschöpfung innerhalb des jeweiligen Sektors im Jahr 2012 bei der Reparatur von Gebrauchsgütern (100 %), in der Beherbergung und Gastronomie (rund 93 %), bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (knapp 92 %) sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen (rund 90 %).

Tabelle 24 Bruttowertschöpfung von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2012			
	Bruttowertschöpfung von KMU in Mio. €	BWS-Anteil an der gesamten BWS v. KMU in %	KMU-Anteil an der gesamten BWS des Sektors in %
Bergbau	318	0,3	24,5
Herstellung von Waren	19.120	17,8	39,6
Energieversorgung	1.542	1,4	28,2
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	1.179	1,1	63,9
Bau	11.445	10,6	76,3
Handel	21.261	19,8	68,5
Verkehr	6.467	6,0	45,0
Beherbergung und Gastronomie	7.273	6,8	93,3
Information und Kommunikation	4.514	4,2	54,2
Finanz- und Versicherungsleistungen	7.810	7,3	43,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	7.848	7,3	90,2
Freiberufliche/ wissenschaftliche/ technische Dienstleistungen	11.762	10,9	91,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	6.908	6,4	69,9
Reparatur von Gebrauchsgütern	125	0,1	100,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	107.571	100,0	58,8
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer: Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)			
BWS: Bruttowertschöpfung			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

Österreich im EU-Vergleich

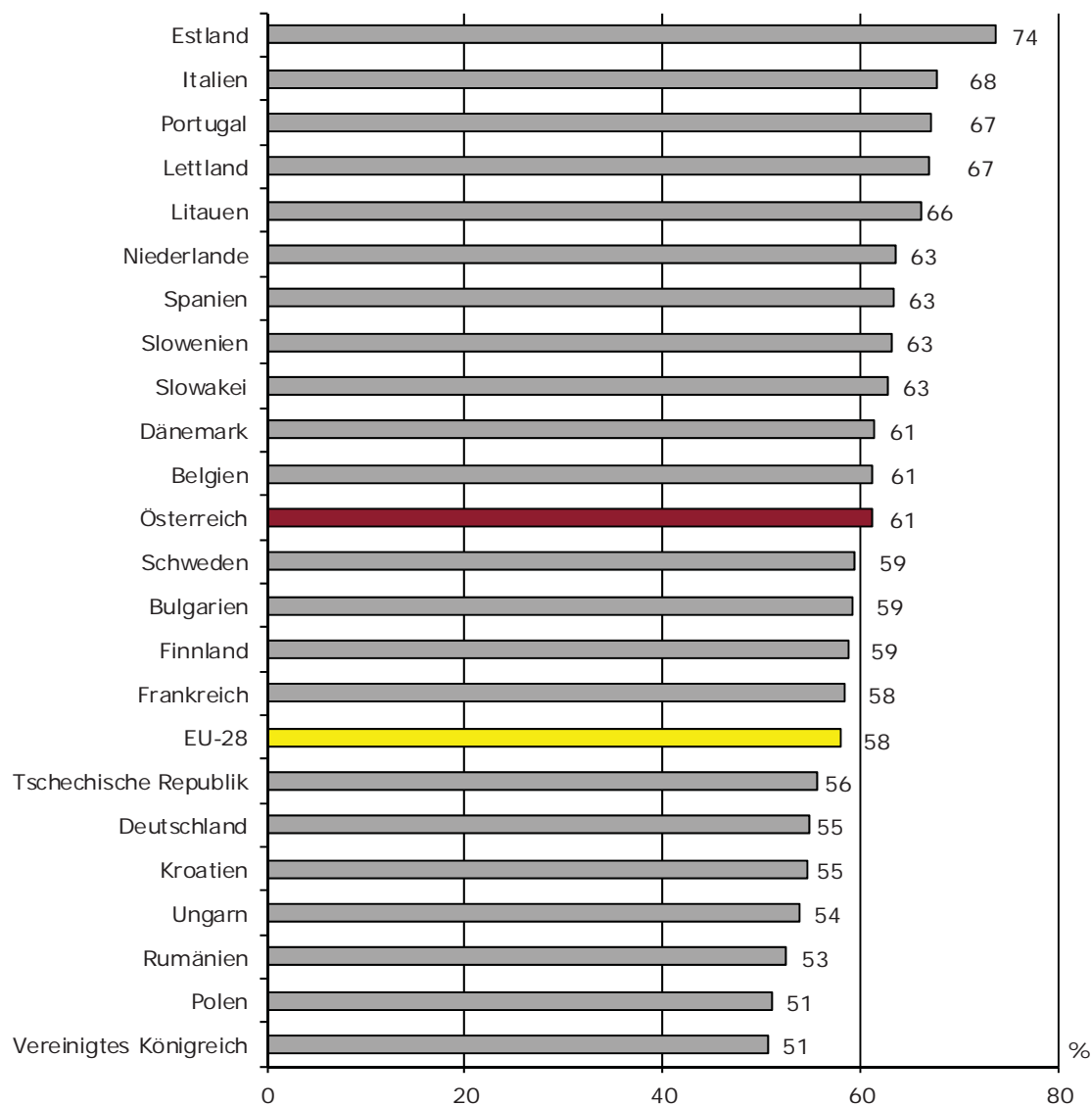
Die KMU der 28 EU-Staaten erzielten im Jahr 2011 eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von fast 3.600 Mrd. €. Dies entsprach einem Anteil von rund 58 % an der gesamten Bruttowertschöpfung in der marktorientierten Wirtschaft. Innerhalb der KMU trugen die Kleinstbetriebe (rund 21 %) am meisten zur gesamten Wertschöpfung bei.

Tabelle 25 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-28 in Mrd. € nach Beschäftigten-Größenklassen, 2011		
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mrd. €	Anteil in %
0 bis 9 Beschäftigte	1.326	21,4
10 bis 49 Beschäftigte	1.117	18,0
50 bis 249 Beschäftigte	1.143	18,5
KMU insgesamt	3.586	57,9
250 und mehr Beschäftigte	2.606	42,1
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	6.192	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)
 Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat

Der Anteil der Bruttowertschöpfung der österreichischen KMU lag im Jahr 2011 über dem Durchschnitt der EU-28.

Grafik 10 Anteil der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an der Bruttowertschöpfung insgesamt der EU-28 in Prozent, 2011



Anmerkung: Da Eurostat – im Gegensatz zur österreichischen Statistik laut Statistik Austria – die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen nicht erhebt, ist der Österreichwert in dieser Grafik mit jenem aus dem Österreichkapitel nicht vergleichbar.

Wenn für ein Land weder Daten für die gesamte marktorientierte Wirtschaft noch für alle Sektoren verfügbar waren, wurde nur die Summe der verfügbaren Sektoren für die Berechnung verwendet.

¹ ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B - N und S95 ohne Abschnitt K der NACE Rev. 2 bzw. ÖNACE 2008)

Gliederung nach NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

1.4.3 Ausfuhren von Waren

Im Jahr 2012 tätigten mehr als 40.000 österreichische KMU Warenausfuhren in der Höhe von knapp 59 Mrd. €. ¹ Die Exporte der KMU machten knapp 49 % aller Ausfuhren aus. Innerhalb der KMU entfiel der größte Anteil der Warenexporte auf die mittleren Betriebe mit 50 bis 249 Mitarbeiter/-innen.

Nach Branchen differenziert vereinten die Herstellung von Waren (knapp 50 %) und der Handel (rund 40 %; in erster Linie Großhandel) fast 90 % der Warenausfuhren von kleinen und mittleren Unternehmen auf sich.

Seit 2008 hat sich der Export von Waren von KMU in fast allen Beschäftigten-Größenklassen dynamisch entwickelt (insgesamt: rund +6 %).

Im Jahresvergleich 2010/2012 ist es in allen Beschäftigten-Größenklassen zu einem Wachstum gekommen (insgesamt: rund +18 %).

Tabelle 26 Warenausfuhren¹ in der Gesamtwirtschaft² in Mio. € nach Beschäftigten-Größenklassen, 2012				
	Ausfuhren in Mio. €	Anteil an den gesamten Exporten in %	VÄ zu 2010 in %	VÄ zu 2008 in %
0 bis 9 Beschäftigte	19.368	16,0	22,7	16,2
10 bis 49 Beschäftigte	10.954	9,0	8,5	-20,2
50 bis 249 Beschäftigte	28.573	23,6	18,9	13,1
KMU insgesamt	58.894	48,6	18,0	5,8
250 und mehr Beschäftigte	62.392	51,4	9,9	3,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	121.286	100,0	13,7	4,8
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ exkl. nicht klassifizierbaren Unternehmen sowie unbekannt				
² inkl. Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte A bis S der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2); der Anteil der marktorientierten Wirtschaft an den gesamten Ausfuhren liegt bei mehr als 99 %				
Quelle: Statistik Austria				

¹ In diesen Daten sind auch Unternehmen außerhalb der marktorientierten Wirtschaft enthalten, wobei der Anteil der marktorientierten Wirtschaft bei den Unternehmen näherungsweise bei mehr als 90 % und bei den Ausfuhren bei mehr als 99 % liegt.

1.5 Abschätzung 2013

Die amtlichen Statistiken erscheinen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Um dennoch eine Indikation über die aktuelle Entwicklung der österreichischen KMU zu ermöglichen, weist die folgende Tabelle eine erste Abschätzung einiger Strukturdaten für das Jahr 2013 aus. Demnach waren im Jahr 2013 in knapp 317.000 KMU rund 1,9 Mio. Beschäftigten tätig. Die Bruttowertschöpfung dieser Unternehmen belief sich auf rund 109 Mrd. €.

Gegenüber 2010 haben die Anzahl der KMU und der Beschäftigten um jeweils rund 1 % zugenommen. Die Bruttowertschöpfung der KMU ist um rund 2 % gestiegen.

Tabelle 27 Überblick über die KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹, Abschätzung 2013			
	Unternehmen	Beschäftigte	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.
0 bis 9 Beschäftigte ²	276.800	684.700	32.800
10 bis 49 Beschäftigte	34.400	656.100	35.300
50 bis 249 Beschäftigte	5.400	537.100	41.300
KMU insgesamt	316.600	1.877.900	109.400
250 und mehr Beschäftigte	1.100	940.100	76.800
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	317.700	2.818.000	186.200
Anmerkung: gerundete Werte ¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) ² Unternehmen mit 0 Beschäftigten werden keine Beschäftigten, jedoch Umsätze und Bruttowertschöpfung zugerechnet (z.B. Holdings). Gliederung nach ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quellen: Eurostat, KMU Forschung Austria, Statistik Austria, DIW Econ			

1.6 Betriebswirtschaftliche Situation

1.6.1 Entwicklung der KMU

Die betriebswirtschaftliche Situation der Klein- und Mittelunternehmen Österreichs wird nachstehend anhand von aussagekräftigen Kennzahlen abgebildet. Betriebswirtschaftliche Sachverhalte wie Finanzierungs- und Liquiditätsstruktur (Eigenkapitalquote, Anlagendeckung, Bankverschuldung und Schuldentilgungsdauer), aber auch die Ertrags- und Rentabilitätssituation (Umsatzrentabilität, Cash flow, Kapitalumschlag sowie Gesamtkapitalrentabilität) – Informationen aus den Jahresabschlüssen – werden näher betrachtet.

Als Grundlage wurden Jahresabschlüsse von 74.998 (darunter 73.419 KMU) der marktorientierten Wirtschaft Österreichs für das Bilanzjahr 2012/13 (Bilanzstichtage zwischen 1.7.2012 und 30.6.2013) herangezogen, wobei das Realitätenwesen und Holdings aufgrund stark verzerrender Wirkungen unberücksichtigt blieben. Die Steuerbilanzen wurden zur Erhöhung der Vergleichbarkeit (z.B. von Unternehmen unterschiedlicher Rechtsform) betriebswirtschaftlichen Korrekturen unterzogen (Ansatz eines kalkulatorischen Unternehmerlohns und kalkulatorische Eigenkapitalzinsen). Im Rahmen der Analysen der KMU und Großbetriebe wurden ausschließlich Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung einbezogen.

Die österreichischen KMU erzielten im Bilanzjahr 2012/13 im Durchschnitt ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung (Umsatzrentabilität) von 3,0 %. Nach Größenklassen differenziert betrachtet schneiden die Kleinstbetriebe am besten ab. Sie erwirtschafteten eine Umsatzrentabilität von durchschnittlich 3,5 %. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug bei den Kleinunternehmen durchschnittlich 3,1 % und bei den Mittelbetrieben 2,7 %. Großbetriebe erwirtschafteten im Durchschnitt mit 4,3 % eine deutlich höhere Umsatzrentabilität.

Der Vergleich mit 2010/11 zeigt ein annähernd stabiles Ergebnis vor Steuern innerhalb der einzelnen Größenklassen.

Im Durchschnitt konnten die österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft einen Cash flow – das Maß für die Innenfinanzierungskraft der

Unternehmen – von 6,6 % im Bilanzjahr 2012/13 erwirtschaften. Bei Großunternehmen lag der Cash flow durchschnittlich bei 8,3 %.

Die österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft 2012/13 konnten durchschnittlich mit jedem im Vermögen gebundenen Euro 1,5 € an Betriebsleistung erwirtschaften (Kapitalumschlag). Der Kapitalumschlag gibt demnach Auskunft über die Effizienz des eingesetzten Kapitals.

Die Gesamtkapitalrentabilität, auch Return on Investment (ROI) genannt, zeigt an, ob der Einsatz des Fremdkapitals sinnvoll war. Die KMU der marktorientierten Wirtschaft erzielten im Durchschnitt 2012/13 einen ROI von 6,2 % – bei den Großunternehmen lag er bei 7,3 %. Die durchschnittliche Gesamtkapitalrentabilität der KMU lag im Bilanzjahr 2012/13 damit über der durchschnittlichen Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen (laut OeNB 2012: 1,49 %) – einer alternativen Geld-(Kapital)-verwendungsmöglichkeit.

Tabelle 28 Ausgewählte Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebsgrößenklassen, 2012/13

	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Kleinstunternehmen	3,5	7,4	1,5	7,7
Kleine Unternehmen	3,1	6,7	1,5	6,7
Mittlere Unternehmen	2,7	6,3	1,4	5,6
KMU gesamt	3,0	6,6	1,5	6,2
Große Unternehmen	4,3	8,3	1,2	7,3

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
Kennzahldefinitionen:
 Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
 Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
 Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital
 Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapital
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Differenziert nach Sektoren zeigen sich deutliche Unterschiede bei den Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft.

Die Sektoren Verkehr sowie Beherbergung und Gastronomie weisen, wie auch in den Vorjahren, eine unterdurchschnittliche Umsatzrentabilität von

2,0 % auf, während die freiberuflichen Dienstleistungen mit 9,7 % weit über dem Durchschnitt liegen.

Den niedrigsten Cash flow mit 3,7 % hat der Handel; die freiberuflichen Dienstleistungen weisen neben der höchsten Umsatzrentabilität auch den höchsten Cash flow mit 13,0 % aus. Auch bei der Gesamtkapitalrentabilität erzielen die freiberuflichen Dienstleistungen den höchsten Wert mit 13,9 % (Durchschnitt: 6,2 %).

Tabelle 29 Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2012/13				
	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Herstellung von Waren	2,7	6,3	1,4	5,7
Bau	3,0	5,5	1,6	6,2
Handel	2,1	3,7	2,3	6,6
Verkehr	2,0	9,3	1,2	4,3
Beherbergung und Gastronomie	2,0	12,2	0,6	3,7
Information und Kommunikation	6,9	10,7	1,5	12,0
Freiberufliche Dienstleistungen	9,7	13,0	1,3	13,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	3,0	6,6	1,5	6,2

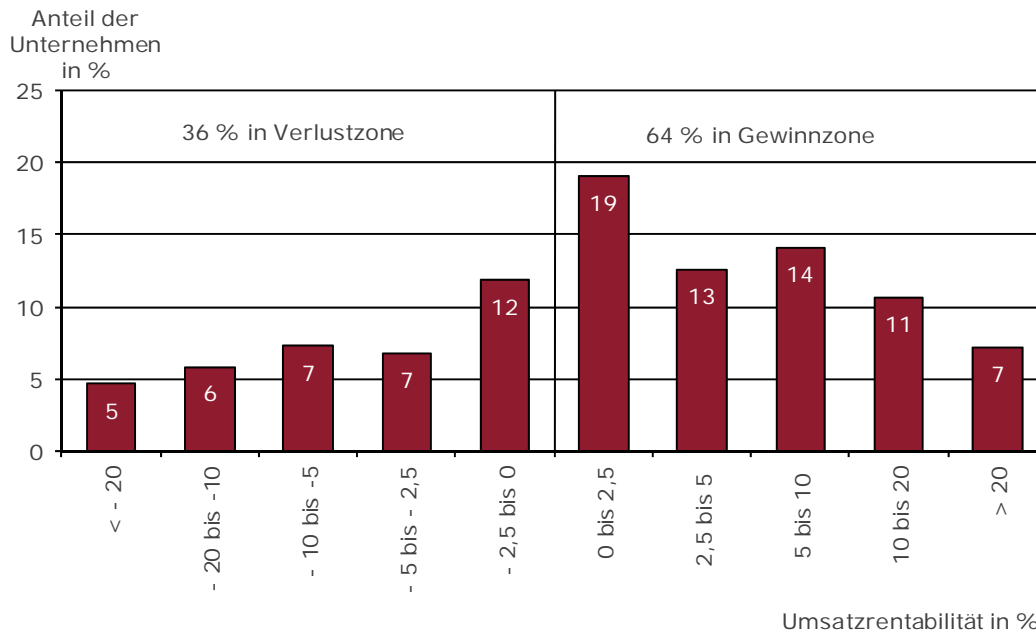
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.

² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.

Kennzahlendefinitionen:
 Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
 Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung
 Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital
 Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapital
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die Durchschnittsbetrachtung alleine beschreibt die Ertragslage der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft nicht hinlänglich. Die genauere Analyse zeigt, dass 36 % der Unternehmen Verluste hinnehmen mussten. 64 % der Betriebe sind in der Gewinnzone, wobei 7 % eine Umsatzrentabilität von über 20 % erzielen konnten.

Grafik 11 Verteilung der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Umsatzrentabilität², in Prozent, 2012/13



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

² Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die Analyse der Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft zeigt wie auch in den Vorjahren eine steigende Eigenkapitalquote mit zunehmender Betriebsgröße.

Die Eigenkapitalquote der KMU lag im Bilanzjahr 2012/13 durchschnittlich bei 28,7 %. Im Zeitvergleich mit 2010/11 zeigt sich ein leichter Anstieg bei der Eigenmittelausstattung von 28,5 % auf 28,7 %, der auf alle Größenklassen zurückzuführen ist. Bei den Großunternehmen stieg die Eigenkapitalquote am deutlichsten – von 33,0 % auf 35,8 % an.

Der Anlagendeckungsgrad von zumindest 100 % – auch „Goldene Bilanzregel“ genannt – konnte von den Unternehmen aller Größenklassen erreicht werden. Werte unter 100% bedeuten, dass Teile des Anlagevermögens mit kurzfristigem Fremdkapital finanziert sind, wodurch Liquiditätsschwierigkeiten entstehen. Die durchschnittliche Anlagendeckung in Österreichs KMU lag 2012/13 bei 120,4 %.

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Größenklassen zeigen sich bei genauerer Betrachtung der Bankverschuldung. Während die Kleinstbetriebe 42,6 % ihres Vermögens durch Bankkredite finanzieren, sind es bei den mittleren Unternehmen 24,4 %. Die Bankverschuldung der Großunternehmen liegt somit mit durchschnittlich 11,3 % deutlich unter dem KMU-Durchschnitt von 29,9 %.

Der Indikator "Schuldentilgungsdauer in Jahren" gibt Aufschluss darüber, wie lange es bei derzeitiger Ertragslage dauern würde, bis das Unternehmen schuldenfrei wäre, wenn der gesamte Cash flow zur Schuldentilgung aufgewendet würde. Im KMU-Durchschnitt beträgt die Schuldentilgungsdauer knapp über 6 Jahre. Bei Großunternehmen lag sie im Bilanzjahr 2012/13 durchschnittlich bei knapp über 5 Jahren.

Tabelle 30 Ausgewählte Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebsgrößenklassen, 2012/13				
	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schuldentilgungsdauer in Jahren
Kleinstunternehmen	20,9	120,7	42,6	6,2
Kleine Unternehmen	27,0	123,5	33,7	6,1
Mittlere Unternehmen	31,8	118,3	24,4	6,3
KMU gesamt	28,7	120,4	29,9	6,2
Große Unternehmen	35,8	102,4	11,3	5,1

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
Kennzahlendefinitionen:
 Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
 Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100
 Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100
 Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital - Liquide Mittel) / Cash Flow
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Die sektorale Analyse zeigt auch bei den Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen deutliche Unterschiede. Beherbergung und Gastronomie weist mit 15,3 % die niedrigste Eigenkapitalquote der betrachteten Sektoren auf, während Information und Kommunikation mit 32,5 % Eigenmittelausstattung über dem Durchschnitt liegen. Dementsprechend entgegengesetzt verhält sich die Bankverschuldung: die geringste durchschnittliche Bankverschuldung weist der Sektor Information und Kommunikation auf; im Tourismus werden über 60 % des Gesamtkapitals durch Bankkredite finanziert.

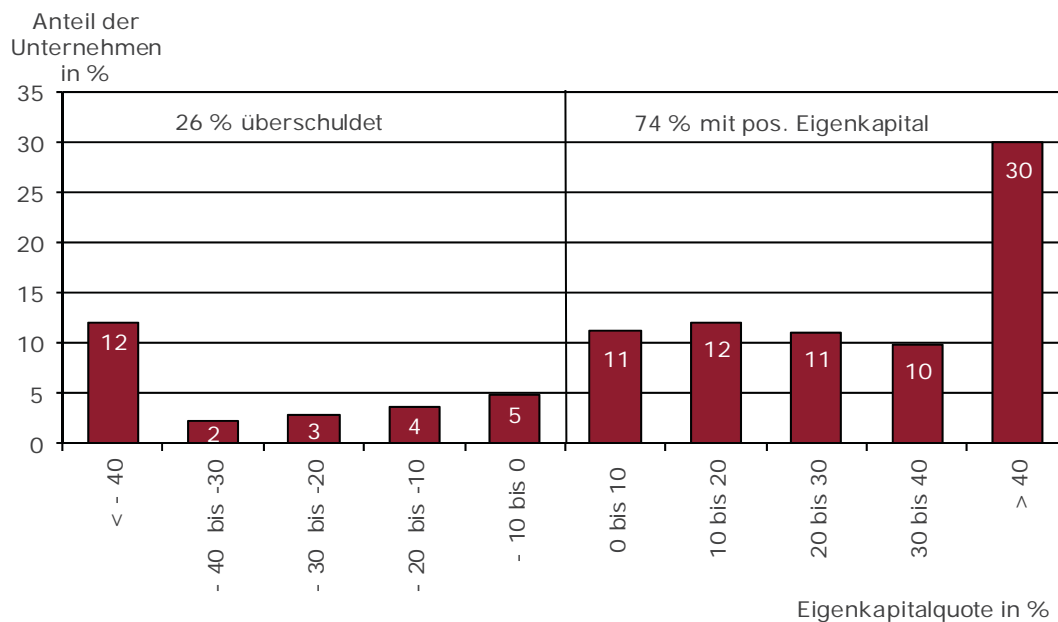
Daraus lässt sich auch die längste Schuldentilgungsdauer (über 10 Jahre) für den Sektor Beherbergung und Gastronomie ableiten. Eine in etwa dem Durchschnitt entsprechende Schuldentilgungsdauer von knapp über 6 Jahren zeigt sich bei der Herstellung von Waren, während freiberufliche Dienstleistungen bei etwa 3 Jahren liegen.

Tabelle 31 Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2012/13				
	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schuldentilgungsdauer in Jahren
Herstellung von Waren	32,5	136,4	25,7	6,1
Bau	24,6	162,1	23,2	7,4
Handel	29,8	164,3	25,1	7,1
Verkehr	30,1	89,0	35,6	5,6
Beherbergung und Gastronomie	15,3	85,0	62,4	10,3
Information und Kommunikation	32,5	159,0	12,4	2,6
Freiberufliche Dienstleistungen	30,4	167,6	16,0	3,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	28,7	120,4	29,9	6,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.
Kennzahlendefinitionen:
Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100
Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100
Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital - Liquide Mittel) / Cash Flow
Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Bei der Ausstattung mit Eigenmitteln zeigt die detaillierte Analyse eine starke Polarisierung. 74 % der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft verfügten 2012/13 über ein positives Eigenkapital, wobei 30 % der Betriebe sogar eine Eigenkapitalquote von über 40 % aufweisen konnten. Dem gegenüber stehen 26 % der Betriebe mit negativem Eigenkapital.

Grafik 12 Verteilung der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Eigenkapitalquote², in Prozent, 2012/13



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

² Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Nachfolgend wird die betriebswirtschaftliche Entwicklung der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft anhand eines Langzeitvergleiches (2008/09 bis 2012/13) basierend auf einer Kohortenanalyse (d.h. es wurden nur Jahresabschlüsse von jenen Betrieben herangezogen, für die für alle betrachteten Jahre Informationen vorlagen; nicht exakt mit den früher in diesem Kapitel angeführten Daten vergleichbar) von 28.545 Betrieben als Indexgrafik dargestellt:

Im betrachteten Zeitraum ist die durchschnittliche Umsatzrentabilität der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft angestiegen und hat sich in den letzten beiden betrachteten Jahren bei einem Niveau von knapp 10 % über dem Ausgangsjahr eingependelt.

Die Eigenkapitalquote hat sich ebenfalls positiv entwickelt und weist einen kontinuierlichen Anstieg seit 2008/09 auf.

Tabelle 32 Umsatzrentabilität, Eigenkapitalquote der marktorientierten Wirtschaft¹, 2008/09 bis 2012/13, Indexgrafik (Kohortenauswertung)					
	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
Umsatzrentabilität	100,0	105,9	122,4	109,9	108,1
Eigenkapitalquote	100,0	106,7	108,9	109,6	112,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.
Kennzahlendefinitionen:
 Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung
 Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100
 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

1.6.2 Entwicklung der EPU

Die nachfolgende betriebswirtschaftliche Analyse von Ein-Personen-Unternehmen (EPU) basiert auf Einnahmen-/Ausgabenrechnungen für das Kalenderjahr 2012 und für den Zeitvergleich auch 2011. Sämtliche Auswertungen erfolgen, ebenso wie bei der Entwicklung der (bilanzierenden) KMU, für die marktorientierte Wirtschaft ohne Berücksichtigung des Realitätenwesens und Holdings. Eine direkte Vergleichsmöglichkeit mit dem vorangehenden Kapitel ist aber auf Grund der unterschiedlichen Datengrundlage (Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung vs. Einnahmen-/Ausgabenrechnungen) nicht möglich.

Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung ist das vereinfachte Buchführungssystem, bei dem alle laufenden Einnahmen, Vorschüsse und geldwerten Güter erfasst werden. Zur Ermittlung des Ergebnisses werden prinzipiell die tatsächlichen Betriebseinnahmen den tatsächlichen Betriebsausgaben – nach dem Zeitpunkt der Bezahlung (Zufluss-Abfluss-Prinzip) – eines Kalenderjahres gegenüber gestellt.

Die Ertragssituation (Rentabilität, Cash flow) der österreichischen EPU der marktorientierten Wirtschaft wird nachstehend auf Basis von 6.173 ausgewerteten Einnahmen-/Ausgabenrechnungen dargestellt.

Im Jahr 2012 betrug die buchmäßige Umsatzrentabilität im Durchschnitt 27,7 %. Das entspricht einem durchschnittlichen Ergebnis vor Unternehmerlohn in der Höhe von rund 30.400 €.

Der Vorjahresvergleich zeigt einen leichten Anstieg bei der Rentabilität der österreichischen EPU.

Tabelle 33 Umsatzrentabilität Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹, 2011 und 2012		
	2011	2012
Buchmäßige Umsatzrentabilität ²	27,2	27,7
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten <u>Kennzahlendefinition:</u> Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank		

Die Betrachtung nach Sektoren zeigt, dass die buchmäßige Umsatzrentabilität durchschnittlich zwischen 12,7 % (Handel) und 44,6 % (Information und Kommunikation) in den betrachteten Sektoren liegt.

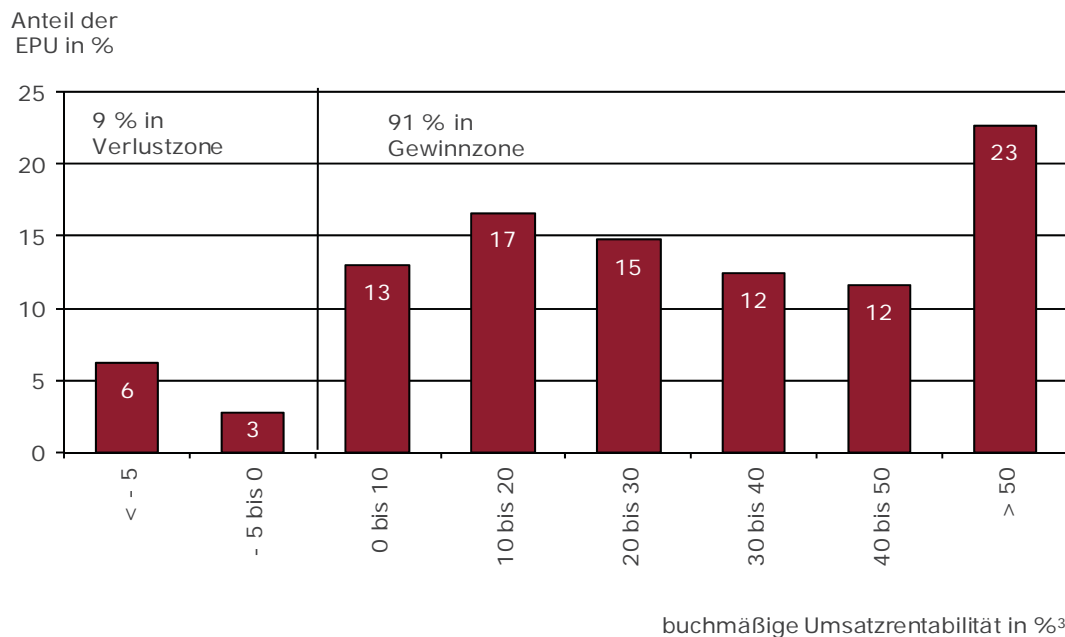
Dies entspricht einem Ergebnis von 18.140 € im Handel bis zu 48.440 € in der Sparte Information und Kommunikation.

Tabelle 34 Umsatzrentabilität Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹, nach Sektoren², 2012	
	Buchmäßige Umsatzrentabilität ³
Herstellung von Waren	18,4
Bau	19,6
Handel	12,7
Verkehr	20,6
Beherbergung und Gastronomie	21,4
Information und Kommunikation	44,6
Freiberufliche Dienstleistungen	44,1
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	27,7
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt. ³ Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten <u>Kennzahlendefinition:</u> Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank	

Die Analyse der Verteilung der österreichischen EPU der marktorientierten Wirtschaft zeigt bei Betrachtung der buchmäßigen Umsatzrentabilität, dass 91 % der EPU in der Gewinnzone sind, und 9 % Verluste verzeichnen.

23 % der EPU erwirtschafteten eine buchmäßige Umsatzrentabilität, die über 50 % lag.

Grafik 13 Verteilung der österreichischen EPU (Einnahmen-/Ausgaben-rechner) der marktorientierten Wirtschaft¹ nach buchmäßiger Umsatzrentabilität², in Prozent, 2012



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

² Buchmäßige Rentabilität = buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg / Einnahmen * 100

³ Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten

Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank

Der durchschnittliche Cash flow der österreichischen EPU der marktorientierten Wirtschaft lag im Jahr 2012 bei 33,2 % und ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Tabelle 35 Cash flow Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹, 2011 und 2012		
	2011	2012
Buchmäßiger Cash flow ²	32,6	33,2
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten <u>Kennzahlendefinition:</u> Buchmäßiger Cash Flow in Prozent der Einnahmen = (buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg + Abschreibungen) / Einnahmen * 100 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank		

Eine Cash flow Betrachtung auf Sektorenebene zeigt, dass im Handel der buchmäßige Cash flow im Durchschnitt bei 15,7 % lag. Am besten schnitten beim durchschnittlichen buchmäßigen Cash flow die Sektoren freiberufliche Dienstleistungen (49,2 %) sowie Information und Kommunikation (49,6 %) ab. Knapp über dem Durchschnitt von 33,2 % lag auch der Sektor Beherbergung und Gastronomie mit einem durchschnittlichen buchmäßigen Cash flow von 36,5 % im Jahr 2012.

Tabelle 36 Cash flow Österreichs EPU (Einnahmen-/Ausgabenrechner) der marktorientierten Wirtschaft¹, nach Sektoren², 2012	
	Buchmäßiger Cash flow ³
Herstellung von Waren	25,0
Bau	26,3
Handel	15,7
Verkehr	27,7
Beherbergung und Gastronomie	36,5
Information und Kommunikation	49,6
Freiberufliche Dienstleistungen	49,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	33,2
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer: Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt. ³ Ohne Berücksichtigung etwaiger kalkulatorischer Kosten <u>Kennzahlendefinition:</u> Buchmäßiger Cash Flow in Prozent der Einnahmen = (buchmäßiges Ergebnis nach Finanzerfolg + Abschreibungen) / Einnahmen * 100 Quelle: KMU Forschung Austria, Bilanzdatenbank	

2 Heterogenität österreichischer KMU

Die österreichische Unternehmenspopulation ist von großer Vielfalt geprägt. Wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt wurde, sind die kleinen und mittleren Unternehmen hinsichtlich ihrer Größenstruktur, dem erzielten Umsatz und der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ebenso heterogen wie in Hinblick auf den Inhalt ihrer Geschäftstätigkeit bzw. ihre Branchenzugehörigkeit. Im vorliegenden Kapitel werden weitere Aspekte der unternehmerischen Vielfalt österreichischer KMU aufgezeigt und die Segmente Ein-Personen-Unternehmen und Kreativunternehmen schwerpunktmäßig behandelt. Weitere Erkenntnisse lassen sich aus der Analyse der Unternehmen nach der Phase im Unternehmenslebenszyklus gewinnen: Den Unternehmen, die sich in der Reifephase befinden sowie den Unternehmen, die vor oder nach der Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge stehen, sind daher eigene Unterkapitel gewidmet.

2.1 Ein-Personen-Unternehmen in Österreich

Im Jahr 2012 handelte es sich bei rund 115.200 Unternehmen bzw. 37 % aller Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft um Ein-Personen-Unternehmen. Das sind Unternehmer/-innen, die ihre selbstständige Tätigkeit alleine ausführen und keine weiteren Personen beschäftigen. Die meisten EPU sind im Bereich der wissenschaftlichen, technischen und freiberuflichen Dienstleistungen aktiv. Sie verfügen über einen vergleichsweise hohen Bildungsstand und nehmen häufig an Weiterbildungsaktivitäten teil. Ein hoher Anteil an Selbstständigen ohne Arbeitnehmer/-innen arbeitet Teilzeit.

Der strukturelle Wandel in der Wirtschaft führte in den letzten Dekaden zu Veränderungen bei den Erwerbsformen. Bei den selbstständig Erwerbstätigen sind insbesondere eine steigende Bedeutung der Ein-Personen-Unternehmen sowie ein Trend zur Selbstständigkeit auf Teilzeitbasis und im Nebenerwerb zu beobachten. Als Ein-Personen-Unternehmen werden jene Unternehmen definiert, welche (zusätzlich zum Unternehmer bzw. der Unternehmerin) keine angestellten Mitarbeiter/-innen haben.

Im vorliegenden Unterkapitel wird zunächst auf die Bedeutung der EPU innerhalb der österreichischen marktorientierten Wirtschaft eingegangen. Darauf folgend werden Qualifikation und Beschäftigungsaspekte von EPU im Vergleich zu Arbeitgeberbetrieben betrachtet. Abschließend werden spezifische Förderungen für EPU in Österreich angeführt.

2.1.1 Ökonomische Bedeutung der EPU in Österreich

Von 2008 auf 2012 stieg die Zahl der österreichischen Ein-Personen-Unternehmen (EPU) um 9 % von rund 106.200 auf insgesamt rund 115.200. Die EPU erzielten 2012 Umsätze in Höhe von rund 23,8 Mrd. € bzw. eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von rund 6,7 Mrd. €.

Nach Branchen differenziert waren die meisten EPU den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (rund 32.500) zuzurechnen, gefolgt vom Handel (rund 26.400). Der Handel war 2012 die mit Abstand umsatzstärkste Branche innerhalb der EPU (rund 11,1 Mrd. €). Die höchste Wertschöpfung der EPU entfiel auf das Grundstück- und Wohnungswesen (rund 1,7 Mrd. €), die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (rund 1,5 Mrd. €) sowie den Handel (rund 1,2 Mrd. €).

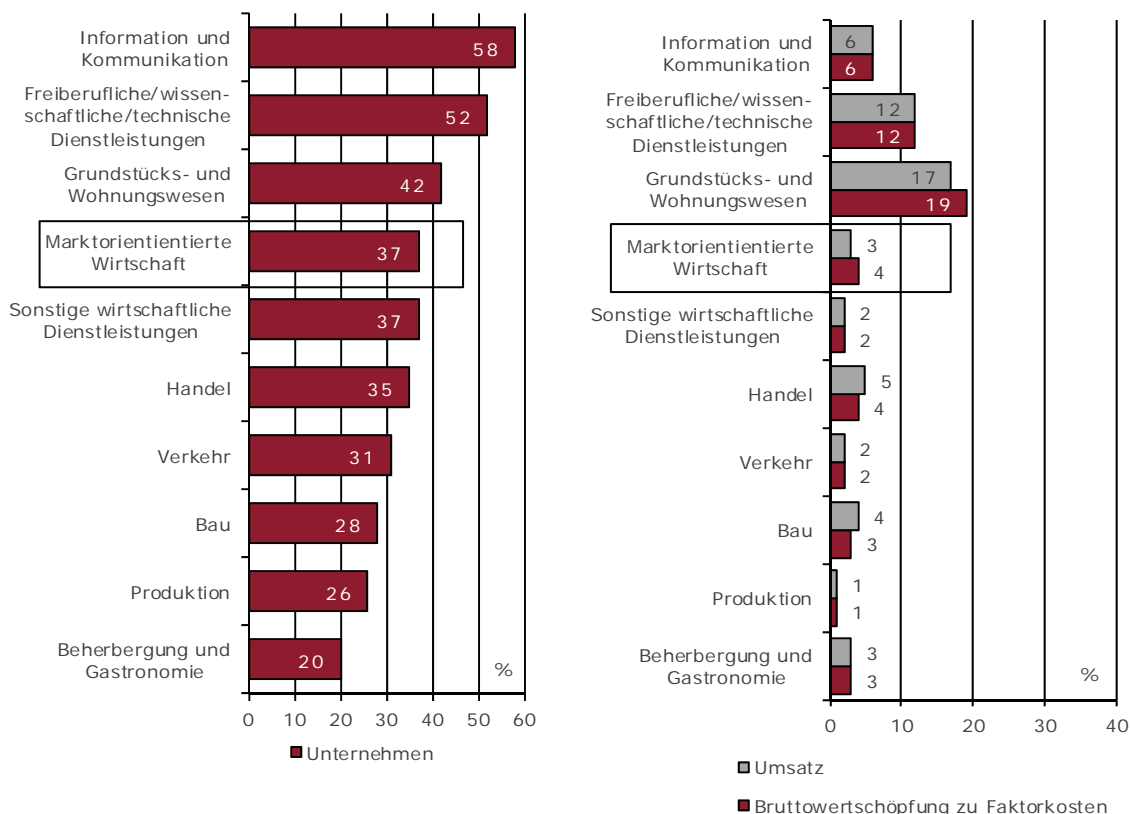
Tabelle 37 Anzahl, Umsatzerlöse und Bruttowertschöpfung der EPU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren in absoluten Zahlen, 2012

	Unternehmen	Umsatzerlöse in Mio. €	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. €
Bergbau	75	17	7
Herstellung von Waren	6.268	674	253
Energieversorgung	984	422	111
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	343	77	26
Bau	8.915	1.630	473
Handel	26.394	11.087	1.159
Verkehr	4.319	681	234
Beherbergung und Gastronomie	9.102	555	269
Information und Kommunikation	10.324	1.272	466
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.247	349	161
Grundstücks- und Wohnungswesen	8.066	2.807	1.651
Freiberufliche/wissenschaftliche/technische Dienstleistungen	32.483	3.212	1.506
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	4.978	980	356
Reparatur von Gebrauchsgütern	705	36	15
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	115.203	23.799	6.689
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Gemessen an allen Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft handelte es sich im Jahr 2012 bei 37 % um Ein-Personen-Unternehmen. Der Anteil an EPU ist insbesondere im Bereich der Wirtschaftsdienstleistungen überdurchschnittlich hoch. Dazu zählen die Information und Kommunikation (EPU-Anteil 2012: 58 %), die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (52 %), das Grundstücks- und Wohnungswesen (42 %) sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (37 %).

Der EPU-Anteil am erwirtschafteten Umsatz und an der Bruttowertschöpfung ist geringer als der Anteil an den Unternehmen. 2011 wurden 3 % der Umsätze und 4 % der Wertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft von EPU erzielt. Einen vergleichsweise hohen Wert weisen hier die Sektoren Grundstücks- und Wohnungswesen (Anteil der EPU an den gesamten Umsätzen der Branche: 17 %, Bruttowertschöpfung: 19 %) sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (Anteil an den Umsätzen: 12 %, Bruttowertschöpfung: 12 %) auf.

Grafik 14 Anteil der Ein-Personen-Unternehmen, der Umsätze und der Bruttowertschöpfung von Ein-Personen-Unternehmen an den gesamten Unternehmen, Umsätzen und der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Sektors der marktorientierten Wirtschaft¹ in Prozent, 2012



Produktion = Bergbau, Herstellung von Waren, Energieversorgung, Wasserversorgung und Abfallentsorgung
 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen inkl. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Reparatur von Gebrauchsgütern
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

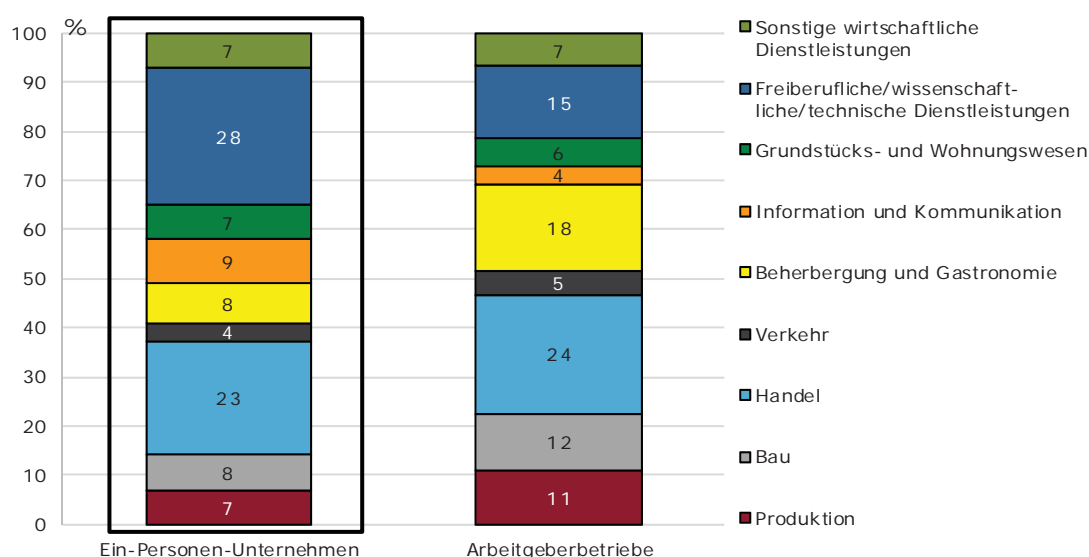
Um die sektoralen Unterschiede zwischen EPU und Arbeitgeberbetrieben zu verdeutlichen, wird nachfolgend die Branchenverteilung der EPU der Branchenverteilung der Arbeitgeberbetriebe gegenübergestellt.

Die meisten EPU waren im Jahr 2012 im Bereich der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen tätig. 28 % aller EPU gehörten 2012 diesem Sektor an. Bei 23 % der EPU handelte es sich um Handelsunternehmen.

Im Vergleich dazu stellte bei den Arbeitgeberbetrieben der Handel 2012 die meisten Unternehmen, wobei der Anteil von 24 % ähnlich hoch war wie bei den EPU (23 %). Danach folgt der Sektor Beherbergung und Gastronomie (18 % der Arbeitgeberbetriebe im Jahr 2012), der unter den EPU deutlich weniger stark vertreten ist (2012: 8 % der EPU). Der Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen machte lediglich 15 % der Arbeitgeberbetriebe aus (gegenüber 28 % bei den EPU).

Ein weiterer Unterschied zeigt sich im produzierenden Bereich: Sowohl in der Produktion als auch im Bau sind anteilmäßig deutlich mehr Arbeitgeberbetriebe als EPU zu finden.

Grafik 15 Verteilung der Ein-Personen-Unternehmen und Arbeitgeberbetrieben nach Sektoren der marktorientierten Wirtschaft¹ in Prozent, 2012



Produktion = Bergbau, Herstellung von Waren, Energieversorgung, Wasserversorgung und Abfallentsorgung
 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen inkl. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Reparatur von Gebrauchsgütern

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

2.1.2 Bildung und Beschäftigungsaspekte von EPU

Im Folgenden werden Daten zum Bildungshintergrund, der Weiterbildung und dem Beschäftigungsausmaß von EPU dargestellt. Da es sich hierbei um Charakteristika der Person des Unternehmers bzw. der Unternehmerin handelt (und nicht des Unternehmens), wird dafür auf Daten für Selbstständige aus der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria zurückgegriffen. Diese sind nicht exakt mit den vorne angeführten Unternehmensdaten aus der Leistungs- und Strukturstatistik der Statistik Austria vergleichbar. (Zur Definition siehe auch Kapitel 7.3).

Basierend auf den verfügbaren Daten für Selbstständige werden für die nachfolgenden Darlegungen Selbstständige ohne Arbeitnehmer/-innen als Synonym für „Ein-Personen-Unternehmen“ verwendet bzw. Selbstständige mit Arbeitnehmer/-innen als Synonym für „Arbeitgeberbetriebe“.

Bildung und Qualifikation

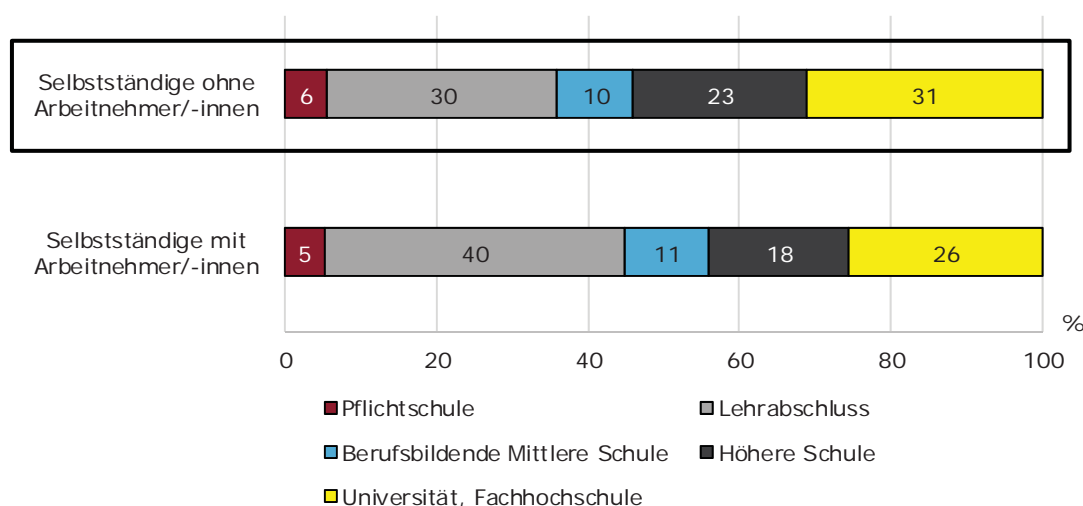
Beinahe ein Drittel (31 %) der Selbstständigen ohne Arbeitnehmer/-innen verfügten 2013 über einen Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluss. Auch der Lehre kommt ein wichtiger Stellenwert zu. 30 % hatten 2013 als höchste abgeschlossene Schulbildung einen Lehrabschluss. Ein weiteres Drittel (33 %) der EPU hatte eine Berufsbildende Mittlere oder Höhere Schule abgeschlossen.

Vergleicht man den Bildungsstand der Ein-Personen-Unternehmer/-innen mit jenem der Arbeitgeberunternehmer/-innen, zeigt sich, dass bei letzteren der Lehrabschluss noch häufiger vorkommt. 40 % der Selbstständigen mit Mitarbeiter/-innen – und damit die Mehrheit – hatten 2013 als höchste Schulbildung eine Lehre absolviert (Selbstständige ohne Arbeitnehmer/-innen: 30 %).

In der unterschiedlichen Verteilung der Bildungsabschlüsse spiegelt sich auch die unterschiedliche Branchenstruktur bei Ein-Personen-Unternehmer/-innen im Vergleich zu Arbeitgeberunternehmer/-innen wider. Wie im vorangegangenen Unterkapitel dargestellt, sind EPU z.B. häufiger im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen oder technischen Dienstleistungen vertreten. Dazu gehören etwa Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung oder Architektur- und Ingenieurbüros – Bereiche, in denen ein Universitätsabschluss teilweise Voraussetzung ist.

Arbeitgeberbetriebe sind dagegen häufiger in der Produktion oder im Bau tätig, wo dem Lehrabschluss (inkl. Meisterprüfung) eine höhere Bedeutung zukommt.

Grafik 16 Verteilung der Selbstständigen in der Gesamtwirtschaft¹ nach höchster abgeschlossener Schulbildung, in Prozent, 2013



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft (genauer Abschnitte B bis S der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

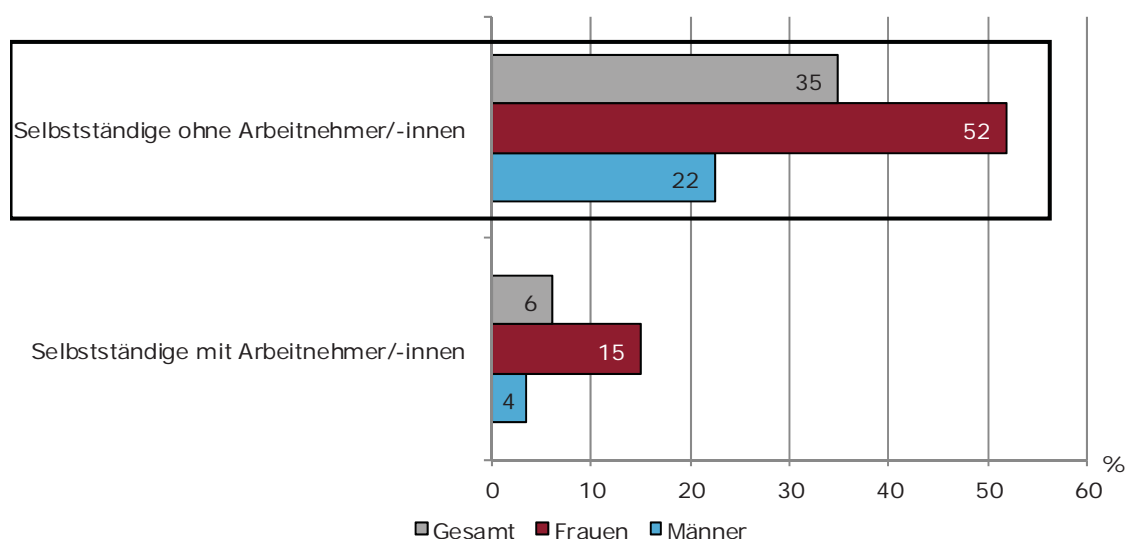
Ein-Personen-Unternehmer/-innen, die wie dargelegt häufiger im Bereich der wissensbasierten Dienstleistungen tätig sind, bieten überwiegend ihre eigene Arbeitskraft und damit auch ihre erworbenen Qualifikationen am Markt an. Um wettbewerbsfähig zu sein, kommt damit dem Erhalt und der Erweiterung dieser Qualifikationen ein hoher Stellenwert zu. Innerhalb der Gruppe der EPU zeigt sich damit auch ein hoher Anteil an Unternehmer/-innen, die an Weiterbildungsaktivitäten teilnehmen.

In der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria findet sich ein Indikator, welcher die Weiterbildungsaktivität anhand des Anteils der Personen misst, die innerhalb der letzten vier Wochen vor der Befragung an Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Ausbildungen, Schulungen oder Kurse) teilgenommen haben. Dieser Anteil ist bei den Ein-Personen-Unternehmer/-innen mit 17 % fast doppelt so hoch wie bei den Arbeitgeberunternehmer/-innen (9 %).

Beschäftigungsausmaß

Über ein Drittel (35 %) der Ein-Personen-Unternehmer/-innen war 2013 weniger als 35 Stunden pro Woche und damit in einem Teilzeitausmaß tätig. Besonders hoch ist die Teilzeitquote bei den Frauen mit 52 %. Bei den Männern beläuft sich die Teilzeitquote auf 22 %. Das Beschäftigungsausmaß von Ein-Personen-Unternehmer/-innen (in ihrer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit) ist somit deutlich geringer als bei den Arbeitgeberunternehmer/-innen (6 %). Ursache dafür ist, dass Ein-Personen-Unternehmer/-innen ihre unternehmerische Tätigkeit häufiger als Zweitjob neben einer weiteren unselbstständigen oder selbstständigen Beschäftigung ausführen. Zudem kommen strukturelle Effekte zum Tragen: Frauen, die in der Regel kleinere Unternehmen führen und überdurchschnittlich häufig Ein-Personen-Unternehmerinnen sind, weisen allgemein eine höhere Teilzeitquote auf.

Grafik 17 Teilzeitquote von Selbstständigen in der Gesamtwirtschaft¹ nach Geschlecht, in Prozent, 2013



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft (genauer Abschnitte B bis S der ÖNACE 2008)

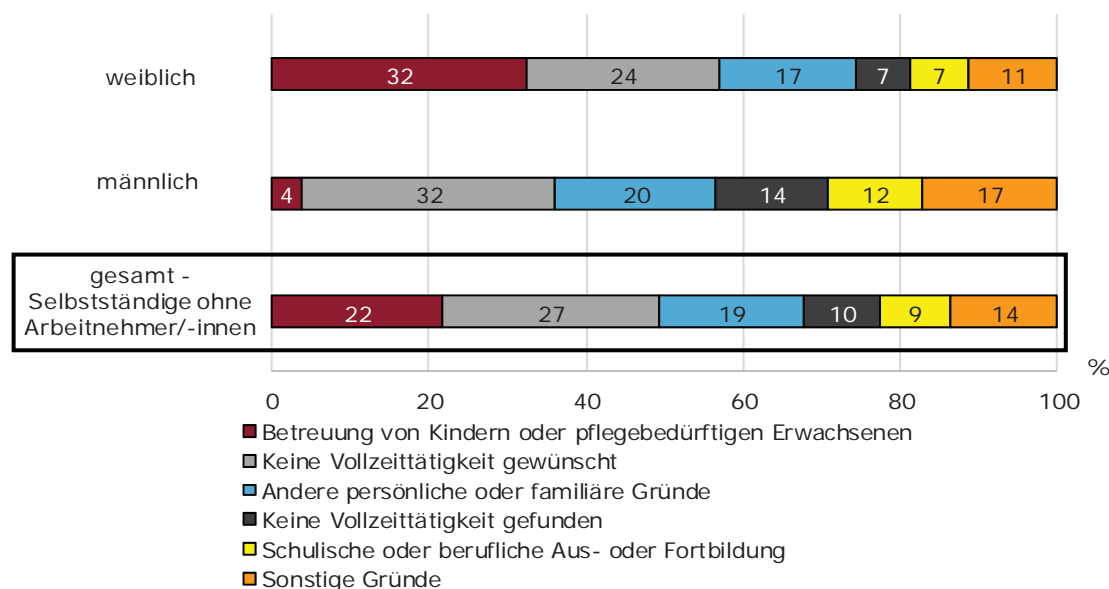
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Als Grund für die Teilzeittätigkeit geben die Ein-Personen-Unternehmer/-innen am häufigsten an, dass eine Vollzeittätigkeit von ihnen selbst nicht gewünscht wäre (Anteil: 27 %). Der zweitwichtigste Grund ist die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen (Anteil: 22 %), wobei

dieser Anteil bei den Frauen mit 32 % deutlich höher ist als bei den Männern mit 4 %.

Grafik 18 Verteilung der Gründe für die Teilzeitbeschäftigung von Selbstständigen ohne Arbeitnehmer/-innen in der Gesamtwirtschaft¹ nach Geschlecht, in Prozent, 2013



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft (genauer Abschnitte B bis S der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

2.1.3 Spezifische Förderungen

Die spezifischen Herausforderungen, mit denen EPU konfrontiert sind, finden auch in der österreichischen Wirtschaftsförderung Berücksichtigung. Als Beispiel können Förderinstrumente der aws (Austria Wirtschaftsservice GmbH), die auf Mikrounternehmen fokussieren, genannt werden. Zu dieser Zielgruppe der Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten gehören auch EPU, welche einige Förderprogramme, die nachfolgend entsprechend dem Unternehmenslebenszyklus dargestellt werden, vergleichsweise häufig in Anspruch nehmen:

- Die Jungunternehmerförderung, welche eine Einreichung in den ersten drei Jahren ab Gründung des Unternehmens vorsieht, wird von vielen EPU in Anspruch genommen. Besonders hoch ist der EPU-Anteil beim Jungunternehmer-Scheck (85 %).

- Bei Förderungen, die auf Wachstumsprojekte nach der Gründungsphase abzielen, sind EPU primär bei den Mikrokredithaftungen (Kleinprojekte mit bis zu 30.000 € Projektvolumen) stark vertreten. Fast zwei Drittel der Projekte in diesem Programm entfällt auf EPU.
- Im Bereich der Unternehmensdynamik – ein Förderprogramm für innovative Investitionsprojekte in wachsenden Unternehmen – wurde im Jahr 2013 mehr als jedes fünfte Förderprojekt von EPU durchgeführt.
- Ebenfalls hoch ist der EPU-Anteil bei den erp-Kleinkrediten. Im Jahr 2013 entfielen 66 % auf EPU und weitere 31 % der Anträge wurden von Unternehmen mit einem Beschäftigten durchgeführt.

2.2 Österreichs Kreativwirtschaft

Der Strukturwandel und Trend zu einer wissensbasierten Gesellschaft ist auch eng verbunden mit der steigenden Bedeutung der Kreativwirtschaft. Im Jahr 2012 gab es insgesamt rund 39.000 Kreativwirtschaftsunternehmen mit rund 139.600 Beschäftigten. In etwa jedes zehnte Unternehmen ist diesem Wirtschaftsbereich zuzuordnen. Während Kreativwirtschaftsunternehmen überwiegend in städtischen Gebieten angesiedelt sind, entwickeln sich diese auch in ländlichen Gegenden dynamisch und haben damit das Potenzial zur Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen beizutragen.

Das vorliegende Kapitel gibt einen Überblick über die ökonomische Bedeutung der Kreativwirtschaft¹³ in Österreich. Basierend auf dem Fünften Österreichischen Kreativwirtschaftsbericht werden die Thematik „Kreativwirtschaft als regionaler Faktor“ und abschließend spezifische Förderungen für diesen Wirtschaftsbereich vorgestellt.

2.2.1 Ökonomische Bedeutung der österreichischen Kreativwirtschaft

Kreativwirtschaft umfasst erwerbsorientierte Unternehmen, die sich mit der Schaffung, Produktion und/oder (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Die Abgrenzung an-

hand der statistischen Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008 beinhaltet die folgenden Bereiche:

- Architektur
- Design
- Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit
- Radio und TV
- Software und Games
- Verlage
- Video und Film
- Werbung

Im Jahr 2012 gab es in Österreich insgesamt 39.021 Kreativunternehmen, die rund 139.600 Personen beschäftigten und Umsätze in Höhe von rund 20,3 Mrd. € erzielten. Der größte Anteil der Unternehmen ist dem Bereich Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit zuzurechnen, gefolgt von Software & Games sowie Werbung. In diesen drei Bereichen sind auch die meisten Beschäftigten tätig und werden die höchsten Umsatz- und Bruttowertschöpfungsanteile erzielt.

Tabelle 38 Branchenstruktur Kreativwirtschaft, 2012				
	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatzerlöse in Mio. €	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten in Mio. €
Architektur	5.613	15.573	1.734	789
Design	1.507	2.393	161	74
Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit	10.551	31.472	3.591	1.610
Radio & TV	91	4.895	1.273	451
Software & Games	9.462	42.039	6.018	2.747
Verlage	975	10.357	2.420	745
Video & Film	1.875	6.432	769	349
Werbung	8.947	26.424	4.337	1.172
Kreativwirtschaft	39.021	139.585	20.303	7.937

Quelle: creativ wirtschaft austria, KMU Forschung Austria, Statistik Austria (2014)

Der überwiegende Teil (2012: 41 %) der Kreativunternehmen hat seinen Unternehmensstandort in Wien; 15 % sind in Niederösterreich und jeweils 10 % in Oberösterreich und der Steiermark angesiedelt.

Betrachtet man den Anteil der Kreativunternehmen an allen Unternehmen einer Region, so wird deutlich, dass dieser Anteil in den Landeshauptstädten sowie auch in einigen Regionen rund um Wien am höchsten ist (2010: 10 %). Hohe Anteile (zwischen 7,4 % und 9,9 %) sind auch in den Speckgürteln rund um Linz, Graz und Salzburg sowie in den Vorarlberger Bezirken Bregenz, Dornbirn und Feldkirch zu finden.

Während die Zahl der Kreativunternehmen zwischen 2008 und 2010 in Gemeinden mit hoher Bevölkerungsdichte bzw. in städtischen Gebieten um rund +6 % (exkl. Wien) gestiegen ist, fiel der Anstieg in Gemeinden mit mittlerer (rund +8 %) und niedriger (rund +10 %) Bevölkerungsdichte bzw. in ländlichen Regionen deutlicher aus. Im Wachstum der Kreativwirtschaft in den ländlichen Regionen spiegelt sich damit auch der im ländlichen Raum fortschreitende Strukturwandel zum Dienstleistungsbereich wider. (creativ wirtschaft austria (2013): Fünfter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht)

2.2.2 Kreativwirtschaft als regionaler Faktor sowie deren Standortfaktoren

Allgemein wird der Kreativwirtschaft in ihrer Dynamik ein transformatives Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft zugeschrieben. Kreativunternehmen sind nicht nur innovativ, sondern auch Innovationstreiber für andere Branchen und können damit beitragen, die Attraktivität eines Standortes zu fördern.

Das Phänomen der Kreativwirtschaft wurde in den vergangenen Jahren hauptsächlich mit städtischen Räumen in Verbindung gebracht. Die urbanen Zentren bilden demnach ideale Voraussetzungen für die Schaffung von „kreativen Milieus“ und die Ansiedelung und Gründung von Kreativwirtschaftsunternehmen. Es zeigt sich, dass sich Kreativunternehmen zwar vorwiegend in den Städten sowie städtischen Speckgürteln ansiedeln, sie jedoch ebenso in ruralen sowie rurbanen² Gebieten vorzufinden sind und

² Als „rurban“ werden Gebiete bezeichnet, die sowohl Merkmale eines ruralen als auch eines urbanen Siedlungsgebietes aufweisen.

sich dort – ausgehend von einer niedrigen Basis – dynamisch entwickeln. Kreativunternehmen haben demnach das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von österreichischen Regionen zu steigern.

Allgemein zeigt sich, dass bei den Kreativschaffenden die Grenzen zwischen Beruflichem und Privatem häufig fließend sind. Es überschneiden sich beispielsweise die privaten und beruflichen Netzwerke von vielen Kreativen in hohem Maße. Diese Überschneidung spiegelt sich auch bei der Standortwahl wider, bei der die Kreativschaffenden auf die Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben großen Wert legen. Kreativschaffende, die ausschließlich aus unternehmerischen Gesichtspunkten ihren Standort wählen, sind in der Minderheit. Die Lebensqualität am Unternehmensstandort ist nicht nur besonders häufig ausschlaggebend für die Standortwahl, sondern wird von den Kreativen auch als zentraler Faktor für unternehmerischen Erfolg eingestuft. Als bedeutsam befinden die Kreativen auch die Verkehrsanbindung, Preis und Vorhandensein von Immobilien, die räumliche Nähe zu Kooperationspartnern und Kunden sowie das „kreative Milieu“ (= ein tolerantes, offenes Umfeld bzw. kreative Gleichgesinnte).

Für die Kreativwirtschaft relevante Standortfaktoren finden sich auch in ländlichen Regionen. Die Lebensqualität wurde im Zuge der Studie etwa nicht nur als wichtigster Standortfaktor identifiziert, sondern auch als jener Bereich, mit dem sich die Kreativen am zufriedensten zeigen. Österreich und Österreichs Regionen können in dieser Hinsicht bereits als attraktive Wirtschaftsstandorte angesehen werden. (creativ wirtschaft austria (2013): Fünfter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht)

2.2.3 Spezifische Förderungen

Um das Kreativpotenzial in Österreich weiter auszuschöpfen und die Kreativwirtschaft zu fördern, wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Förderinitiativen ins Leben gerufen.

Bundesweite Förderung der Kreativwirtschaft

Die im Jahr 2008 initiierte "evolve"-Strategie des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vereint die bundesweiten Leistungen für Unternehmen zur Stärkung des Bereichs Kreativwirtschaft unter einem Dach. Die Angebotspalette umfasst dabei die Bereiche monetäre Förderungen, Services und bewusstseinsbildende Maßnahmen. Die konkrete

Umsetzung erfolgt zum einen durch die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) mit der Programmlinie "aws impulse". Im Sinne eines Gesamtportfolios werden monetäre und auf kreativwirtschaftsbasierte Innovationen ausgerichtete Förderprogramme (aws impulse XS, aws impulse XL) sowie der aws Kreativwirtschaftsscheck angeboten. Ergänzend gibt es ein breites Spektrum an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mit Fokus auf unternehmerische Professionalisierung und Aktivitäten zur Sichtbarmachung kreativwirtschaftlicher Innovationsleistungen. Als zweiter Träger von evolve setzt sich die creativ wirtschaft austria (cwa) der Wirtschaftskammer Österreich für die Entwicklung der Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen. Die Aktivitäten der cwa umfassen dabei die Schaffung von Information und Awareness - etwa durch die Herausgabe der Österreichischen Kreativwirtschaftsberichte - sowie konkrete Serviceleistungen zum Ausbau der unternehmerischen Kompetenz. Darüber hinaus setzt die cwa Vernetzungsaktivitäten und macht sich für die Ausschöpfung des Potenzials der Kreativwirtschaft in Österreich und der EU stark.

Das im Jahr 2013 erstmals durchgeführte Förderprogramm aws Kreativwirtschaftsscheck zielt darauf ab, die Nachfrageseite in der Kreativwirtschaft zu unterstützen und KMU einen finanziellen Anreiz zu bieten, mit Kreativwirtschaftsunternehmen zu kooperieren. Hiermit soll die Innovationstätigkeit von KMU gesteigert, die Inanspruchnahme von Kreativleistungen durch KMU erhöht und damit die Kreativwirtschaft selbst gestärkt werden. Gefördert werden die Kosten kreativwirtschaftlicher Leistungen im Rahmen einer konkreten unternehmerischen Innovationsaktivität eines KMU. Die Förderung beträgt maximal 5.000 €. Aufgrund der großen Nachfrage wurden seit 2013 bereits rd. 3 Mio. € ausgeschüttet. Im Jahr 2014 werden wiederum 1,5 Mio. € bereitgestellt.

Außerhalb von evolve wird die österreichische Kreativwirtschaft bei der Internationalisierung unterstützt. Im Rahmen der von der Aussenwirtschaft Austria der WKO betreuten Internationalisierungsoffensive "go international" wird die Positionierung und Verankerung der österreichischen Kreativwirtschaft mit ihren Schlüsselbranchen vorangetrieben (weitere Informationen und Förderdaten der Internationalisierungsoffensive finden sich in Kapitel 5.10.).

Ausblick: Garantiefonds für den Kultur- und Kreativsektor

Kreativwirtschaftsunternehmen sind bei ihrem Zugang zur externen Finanzierung im Vergleich zu „traditionelleren“ Branchen meist vor größere Herausforderungen gestellt. Da sie hauptsächlich über immaterielle Vermögenswerte verfügen, fehlen ihnen für die Erlangung von Bankkrediten häufig die entsprechenden Sicherheiten. Darüber hinaus ist es für Banken oft schwierig die komplexen Geschäftsmodelle des Kultur- und Kreativsektors entsprechend zu bewerten.

Zur Stärkung der Finanzkraft von KMU sowie Kleinst-, kleinen und mittleren Organisationen im Kultur- und Kreativsektor soll daher zukünftig (voraussichtlich ab 2016) ein eigener Garantiefonds für diese Unternehmen und Organisationen vom Europäischen Investitionsfonds (EIF) im Auftrag der Europäischen Kommission (EK) bereitgestellt werden.

Der Garantiefonds soll einen Anreiz für Finanzmittler darstellen, ein Portfolio im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft aufzubauen und vermehrt kostengünstige Kredite an den Kultur- und Kreativsektor zu vergeben. Dabei wird ein Teil des Kreditrisikos der Geschäftsbanken durch eine Ausfallhaftung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) abgedeckt. Zusätzlich sollen den Finanzmittlern spezifische Weiterbildungsmaßnahmen im Kultur- und Kreativsektor angeboten werden.

Ziel ist es, den Zugang des Kultur- und Kreativsektors zur Finanzierung zu verbessern und insgesamt 750 Mio. € an erschwinglichen Darlehen auszulösen. Zudem soll die Fähigkeit der Finanzmittler verbessert werden, die Risiken im Zusammenhang mit KMU sowie Kleinst-, kleinen und mittleren Organisationen im Kultur- und Kreativsektor und ihren Projekten zu bewerten. Vorgesehen ist eine Dotierung des EU-weiten Fonds in Höhe von 120 Mio. €.

2.3 Unternehmen nach Phasen im Lebenszyklus

Mehr als die Hälfte der österreichischen Unternehmen befindet sich im Unternehmenslebenszyklus in einer sogenannten Reifephase. Reifeunternehmen sind überdurchschnittlich häufig unter den älteren Unternehmen sowie auch in der Beherbergung und Produktion zu finden. Um eine anhaltende Stagnation oder in weiterer Folge eine Unternehmensschließung zu vermeiden, kommt vor allem der Persönlichkeit der Unternehmerperson und dessen „Entrepreneurial Spirit“ große Bedeutung zu.

Eine weitere Herausforderung, derer sich Unternehmen im Laufe ihres Lebenszyklus zu stellen haben, ist die Unternehmensübergabe bzw. –nachfolge, die häufig am Ende einer Reifephase erfolgt. Im Zeitraum 2014 bis 2023 stehen 45.700 kleine und mittlere Arbeitgeberbetriebe vor der Herausforderung, Nachfolger/-innen zu finden. Dies entspricht 27 % aller KMU (exkl. EPU) der gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Eine überdurchschnittliche Betroffenheit zeigt sich im Handel sowie im Gewerbe und Handwerk.

Unternehmen sind dynamische Organisationen, die sich typischerweise entlang von Entwicklungspfaden im Zeitablauf verändern. Je nach Phase, in der sie sich befinden, weisen Unternehmen unterschiedliche Wachstumscharakteristika auf. Ein Ansatz, der häufig herangezogen wird, um Unternehmensentwicklungen und idealtypische Wachstumsverläufe darzustellen sowie zu erklären und der verschiedenen Wachstumsmodellen implizit zugrunde liegt, ist der Lebenszyklusansatz.

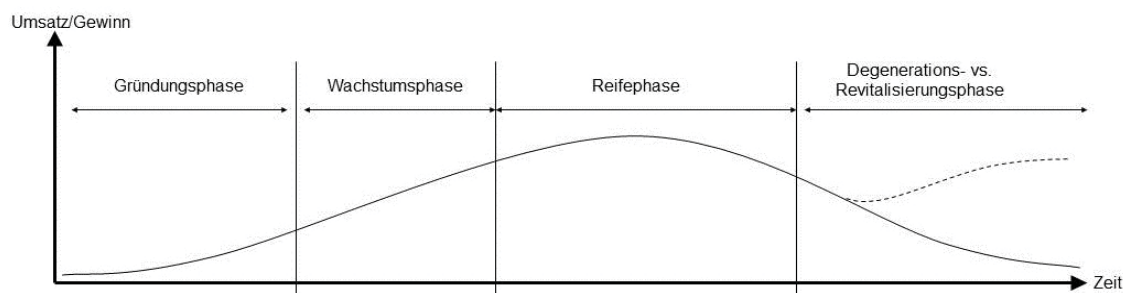
Dem Lebenszykluskonzept liegt die Annahme zugrunde, dass die Organisationsentwicklung innerhalb eines Unternehmen von den jeweiligen Entwicklungsphasen abhängt, in denen es sich befindet. Typischerweise wird der Unternehmenslebenszyklus durch vier bzw. fünf Phasen charakterisiert:

- **Gründungsphase:** Junge Unternehmen versuchen in einer ersten Phase eine überlebensfähige Organisation aufzubauen und werden meist durch die Unternehmerperson geprägt.
- **Wachstumsphase:** Das Unternehmen erzielt Markterfolge und festigt seine Position im Markt. Typisch für diese Phase sind ein erhöhtes Umsatzwachstum und eine Unternehmensstrategie, die auf den

Ausbau von Ressourcenpotenzialen und Skalenvorteilen ausgerichtet ist. Dementsprechend wächst auch die Anzahl der Beschäftigten.

- **Reifephase:** Das Umsatzniveau und die Unternehmensgröße stabilisieren sich und es etabliert sich im Unternehmen eine zunehmend bürokratische Organisationsstruktur. Im Vordergrund steht eine funktionierende und effiziente Arbeitsweise. In dieser Phase ist die Finanzierungssituation der Unternehmen in der Regel wegen der vorhergehenden Expansion der Umsätze günstig, die Ausgangslage für neue Erfolgspotenziale (Innovationen i.w.S.) wegen des Fokus auf der Verwertung vorhandener Potenziale aber oft ungünstig: Flexibilität und Kreativität sowie der Mut zu Neuem fehlen und der Druck zur Veränderung ist noch nicht stark genug.
- **Revitalisierungsphase:** Das Unternehmen versucht mit gezielten Maßnahmen die Stagnations- oder gar Degenerationstendenzen zu verhindern.
- **Degenerationsphase:** Fehlende Innovationen und gesättigte Märkte führen zu Degenerationstendenzen. Dies führt zu einer anhaltenden Stagnation oder zur Schließung.

Grafik 19 Das Unternehmenslebenszyklusmodell



Quelle: Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)

Während sich das forschungs- und wirtschaftspolitische Interesse meist auf die Phasen der Gründung und des Wachstums konzentriert, zeigt sich, dass die Unternehmen auch in der Phase der Reife und insbesondere bei der Unternehmensübergabe große Herausforderungen zu meistern haben. Nachfolgend werden daher „Reifeunternehmen“ und das österreichische Nachfolgegeschehen betrachtet.

2.3.1 Reifeunternehmen in Österreich

Schätzungen der KMU Forschung Austria zufolge befindet sich mehr als die Hälfte der österreichischen Unternehmen in der Reifephase im Unternehmenslebenszyklus (Dörflinger et al. (2013): Wandel zum aktiven Unternehmertum. Zielgruppenspezifische Analyse der WKÖ-Mitglieder). Die Reifephase stellt einerseits den Höhepunkt in der Unternehmensentwicklung dar, da sich das Unternehmen am Markt etabliert hat und in der Regel eine günstige Ertragslage aufweist. Zum anderen ergeben sich durch die zunehmende innerbetriebliche Bürokratie und fehlende Anpassungsfähigkeit des Unternehmens aber auch Nachteile. Das Unternehmen befindet sich in dieser Phase gewissermaßen an einem Scheidepunkt: entweder es kann im darauffolgenden Zeitraum durch gezielte Maßnahmen, wie z.B. Innovationen, wieder zurück zum Wachstum und dadurch in eine Revitalisierungsphase eintreten, oder aber es gleitet durch fehlende Innovationen und gesättigte Märkte in eine Degenerationsphase, was in weiterer Folge zu anhaltender Stagnation bis zur Schließung des Unternehmens führen kann. Die laufende Beobachtung der Absatzmärkte, die Anpassung der Produkte und Dienstleistungen an umweltbezogene Veränderungen, die Berücksichtigung technologischer Neuerungen, die Reduzierung von Organisationsstrukturen sowie Innovationsbereitschaft im Allgemeinen sind vor diesem Hintergrund für die Unternehmensführung von Bedeutung.

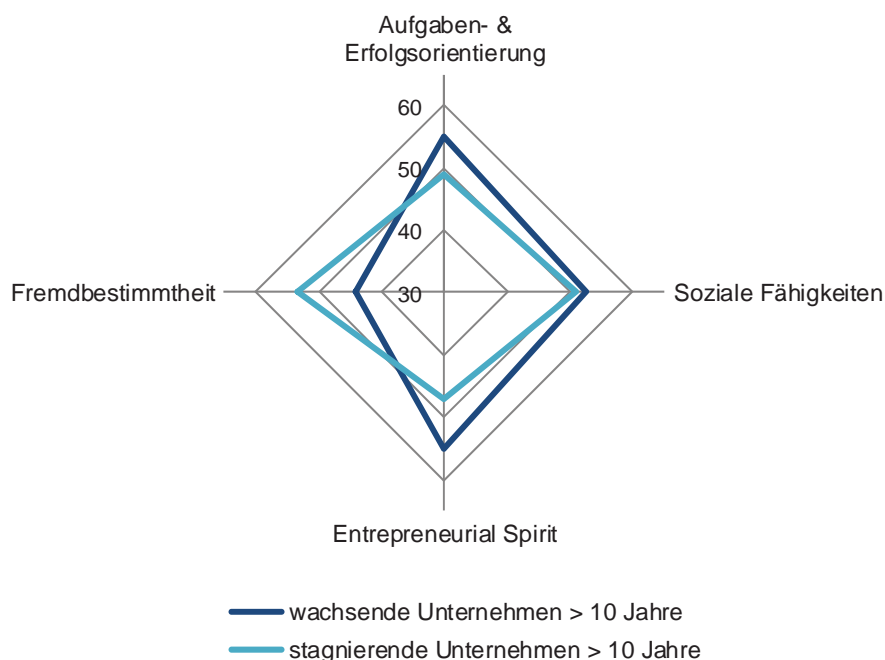
Reifeunternehmen sind vergleichsweise häufiger unter den älteren Unternehmen zu finden. Zwei Drittel der Unternehmen, die bereits mehr als zehn Jahre am Markt bestehen, geben an, sich in einer längeren Phase der Stabilität oder Stagnation zu befinden. Eine Betrachtung der österreichischen Unternehmen nach Branchen zeigt, dass der Anteil der Reifeunternehmen³ in der Beherbergung (65 %) und in der Produktion (61 %) am höchsten ist, während sich im Sektor Information und Kommunikation (39 %) weniger Reifeunternehmen finden.

Gerade kleine Unternehmen sowie auch Familienunternehmen sind in hohem Maße von der Unternehmerperson geprägt. Die weitere unternehmerische Entwicklung hängt demnach stark von der Einstellung der Unternehmer/-innen selbst ab. Analysen der Persönlichkeit von Unternehmer/-innen in Zusammenhang mit der Unternehmensentwicklung sind vor diesem

³ *In der Studie werden jene Unternehmen als Reifeunternehmen angesehen, die länger als zehn Jahre am Markt bestehen.*

Hintergrund aufschlussreich. So zeigt sich bei Unternehmen, die mehr als 10 Jahre am Markt bestehen, dass Unternehmer/-innen, die wachsende Unternehmen führen, stärkere Ausprägungen bei der Persönlichkeitsdimension „Entrepreneurial Spirit“ und „Aufgaben- und Erfolgsorientierung“ aufweisen. Stagnierende Unternehmen werden demgegenüber häufiger von Personen geführt, die sich als fremdbestimmt erleben. D.h. letztere fühlen sich eher einem sich rasch wandelnden Umfeld ausgeliefert und nehmen möglicherweise nicht die Chancen wahr, die sich durch Veränderungen auch erschließen. Eine wesentliche Herausforderung von älteren Unternehmen besteht somit darin, sich auch nach langjähriger unternehmerischer Tätigkeit den so genannten Unternehmergeist zu bewahren und sich laufend pro-aktiv mit neuen Entwicklungen auseinanderzusetzen. (Dörflinger et al. (2013): Wandel zum aktiven Unternehmertum. Zielgruppenspezifische Analyse der WKÖ-Mitglieder)

Grafik 20 Ausprägung von Persönlichkeitsfaktoren bei wachsenden und stagnierenden Unternehmen, die länger als 10 Jahre am Markt bestehen, Anteil der Unternehmen mit hoher Ausprägung in Prozent, 2011



Anmerkung:

Die verschiedenen Persönlichkeitsfaktoren zeichnen sich unter anderem besonders durch die nachfolgenden Persönlichkeitsdimensionen aus:

Entrepreneurial Spirit: Gestaltungsmotivation, Führungsmotivation, Durchsetzungsstärke, Risikobereitschaft

Aufgaben- und Erfolgsorientierung: Leistungsmotivation, beruflicher Ehrgeiz, hohe Bedeutsamkeit der Arbeit im Leben

Soziale Fähigkeiten: Sensitivität, Kontaktfähigkeit

Fremdbestimmtheit: Bestimmtheit durch Dritte, Schicksalsgläubigkeit

Quelle: KMU Forschung Austria

2.3.2 Unternehmensnachfolge in Österreich

Das Meistern der Unternehmensnachfolge¹⁴ gehört für KMU zu den größten Herausforderungen im Laufe ihres Unternehmenslebenszyklus. Erfolgreiche Unternehmensübergaben sichern nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Know-how und die Stabilität in der österreichischen Wirtschaft.

In einer rezenten Studie der KMU Forschung Austria (Ziniel et al. (2014): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Österreich. Status quo 2014: Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen) wird das Nachfolgegeschehen von KMU in Österreich analysiert. Zentrale Ergebnisse dieser Studie sind im vorliegenden Unterkapitel dargestellt.

Übergabegeschehen und zukünftiges Übergabepotenzial 2014 bis 2023

Die Anzahl an **jährlichen Unternehmensübergaben** ist von 2003 bis 2012 um 17 % gestiegen. In der gewerblichen Wirtschaft wurden im Jahr 2012 rund 6.900 Unternehmen übergeben. Mehr als die Hälfte (57 %) ist als „erfolgreich“ im Sinne der Unternehmens-Dynamik (der ersten fünf Jahre nach der Nachfolge) zu verstehen:

- 25 % konnten seit der Übergabe Umsätze und Mitarbeiterstand erhöhen. So wurden pro Jahr durchschnittlich 3.000 bis 4.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.
- 32 % der Nachfolger/-innen mit Umsatzsteigerungen konnten den Personalstand konstant halten.
- Bei 43 % bzw. durchschnittlich pro Jahr 2.000 bis 3.000 der realisierten Nachfolgen gingen seit der Übergabe Arbeitsplätze verloren.

Die **betriebswirtschaftliche Situation** der zur Übergabe anstehenden Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Damit ist auch die Zahl der Unternehmen, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht als übergabetauglich einzustufen sind, zurückgegangen. Als betriebswirtschaftlich nicht übergabetauglich werden jene Unternehmen eingestuft, deren buchmäßiges Eigenkapital im Durchschnitt von drei Jahren negativ ist und ein Fünftel des Gesamtkapitals oder mehr ausmacht. Weiters liegt eine negative Umsatzrentabilität vor, welche im Durchschnitt von drei Jahren bei fünf Prozent der Betriebsleistung oder mehr liegt.

Während der Anteil der nicht übergabetauglichen Unternehmen im Durchschnitt der Bilanzjahre 2003/04 – 2005/06 bei rund 9 % lag, ist dieser Anteil aktuell (Durchschnitt der Bilanzjahre 2009/10 – 2011/12) auf 6 % zurückgegangen. Am höchsten ist der Anteil der nicht übergabetauglichen Unternehmen im Tourismus und der Freizeitwirtschaft mit rund 13 %.

Hinsichtlich der **Unternehmensentwicklung** lässt sich jedoch eine zum Teil verlangsamte Unternehmensdynamik vor der Unternehmensübergabe feststellen. Charakteristisch dafür ist auch, dass sich knapp die Hälfte der potenziellen Übergeber/-innen (d.s. jene Unternehmer/-innen, die voraussichtlich innerhalb der kommenden zehn Jahre ihr Unternehmen übergeben werden) in einer **Reifephase** befindet. 33 % der für die Studie befragten Übergeber/-innen konnten in den drei Jahren vor der Unternehmensübergabe Umsatzsteigerungen verzeichnen, während ein höherer Anteil von 37 % mit Umsatzrückgängen konfrontiert war. Nach der Übergabe gewinnt die Unternehmensentwicklung erneut an Dynamik. Von den befragten Nachfolger/-innen konnten 57 % in den drei Jahren nach der Übernahme steigende Umsätze verzeichnen, während ein geringerer Anteil von 17 % Umsatzrückgänge verzeichnete.

Eine Entwicklung in Richtung Professionalisierung der Nachfolgen zeigt sich anhand einer häufigeren **Planung**. Seit 1996 ist der Anteil der Übergeber/-innen, die die Übergabe planen, kontinuierlich von anfangs 28 % auf 64 % angestiegen. Die Planung der Unternehmensübergabe liegt dabei mehrheitlich in der Sphäre der Übergeber/-innen. Im Vergleich zu 64 % bei den Übergeber/-innen geben 36 % der Nachfolger/-innen an, ihre Übergabe bzw. Nachfolge zu planen.

Für die **kommenden Jahre** ist mit einem anhaltend hohen Übergabegeschehen zu rechnen. Im Zeitraum 2014 bis 2023 stehen 45.700 kleine und mittlere Arbeitgeberbetriebe vor der Herausforderung, eine/n Nachfolger/-in zu finden. Dies entspricht 27 % aller KMU (exkl. EPU) der gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Eine überdurchschnittliche Betroffenheit zeigt sich im Handel (31 %) sowie im Gewerbe und Handwerk (30 %).

Erfolgreiche Übergaben können in den nächsten zehn Jahren 451.000 Arbeitsplätze (inkl. Unternehmer/in) bzw. die Arbeitsplätze von 30 % aller Beschäftigten in KMU (exkl. EPU) sichern. Die betroffenen KMU (exkl. EPU) erwirtschaften im gesamten Zeitraum 2014 bis 2023 voraussichtliche Umsätze von rund 580 Mrd. € (kumuliert).

Dies entspricht 16 % aller in dieser Zeitspanne zu erwartenden Erlöse (unter der Annahme einer konstanten Umsatzentwicklung).

Eine grobe Abschätzung zeigt, dass im Zeitraum 2014 bis 2023 knapp 9.000 EPU zur Nachfolge anstehen. Dabei handelt es sich um 3 % aller EPU der gewerblichen Wirtschaft. (Ziniel et al. (2014): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Österreich. Status quo 2014: Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen)

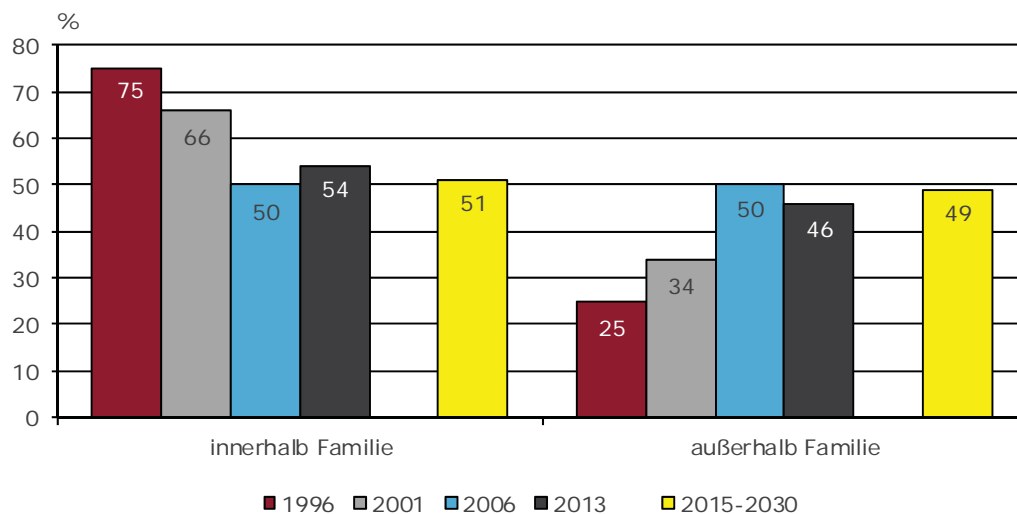
Gründe und Formen der Unternehmensnachfolge

Der häufigste Grund für eine Unternehmensübergabe in Österreich ist das Alter. 66 % der Übergeber/-innen geben ihr Unternehmen mit Erreichung des pensionsfähigen Alters weiter. Gesundheitliche Aspekte waren in 11 % der Fälle Grund für die Übergabe. 7 % der Unternehmen wurden wegen einer anderen unselbstständigen Tätigkeit, 6 % wegen einer anderen selbstständigen Tätigkeit sowie 10 % wegen sonstiger Gründe übergeben.

Zwischen 1996 und 2006 erwiesen sich die altersbedingten Übergaben als rückläufig. 2006 war das Verhältnis zwischen altersbedingten und vorzeitigen Übergaben ausgeglichen. (Mandl, et al. 2008) Aktuell zeigt sich wieder eine Zunahme an altersbedingten Übergaben.

1996 bis 2006 war ein kontinuierlicher Rückgang familieninterner Übergaben von 75 % auf 50 % zu verzeichnen. Seit 2006 halten sich familieninterne und familienexterne Übergaben die Waage. Die vorliegenden Daten legen nahe, dass sich dieses Verhältnis somit längerfristig eingependelt hat.

Grafik 21 Anteil der Unternehmensnachfolgen innerhalb und außerhalb der Familie in Prozent, seit 1996



Quelle: Erhebung der KMU Forschung Austria 1999, 2002, 2008 und 2014

Durch demografische (Rückgang der Geburten und folglich weniger potenzielle Nachfolger/-innen) und gesellschaftliche Veränderungen steigt die Übergabe an weibliche Nachfolger. Waren es 1999 noch 31 % Frauen, die ein Unternehmen übernommen haben, so sind es zum Erhebungszeitpunkt 2013 bereits 50 %. (Ziniel et al. (2014): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Österreich. Status quo 2014: Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen)

3 Beschäftigung und Qualifikation

KMU schaffen und sichern viele Arbeitsplätze in der österreichischen Wirtschaft. Knapp 1,9 Mio. selbst- und unselbstständig Beschäftigte waren im Jahr 2012 in heimischen KMU tätig. Wie im vorangegangenen Kapitel dargelegt, sind damit zwei Drittel aller Erwerbstätigen der marktorientierten Wirtschaft in einem KMU beschäftigt. Österreichische KMU bilden zudem den Großteil der Lehrlinge aus. Den kleinen und mittleren Betrieben kommen damit die zentrale Ausbilder-Rolle und eine wichtige Funktion bei der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt zu. Die österreichische Lehrlingsausbildung leistet damit auch einen Beitrag zur europaweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit.

In den westlichen Gesellschaften wird durch den Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft Wissen und Qualifikation zunehmend zum bedeutenden Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen und den Wirtschaftsstandort im Allgemeinen. Das Humankapital eines Landes, der Bildungsstand und das „lebensbegleitende Lernen“ der Bevölkerung stellen damit auch Indikatoren der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft dar. Bereits in der Lissabon-Strategie sowie auch im Nachfolgeprogramm Europa 2020 hat die Europäische Kommission die Förderung der Hochschulbildung und des lebenslangen Lernens zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums als Ziele gesetzt.

Im vorliegenden Kapitel werden zunächst Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt analysiert und darauffolgend die Aus- und Weiterbildungssituation in Österreich dargestellt sowie Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung angeführt. Es ist vorab darauf hinzuweisen, dass die hierfür verwendeten Datengrundlagen (überwiegend Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria und Eurostat sowie Daten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger) nicht exakt mit den in Kapitel 1 verwendeten Daten der Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria vergleichbar sind. Unterschiede betreffen insbesondere die in den verschiedenen Statistiken inkludierten Wirtschaftsbereiche. Im vorliegenden Kapitel wird, wo nicht anders angemerkt, die Gesamtwirtschaft (inkl. Land- und Forstwirtschaft) betrachtet, während sich das Kapitel 1 auf die marktorientierte Wirtschaft bezieht (zur Erläuterung siehe auch Anhang 7.3).

3.1 Österreichischer Arbeitsmarkt

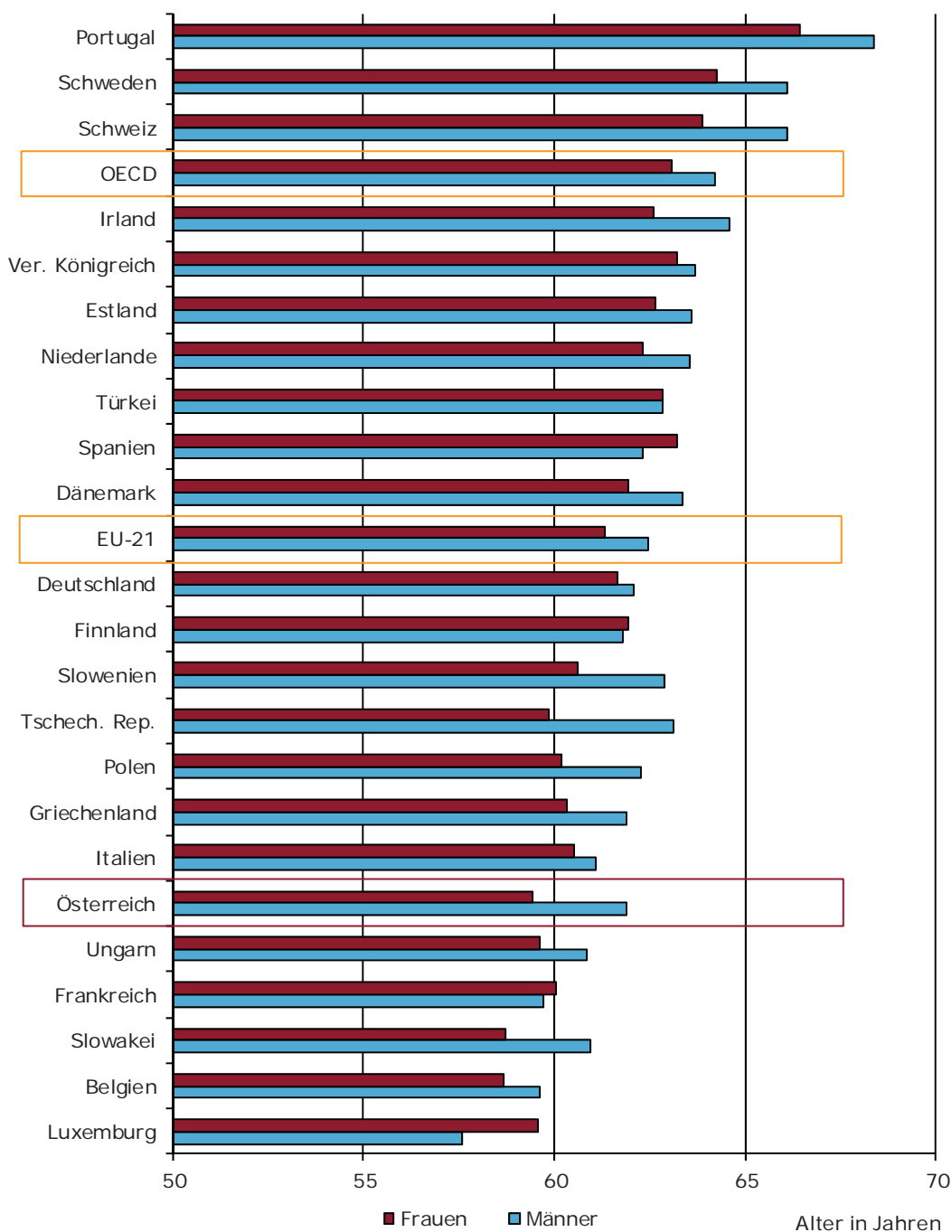
Der österreichische Arbeitsmarkt zeichnet sich im internationalen Vergleich durch eine niedrige Arbeitslosenquote aus. Auch die Jugendarbeitslosigkeit gehört zu den niedrigsten in Europa, was unter anderem auf das duale Ausbildungssystem in Österreich zurückzuführen ist. Zur niedrigen Arbeitslosigkeit trägt jedoch auch bei, dass die Österreicher/-innen im Durchschnitt früher in Pension gehen als die Erwerbstätigen im EU-Durchschnitt.

3.1.1 Demografische Entwicklung und Erwerbsquoten

Die Pensionssysteme in Österreich, aber auch in anderen westlichen Gesellschaften, geraten durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck. Der längere Verbleib im Erwerbsleben wird damit zukünftig von größerer Bedeutung sein. Daher hat sich die Bundesregierung auch auf das Ziel der Erhöhung der Beschäftigtenquote geeinigt. Ein internationaler OECD-Vergleich zeigt, dass das durchschnittliche faktische Pensionsantrittsalter in Österreich im Jahr 2012 im Durchschnitt bei 61,9 Jahren für Männer und 59,4 Jahren für Frauen liegt. Der OECD-Durchschnitt liegt bei Männern bei 64,2 und bei Frauen bei 63,1 Jahren. Am höchsten liegt das effektive Durchschnittsalter bei Pensionsantritt in Portugal (68,4 Jahre Männer und 66,4 Jahre Frauen) gefolgt von Schweden (66,1 Jahre Männer und 64,2 Jahre Frauen), der Schweiz (66,1 Jahre Männer und 63,9 Jahre Frauen) und Irland (64,6 Jahre Männer und 62,6 Jahre Frauen).

In Österreich ist das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen 60 Jahre und für Männer 65 Jahre. Das durchschnittliche Alter, in dem erstmals Alterspension bezogen wird, liegt im Jahr 2013 für Männer bei 62,8 Jahren und für Frauen bei 59,3 Jahren.

Grafik 22 Faktisches Pensionsantrittsalter in Jahren, 2012



Anmerkung:

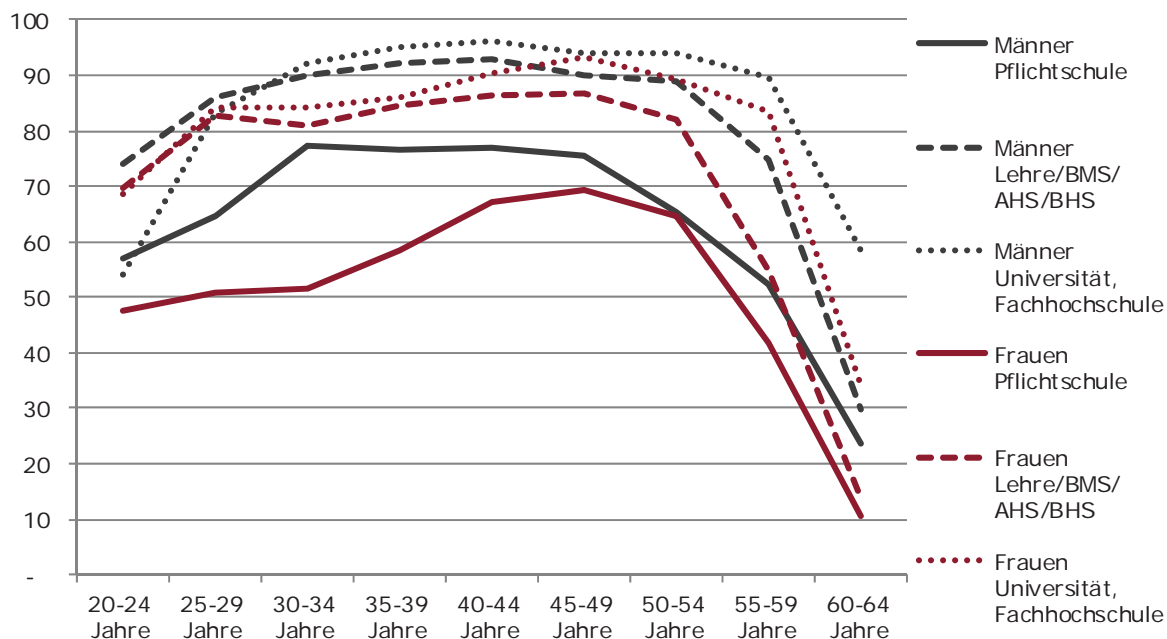
Die OECD berechnet das faktische Pensionsantrittsalter vereinfacht ausgedrückt als das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter für über 40jährige Erwerbstätige. Durch die Art der Berechnung ergeben sich Unterschiede zu nationalen Daten.

Quelle: OECD

Eine Betrachtung der Erwerbstätigenquoten nach Alter und höchster abgeschlossener Bildung zeigt, dass der Bildungsstand einen wesentlichen Faktor zur Erhöhung der Erwerbstätigenquote darstellt: Je höher die höchste abgeschlossene Ausbildung, umso höher die Erwerbsquote über (fast) alle Altersgruppen hinweg. Zudem wird deutlich, dass Personen mit höherem Bildungsabschluss nicht nur zu einem höheren Anteil, sondern auch länger erwerbstätig sind.

Männer im Alter zwischen 60 bis 64 Jahren mit Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluss nehmen noch zu 58 % am Arbeitsmarkt teil; bei Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss liegt der Anteil in dieser Altersgruppe noch bei 34 %. Männer mit Lehre oder Abschluss einer Berufsbildenden Mittleren oder Höheren Schule nehmen im Alter von 60 bis 64 Jahren noch zu 30 % am Arbeitsmarkt teil, während die Erwerbstätigenquote für Frauen in dieser Alters- und Bildungskategorie mit 14 % bereits gering ist. Am frühesten scheiden Personen aus dem Arbeitsmarkt aus, die ausschließlich über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Die Erwerbstätigenquote für Männer mit Pflichtschulabschluss liegt für die Altersgruppe 60 bis 64 Jahre bei 24 %, jene für Frauen bei 10 %. Über alle Alters- und Bildungsabschlüsse hinweg liegt die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen unter jener der Männer.

Grafik 23 Erwerbstätigenquote nach Geschlecht, Alter und höchster abgeschlossener Schulbildung, 2013



Anmerkungen:

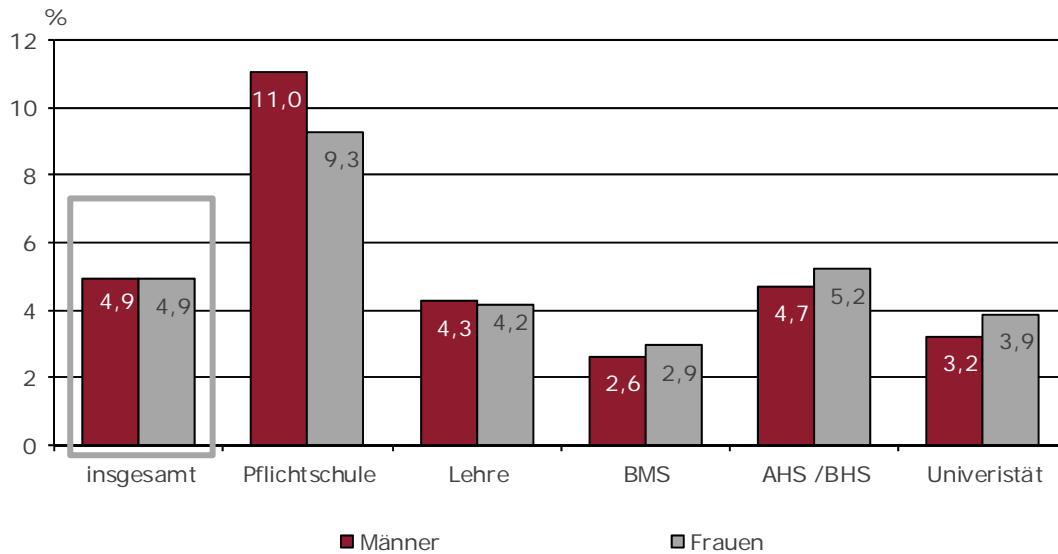
Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung in Privathaushalten, ohne Präsenz- und Zivildienstler.

BMS: Berufsbildende Mittlere Schule; AHS: Allgemeine Höhere Schule; BHS: Berufsbildende Höhere Schule

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus

3.1.2 Arbeitslosigkeit

Gleichermaßen zeigt sich, dass Bildung auch einen starken Einfluss auf die Arbeitslosigkeit hat. Im Jahr 2013 belief sich die Arbeitslosenquote (Arbeitslose bezogen auf die Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren, internationale Definition) auf rund 5 %. Bei Personen mit Pflichtschulabschluss waren demgegenüber im Durchschnitt rund 10 % von Arbeitslosigkeit betroffen.

Grafik 24 Arbeitslosenquoten nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht, 2013

Arbeitslose bezogen auf die Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren, internationale Definition
 Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus

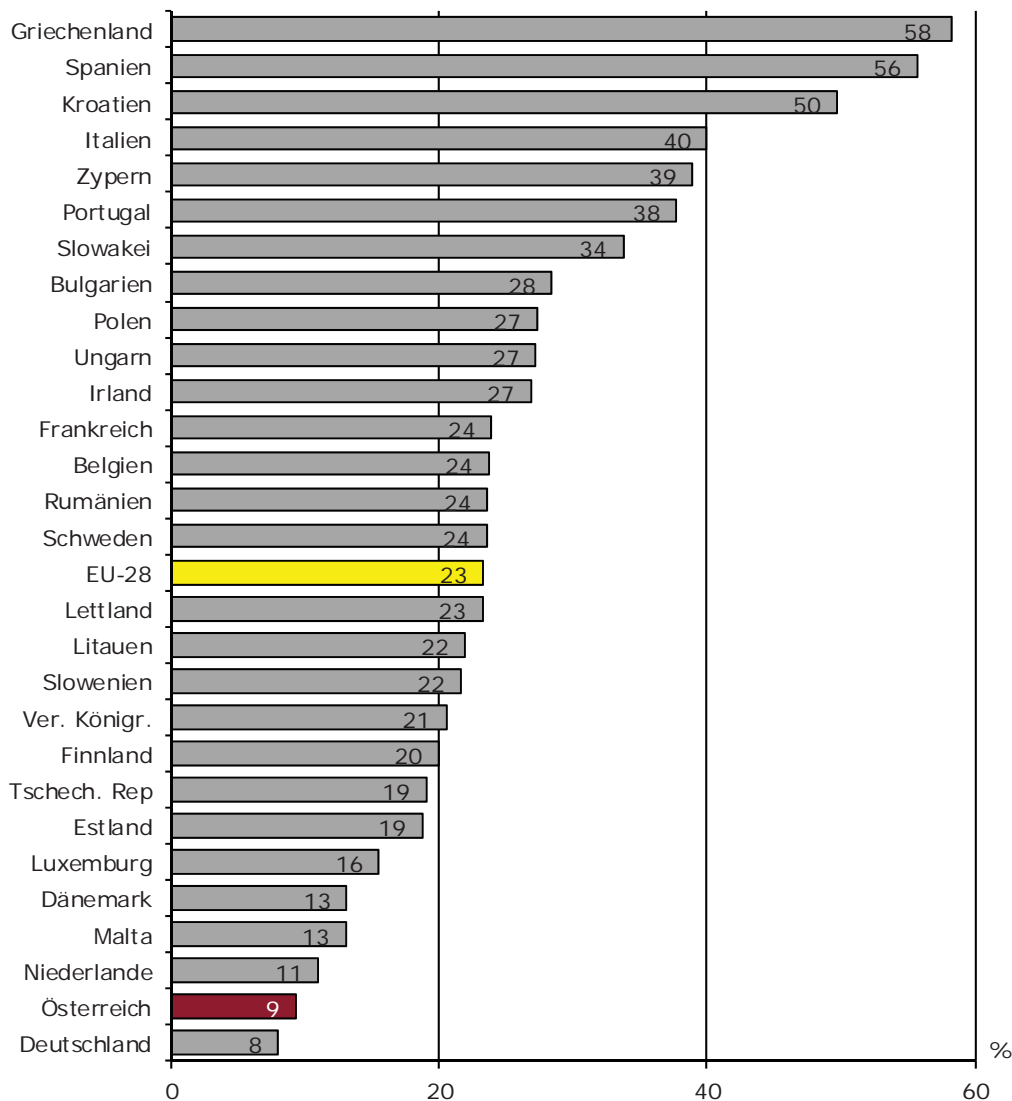
Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den Ländern mit den geringsten Arbeitslosenquoten. Innerhalb der EU wies Österreich im Jahr 2013 mit 4,9 % die niedrigste Arbeitslosenquote auf, gefolgt von Deutschland mit 5,3 %. Am höchsten ist der Anteil der Arbeitslosen in Spanien und Griechenland, wo mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen ohne Arbeit ist. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den EU-28 belief sich im Jahr 2013 auf 10,8 %.

Während der (im europäischen Vergleich) frühere Erwerbsaustritt der Beschäftigten in Österreich zur niedrigen Arbeitslosenquote beiträgt, leistet auch das System der dualen Ausbildung einen Beitrag zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen. Österreich kommt hier international eine Vorbildfunktion zu.

Studien zeigen, dass das System der dualen Berufsausbildung den Absolvent/-innen gute Arbeitsmarktchancen bietet. In einer Analyse, welche die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich (Österreich, Deutschland, Schweiz und Dänemark) betrachtet, wird gezeigt, dass sowohl zu breite als auch zu enge Ausbildungen bzw. Ausbildungen mit zu hohem Spezialisierungsgrad für die Arbeitsmarktintegration nachteilig sind. Die österreichische Lehrausbildung ist vor allem auf Grund ihrer Ausgewogenheit und dem mittleren Grad an beruflicher Spezialisierung⁴ besonders erfolgreich. (Ebner (2013): Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich)

Die Jugendarbeitslosigkeit polarisiert im europäischen Vergleich besonders stark. Jugendliche sind zwar auch in Österreich häufiger arbeitslos als der Durchschnitt der Erwerbsbevölkerung, die Jugendarbeitslosigkeit liegt jedoch weit unter dem Durchschnitt der EU-28. Im Jahr 2013 waren in Österreich rund 9 % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos und im EU-Durchschnitt rund 23 %. Die höchsten Arbeitslosenquoten in dieser Altersgruppe waren für Kroatien, Spanien und Griechenland mit 50 % und mehr zu verzeichnen.

⁴ Der Grad der beruflichen Spezialisierung der dualen Ausbildungssysteme wird in der Studie anhand der Zahl der Ausbildungsberufe gemessen: Dänemark hat mit weniger als 150 anerkannten Ausbildungsberufen die geringste, Deutschland mit über 350 Ausbildungsberufen die höchste berufliche Spezialisierung. Die österreichische Berufsqualifizierung wird mit rund 250 Ausbildungsberufen als mittel eingestuft.

Grafik 25 Arbeitslosenquote von Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren in den EU-28, in Prozent, 2013

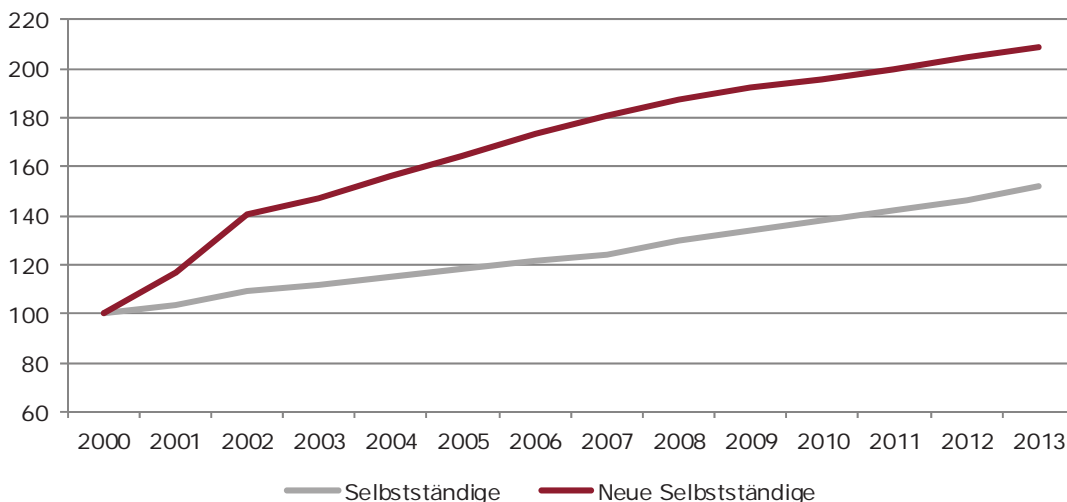
Quelle: Eurostat

3.1.3 Wandel der Beschäftigungsformen

Eine weitere zentrale Entwicklung der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte ist die Pluralisierung der Beschäftigungsformen. Das so genannte „Normalarbeitsverhältnis“, welches u.a. durch eine unbefristete Vollzeitstellung charakterisiert ist, verliert gegenüber Teilzeitarbeit und „neuen“ Formen der Beschäftigung, wie geringfügige Beschäftigung, Beschäftigung auf Werkvertragsbasis und „neuer Selbstständiger“ an Bedeutung.

Im Jahr 2013 gab es unter den mehr als 400.000 Selbstständigen rund 43.900 „Neue Selbstständige“. Als Neue Selbstständige werden all jene Personen bezeichnet, die aufgrund einer betrieblichen Tätigkeit steuerrechtliche Einkünfte aus selbstständiger Arbeit erzielen, jedoch keinen Gewerbeschein benötigen und damit auch nicht Mitglied der Wirtschaftskammer oder sonstiger Kammern (z.B. Kammern der freien Berufe) sind. Hierzu zählen z.B. Autor/-innen, Journalist/-innen, Sachverständige, Vortragende oder auch Krankenpfleger/-innen und Psychotherapeut/-innen. Die Zahl der neuen Selbstständigen stieg zwischen 2000 und 2013 von rund 21.000 auf rund 43.900, während die Zahl der Selbstständigen insgesamt im gleichen Zeitraum um knapp 50 % zunahm. Der Anteil der Neuen Selbstständigen an den Selbstständigen insgesamt liegt bei etwa 10 %.

Grafik 26 Entwicklung der Selbstständigen und Neuen Selbstständigen laut GSVG, FSVG 2000 und 2012, Index Jahr 2000 = 100

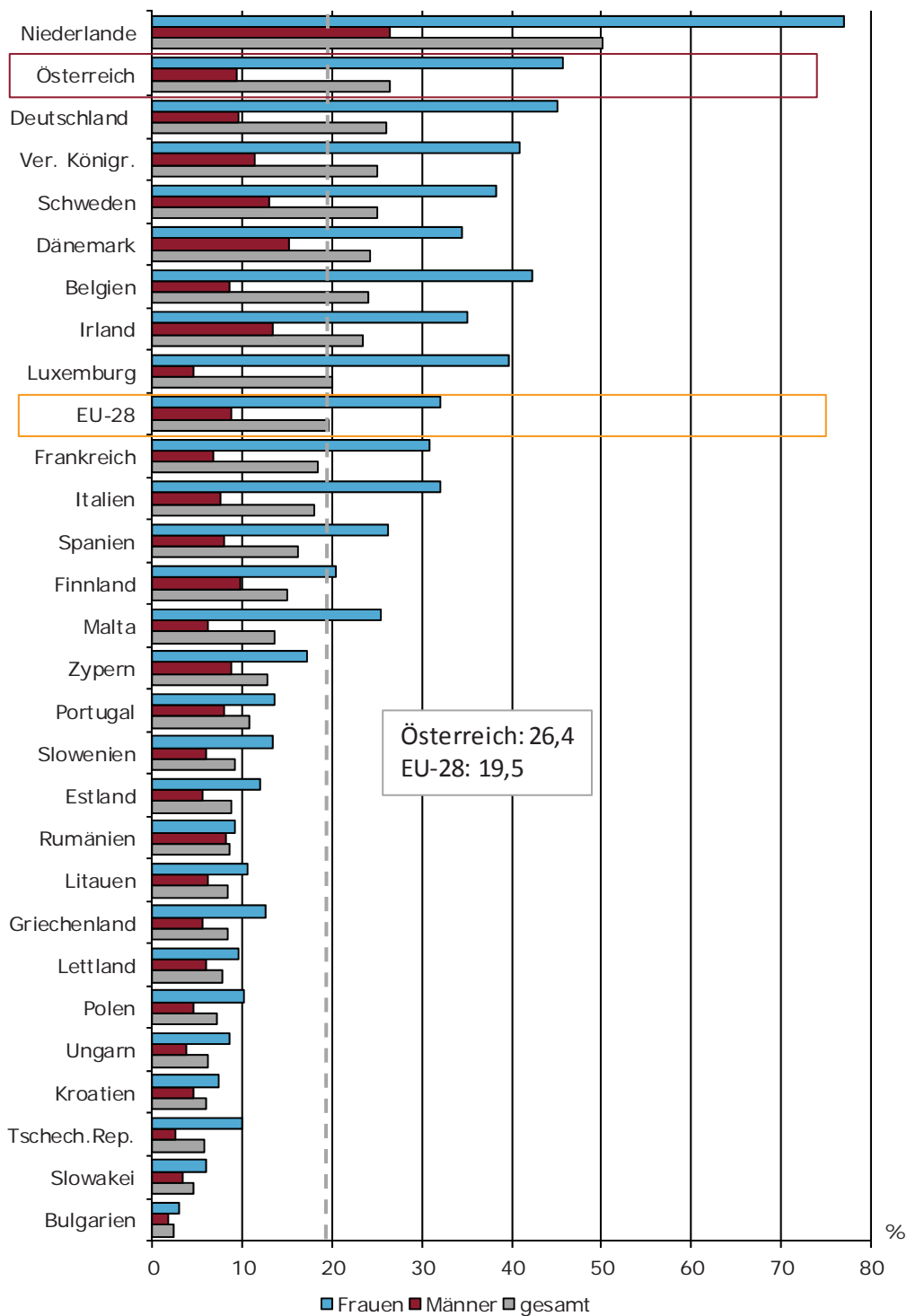


Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Bei den unselbstständig Beschäftigten war in den vergangenen Jahren ein Anstieg der geringfügig Beschäftigten zu verzeichnen. Im Jahr 2013 waren insgesamt rund 324.000 Personen geringfügig tätig, was einem Anteil von 9 % aller unselbstständig Beschäftigten entspricht. Zwischen 2008 und 2013 stieg die Zahl der geringfügig Erwerbstätigen um knapp 20 % an.

In Österreich arbeiteten im Jahr 2013 26 % der Beschäftigten auf Teilzeitbasis. Zwischen 2004 und 2013 stieg die Teilzeitquote für Männer von 5 % auf 9 % und für Frauen von 38 % auf 46 % an. Eine Betrachtung im europäischen Vergleich macht deutlich, dass Österreich zu den Ländern mit den höchsten Teilzeitquoten gehört. Lediglich die Niederlande lag im Jahr 2013 mit einer Teilzeitquote von 50 % deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (26 %). Die durchschnittliche Teilzeitquote innerhalb der EU-28 beträgt rund 20 %. Die geringsten Teilzeitquoten weisen Bulgarien und die Slowakei mit weniger als 5 % auf. Im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern wird in Österreich häufiger auf eigenen Wunsch Teilzeit gearbeitet. Neun von zehn Beschäftigten in Österreich geben an, freiwillig auf Teilzeitbasis zu arbeiten, während dies im EU-Durchschnitt sieben von zehn Beschäftigten anführen (Quelle: Eurostat, 2013). Die häufigsten Gründe für Teilzeitbeschäftigung in Österreich sind die Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen sowie auch, dass keine Vollzeitstätigkeit gewünscht wird (Quelle: Statistik Austria).

Grafik 27 Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung nach Geschlecht in den EU-28 in Prozent, 2013



Quelle: Eurostat

Eine weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt ist eine erhöhte Dynamisierung, welche häufigere Wechsel der Arbeitgeber/-innen sowie auch Wechsel zwischen selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit mit sich bringt. Zudem gibt es immer mehr Personen, die sowohl selbstständig als auch unselbstständig erwerbstätig sind. Laut Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria stieg die Zahl der Personen, die gleichzeitig einer selbstständigen und einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, von 2004 auf 2013 um 26 % auf über 100.000 Personen an.

Für die österreichischen Unternehmen ermöglichen die neuen Beschäftigungsformen einen flexibleren Personaleinsatz, gleichzeitig implizieren die Dynamisierungsprozesse jedoch auch eine höhere Mitarbeiterfluktuation. Insbesondere für KMU kann es sich unter Umständen im Vergleich zu größeren Unternehmen schwieriger darstellen, qualifiziertes Personal zu finden und (etwa durch finanzielle Anreize oder unternehmensinterne Aufstiegschancen) zu halten.

Angesichts der Entstehung „neuer“ Berufskarrieren mit häufigeren Wechseln zwischen selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit gilt es, zur Förderung des Unternehmertums nicht nur den Einstieg in die Selbstständigkeit – also den Übergang von Ausbildung bzw. unselbstständiger Tätigkeit zu selbstständiger Tätigkeit – zu fördern, sondern auch den Wechsel von selbstständiger zu unselbstständiger Tätigkeit.

3.2 Aus- und Weiterbildung/Qualifikation in Österreich

Das Bildungsniveau der österreichischen Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren im Bildungssystem in Österreich geringer ist als im EU-Durchschnitt. Gute Werte erzielt Österreich bei der Weiterbildung und dem lebensbegleitenden Lernen. Die österreichischen KMU sind dabei wichtige Träger der Weiterbildungsaktivitäten – neun von zehn bieten ihren Beschäftigten betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen an.

3.2.1 Bildungsstand der österreichischen Bevölkerung

Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist für den zukünftigen Wohlstand einer Gesellschaft von Bedeutung. Die vergangenen Jahrzehnte waren in Österreich von einer Bildungsexpansion gekennzeichnet, was sich vor allem in einem Anstieg der Sekundar- und Tertiärabschlüsse sowie einem Rückgang der Personen, die über einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung verfügen, bemerkbar machte.

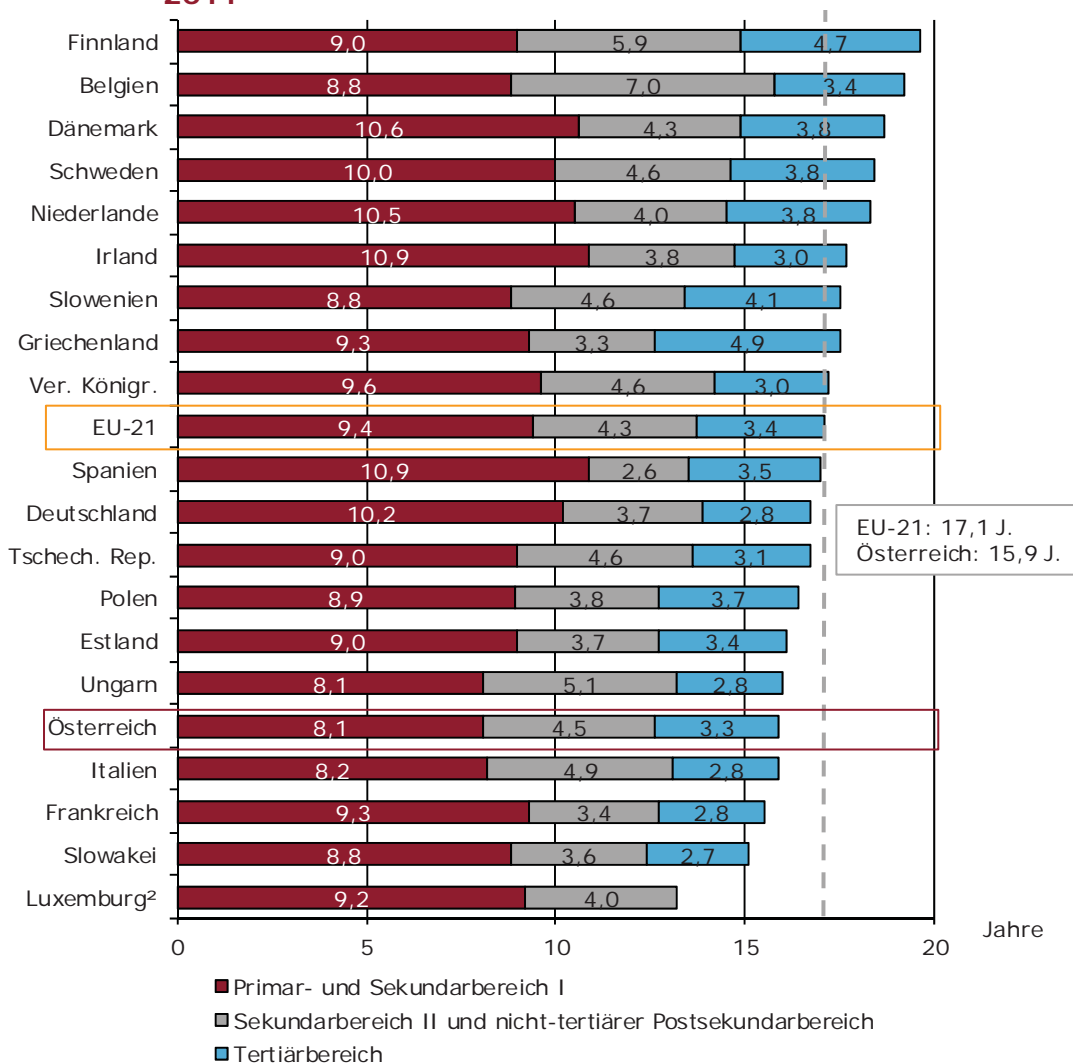
Zwischen 1981 und 2011 stieg der Anteil der Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren, die über einen Sekundarabschluss verfügten, von 50 % auf 65 % an. Zum Sekundarabschluss zählen Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen, Allgemein Bildende Höhere Schulen sowie die Lehre. Über einen Tertiärabschluss (Hochschulen, Akademien oder Kollegs) verfügten 1981 weniger als 5 % der Bevölkerung der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren. Bis zum Jahr 2011 stieg ihr Anteil auf 15 % an. Der Anteil an Personen mit Pflichtschulabschluss in dieser Alterskohorte war währenddessen rückläufig (1981: 46 %, 2011: 19 %).

Betrachtet man den Bildungsstand der österreichischen Bevölkerung im internationalen Vergleich, zeigt sich, dass in Österreich im Durchschnitt weniger Personen über einen Tertiärabschluss verfügen. Rund 19 % der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren hatte 2011 einen Hochschul- bzw. einen Meister- und Werkmeisterabschluss; im EU-Durchschnitt sind es 28 %. Zu den Ländern mit den höchsten Anteilen an Personen mit Tertiärabschluss zählen das Vereinigte Königreich und Finnland mit einem Anteil von jeweils rund 39 %.

Die OECD definiert unterschiedliche bildungsspezifische Indikatoren für das zukünftige Humankapital einer Gesellschaft. Eine wichtige Vergleichszahl stellt die so genannte „Bildungserwartung“ dar. Darunter wird die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren im Bildungssystem verstanden, die eine fünfjährige Person im Laufe ihres Lebens zu erwarten hat. Für Österreich liegt diese Kennzahl bei 15,9 Jahren und damit etwa ein Jahr unter dem Durchschnitt der EU (17,1 Jahre). Besonders niedrig ist in Österreich die Verweildauer im Primar- und Sekundarbereich I (8,1 Jahre), was daraus resultiert, dass Jugendliche in Österreich beim Übergang in die neunte Schulstufe gleichzeitig in die Sekundarstufe II übertreten. Die Differenz zum EU-Durchschnitt (9,4 Jahre) wird durch eine durchschnittliche Bildungserwartung im Sekundarbereich II und dem nicht-tertiären Postsekundarbereich

reich von 4,5 Jahren nur teilweise ausgeglichen (EU-21: 4,3 Jahre). Die Bildungserwartung in der Tertiärstufe liegt mit 3,3 Jahren geringfügig unter dem EU-Durchschnitt von 3,4 Jahren.

Grafik 28 Verweildauer im Bildungssystem¹ in den EU-21 in Jahren, 2011



¹ Die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren im Bildungssystem, die eine fünfjährige Person im Laufe ihres Lebens zu erwarten hat

² keine Werte für den Tertiärbereich

Die dargestellte Einteilung des Bildungssystems basiert auf der internationalen Standardklassifikation der Bildung (ISCED) der UNESCO, welche ein Regelwerk zur Einordnung von Bildungsgängen der nationalen Bildungs- und Ausbildungssysteme in eine hierarchische, nach der Komplexität der Ausbildungsinhalte gestufte Systematik der Bildungsebenen zur Verfügung stellt. Nachfolgend sind die Entsprechungen der internationalen Klassifikation für Österreich angeführt:

Primarbereich: umfasst in Österreich: 1. bis 4. Schulstufe Volksschulen, Sonderschulen und sonstige Allgemein bildende Statutschulen (d.s. Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht wie z.B. Waldorfschulen, Montessorischulen)

Sekundarbereich I (ISCED 2): umfasst in Österreich die Hauptschulen, die Neue Mittelschule und die 5. bis 8. Schulstufe der Allgemein bildenden Höheren Schulen und der sonstigen Allgemein bildenden Statutschulen.

Sekundarbereich II (ISCED 3): umfasst in Österreich Allgemein bildende Höhere Schulen und sonstige Allgemein bildende Statutschulen ab der 9. Schulstufe, Berufsbildende Höhere Schulen, Berufsbildende Mittlere Schulen und Berufsschule und Polytechnische Schulen.

Nicht-tertiärer Postsekundarbereich (ISCED 4): umfasst in Österreich die letzten beiden Jahre der fünfjährigen Berufsbildenden Höheren Schulen und die Schulen des Gesundheitswesens.

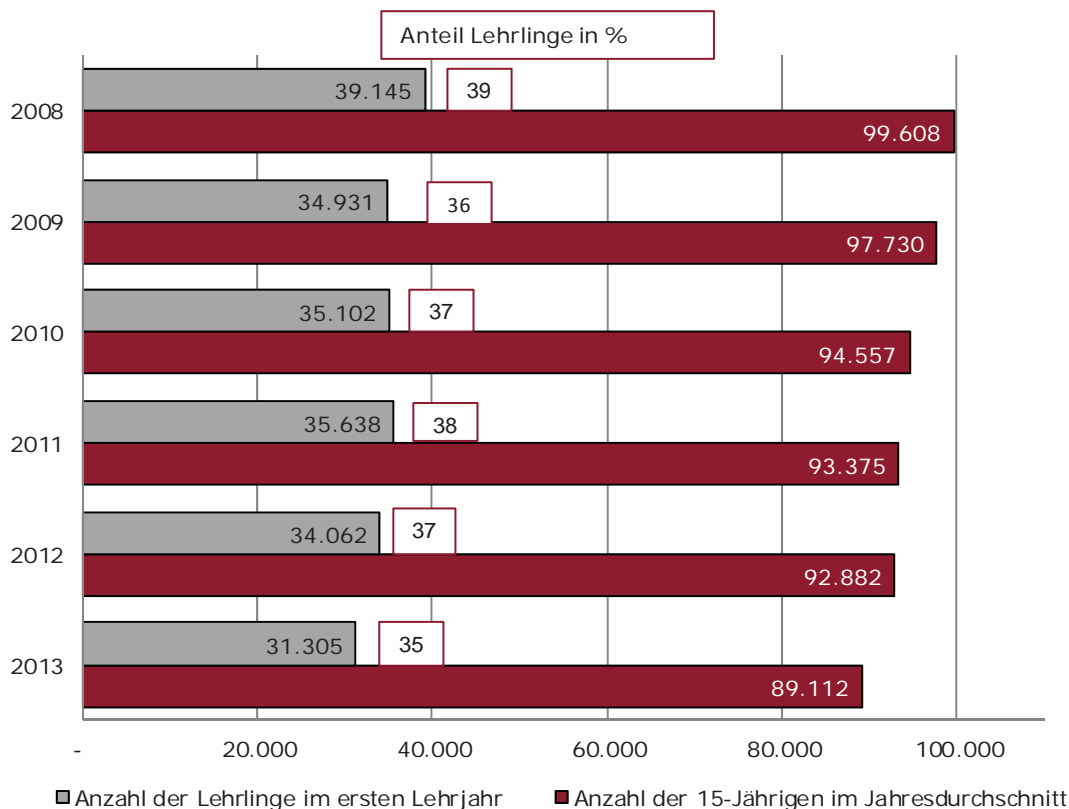
Tertiärbereich (ISCED 5 und 6): umfasst in Österreich die Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen, Kollegs und Akademien, Werkmeister- und Meisterausbildungen, Doktoratsstudien und PhD-Studien

Quelle: OECD, Education at a Glance, Statistik Austria

3.2.2 Duale Ausbildung und Fachkräfteentwicklung

Die Bildungsexpansion sowie der demografische Wandel verschärfen den Lehrlingsmangel in Österreich. Seit 2008 ist nicht nur die absolute Zahl der österreichischen Lehrlinge rückläufig, sondern auch der relative Anteil an den Jugendlichen im Alter von 15 Jahren, die sich für eine Lehrausbildung entscheiden. Während im Jahr 2008 knapp 40 % der 15-Jährigen eine Lehre in einem Betrieb begannen, waren es im Jahr 2013 35 %. Durch die demografische Entwicklung ist die Zahl der 15-Jährigen zwischen 2008 und 2013 um rund 10 % zurückgegangen. Die Zahl der Lehrlinge ging im gleichen Zeitraum um 20 % zurück, von rund 39.100 Lehrlingen im Jahr 2008 auf rund 31.300 Lehrlinge im Jahr 2013.

Grafik 29 Entwicklung der betrieblichen Lehrlinge im ersten Lehrjahr sowie der 15-Jährigen im Jahresdurchschnitt und Anteil der Lehrlinge an den 15-Jährigen in Prozent, 2008 – 2013



Anmerkung: Die dargestellten Zahlen basieren auf der Lehrlingsstatistik der WKO und sind daher nicht exakt mit den in Kapitel 1 angeführten Lehrlingszahlen der Leistungs- und Strukturerhebung der Statistik Austria zu vergleichen.
 Quelle: WKO, Lehrlingsstatistik; Statistik Austria

Im Gewerbe und Handwerk waren 2014 insgesamt 9 % der Betriebe von einem Lehrlingsmangel und 26 % von einem Fachkräftemangel betroffen. Besonders hoch sind die Anteile der Betriebe mit Lehrlingsmangel etwa bei den Frisören (23 %), Dachdeckern (24 %) oder Spenglern und Kupferschmieden (29 %). Der Fachkräftemangel trifft in erster Linie ebenfalls Dachdecker (51 %), Spengler und Kupferschmiede (44 %), Elektriker (44 %) oder den Bau (35 %). (Quelle: KMU Forschung Austria, Konjunkturerhebung im Gewerbe und Handwerk, Jänner bis März 2014)

3.2.3 Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen

In sich rasch wandelnden, wissensbasierten Gesellschaften werden neben der Bildung auch der fortwährende Erhalt und die Erweiterung der Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten zum entscheidenden Faktor. Die Erhöhung der Beteiligung am Lebensbegleitenden Lernen in den Mitgliedstaaten wurde daher von der Europäischen Union als ein Ziel der Europa 2020 Strategie festgelegt.

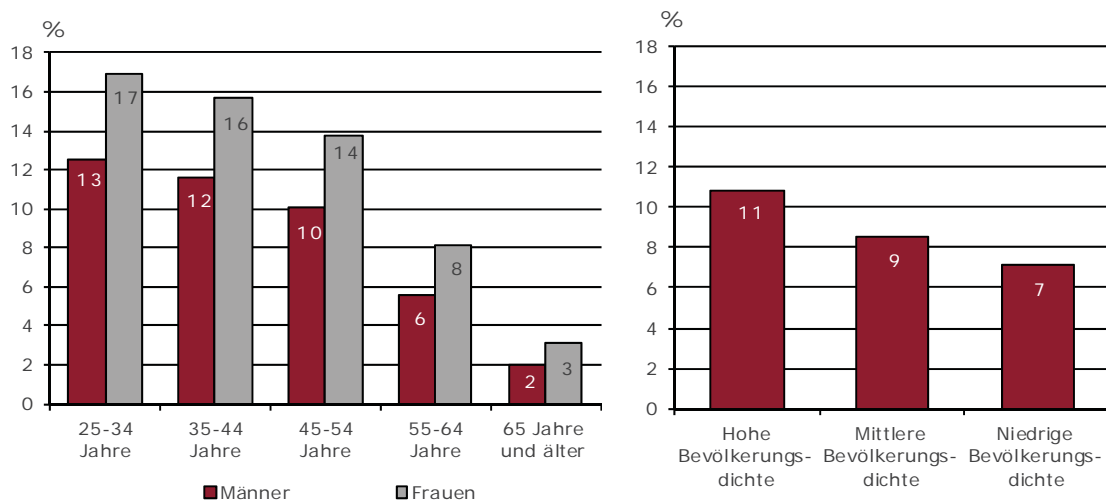
Weiterbildung allgemein

In Österreich hatten im Jahr 2013 bei der Arbeitskräfteerhebung rund 4 % der Befragten im Alter ab 25 Jahren in den vier Wochen vor der Befragung an einer formalen und weitere rund 9 % an einer non-formalen (Kurse und Schulungen) Weiterbildung teilgenommen. Bei mehr als der Hälfte der Personen diente die Weiterbildung beruflichen Zwecken.

Bei der Weiterbildung lassen sich geschlechterspezifische Unterschiede feststellen. Der Anteil der Frauen im Alter ab 25 Jahren, die in den vier Wochen vor der Befragung an Kursen und Schulungen teilgenommen hatten, liegt mit rund 10 % über jenem der Männer mit rund 8 %. Bei den Männern fanden die beruflichen Kurse und Schulungen währenddessen häufiger in der Arbeitszeit statt. Im Alter bilden sich sowohl Männer als auch Frauen seltener fort. Während sich die Quote der Teilnahme an Kursen und Schulungen bis zum Alter von 44 Jahren noch bei über 12 % bewegt, fällt diese für die Altersgruppe der 55 bis 64-Jährigen auf rund 6 % und für Personen im Alter von 65 Jahren und älter auf rund 3 %.

Unterschiedliche Weiterbildungsquoten lassen sich auch im Vergleich der städtischen und ländlichen Regionen feststellen. So bilden sich in Gegenden mit hoher Bevölkerungsdichte rund 11 % der Personen im Alter von 25 Jahren und älter weiter, in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte beträgt der Anteil der Teilnehmer/-innen an Kursen und Schulungen rund 7 %.

Grafik 30 Anteil der Personen, die in den letzten vier Wochen vor der Befragung an Kursen und Schulungen teilgenommen haben, in Prozent nach Alter, Geschlecht und Urbanisierungsgrad, 2013

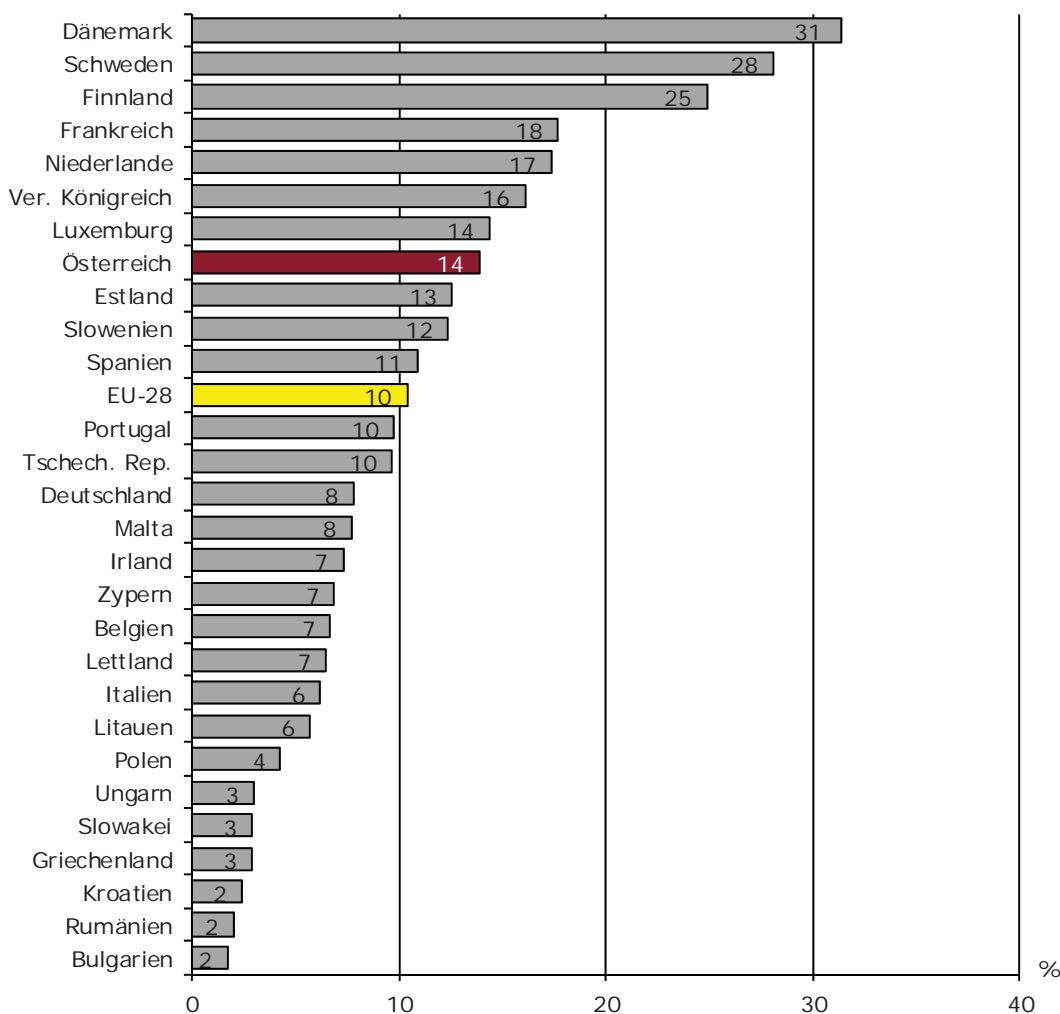


Anmerkung: Hohe Bevölkerungsdichte entspricht Regionen mit dicht besiedeltem Gebiet bzw. städtische Regionen während niedrige Bevölkerungsdichte ländlichen Regionen entspricht; die Einteilung erfolgt auf Basis der Definition der Europäischen Kommission.

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus

Im internationalen Vergleich bilden sich die Österreicher/-innen häufiger weiter als im EU-Durchschnitt. Der Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die 2013 in den vier Wochen vor der Befragung an Aus- und Weiterbildung teilgenommen hatten, belief sich in Österreich auf 14 %, in den EU-28 auf 10 %. Die höchsten Aus- und Weiterbildungsquoten weisen Dänemark, Schweden und Finnland mit einem Anteil von 25 % und mehr auf. Schlusslichter stellen Kroatien, Rumänien und Bulgarien mit jeweils 2 % dar.

Grafik 31 Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die in den letzten 4 Wochen vor der Befragung an einer Aus- und Weiterbildung teilgenommen haben, in Prozent, 2013



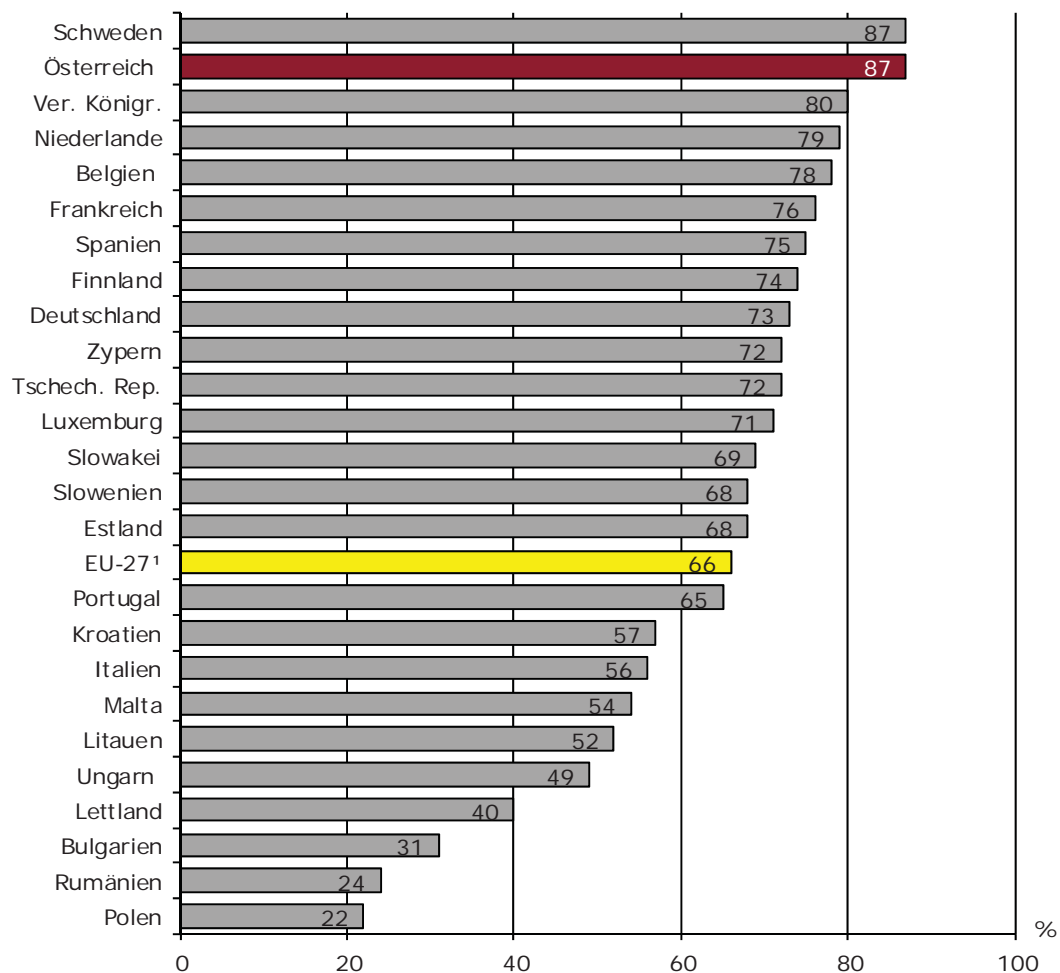
Quelle: Eurostat, 2014

Betriebliche Weiterbildung

Österreichische Unternehmen tragen einen wesentlichen Anteil der Weiterbildungsaktivitäten in Österreich. Mitarbeiter/-innen sind ein wichtiger Faktor für den unternehmerischen Erfolg. Investitionen im Bereich betrieblicher Aus- und Weiterbildung werden demnach als Faktoren für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und für den Fortbestand des Unternehmens angesehen.

Die „Vierte Europäische Erhebung über betriebliche Weiterbildung“⁵ liefert verschiedene Indikatoren zu den Weiterbildungsaktivitäten der Unternehmen in Europa. In Österreich bieten knapp neun von zehn Unternehmen (ab zehn Mitarbeiter/-innen) ihren Beschäftigten Weiterbildungsmaßnahmen an, welche entweder in bezahlter Arbeitszeit stattfinden und/oder vom Unternehmen (mit-)finanziert werden. Im Europäischen Vergleich zählt Österreich bei diesem Indikator gemeinsam mit Schweden zu den Spitzenreitern. Im Durchschnitt der EU-27 bieten rund zwei Drittel der Unternehmen ihren Mitarbeiter/-innen Weiterbildungsmaßnahmen an.

Grafik 32 Anteile der Unternehmen (ab 10 Beschäftigten) mit betrieblicher Weiterbildung in Europa in Prozent, 2010



¹ geschätzter Wert

Quelle: Eurostat, 2013

⁵ Daten für Österreich von Statistik Austria; Erhebungszeitraum Mai bis Dezember 2011; befragt wurden Unternehmen des Produktions- und Dienstleistungssektors (Abschnitte B – S der ÖNACE 2008 Wirtschaftsklassifikation) mit 10 Beschäftigten und mehr zu ihren Weiterbildungsaktivitäten im Jahr 2010.

Zu den Weiterbildungsmaßnahmen zählen sowohl interne und externe Kurse als auch andere Formen der betrieblichen Weiterbildung, wie z.B. Teilnahme an Tagungen, Konferenzen, Workshops, „On-the-Job Training“, Lernzirkel oder Jobrotation.

Den größten Teil der Weiterbildungskosten machen Kursgebühren aus. Die österreichischen Unternehmen investierten im Jahr 2010 1,5 % der gesamten Personalausgaben in Weiterbildungskurse. Wie viele Ressourcen für die Weiterbildung bereit stehen, ist stark von der Unternehmensgröße abhängig: Unternehmen der Größenklasse 10-49 Beschäftigte investierten rund 1,1 % der Personalausgaben in Weiterbildungskurse, während der entsprechende Anteil für mittlere Unternehmen (mit 50 – 249 Beschäftigten) bei 1,6 % und für große Unternehmen (mit 250 Beschäftigten und mehr) bei 1,7 % ihrer Personalaufwendungen lag.

Betrachtet man diesen Indikator im europäischen Vergleich ergibt sich für die österreichischen Unternehmen eine Position im europäischen Mittelfeld: Im Durchschnitt der EU-27 geben die Unternehmen 1,6 % der Personalkosten für Weiterbildungskurse aus (Österreich: 1,5 %). Die höchsten Werte in diesem Bereich erzielen Frankreich und Belgien mit 2,5 % bzw. 2,4 % Gesamtausgaben für Kurse in Relation zu den Personalausgaben, den geringsten Anteil weist Kroatien mit 0,7 % auf.

3.3 Förderung der Beschäftigung und Qualifikation in Österreich

Wie die vorangegangenen Ausführungen zeigen, gilt es, die (Aus- und Weiter-)Bildung zu forcieren, um die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten sowie über ausreichend qualifiziertes Personal für die heimischen Unternehmen zu verfügen. Über die vergangenen Jahre wurden viele beschäftigungsfördernde Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Qualifikation in Österreich zu fördern. Die Initiativen werden im folgenden Unterkapitel aufgelistet, wobei der Fokus auf neuen Initiativen der Jahre 2013/14 liegt. Es wird insbesondere auf Maßnahmen im Bereich der Lehrlingsförderung, der sozialen Absicherung von Selbstständigen sowie zur Förderung der Mobilität und Weiterbildung eingegangen.

Maßnahmen im Bereich der Lehrlings- und Fachkräfteförderung

Das duale Ausbildungssystem in Österreich trägt nicht nur zur guten Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt bei, sondern ist auch eine wichtige Stufe auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Die Praxisorientierung und der Erwerb von Kenntnissen über betriebliche Abläufe und der Erwerb sozialer Kompetenzen sind besonders geeignet, Unternehmergeist zu fördern und zur Selbstständigkeit zu motivieren. Dies zeigt sich auch am hohen Anteil der Selbstständigen, die als höchste abgeschlossene Ausbildung über einen Lehrabschluss verfügen (I. Quartal 2014: 34 %; Quelle: Statistik Austria). Die Lehrlingsausbildung soll daher als österreichisches Erfolgsrezept weiter gefördert werden. Nachfolgend werden Maßnahmen angeführt, die sich 2014 in Umsetzung befinden oder initiiert werden:

- Um die **Qualitätsentwicklung** in der dualen Ausbildung zu stärken, wurde im Herbst 2013 ein flächendeckendes und datenbasiertes QM-System für die Lehrlingsausbildung initiiert („Qualitätsmanagement in der Lehre“). U.a. werden regional- und branchenspezifische Maßnahmen zur Sicherstellung einer erfolgreichen Berufsausbildung gesetzt. Die bundesweite Koordination erfolgt durch den neu geschaffenen Qualitätsausschuss des Bundes-Berufsausbildungsbeirates. Um Entwicklungs- und Pilotprojekte zur systematischen Unterstützung der Ausbildungsqualität zu finanzieren, wurden in der betrieblichen Lehrstellenförderung ab 2014 jährlich 3 Mio. € reserviert.
- **Kostenfreistellung für Lehrabschlussprüfungen:** Um Lehrabbrüche zu vermeiden und positive Ausbildungsabschlüsse zu forcieren, werden Lehrabschlussprüfungen kostenfrei gestellt und kostenlose Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung ausgebaut.
- **Verbindung von Lehre und Matura:** Im Rahmen einer Novelle zum Berufsausbildungsgesetz sollen Bestimmungen geschaffen werden, die das Modell Lehre und Matura noch stärker in das System der dualen Ausbildung integrieren. Ziel ist es, die Teilnahme an den vier Modulen der Berufsreifeprüfung (Deutsch, Mathematik, lebende Fremdsprache, Prüfung aus dem Fachbereich der Ausbildung) zu erleichtern und den erfolgreichen Abschluss dieses Bildungsweges zu unterstützen. Insgesamt bereiten sich laut BMBF knapp 10 % (Stand November 2013) der Lehrlinge über alle Lehrjahre auf die Berufsreifeprüfung vor.

- Auch die Möglichkeit, nach der Matura eine Lehre anzuschließen, soll verbessert werden. Dazu werden gemeinsam mit den Sozialpartnern Vorschläge erarbeitet.
- Das in vier Bundesländern durchgeführte Pilotprogramm „**Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe**“ unterstützt sowohl Jugendliche als auch Ausbilder/-innen bei der Berufsausbildung und wurde im Jahr 2013 mit positivem Ergebnis evaluiert. Auf Basis der Evaluierung wird das Programm qualitativ weiterentwickelt (u.a. durch drei Programmschwerpunkte: Lehrlinge mit Migrationshintergrund, Frauen in untypischen Berufen, Ausbildung in KMU) und österreichweit implementiert.
- **Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen (Gleichhaltungsverfahren):** Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wird auch im Bereich der gewerblich-industriellen Fachkräfte immer wichtiger. § 27a des österreichischen Berufsausbildungsgesetzes bietet die Möglichkeit, gleichwertige ausländische Berufsausbildungen mit der österreichischen Lehrabschlussprüfung gleichzuhalten (=anzuerkennen). Dabei handelt es sich um ein flexibles System, bei dem alle Arten von Abschlüssen verglichen werden können. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Gleichhaltungsverfahren zur Anerkennung im Bereich Lehrabschlussprüfung von 246 im Jahr 2004 deutlich auf 634 im Jahr 2013 erhöht. Ziel ist es, im Ausland erworbene Ausbildungen schneller anzuerkennen.
- Im Juli 2013 wurde das so genannte **Fachkräftestipendium** eingeführt. Mit dieser Maßnahme werden die Lebenshaltungskosten von ausbildungsinteressierten, karenzierten und beschäftigungslosen Personen sowie von Selbstständigen mit geringer bis mittlerer Ausbildung gefördert, die eine Ausbildung in einem bestimmten Mangelberuf absolvieren. Die Maßnahme zielt darauf ab, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und kommt damit auch den KMU zugute.

Maßnahmen im Bereich der sozialen Absicherung

In den Jahren 2013 und 2014 wurden verschiedene Maßnahmen gesetzt, die darauf abzielen, die soziale Absicherung von selbstständig Erwerbstätigen zu verbessern und damit die Situation selbstständig Erwerbstätiger näher an jene unselbstständig Erwerbstätiger heranzuführen. Dazu gehören insbesondere:

- **Krankengeld für Selbstständige:** Mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz (SVÄG) 2012 wurde ein Leistungsanspruch für selbstständig Erwerbstätige ab dem 43. Tag der Arbeitsunfähigkeit eingeführt. Damit besteht seit 1.1.2013 erstmals eine Unterstützungsmöglichkeit für Selbstständige bei Krankheit in Höhe von 28,40 € pro Tag (für 2014). Im Fokus dieser Leistung stehen jene Unternehmer/-innen, deren Mitarbeit grundsätzlich erforderlich ist. Aus diesem Grund ist die Leistung auf Selbstständige mit weniger als 25 Beschäftigten beschränkt.
- **Befreiung der Wochengeldbezieherinnen von der Beitragspflicht:** Unternehmerinnen, die Wochengeld beziehen, können seit Juli 2013 im Falle einer Ruhendmeldung des Gewerbebetriebes oder der Anzeige der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von der Beitragspflicht nach dem GSVG (Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz) befreit werden. Es gilt in diesem Fall eine Ausnahme von der Kranken- und Pensionsversicherung. Der Krankenversicherungsschutz bleibt jedoch durch die Schutzfristregelung nach § 82 GSVG aufrecht und der Pensionsversicherungsschutz ist durch eine besondere Teilversicherung für die Dauer des Wochengeldbezugs gewährleistet.
- **Erhöhung des Wochengeldes für Unternehmerinnen:** Mit dem Sozialversicherungs-Änderungsgesetz (SVÄG) 2012 wurde zudem ab 1.1.2013 das tägliche Wochengeld von selbstständig Erwerbstätigen von 26,97 € auf täglich 50 € angehoben (2014: 51,20 €) und somit nahezu verdoppelt.
- **Ausnahme von der Pflichtversicherung bei geringfügiger selbstständiger Erwerbstätigkeit neben einem Kinderbetreuungsgeldbezug:** Für Bezieher/-innen von Kinderbetreuungsgeld gibt es seit Anfang Juli 2013 die Möglichkeit, von den Sozialversicherungsbeiträgen ausgenommen zu werden. Voraussetzung ist, dass die Unternehmer/-innen die sogenannte Kleinunternehmer/-innengrenze

nach dem Umsatzsteuerrecht (jährliche Umsatzgrenze: 30.000 €) nicht überschreiten. Die an sich für die Kleinunternehmerregelung geltenden jährlichen Grenzbeträge werden auf die Monate der Ausnahme reduziert. Durchschnittlich sind daher im Jahr 2013 monatliche Einkünfte von max. 386,80 € und im Jahr 2014 monatliche Einkünfte von max. 395,31 € sowie monatliche Umsätze von max. 2.500 € (2013 und 2014) möglich. Die Sozialversicherungsanstalt geht davon aus, dass 508 Personen pro Jahr mit einer Beitragsgrundlage in der Höhe von 1.000 € für die durchschnittliche Dauer des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld (23 Monate) von der Regelung Gebrauch machen werden.

- **Längere Nachzahlungsmöglichkeit für Sozialversicherungsbeiträge:** Seit 1.1.2014 gibt es für Jungunternehmer/-innen die Möglichkeit, etwaige Nachzahlungen aufgrund der Nachbemessung der Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge auf Antrag zinsfrei und auf maximal drei Jahre (zwölf Quartalsbeiträge) aufzuteilen (geregelt in § 35 Abs. 3 GSVG, eingeführt mit BGBl I 86/2013). Ziel der Maßnahme ist die Vermeidung von Liquiditätsengpässen insbesondere bei Ein-Personen- und Kleinunternehmer/-innen.
- **Begrenzung des Selbstbehalts bei ärztlichen Leistungen:** Seit 1.1.2013 gilt für Selbstständige eine fünf-prozentige Begrenzung bei den Kostenanteilen für ärztliche Leistungen. Sobald der Schwellenwert erreicht wird, sind die Leistungen (z.B. Arztkosten, Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz) für das restliche Jahr vom Selbstbehalt befreit. Mit dem Einziehen dieser Grenze ist sichergestellt, dass selbstständig Erwerbstätige, die viele Heilmittel und/oder ärztliche Leistungen während eines Kalenderjahres in Anspruch nehmen müssen, nicht aus finanziellen Gründen notwendige Behandlungen unterlassen oder aufschieben.
- **Selbstständig Gesund – Vorsorgeuntersuchung:** Mit der Einführung des Vorsorgeprogrammes „Selbstständig gesund“ zahlen Selbstständige seit 1.1.2012 bei Erreichen bzw. Beibehalten von fünf festgelegten Gesundheitszielen nur den halben Selbstbehalt (d.s. 10 % statt 20 %) für ärztliche Leistungen. Die Maßnahme kommt insbesondere EPU und KMU zugute und hat zum Ziel, die Gesundheit der Versicherten zu fördern und das Gesundheitssystem zu entlasten.

Laut einem Evaluierungsbericht der Johannes Kepler Universität Linz vom September 2013 erhöht das Programm die Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung signifikant (2012: + 38 % im Vergleich zum Vorjahr). Die durchschnittliche Einsparung bei den Selbstbehalten beträgt für erfolgreiche Programmteilnehmer/-innen 65,60 € pro Jahr.

- **Überbrückungsbeihilfe-Zuschuss:** Für Ein-Personen- und Kleinunternehmer/-innen gibt es seit Anfang 2014 eine Überbrückungshilfe in Form eines Zuschusses zu den Pensions- und Krankenversicherungsbeiträgen (geregelt in § 44a GSVG, eingeführt mit BGBl I 86/2013). Voraussetzung für den Erhalt der Überbrückungshilfe ist, dass das monatliche Nettoeinkommen nicht über 1.126 € liegt, wobei sich die Einkommensgrenze für den Partner um 483 € bzw. für jedes unverorgte Kind um 239 € erhöht. Der Zuschuss beträgt 50 % der vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge. Im Vorfeld der Hilfeleistung erhalten die Betriebe eine Beratung.
- **Lohnnebenkostenförderung für den ersten Beschäftigten:** Ziel der Lohnnebenkostenförderung für die Einstellung des ersten Beschäftigten ist es, Ein-Personen-Unternehmen (EPU) bei der Einstellung von Personal zu entlasten und damit ihr Wachstum zu fördern. EPU stehen bei der Einstellung ihres ersten Beschäftigten vor großen Herausforderungen. Neben zusätzlichen Managementtätigkeiten müssen sie den sprunghaften Anstieg an Fixkosten bewältigen. Dies kann Unternehmer/-innen vom Schritt zum Wachstum abhalten. Im Rahmen der Lohnnebenkostenförderung wird EPU eine Beihilfe von 25 % des Bruttoentgelts für den ersten Mitarbeiter oder die erste Mitarbeiterin gewährt, wenn diese/r arbeitslos und seit mindestens zwei Wochen beim AMS vorgemerkt ist bzw. es sich um eine/-n Arbeitssuchende/-n direkt nach der Ausbildung handelt. Die Förderung wird im Nachhinein ausbezahlt. Die Laufzeit beträgt maximal ein Jahr. Damit fördert die Maßnahme zudem den (Wieder-)Einstieg Arbeitssuchender in die Erwerbstätigkeit. Seit der Einführung am 1.1.2009 konnten insgesamt rund 3.000 EPU von der Maßnahme profitieren. Ab dem 1.1.2014 wurde die Förderung unbefristet verlängert.

Förderung der Mobilität und Weiterbildung

Entsprechend den Erfordernissen einer modernen Wissensgesellschaft gewinnt die laufende **Weiterbildung** zunehmend an Bedeutung.

- Die am 1. Juli 2013 in Kraft getretene **Bildungsteilzeit** (Arbeitsvertragsrecht-Anpassungsgesetz § 11a; BGBl I Nr. 67/2013) ermöglicht es Arbeitnehmer/-innen, ihre Qualifikation in Weiterbildungsprogrammen zu erhöhen und dafür ihre wöchentliche Normalarbeitszeit um 25 - 50 % zu reduzieren. Die Arbeitnehmer/-innen sind damit weiterhin beim Dienstgeber (für mindestens 10 Wochenarbeitsstunden) beschäftigt und erhalten neben der (reduzierten) Entlohnung des Arbeitgebers Bildungsteilzeitgeld.

Tertiäre Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen haben die Aufgabe, den Studierenden Kompetenzen und Qualifikationen zu vermitteln, die sie für die Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts qualifizieren. Universitäten und Fachhochschulen nehmen diese Aufgabe im Bereich der Erstausbildung, aber vermehrt auch im Bereich der **wissenschaftlichen Weiterbildung und Höherqualifizierung** im Rahmen des **Lebensbegleitenden Lernens** wahr:

- Einige wenige Universitäten führen ein **ordentliches Studium** im Angebot, das sich **explizit an Berufstätige** richtet, z.B. das berufsbegleitend organisierte Masterstudium „Recht und Wirtschaft“ an der Universität Salzburg oder die Masterstudien „Politische Bildung“ und „Recht und Wirtschaft für Techniker/-innen“ an der Universität Linz.
- Wissenschaftliche **Weiterbildung an Universitäten und Fachhochschulen** zeichnet sich durch eine hohe Diversifizierung des Angebots und der Zielgruppen bzw. der Studierenden aus. Hochschulische Weiterbildung spricht damit insbesondere Personen mit beruflichen Erfahrungen an. Die Donau-Universität Krems ist als Weiterbildungsuniversität in ihrem gesamten Studienangebot auf Weiterbildung ausgerichtet. Die meisten Universitäten und Fachhochschulen haben ergänzend zu ihrem ordentlichen Studienangebot berufsbegleitende Universitätslehrgänge eingerichtet. Dazu kommt eine breite Palette an kürzeren Weiterbildungsveranstaltungen wie Universitäts- bzw. Hochschulkurse, Kurzveranstaltungen (z.B. Seminare, Workshop, Verträge, Kurse), Abendlehrgänge, Firmenprogramme etc. –

oftmals zugeschnitten auf spezifische Ziel- bzw. Berufsgruppen und teilweise in Kooperation mit externen Partnern aus der Wirtschaft.

Internationalisierung und Mobilität spielen für den Erwerb von Qualifikationen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle: Gut ausgebildete Arbeitnehmer/-innen mit internationaler Erfahrung bedeuten einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil für den österreichischen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

- Durch das EU-Bildungsprogramm **„Lebenslanges Lernen“**, das Ende 2013 ausgelaufen ist, konnte eine steigende Zahl Studierender wertvolle Auslandserfahrungen sammeln, vor allem im Rahmen des Programms ERASMUS. Seit Beginn des Programms (1992/93) waren 74.000 österreichische Studierende mit ERASMUS mobil. Im Studienjahr 2012/13 absolvierten 5.748 österreichische Studierende einen ERASMUS-Aufenthalt im Ausland - entweder in Form von Studienaufenthalten (80,7%) oder Praktika (19,3%).
- Das **neue EU-Programm „Erasmus+“ für Bildung, Jugend und Sport** ist am 1.1.2014 gestartet und läuft bis Ende 2020. Es umfasst drei Schlüsselaktionen: Lernmobilität von Einzelpersonen, Kooperationen zur Förderung von Innovation und zum Austausch von bewährten Verfahren sowie Unterstützung von politischen Reformen. Das neue EU-Programm trägt zur Erhöhung der Anzahl der Hochschulabsolvent/-innen mit internationaler Erfahrung bei. Es unterstützt die Hochschuleinrichtungen bei internationalen Kooperationen und am europäischen und internationalen Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus fördert es auch gemeinsame internationale Projekte mit Unternehmen sowie Praktika in Unternehmen, wodurch ein Mehrwert sowohl für Hochschuleinrichtungen als auch für die Wirtschaft entsteht.

Weitere beschäftigungsfördernde Maßnahmen

- Im Juli 2014 wurden die AUVA-Beiträge um 0,1 % gesenkt und damit eine **Trendwende bei den Lohnnebenkosten** und ein erster Schritt zur Entlastung der österreichischen Unternehmen und zur Förderung der Beschäftigung gesetzt. Vorgesehen ist eine weitere Senkung um 0,1 % ab 1.1.2015 bei den Insolvenzentgeltfonds-Beiträgen.

- Für ältere Arbeitnehmer/-innen werden 370 Mio. € in den Jahren 2014 bis 2016 investiert, um diese wieder verstärkt in den Erwerbsprozess einzugliedern. Schwerpunkt der arbeitsmarktpolitischen Förderung ist die **Eingliederungsbeihilfe** für Unternehmen. Diese ist ein zeitlich befristeter, staatlicher Zuschuss zu den Lohn- und Lohnnebenkosten für die Einstellung von älteren Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und Langzeitbeschäftigungslosen bzw. von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Personen. Eine Evaluierung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) dieser Maßnahme zeigt, dass die Förderquote mit sinkender Betriebsgröße steigt. Betriebe mit 250 und mehr Beschäftigten weisen eine Förderquote von 0,11 % auf, während diese in Betrieben mit bis zu fünf Beschäftigten 0,64 % beträgt. Daraus wird deutlich, dass die Beschäftigten in kleineren Betrieben bzw. in KMU überdurchschnittlich stark von der Eingliederungsbeihilfe profitieren. (Eppel et al. (2011): Evaluierung der Eingliederungsbeihilfe)
- Der **Handwerkerbonus** bietet seit Juli 2014 einen Impuls zur Belegung der Beschäftigung im Handwerk sowie Anreize, Handwerksarbeiten legal und nicht „schwarz“ zu vergeben. Privatpersonen können einen Betrag von bis zu 600 € für die Inanspruchnahme von Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsleistungen beziehen. Gefördert werden offiziell versteuerte Arbeitsleistungen von Handwerker/-innen und befugten Unternehmen. Für den Handwerkerbonus stehen 2014 bis zu zehn und 2015 bis zu 20 Mio. € zur Verfügung.

4 Aktuelle wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen

Im folgenden Kapitel wird zunächst die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft einschließlich des Jahres 2013 analysiert. Danach erfolgt eine Darstellung für das I. Halbjahr 2014 sowie eine Prognose für die Gesamtjahre 2014 und 2015. Im dritten Unterkapitel werden die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von KMU sowie die Entwicklung der Unternehmenskredite dargestellt.

Grundsätzlich erfolgen die Ausführungen anhand KMU-spezifischer Daten, wenn nicht anders verfügbar, muss jedoch auf allgemeine Unternehmensdaten zurückgegriffen werden.

4.1 Wirtschaftliche Entwicklung 2013

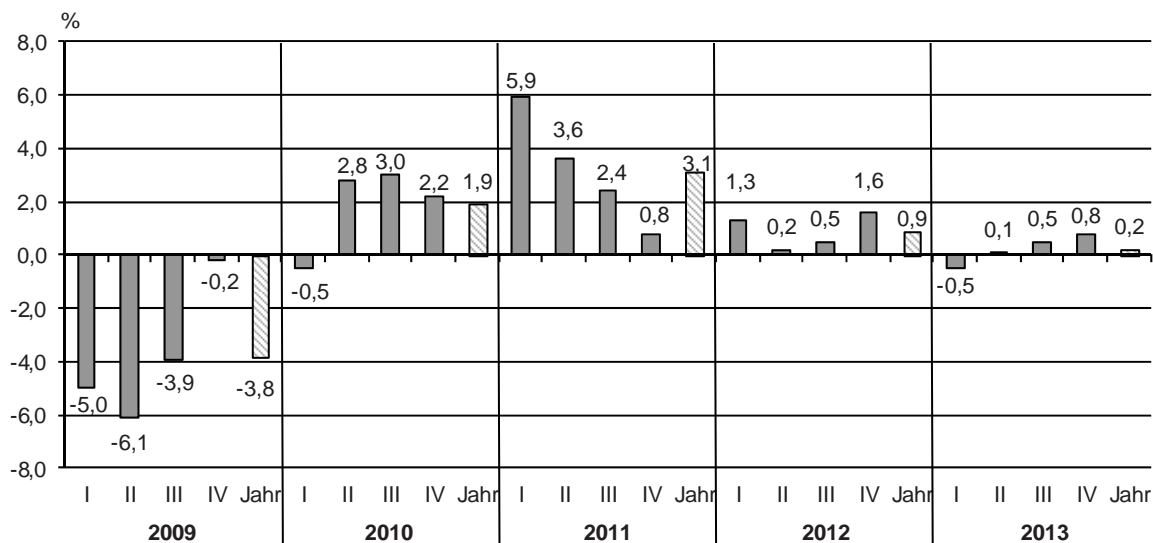
Die österreichische Wirtschaft war im Jahr 2013 von einer schwachen Konjunktur gekennzeichnet. Das reale BIP-Wachstum von 0,2 % lag deutlich unter dem Niveau der Vorjahre. Von den drei großen Bereichen der marktorientierten Wirtschaft (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen) hat sich im Jahr 2013 der Dienstleistungsbereich (exkl. Handel) am besten entwickelt. Hier sind sowohl die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten als auch die Umsätze gestiegen.

4.1.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung des österreichischen Bruttoinlandsprodukts seit dem ersten Quartal 2009. Nach dem Konjunkturerinbruch in den ersten drei Quartalen 2009 hat sich die heimische Wirtschaft in den darauffolgenden Quartalen wieder erholt und seit dem zweiten Quartal 2010 (fast) durchwegs positiv entwickelt. Im Jahr 2013 ist das BIP im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal real leicht zurückgegangen. Das zweite bis vierte Quartal war wieder von geringen Wachstumsraten gekennzeichnet. Im Gesamtjahr 2013 ist das BIP somit real um 0,2 % gestiegen. Dies ist die schwächste jährliche Wachstumsrate seit dem Krisenjahr 2009.

Grafik 33 Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. dem Vorjahr in Prozent, 2009 – 2013



2009 bis 2011 revidierte Daten
Quelle: Statistik Austria

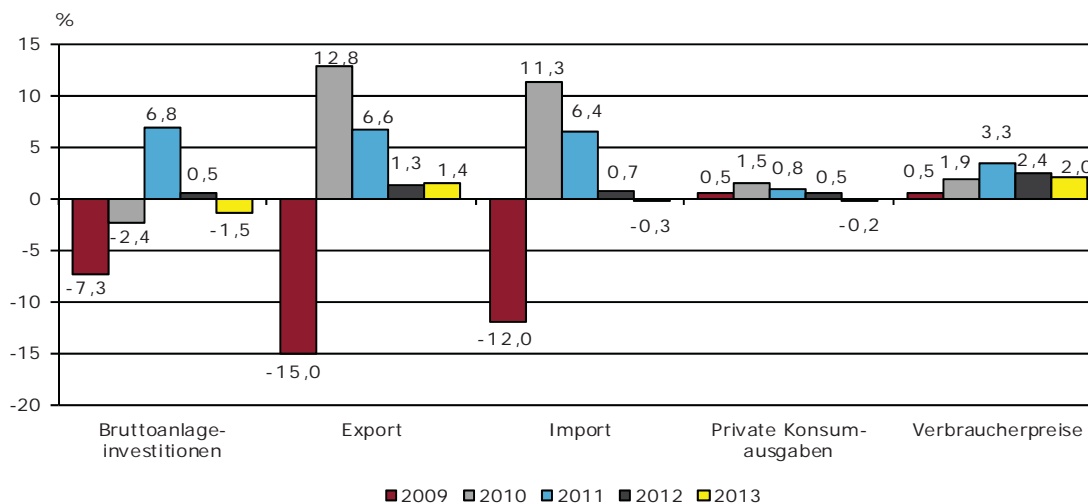
Unter den Hauptindikatoren für die Entwicklung der österreichischen Konjunktur ist es bei den Bruttoanlageinvestitionen und im Außenhandel zu starken Schwankungen zwischen 2009 und 2013 gekommen. Die Bruttoanlageinvestition ist 2009 und 2010 zurückgegangen. Nach einer deutlichen Erholung im Jahr 2011 und weiteren geringen Zuwächsen im Jahr 2012, ist es 2013 wiederum zu einem Rückgang gekommen.

Die Exporte und Importe sind im Krisenjahr 2009 deutlich gesunken. Seit 2010 waren fast durchwegs Zuwächse zu verzeichnen, die sich jedoch zwischen 2010 und 2013 deutlich abgeschwächt haben.

Die privaten Konsumausgaben haben zwischen 2009 und 2012 zugenommen, 2013 war ein leichter Rückgang im Vergleich zu 2012 festzustellen (real: -0,2 %).

Die Inflation ist von 0,5 % im Jahr 2009 auf 3,3 % im Jahr 2011 angestiegen und hat dann wieder auf 2,0 % im Jahr 2013 abgenommen.

Grafik 34 Entwicklung der Hauptindikatoren, 2009 – 2013, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

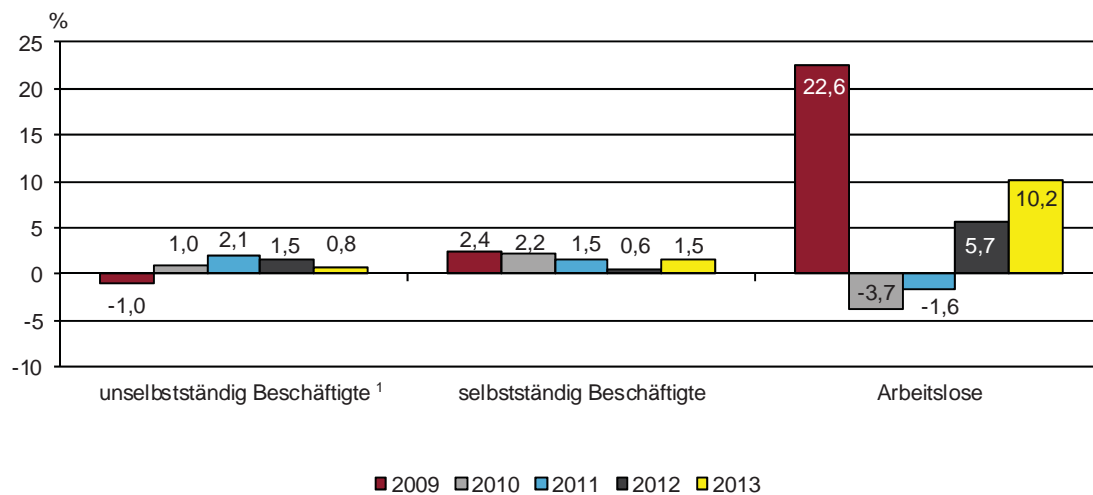


2009 bis 2011 revidierte Daten
Quelle: Statistik Austria

Am österreichischen Arbeitsmarkt zeigt sich folgendes Bild: 2009 ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten – bei einem gleichzeitigen starken Anstieg der Arbeitslosen – zurückgegangen. Zwischen 2010 und 2013 hat die Anzahl der unselbstständig Erwerbstätigen wieder zugenommen. Dabei setzte sich der Trend zur Teilzeitbeschäftigung fort (Quelle: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung). Die Arbeitslosenzahlen sind – nach Rückgängen in den Jahren 2010 und 2011 – 2012 und 2013 wieder angestiegen. Bei den Selbstständigen war im gesamten betrachteten Zeitraum ein Wachstum festzustellen.

Laut nationaler Definition lag die Arbeitslosenquote (in Prozent der unselbstständigen Erwerbstätigen) im Jahr 2013 bei 7,6 % (2012: 7,0 %). (Für weitere Analysen zum österreichischen Arbeitsmarkt siehe auch Kapitel 3)

Grafik 35 Entwicklung am Arbeitsmarkt, 2009 – 2013, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



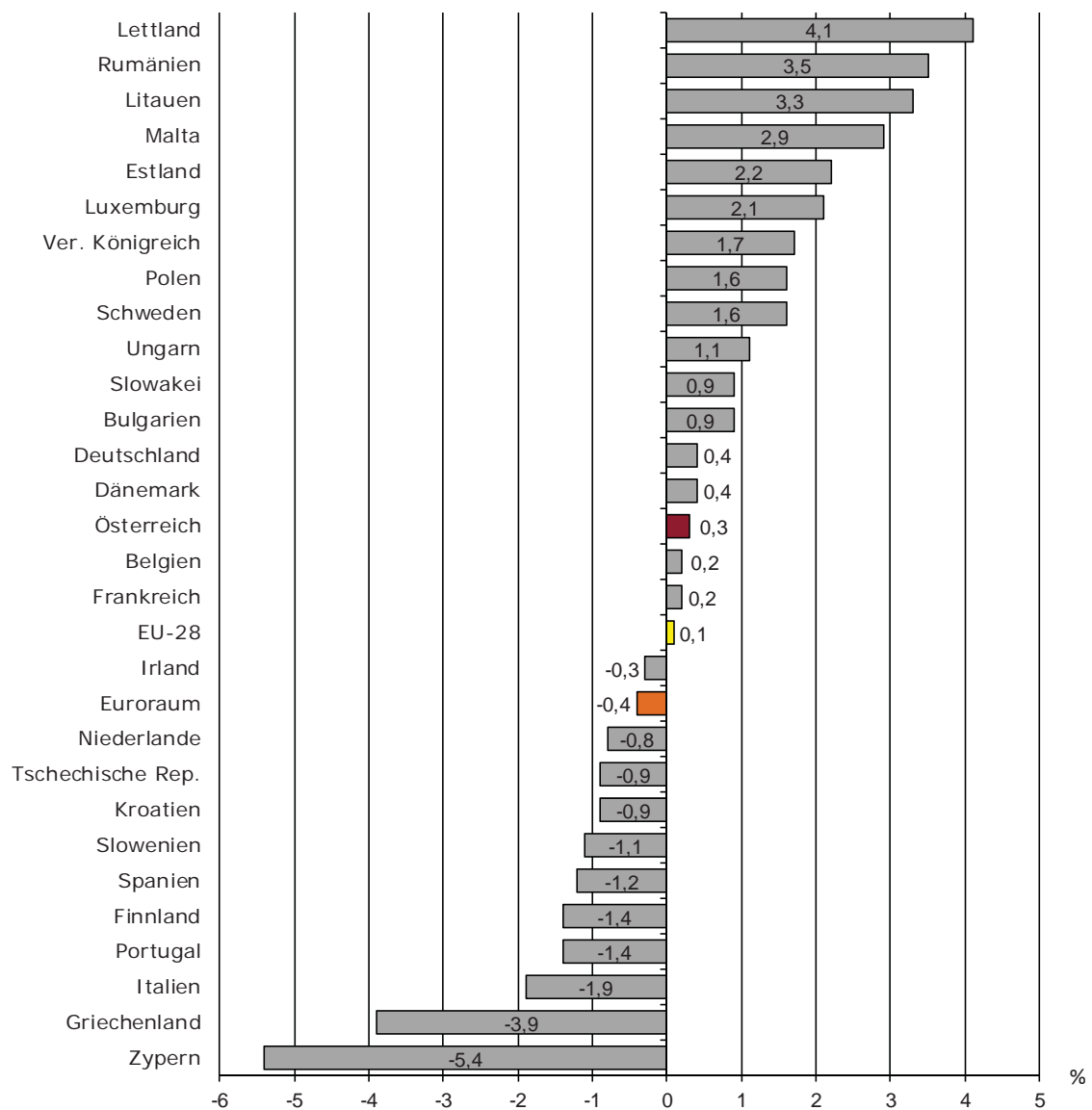
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Österreich im europäischen Vergleich

Das BIP hat sich 2013 in Österreich besser entwickelt als im Durchschnitt der EU-28 und im Euroraum.

Grafik 36 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-28 gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2013



Die Daten für Österreich von Eurostat sind mit jenen der Statistik Austria aus Grafik 1 auf Grund unterschiedlicher Veröffentlichungszeitpunkte nur bedingt miteinander vergleichbar.

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat

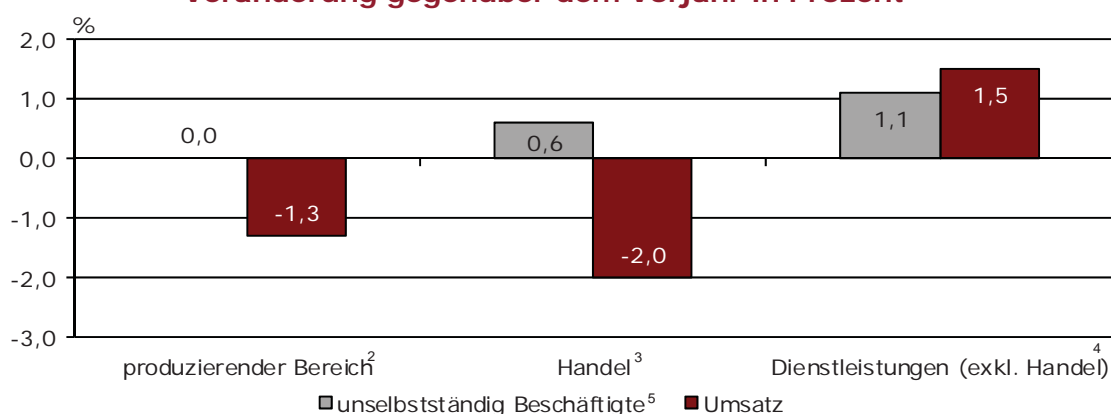
4.1.2 Sektorale Entwicklung

Nachfolgend wird auf die wirtschaftliche Entwicklung der bedeutendsten Sektoren genauer eingegangen. Neben der Entwicklung der (unselbstständig) Beschäftigten und der Umsätze werden für ausgewählte Wirtschaftsbereiche weitere Konjunkturindikatoren angeführt.

Die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen fließen nicht in die Betrachtung ein, da für diese Bereiche Konjunkturdaten nur in eingeschränktem Ausmaß vorliegen.

Die drei großen Bereiche der marktorientierten Wirtschaft (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen – dazu zählen z.B. Verkehr, Tourismus oder der Bereich Information und Kommunikation) entwickelten sich im Jahr 2013 unterschiedlich. Im produzierenden Bereich lag die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+/-0,0 %), während die Umsätze rückläufig waren (-1,3 %). Im Handel kam es zu einem leichten Wachstum der Beschäftigung (+0,6 %), die Umsätze gingen – in einem noch höheren Ausmaß als im produzierenden Bereich – zurück (-2,0 %). Die sonstigen Dienstleistungen waren 2013 der einzige der großen Wirtschaftsbereiche, in dem sowohl die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten (+1,1 %) als auch die Umsätze (+1,5 %) gestiegen sind.

Grafik 37 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten und des Umsatzes (nominell) 2013 in der marktorientierten Wirtschaft¹, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte B bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

³ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

⁴ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

⁵ inkl. geringfügig Beschäftigte

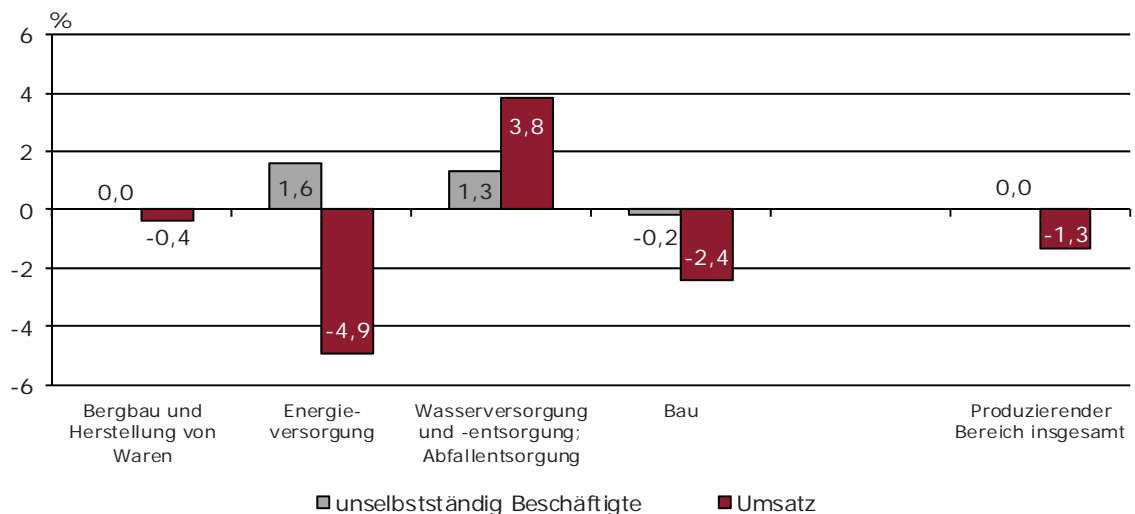
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Produzierender Bereich

Eine genauere Betrachtung der Sektoren des produzierenden Bereichs (dazu zählen Bergbau und Herstellung von Waren, Energieversorgung, Wasserversorgung und –entsorgung / Abfallentsorgung sowie Bau) zeigt, dass die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten in den beiden größten Sektoren Herstellung von Waren (inkl. Bergbau; +/- 0,0 %) sowie im Bau (-0,2 %) in etwa dem Vorjahresniveau entsprach. In der Energieversorgung (+1,6 %) sowie in der Wasserversorgung und –entsorgung und Abfallentsorgung (+1,3 %) war ein Anstieg der Beschäftigten zu beobachten.

Die Umsätze sind in allen Sektoren – mit Ausnahme der Wasserversorgung und –entsorgung und Abfallentsorgung (+3,8 %) – zurückgegangen.

Grafik 38 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) 2013 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



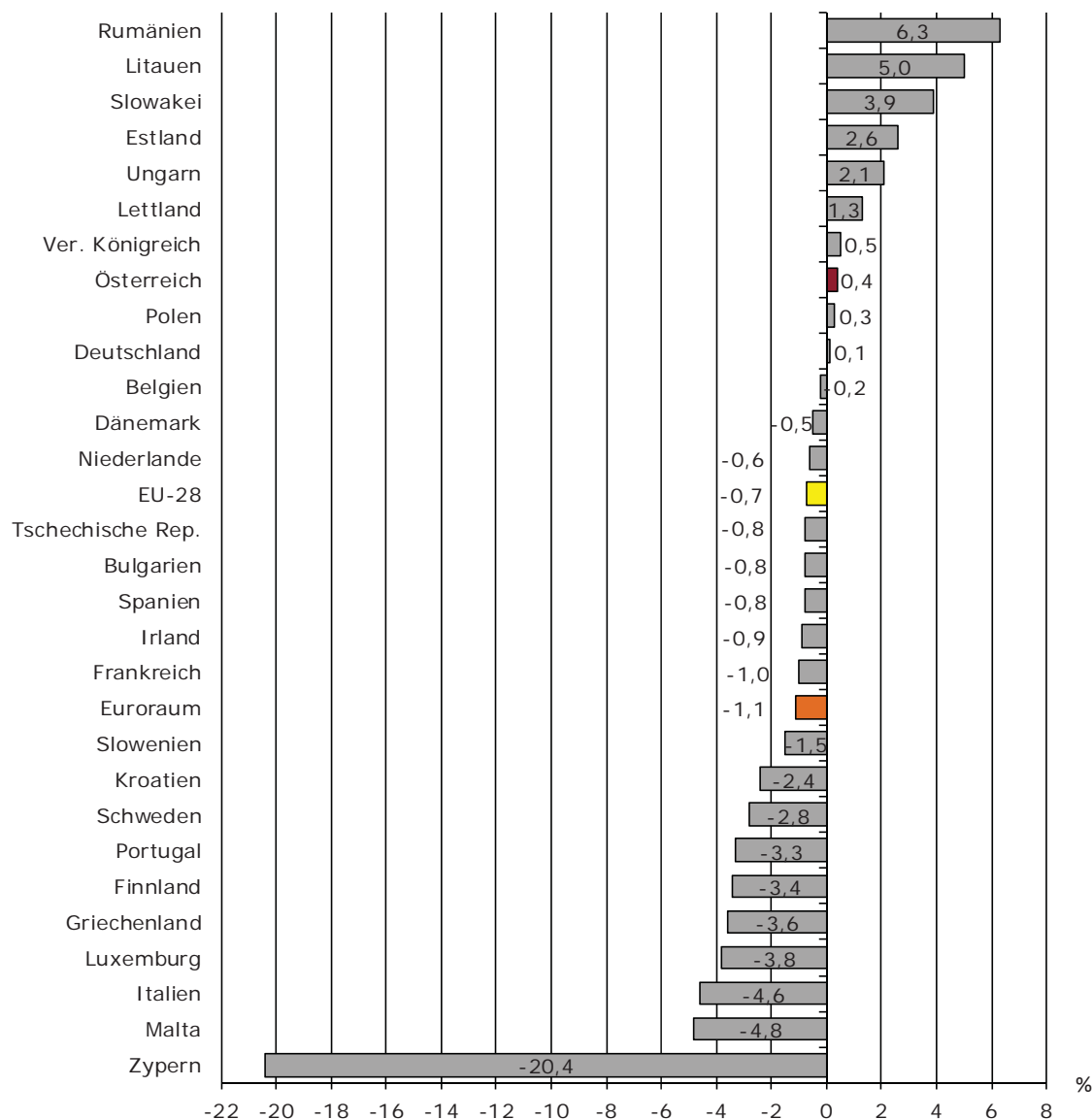
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Ein europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens im Jahr 2013 zeigt für Österreich (+0,4 %) eine bessere Entwicklung als in den EU-28 (-0,7 %) und im Euroraum (-1,1 %).

Grafik 39 Europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominell) 2013 im produzierenden Bereich¹, arbeitstä-
gig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte B bis D und F der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

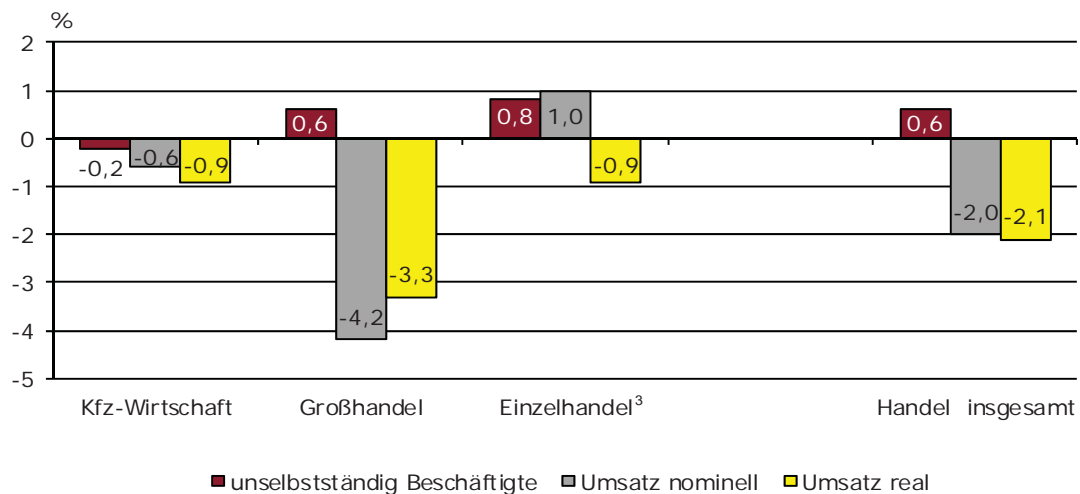
Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung

Handel

Der österreichische Handel (dazu zählen die Kfz-Wirtschaft, der Groß- und der Einzelhandel) war im Jahr 2013 von einem Beschäftigungswachstum und einem Umsatzrückgang gekennzeichnet. Differenziert nach Handelsbereichen ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten zwischen 2012 und 2013 im Einzel- (+0,8 %) und Großhandel (+0,6 %) gestiegen, während es in der Kfz-Wirtschaft (-0,2 %) zu einem Rückgang gekommen ist.

Der Umsatzrückgang im österreichischen Handel im Jahr 2013 ist insbesondere auf die schwache Entwicklung im Großhandel (nominell: -4,2 %, real: -3,3 %) zurückzuführen. In der Kfz-Wirtschaft lagen die Erlöse 2013 ebenfalls sowohl nominell (-0,6 %) als auch real (-0,9 %) unter dem Niveau von 2012. Der Einzelhandel verzeichnete ein nominelles Umsatzwachstum (+1,0 %). Real sind die Umsätze hier allerdings ebenfalls zurückgegangen (-0,9 %).

Grafik 40 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes 2013 im Handel², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

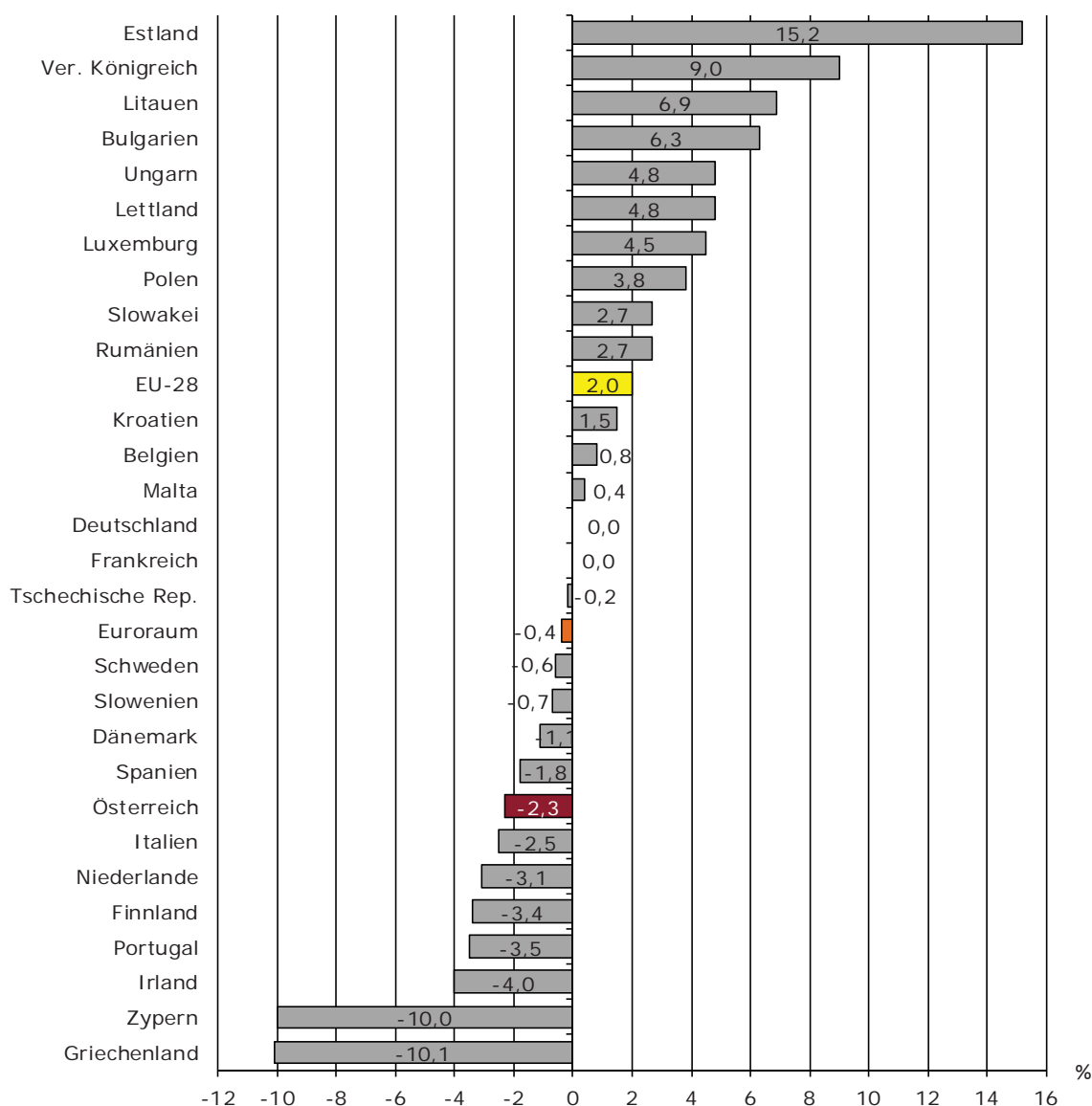
³ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU Forschung Austria

Folgende Grafik zeigt, dass der Umsatzrückgang im österreichischen Handel (nominell: -2,3 %) höher ausfiel als im Euroraum (-0,4 %). Im Durchschnitt der EU-28 sind die Erlöse nominell um 2,0 % gestiegen.

Grafik 54 weist arbeitstägig bereinigte Daten aus. Somit können die Daten für Österreich nicht exakt mit jenen aus Grafiken 46 und 51 verglichen werden.

Grafik 41 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2013 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung; Statistik Austria

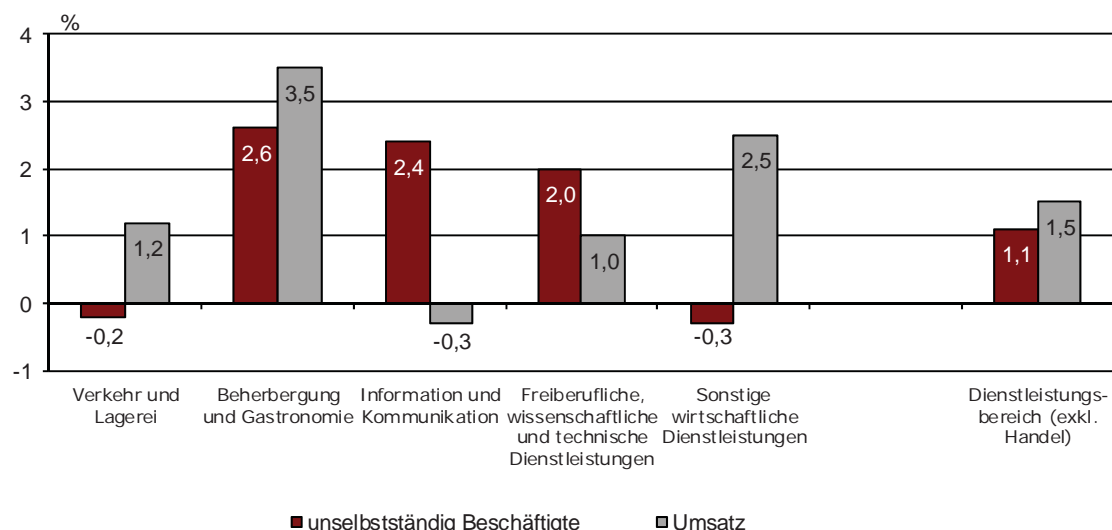
Dienstleistungen (exkl. Handel)

Der Dienstleistungsbereich (exkl. Handel) ist, wie zu Beginn des Kapitels bereits angeführt, der einzige der drei großen Wirtschaftsbereiche, in dem es 2013 im Vergleich zum Vorjahr sowohl zu einem Anstieg der Beschäftigten als auch der Umsätze gekommen ist.

Ein Blick auf die einzelnen Sektoren zeigt ein Beschäftigungswachstum von mehr als 2 % in der Beherbergung und Gastronomie, im Bereich Information und Kommunikation sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z.B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung). Im Verkehr und bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen waren 2013 etwas weniger Personen beschäftigt als im Jahr zuvor.

Die Umsätze haben zwischen 2012 und 2013 in der Beherbergung und Gastronomie (+3,5 %) und bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+2,5 %) am stärksten zugenommen. Im Verkehr (+1,2 %) sowie bei den freiberuflichen Dienstleistungen (+1,0 %) war ebenfalls ein nominales Wachstum zu beobachten. Im Sektor Information und Kommunikation lagen die Umsätze 2013 knapp unter dem Vorjahresniveau (-0,3 %).

Grafik 42 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominal) 2013 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

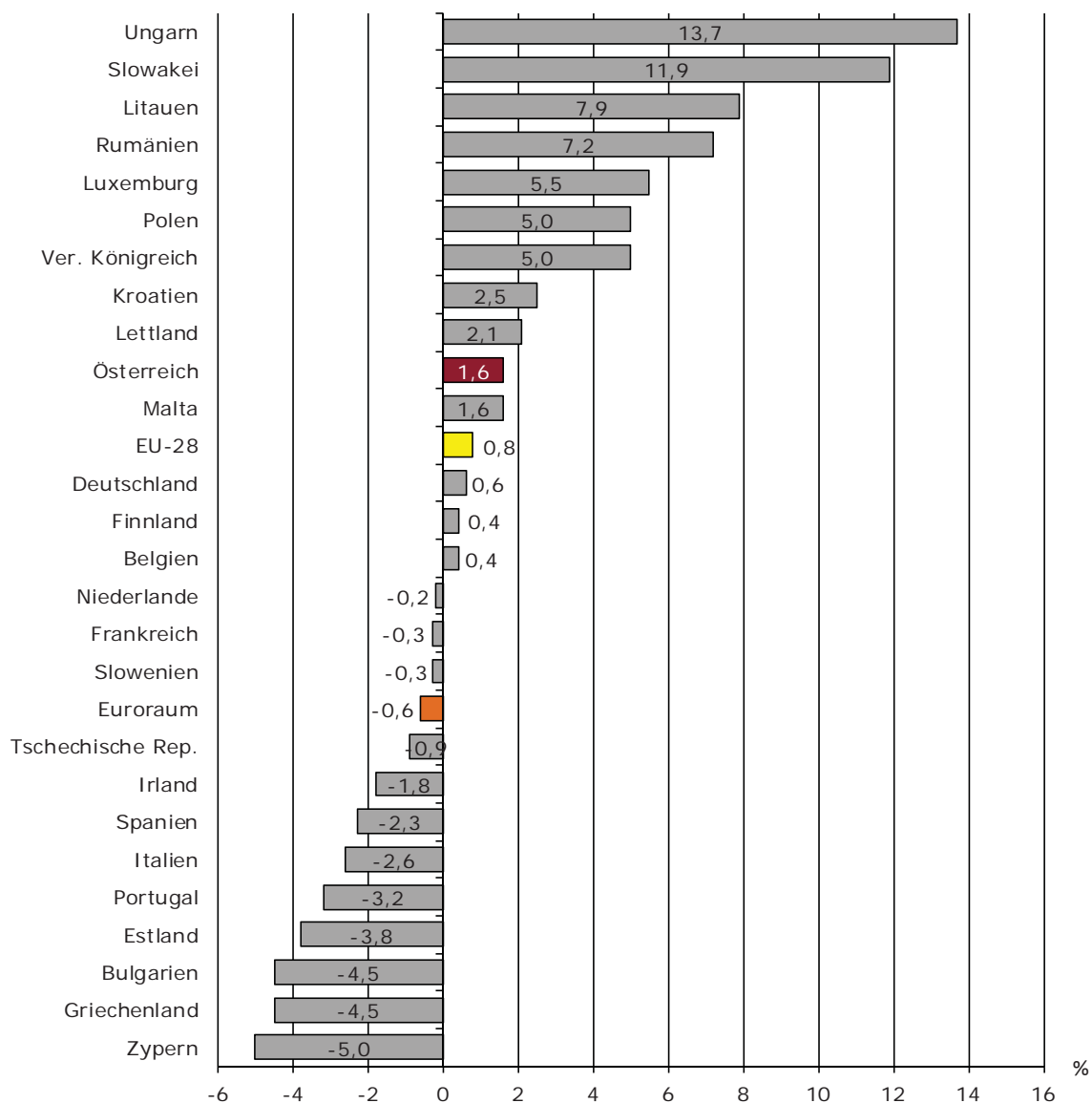
² Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Nachfolgend wird anhand zusätzlicher Indikatoren die konjunkturelle Entwicklung im Verkehr, im Tourismus sowie im Wirtschaftsbereich Information und Consulting dargestellt.

Die positive Entwicklung des heimischen Dienstleistungsbereichs zeigt sich auch bei den (arbeitstägig bereinigten) Daten von Eurostat, die nicht exakt mit jenen aus den Grafiken 46 und 56 verglichen werden können. Das Umsatzplus in Österreich (nominell: +1,6 %) war höher als im EU-28-Durchschnitt (+0,8 %). Im Euroraum sind die Erlöse in diesem Bereich nominell um 0,6 % zurückgegangen.

Grafik 43 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2013 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten; Statistik Austria

4.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen 2014 und 2015

Für 2014 und 2015 wird ein realer Anstieg des BIP um 0,8 % bzw. 1,2 % erwartet. Das Beschäftigungs- und Umsatzwachstum im Dienstleistungsbereich 2013 setzte sich auch im ersten Halbjahr 2014 fort. In der ersten Jahreshälfte 2014 waren zudem auch im produzierenden Bereich und im Handel mehr Mitarbeiter/-innen tätig als im ersten Halbjahr 2013.

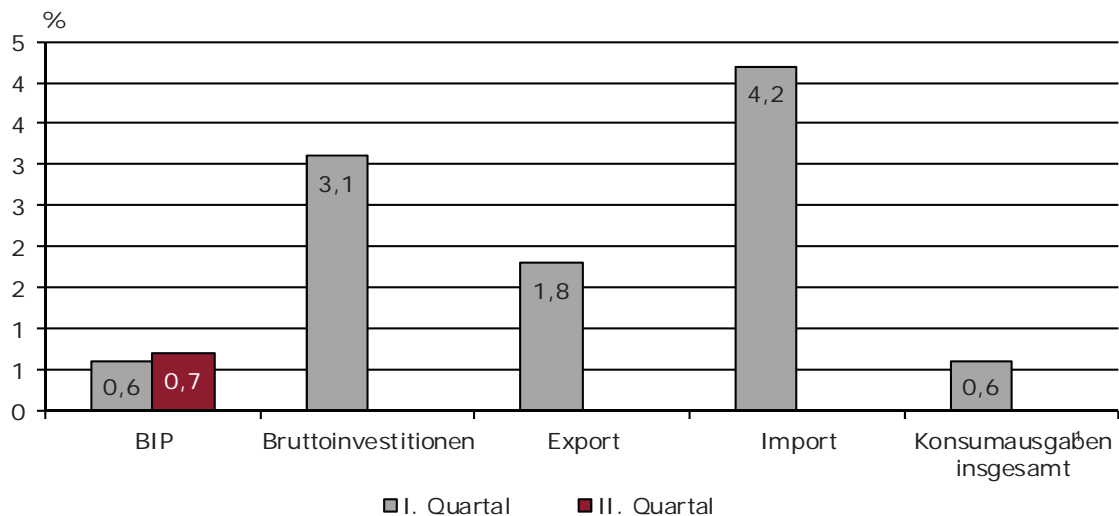
4.2.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Im ersten Quartal 2014 ist es in der österreichischen Wirtschaft im Vergleich zum ersten Quartal 2013 bei allen Hauptindikatoren zu einem realen Wachstum gekommen. Die Zuwachsraten beim BIP haben sich im ersten Quartal 2014 (real +0,6 % gegenüber dem ersten Quartal 2013) positiv entwickelt. Die Bruttoinvestitionen sind im ersten Quartal 2014 real um 3,1 % gestiegen. Im Außenhandel war das Wachstum bei den Importen (real +4,2 %) höher als bei den Exporten (real +1,8 %). Die Konsumausgaben sind im ersten Quartal 2014 real um 0,6 % gestiegen.

Für das zweite Quartal 2014 liegen derzeit (Mitte Oktober 2014) nur Daten für das BIP vor. Dieses ist im Vergleich zum zweiten Quartal 2013 um 0,7 % gestiegen.

Grafik 44 Entwicklung der Hauptindikatoren, erstes Quartal 2014, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



Anmerkung: Derzeit (Mitte Oktober 2014) liegen für das zweite Quartal nur Daten für das BIP vor.

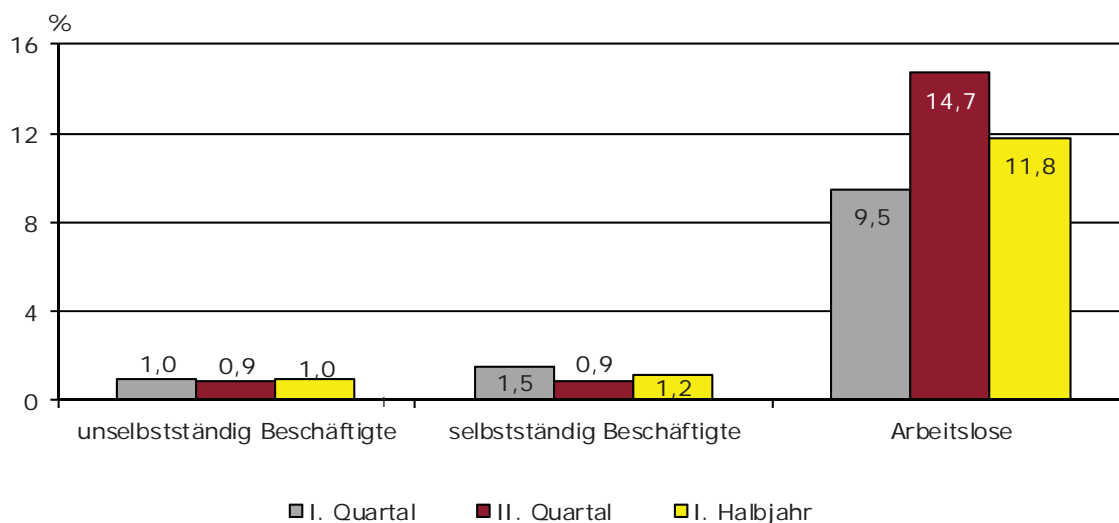
¹ = private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat

Quelle: Statistik Austria

Der österreichische Arbeitsmarkt war im ersten Halbjahr 2014 durch einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosen und einem mäßigen Wachstum der unselbstständig Beschäftigten gekennzeichnet. Während die Anzahl der unselbstständig Erwerbstätigen in den ersten beiden Quartalen 2014 um rund 1 % zugenommen hat, fiel der Anstieg der Arbeitslosen im zweiten Quartal 2014 (+14,7 %) noch deutlich höher aus als im ersten Quartal (+9,5 %). In Folge dessen ist auch die Arbeitslosenquote (in Prozent der unselbstständigen Erwerbstätigen laut AMS) von 6,5 % per Ende Juni 2013 auf 7,4 % per Ende Juni 2014 gestiegen.

Bei den Selbstständigen war der Zuwachs im zweiten Quartal 2014 (+0,9 %) geringer als im ersten Quartal (+1,5 %).

Grafik 45 Entwicklung am Arbeitsmarkt, erstes Halbjahr 2014, Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent



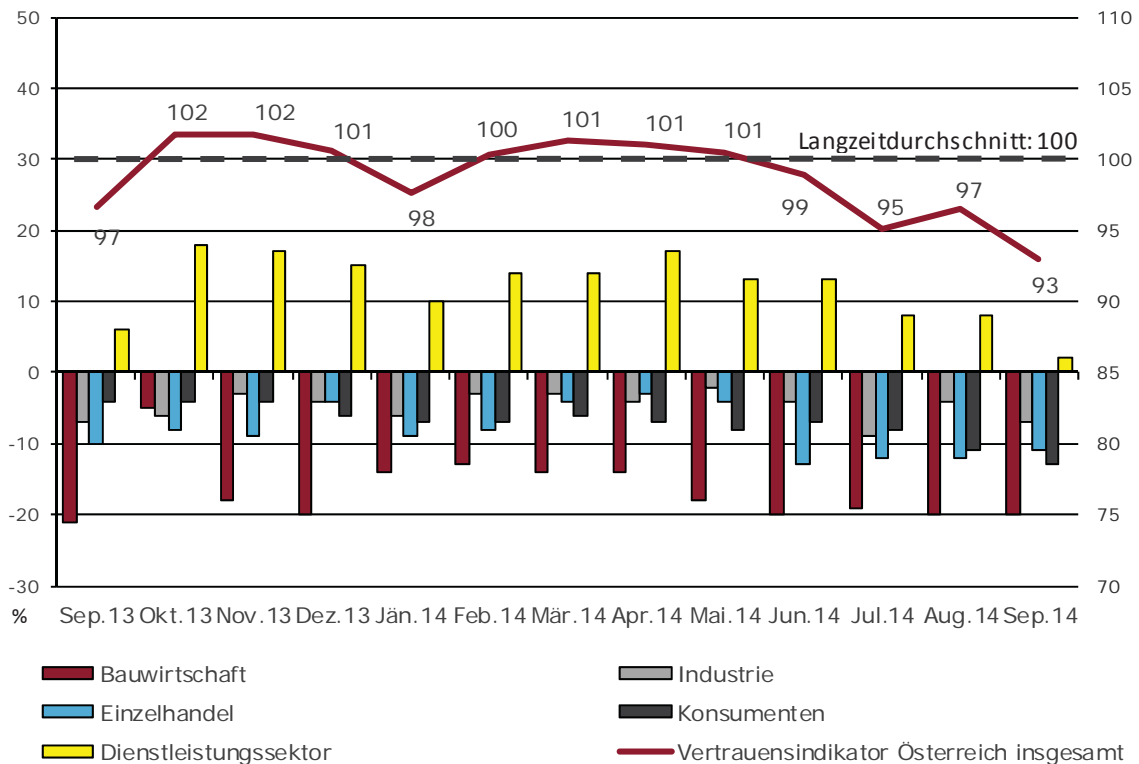
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Zur Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage werden auch Branchen- und Verbraucherumfragen herangezogen – etwa um eine mögliche konjunkturelle Trendumkehr rascher zu erkennen. Eine derartige Konjunkturumfrage stellt der monatlich auf europäischer Ebene erhobene „Indikator zur wirtschaftlichen Einschätzung“ (bzw. ESI – Economic Sentiment Indicator) dar. Dieser kombiniert die konjunkturelle Einschätzung von Bauwirtschaft, Industrie, Einzelhandel, Dienstleistungssektor sowie Konsument/-innen und bringt den Vorteil zeitnah verfügbar zu sein.

Über die vergangenen Monate zeigt sich, dass der Dienstleistungssektor als einziger der befragten Bereiche die konjunkturelle Lage überwiegend positiv einschätzt, während in den anderen Sektoren sowie bei den Verbraucher/-innen die negativen Antworten die positiven übersteigen. Zuletzt hat sich die wirtschaftliche Einschätzung eingetrübt, sodass der Indikator zur wirtschaftlichen Einschätzung insgesamt bei 93 und damit deutlich unter dem Langzeitdurchschnitt von 100 lag.

Grafik 46 Indikator zur wirtschaftlichen Einschätzung, September 2013 – September 2014



Anmerkungen:

Für die einzelnen Sektoren sowie Konsumenten werden die Salden aus positiven und negativen Antworten angeführt. Der Indikator zur Wirtschaftlichen Einschätzung kombiniert die unterschiedlichen Bereiche zu einem Gesamtindikator, wobei der Langzeitdurchschnitt bei 100 liegt.

Linke Skala: Salden der Anteile der Sektoren und Konsumenten mit positiven Antworten abzüglich der negativen Antworten in %

Rechte Skala: Vertrauensindikator, Langzeitdurchschnitt = 100

Quelle: Europäische Kommission

Prognosen 2014 und 2015 für Österreich

Prognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) (für Prognosen weiterer Organisationen siehe Kapitel 7.2) zufolge kommt es in den Jahren 2014 und 2015 zu einem lediglich mäßigen Wachstum des BIP um 0,8 % bzw. 1,2 %. Grund dafür sind eine erneute Dämpfung des Welthandels sowie die noch nicht überwundenen Folgen der Finanzmarktkrise in vielen Ländern, welche einen exportgetriebenen Aufschwung oder eine dynamischere Entwicklung der Binnennachfrage verhindern.

Das Investitionsverhalten ist wegen der getrüben Absatzperspektiven von Vorsicht gekennzeichnet. Die Bruttoanlageinvestitionen steigen voraussichtlich im Jahr 2014 um insgesamt 0,9 % und im darauffolgenden Jahr um 1,5 %.

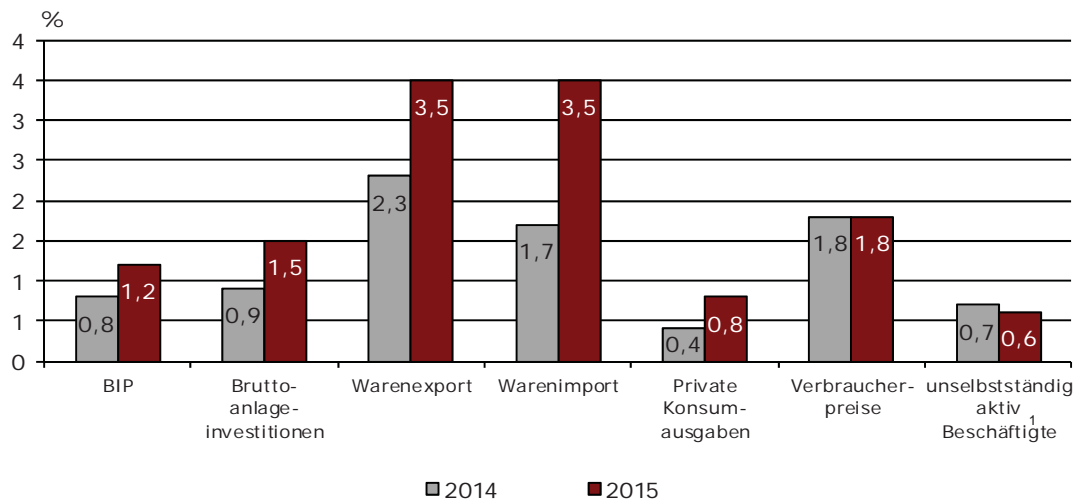
Die österreichischen Warenexporte werden 2014 voraussichtlich um 2,3 % wachsen, die Importe um 1,7 %. Für das Jahr 2015 wird von einer dynamischeren Entwicklung ausgegangen (Wachstum der Exporte und Importe jeweils um 3,5 %).

Die Inflationsrate von 1,8 % für die Jahre 2014 und 2015 fällt im Vergleich zur schwachen Konjunktur relativ hoch aus, wodurch die reale Kaufkraft geschwächt wird. Grund für die nur mäßig steigenden Konsumraten ist zudem die zunehmende Abgabenbelastung. Für das Jahr 2014 wird mit einer Steigerung der Konsumausgaben von 0,4 % gerechnet, für das Jahr 2015 mit 0,8 %.

Der prognostizierte Beschäftigungsanstieg für die Jahre 2014 (+0,7 %) und 2015 (+0,6 %) wird insbesondere vom Dienstleistungsbereich getragen.

(WIFO (2014): Prognose für 2014 und 2015: Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering)

Grafik 47 Entwicklung der Hauptindikatoren, Prognose für das Gesamtjahr 2014 und 2015, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

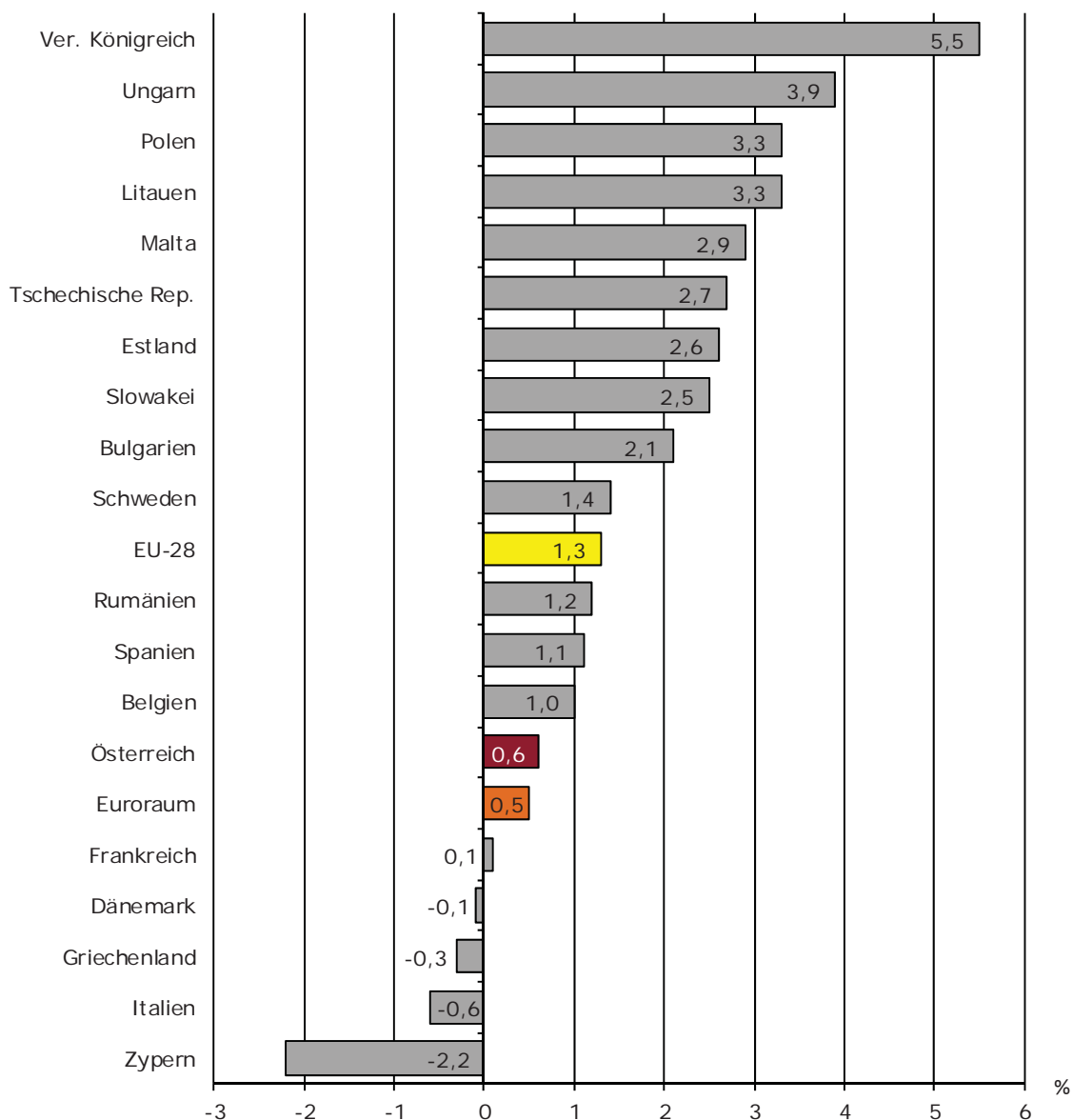


ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler, exkl. geringfügig Beschäftigte
Quelle: WIFO, September 2012

Österreich im europäischen Vergleich

In Österreich war das reale BIP-Wachstum im zweiten Quartal 2014 etwas höher als im Euroraum und deutlich niedriger als in der EU-28.

Grafik 48 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-28 gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent, zweites Quartal 2014



Anmerkungen:

Die Daten für Österreich von Eurostat sind mit jenen der Statistik Austria aus Grafik 20 auf Grund unterschiedlicher Veröffentlichungszeitpunkte nur bedingt miteinander vergleichbar.

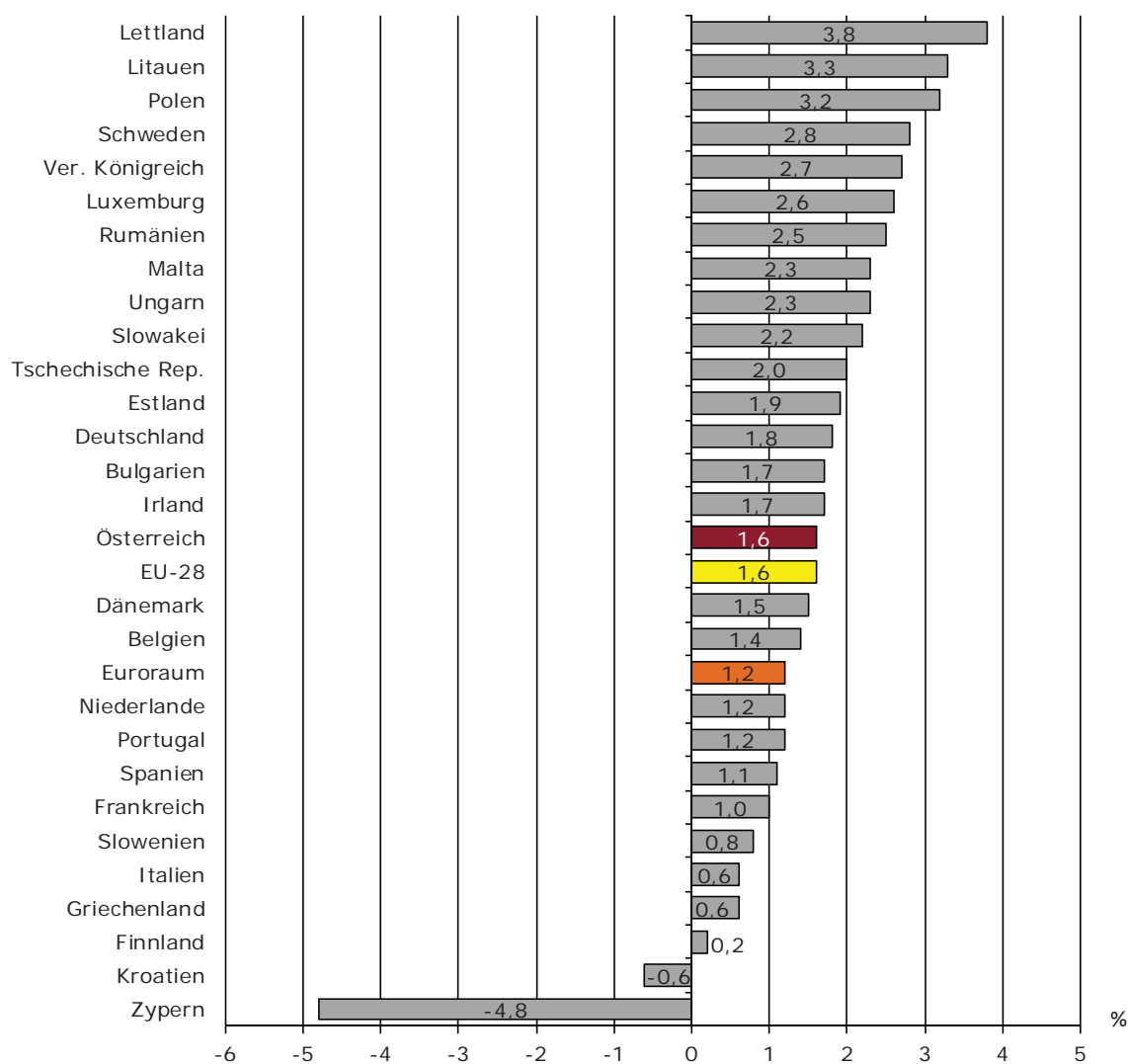
Für das zweite Quartal 2014 liegen derzeit (Mitte Oktober 2014) noch nicht für alle Länder Daten vor.

Quelle: Eurostat

Laut der Frühjahrs-Prognose der europäischen Kommission von Mai 2014 dürfte die reale Entwicklung des BIP im Jahr 2014 in Österreich in etwa jener der EU-28 entsprechen und besser als im Euroraum sein.

Diese Prognose von Mai 2014 ist aufgrund der unterschiedlichen Veröffentlichungszeitpunkte nicht mit der Septemberprognose des WIFO (siehe Grafik 22) zu vergleichen. Im Juni 2014 erwartete das WIFO für Österreich für das Gesamtjahr 2014 noch ein reales BIP-Wachstum von 1,4 %, welches im Rahmen der im September erschienen Prognose auf 0,8 % revidiert wurde.

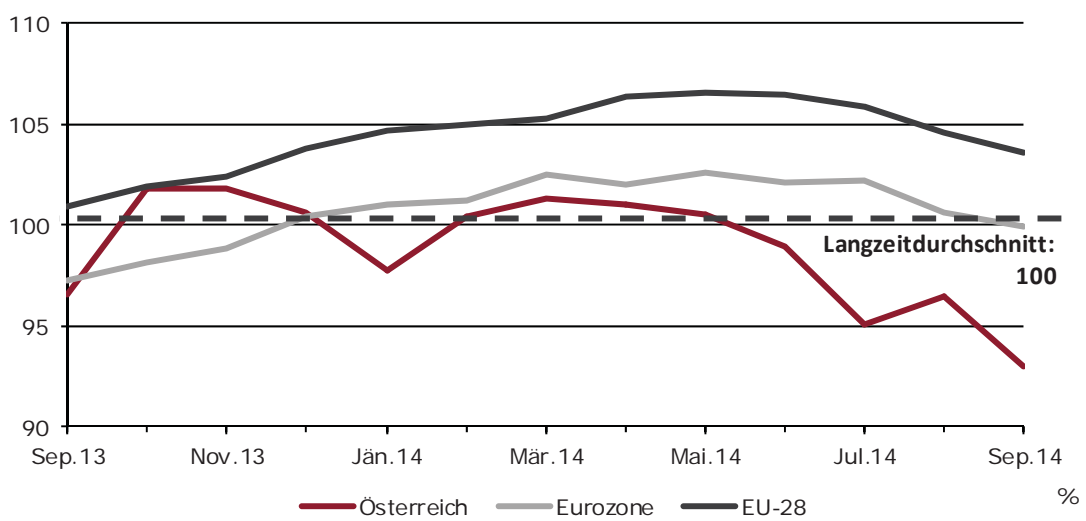
Grafik 49 Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der EU-28 gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Prognose für das Gesamtjahr 2014



Quelle: Europäische Kommission, Mai 2014

Der „Indikator zur wirtschaftlichen Einschätzung“ gibt, wie angeführt (siehe Grafik 46), basierend auf Branchen- und Verbraucherumfragen Einschätzungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage an. Im EU-Vergleich zeigt sich, dass die befragten Sektoren und Konsument/-innen die wirtschaftliche Situation in den vergangenen Monaten zumeist pessimistischer einschätzten als im EU-Durchschnitt, sodass der Indikator für Österreich unter den Werten der Eurozone sowie den EU-28 lag.

Grafik 50 Indikator zur wirtschaftlichen Einschätzung für Österreich, die Eurozone und die EU-28, September 2013 – September 2014



4.2.2 Sektorale Entwicklung

In den drei großen Sektoren der österreichischen Wirtschaft ist es im I. Halbjahr 2014 zu einem Beschäftigtenwachstum gekommen, welches im Dienstleistungsbereich (+1,4 %) und im Handel (+1,0 %) höher ausfiel als in der Produktion (+0,3 %). Die Umsätze sind im produzierenden Bereich (-0,1 %) und im Handel (-0,5 %) leicht zurückgegangen. Im Dienstleistungsbereich war demgegenüber ein Anstieg zu verzeichnen (+1,0 %).

Während die Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten und der Umsätze im produzierenden Bereich und im Handel im ersten Quartal besser war als im zweiten Quartal, konnten die Dienstleistungsunternehmen im zweiten Quartal höhere Zuwachsraten erreichen.

Tabelle 39 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) im ersten Halbjahr 2014 in der marktorientierten Wirtschaft², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Produzierender Bereich³			
unselbstständig Beschäftigte	0,7	-0,1	0,3
Umsatz	0,3	-0,4	-0,1
Handel⁴			
unselbstständig Beschäftigte	1,1	0,9	1,0
Umsatz	0,4	-1,2	-0,5
Dienstleistungen (exkl. Handel)⁵			
unselbstständig Beschäftigte	1,2	1,5	1,4
Umsatz	0,3	1,6	1,0
k. W. = kein Wert verfügbar ¹ inkl. geringfügig Beschäftigte ² Abschnitte B bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) ³ Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2), für diesen Bereich liegen nur Daten für den Zeitraum Jänner bis Mai vor ⁴ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) ⁵ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2) Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria			

Produzierender Bereich

Innerhalb des produzierenden Bereichs kam es in der ersten Jahreshälfte 2014 in der Wasserversorgung und –entsorgung sowie im Bau, sowohl bei den unselbstständig Beschäftigten als auch beim Umsatz, zum höchsten Wachstum. In der Herstellung von Waren (inkl. Bergbau) lag die Anzahl der Mitarbeiter/-innen im ersten Halbjahr 2014 geringfügig unter dem Vorjahresniveau, die Umsätze sind leicht angestiegen. In der Energieversorgung waren sowohl die Anzahl der unselbstständig Erwerbstätigen als auch die Umsätze rückläufig.

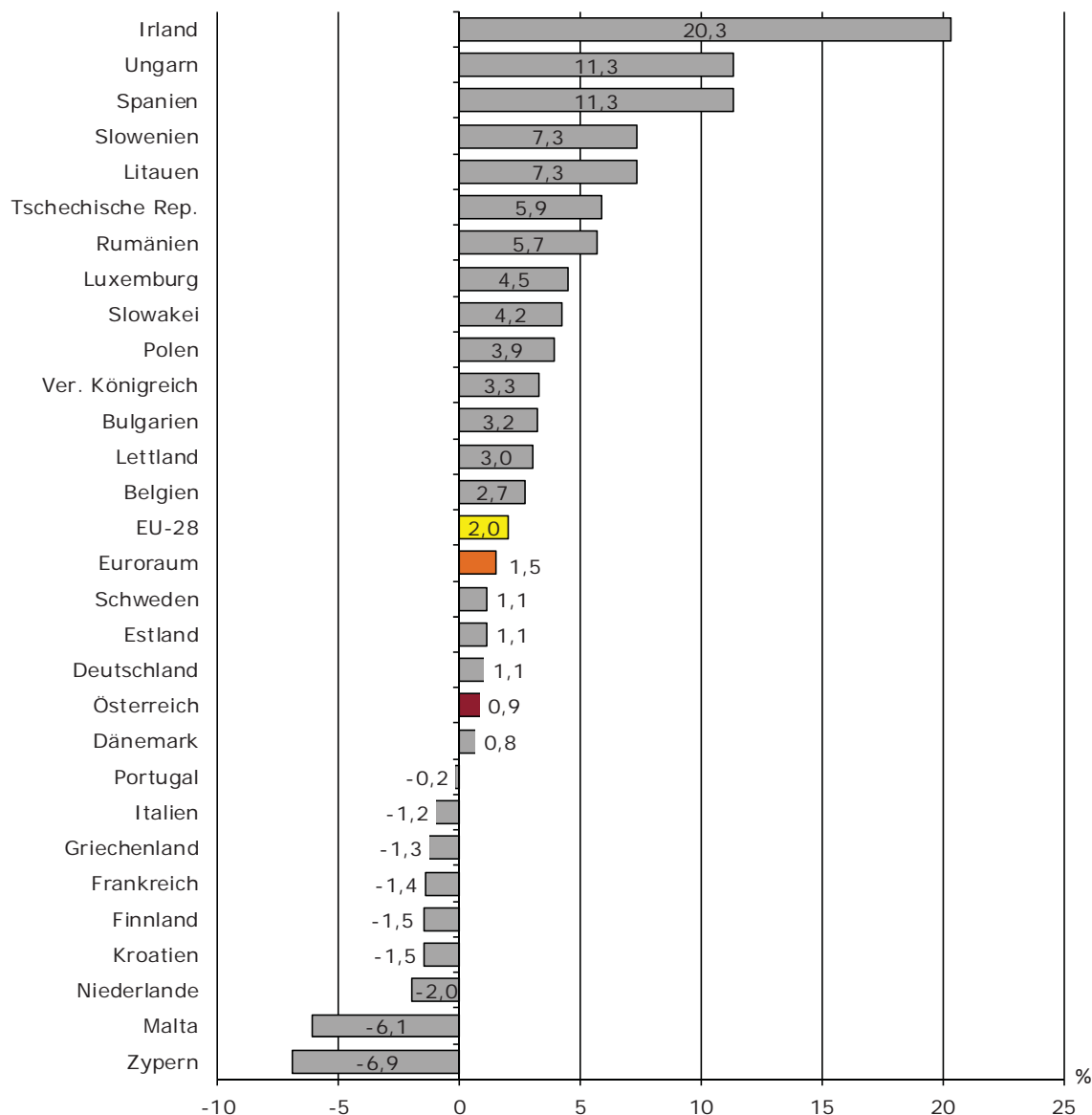
Die Entwicklung fiel in den verschiedenen Bereichen im zweiten Quartal fast durchwegs schwächer aus als im ersten Quartal.

Tabelle 40 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) vom erstes Halbjahr 2014 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Herstellung von Waren (inkl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)			
unselbstständig Beschäftigte	-0,1	0,0	-0,1
Umsatz	1,0	0,5	0,8
Energieversorgung			
unselbstständig Beschäftigte	-0,3	0,0	-0,2
Umsatz	-8,2	-11,3	-9,6
Wasserversorgung und -entsorgung; Abfallentsorgung			
unselbstständig Beschäftigte	3,8	3,7	3,8
Umsatz	10,6	3,5	6,9
Bau			
unselbstständig Beschäftigte	2,8	-0,4	1,0
Umsatz	8,4	4,3	6,0
Produzierender Bereich insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	0,7	-0,1	0,3
Umsatz	0,3	-0,4	-0,1

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte
² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)
 Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Das Produktionsvolumen im produzierenden Bereich ist im zweiten Quartal 2014 in Österreich (+0,9 %) weniger stark gestiegen als im Euroraum (+1,5 %) und in den EU-28 (+2,0 %).

Grafik 51 Europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominell) im zweiten Quartal 2014 im produzierenden Bereich¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte B bis F der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

Handel

Unter den Handelssektoren in Österreich hat sich der Einzelhandel im ersten Halbjahr 2014 besser entwickelt als die Kfz-Wirtschaft und der Großhandel. Im Einzelhandel hat die Zahl der unselbstständig Beschäftigten in der ersten Jahreshälfte 2014 um 1,7 % zugenommen. Die Umsätze sind nominell um 1,0 % gestiegen; real blieben diese stabil (+/-0,0 %).

In der Kfz-Wirtschaft waren im ersten Halbjahr 2014 um 0,5 % mehr Mitarbeiter/-innen beschäftigt als im ersten Halbjahr 2013. Die Umsätze haben nominell stagniert (+/-0,0 %) bzw. sind real zurückgegangen (-0,5 %).

Im Großhandel lag die Anzahl der unselbstständig Erwerbstätigen in der ersten Jahreshälfte auf dem Niveau des Vorjahres (+/0,0 %). Die Umsätze sind sowohl nominell (-1,5 %) als auch real (-0,3 %) zurückgegangen.

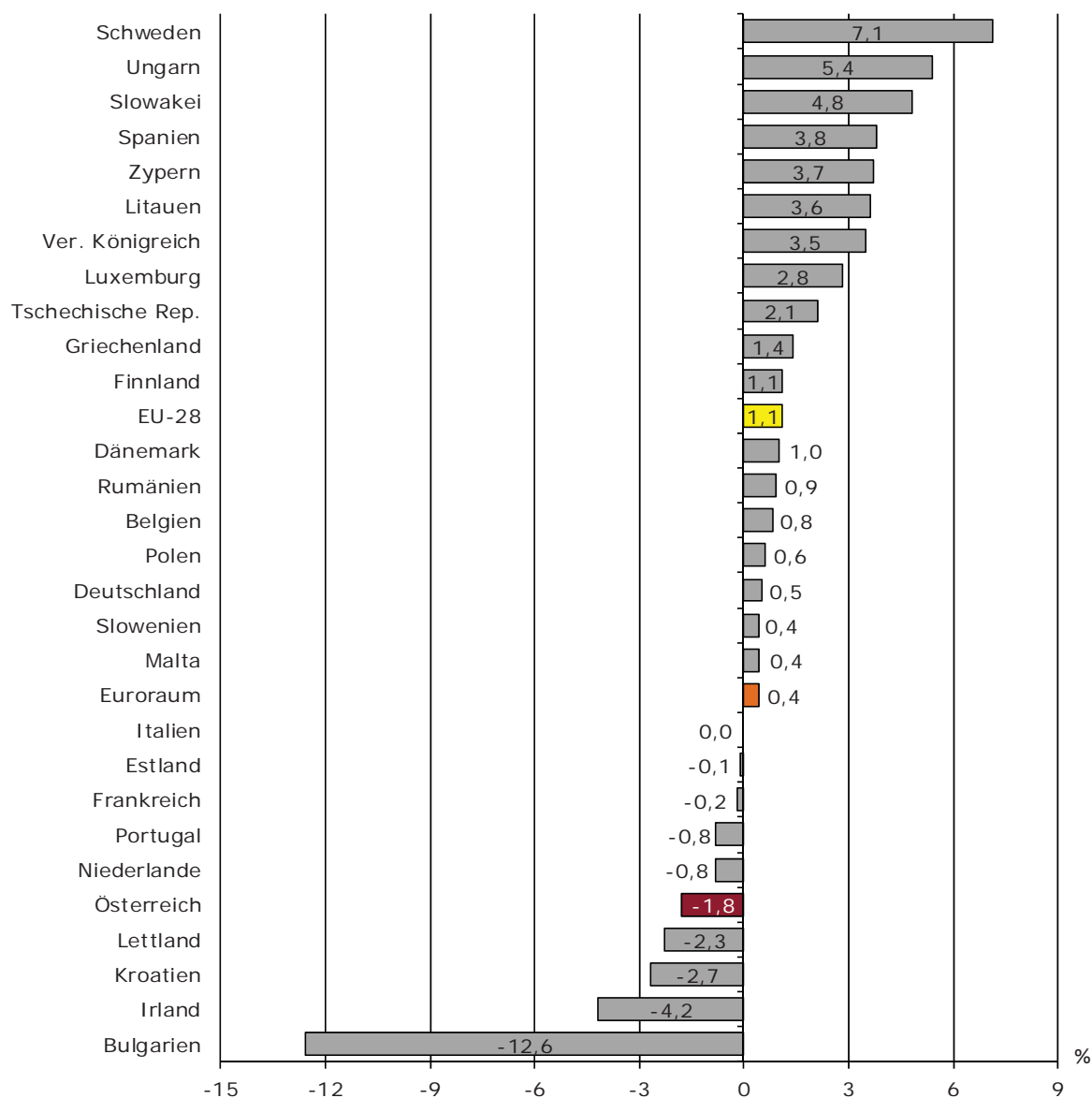
Differenziert nach Quartalen war die Umsatzentwicklung in der Kfz-Wirtschaft und im Großhandel im ersten Jahresviertel besser, im Einzelhandel im zweiten Quartal.

Tabelle 41 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2014 im Handel², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Kfz-Wirtschaft			
unselbstständig Beschäftigte	0,5	0,4	0,5
Umsatz nominell	4,9	-4,0	0,0
Umsatz real	4,1	-4,5	-0,5
Großhandel			
unselbstständig Beschäftigte	-0,1	0,1	0,0
Umsatz nominell	-0,6	-2,4	-1,5
Umsatz real	0,9	-1,6	-0,3
Einzelhandel³			
unselbstständig Beschäftigte	1,9	1,6	1,7
Umsatz nominell	0,1	1,8	1,0
Umsatz real	-1,0	0,8	0,0
Handel insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	1,1	0,9	1,0
Umsatz nominell	0,4	-1,2	-0,5
Umsatz real	0,9	-1,1	-0,2

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte
² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
³ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU Forschung Austria

Während die (arbeitstägig bereinigten) Umsätze im zweiten Quartal 2014 im österreichischen Handel nominell um 1,8 % zurückgegangen sind, kam es im Euroraum (+0,4 %) und in den EU-28 (+1,1 %) zu einem leichten Wachstum.

Grafik 52 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) im zweiten Quartal 2014 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)

Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

Dienstleistungen (exkl. Handel)

Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten ist im I. Halbjahr 2014 in allen Dienstleistungssektoren gestiegen. Das höchste Wachstum war bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+3,2 %), bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+2,9 %) sowie im Bereich Information und Kommunikation (+2,9 %) zu beobachten.

Zum höchsten Umsatzplus kam es in der ersten Jahreshälfte 2014 in der Beherbergung und Gastronomie (+2,8 %) sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+2,4 %). Im Sektor Information und Kommunikation (-1,3 %) und bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-0,1 %) lagen die Umsätze unter dem Niveau des Vorjahreshalbjahres.

Nach Quartalen differenziert war die Entwicklung im Verkehr, in der Beherbergung und Gastronomie sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen im zweiten Quartal besser. Im Sektor Information und Kommunikation und bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen war im ersten Quartal ein besserer Verlauf zu beobachten.

Tabelle 42 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2014 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in Prozent

	I. Quartal	II. Quartal	I. Halbjahr
Verkehr und Lagerei			
unselbstständig Beschäftigte	0,1	0,5	0,3
Umsatz	-0,2	1,2	0,5
Beherbergung und Gastronomie			
unselbstständig Beschäftigte	0,2	2,2	1,2
Umsatz	1,0	5,4	2,8
Information und Kommunikation			
unselbstständig Beschäftigte	3,1	2,8	2,9
Umsatz	-0,7	-1,9	-1,3
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	2,9	2,9	2,9
Umsatz	0,7	4,1	2,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	4,0	2,4	3,2
Umsatz	1,2	-1,4	-0,1
Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)			
unselbstständig Beschäftigte	1,2	1,5	1,4
Umsatz	0,3	1,6	1,0

k. W. = kein Wert verfügbar

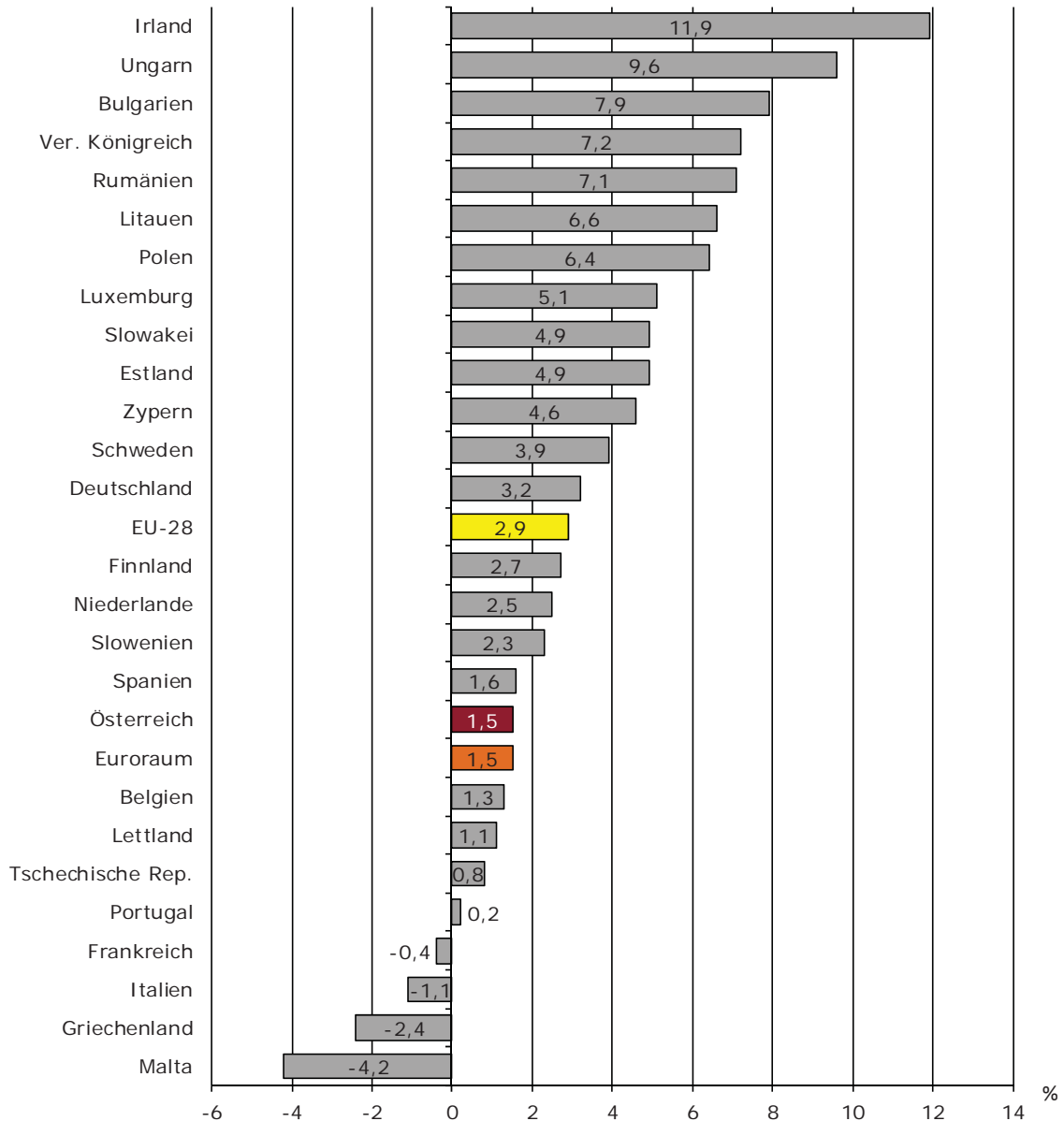
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

² Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abschnitte K, L und Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Das Umsatzwachstum des österreichischen Dienstleistungsbereichs (+1,5 %) entsprach im zweiten Quartal (arbeitstägig bereinigt) jenem des Euroraums (+1,5 %). In den EU-28 war das Plus (+2,9 %) höher.

Grafik 53 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) im zweiten Quartal 2014 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (= ÖNACE 2008)
 Abrufdatum Eurostat: Mitte Oktober 2014

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten

4.3 Unternehmensfinanzierung und Kreditvergabe

Aufgrund laufender Leitzinssenkungen durch die Europäische Zentralbank befinden sich derzeit auch die Zinsen für Unternehmenskredite auf niedrigem Niveau. Über die vergangenen Jahre wurden die Kreditbedingungen seitens der Banken einige Male verschärft und von den Unternehmen wird eine Verschlechterung der Kreditverfügbarkeit wahrgenommen. Das Kreditvolumen österreichischer Banken an Unternehmen hat sich zuletzt rückläufig entwickelt.

Österreichische Unternehmen und insbesondere KMU sind bei ihrer Finanzierung in hohem Maße von Bankkrediten abhängig. Rund zwei Drittel der KMU in Österreich decken ihren Investitionsbedarf mit Bankkrediten (Lindner/Hölzl (2013): A Survey of SME Accounting and Reporting Practices in Austria). Im vorliegenden Unterkapitel wird daher auf die Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe sowie auf die Entwicklung der österreichischen Unternehmenskredite eingegangen.

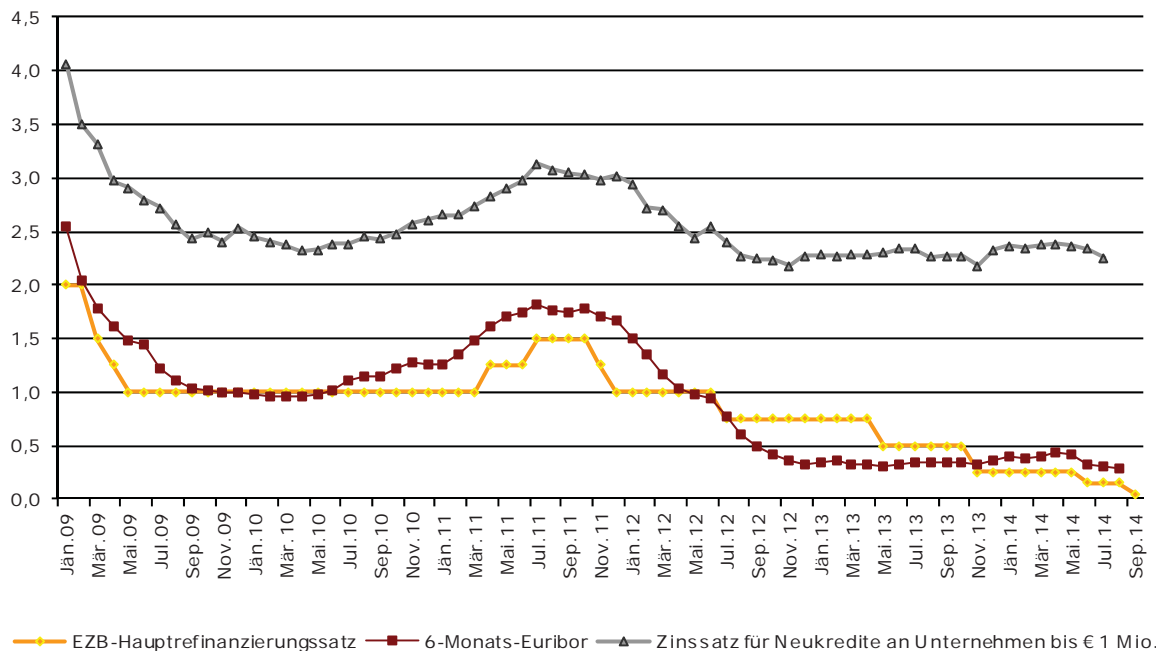
4.3.1 Rahmenbedingungen für die Kreditfinanzierung

Mit dem Hauptrefinanzierungssatz („Leitzins“) verfügt die Europäische Zentralbank (EZB) über ein Instrument zur Einflussnahme auf die konjunkturelle Entwicklung. Der Hauptrefinanzierungssatz ist der Mindestzinssatz, zu welchem sich Banken bei der EZB refinanzieren. Die Entscheidungen der EZB über die Anhebung oder Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes wirken sich in weiterer Folge auf die Zinssätze für Unternehmenskredite aus und können damit etwa einen Beitrag zur Ankurbelung der konjunkturellen Situation leisten.

Über den Beobachtungszeitraum 2009 bis 2014 erfolgte zunächst eine Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes (von 2 % Anfang 2009 schrittweise auf 1 % im Mai 2009) als Reaktion auf die weltweite Wirtschaftskrise. Nach Erhöhungen des Leitzinssatzes im Jahr 2011 (auf 1,25 % und 1,5 %) aufgrund der positiven konjunkturellen Grunddynamik, erfolgten seither laufend weitere Senkungen des Leitzinssatzes. Im September beschloss die EZB den bisherig tiefsten Hauptrefinanzierungssatz von 0,05 %. Folglich sind auch die Zinssätze für Unternehmenskredite auf einem niedrigen Niveau. Der für KMU wichtige Zinssatz für Neukredite bis zu 1 Mio. € lag im Juli 2014 bei 2,25 %, der 6-Monats-Euribor (der durchschnittliche Zinssatz,

zu welchem sich viele europäische Banken gegenseitig Anleihen in Euro gewähren) bei 0,3 %. Allerdings wird seit etwa Anfang 2013 deutlich, dass trotz laufender Leitzinssenkungen die Unternehmenszinsen nicht parallel weiter zurückgingen, bzw. sich auch der Euribor Zinssatz seit etwa Anfang 2013 auf einem stabilen Niveau bewegt.

Grafik 54 Zinssätze 2009 - 2014



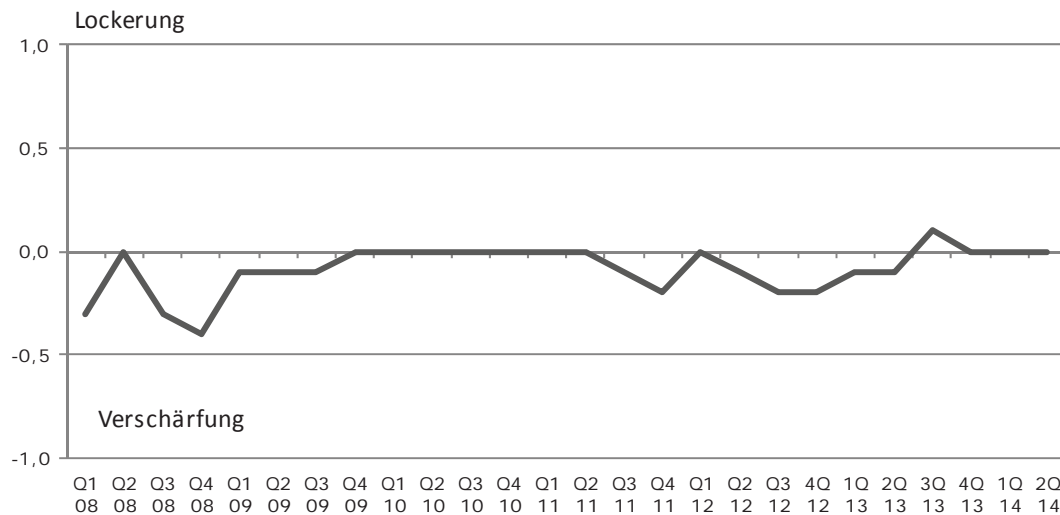
Quelle: OeNB, EMMI (European Money Markets Institute)

Mit dem sogenannten Bank Lending Survey (BLS) werden von den Zentralbanken des Euroraums viermal jährlich die Kreditkonditionen in den Ländern des Euroraums erhoben. Befragt werden dafür auch fünf österreichische Institute auf Basis derer sich die Entwicklungen für Österreich ableiten lassen.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre (2008-2014) zeigt, dass die Kreditrichtlinien (z.B. Zinssätze, Gebühren, Sicherheitserfordernisse) fast ausschließlich verschärft oder auf gleichem Niveau belassen wurden. Eine Ausnahme stellt das dritte Quartal 2013 dar, in welchem die Institute die Kreditrichtlinien erstmals im Beobachtungszeitraum geringfügig lockerten. Im ersten Halbjahr 2014 wurden die Kreditstandards unverändert belassen. Die mehrmaligen Verschärfungen der Richtlinien in den Jahren davor dürften für die Unternehmen jedoch nach wie vor spürbar sein (Bachmann et al.

(2014): 12. Kreditbericht: Entwicklung der Kredite des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor).

Grafik 55 Veränderung der Richtlinien für die Gewährung von Krediten an KMU in Österreich, erstes Quartal 2008 – zweites Quartal 2014

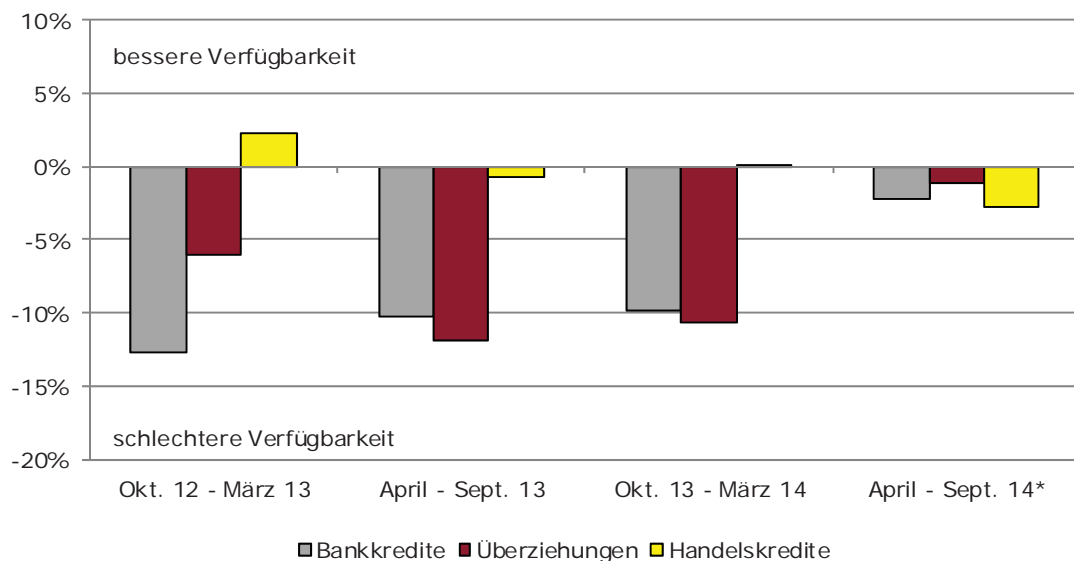


Anmerkung: Diffusionsindex: deutliche Verschärfung der Kreditrichtlinien: Wert -1, leichte Verschärfung: Wert -0,5; deutliche Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +1; leichte Lockerung der Kreditrichtlinien: Wert +0,5.
Quelle: OeNB (BLS)

Auf restriktivere Finanzierungsbedingungen deuten auch die Ergebnisse des quartalsweise stattfindenden WIFO-Konjunkturtests hin, im Rahmen dessen den österreichischen Unternehmen Fragen zu den Kreditbedingungen bei ihrer Bank gestellt werden. Demnach stieg der Anteil der nicht zustande gekommenen Kreditverträge (aufgrund inakzeptabler Bedingungen, oder Ablehnung des Kreditantrages seitens der Banken) im Zeitraum November 2013 bis Mai 2014 von rund 23 % auf rund 28 %. Die Anteile beziehen sich dabei auf all jene Unternehmen, die angaben, einen Kreditbedarf zu haben (das sind rund 20 % aller österreichischen Unternehmen). Demgegenüber bekamen rund 50 % der Unternehmen im genannten Zeitraum den Kredit zu den erwarteten Bedingungen und in der beabsichtigten Höhe (KMU jedoch seltener als Großunternehmen), 15 % erhielten das gewünschte Kreditvolumen, jedoch zu ungünstigeren Bedingungen und weitere rund 7 % erhielten den Kredit nicht in voller Höhe. (Bachmann et al. (2014): 12. Kreditbericht: Entwicklung der Kredite des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor)

Auch die Ergebnisse der halbjährlich stattfindenden Befragung der Europäischen Kommission unter vorwiegend KMU (Survey on the Access to Finance of Small- and Medium-sized Enterprises; SAFE) zeigen auf, dass sich die Verfügbarkeit von Finanzierung in den letzten Jahren verschlechtert hat. In den vergangenen Erhebungen stellten die befragten KMU sowohl hinsichtlich der Verfügbarkeit von Bankkrediten (d.h. die Möglichkeit, neue Bankkredite zu erhalten oder bestehende Bankkredite zu erneuern) als auch bei der Möglichkeit, Bankkonten zu überziehen, Verschlechterungen fest. Tendenziell besser wurde im Zeitraum Oktober 2012 bis März 2014 die Verfügbarkeit von Handelskrediten (das eingeräumte Zahlungsziel zwischen Unternehmen) bewertet. Die Einschätzungen zum Zeitpunkt der Befragung im März 2014 über die zukünftigen Verfügbarkeiten in den darauffolgenden sechs Monaten wurde von den Unternehmen weniger pessimistisch eingeschätzt, wengleich auch für diesen Zeitraum mehr Unternehmen schlechtere als bessere Verfügbarkeiten für alle angeführten Finanzierungsarten erwarten.

Grafik 56 Einschätzung über die Verfügbarkeit der Finanzierungen von österreichischen KMU, 2012-2014



Anm.: Saldo aus positiven und negativen Antworten der befragten KMU

Bankkredite: Möglichkeit, einen neuen Bankkredit zu erhalten bzw. einen bereits bestehenden Bankkredit zu erneuern;

Überziehungen: Möglichkeiten, ein bestehendes Bankkonto zu überziehen;

Handelskredite: Eingeräumtes Zahlungsziel bzw. die Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen von anderen Unternehmen ohne sofortige Barzahlung zu kaufen.

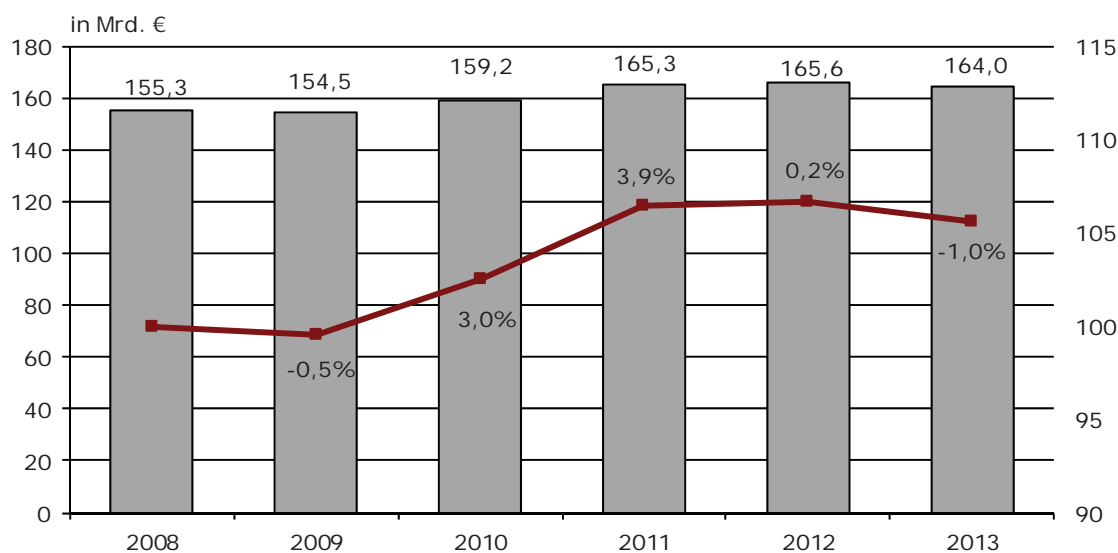
*Ausblick

Quelle: EZB (SAFE)

4.3.2 Entwicklung der Unternehmenskredite in Österreich

Das Kreditvolumen europäischer Unternehmen bei österreichischen Banken war zuletzt rückläufig (-1 % zwischen 2012 und 2013) und belief sich im Jahr 2013 auf rund 164 Mrd. €. Dieser Rückgang dürfte sowohl auf angebots- als auch auf nachfrageseitige Gründe zurückzuführen sein – auf restriktive Kreditbedingungen sowie auch eine geringere Kreditnachfrage aufgrund der wirtschaftlichen Lage.

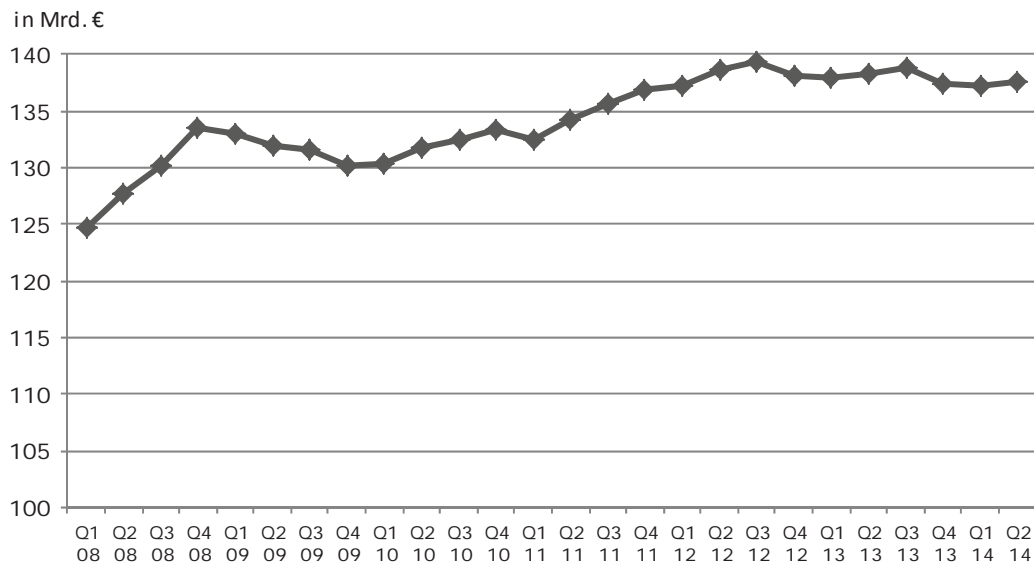
Grafik 57 Ausleihungen nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum bei Österreichs Banken in Mrd. €, 2008-2013



Quelle: OeNB

Auch das Kreditvolumen österreichischer Banken an inländische Unternehmen war seit etwa dem dritten Quartal 2012 konstant bis rückläufig und lag im zweiten Quartal 2014 bei rund 138 Mrd. €.

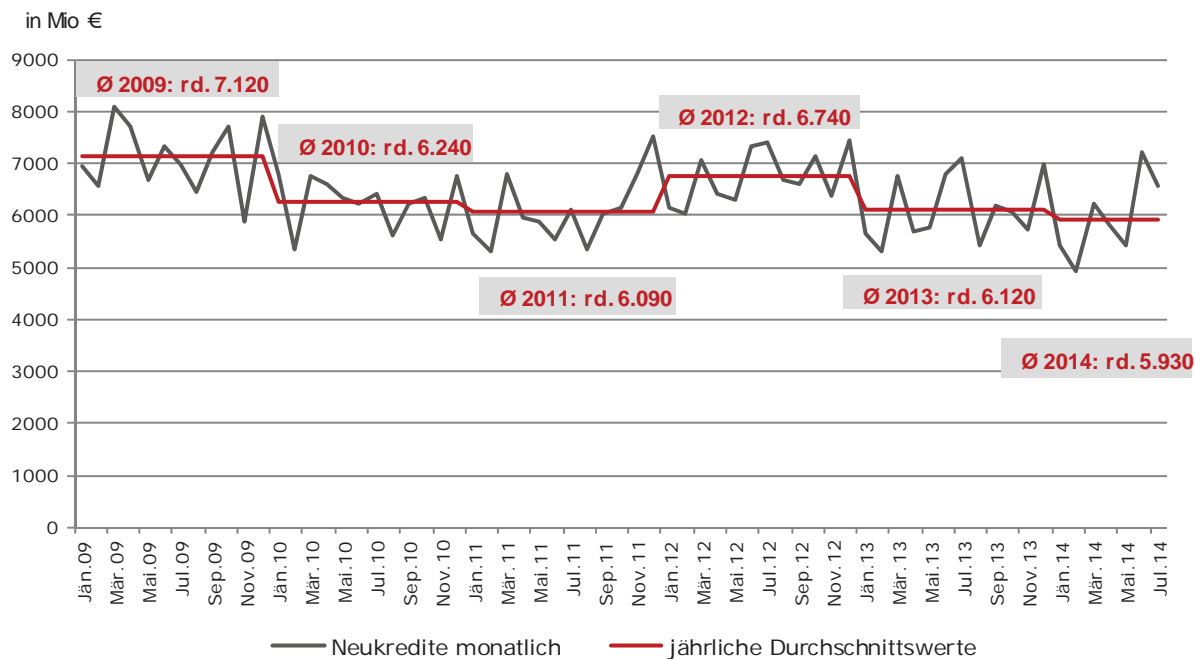
Grafik 58 Kredite österreichischer Banken an inländische Unternehmen in Mrd. €, erstes Quartal 2008 – zweites Quartal 2014



Quelle: OeNB

Auf Basis der seit 2009 verfügbaren Statistik zur Neukreditvergabe des österreichischen Bankensystems der OeNB wird gleichfalls ein tendenzieller Rückgang der neuen Kredite an Unternehmen seit dem vierten Quartal 2012 deutlich. Das monatlich durchschnittlich an inländische Unternehmen vergebene Kreditvolumen lag 2012 bei rund 6,7 Mrd. € und ging 2013 auf 6,1 Mrd. € zurück. Der Durchschnittswert für das Jahr 2014 belief sich (auf Basis der Daten von Jänner bis Juli 2014) auf rund 5,9 Mrd. €.

Grafik 59 Neukreditvergabe an inländische Unternehmen in Mio. €, Jänner 2009 – Juli 2014 sowie Jahresdurchschnitte



Quelle: OeNB

5 Maßnahmen zur Förderung der KMU

Im Jahr 2008 wurde der „Small Business Act“ (SBA) von der Europäischen Kommission vorgestellt und von den Mitgliedstaaten beschlossen. Der SBA bietet mit seinen zehn Grundsätzen einen abgestimmten Rahmen und ein gemeinsames Verständnis zur Förderung des Unternehmertums innerhalb der EU. Erklärtes Ziel des SBA ist es, den Unternehmergeist in der Gesellschaft zu verbessern und das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ in der europäischen Politik und in den Verwaltungen zu verankern. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

Die 2011 durch die Europäische Kommission veröffentlichte „Überprüfung des SBA“ analysierte die Fortschritte bei der Umsetzung des SBA und erläuterte zudem neue Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes, die in Folge der Wirtschaftskrise notwendig geworden waren. Hierzu gehörte etwa der erleichterte Zugang zu Finanzierung für KMU. (Europäische Kommission (2011): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa)

Als Folge der Überprüfung des SBA wurde 2013 der „Aktionsplan Unternehmertum 2020“ vorgestellt, welcher eine Reihe von Maßnahmen aufzeigt, die sowohl auf Ebene der EU als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten zur Förderung des Unternehmertums ergriffen werden sollten. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der unternehmerischen Bildung, der Schaffung eines unternehmerfreundlichen Umfeldes und das Ansprechen neuer Zielgruppen (Frauen, Migrant/-innen, Jugendliche, Arbeitslose, ältere Personen).

Im Rahmen des „SBA-Fortschrittberichts“ wurde angeregt, die Umsetzung des SBA laufend zu überprüfen. Die jährlich erscheinenden „SBA-Datenblätter“ tragen dieser Anregung Rechnung und geben einen Überblick über aktuelle Entwicklungen der KMU-Politiken in den Mitgliedstaaten. Anhand unterschiedlicher Indikatoren werden die Fortschritte innerhalb der zehn SBA-Grundsätze messbar gemacht und eine Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedstaaten hergestellt. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

Das vorliegende Kapitel hat die jüngst umgesetzten Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gliedert nach den zehn Grundsätzen des SBA zum Inhalt. Einleitend wird jeweils Österreich im EU-Vergleich betrachtet. Basis hierfür ist das „SBA-Datenblatt 2014“. In diesem Datenblatt wurden im Vergleich zu den Datenblättern der Vorjahre zum Teil methodische Änderungen vorgenommen (u.a. neue bzw. abgeänderte Indikatoren), so dass die angeführten Vergleichszahlen zur Messung der Fortschritte nicht durchgehend mit den Vorjahren vergleichbar sind. Für jene Indikatoren, die über mehrere Jahre beibehalten wurden, werden entsprechende Entwicklungen für Österreich aufgezeigt. Das Unterkapitel „aktuelle Situation“ bietet eine Auflistung all jener Maßnahmen, die hauptsächlich 2012 und 2013 eingeführt wurden, während das Unterkapitel „Herausforderung und Ausblick“ die 2014 realisierten und zukünftig geplanten Maßnahmen umfasst.

5.1 Unternehmerische Initiative

Im ersten Grundsatz „Unternehmerische Initiative“ regt die Europäische Kommission an, ein Umfeld zu schaffen, „in dem sich Unternehmer und Unternehmen in Familienbesitz entfalten können und in dem sich unternehmerische Initiative lohnt“. Der Grundsatz besagt des Weiteren, dass bestimmte Zielgruppen verstärkt für die unternehmerische Tätigkeit angesprochen werden sollen (z.B. junge Menschen und Frauen); zudem gelte es, die Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge zu verbessern. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.1.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die Positionen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Grundsatzes der „Unternehmerischen Initiative“ werden anhand von neun Indikatoren gemessen. Bei sechs von neun Indikatoren schneidet Österreich besser als der EU-Durchschnitt ab, bei drei werden unterdurchschnittliche Werte verzeichnet. Wie bereits in den vergangenen Jahren positioniert sich Österreich damit in etwa im EU-Mittelfeld.

Für das Datenblatt 2014 wurden neue Indikatoren zur Messung der unternehmerischen Aktivität basierend auf dem Global Entrepreneurship Monitor (GEM) eingeführt, darunter die „Unternehmerische Aktivität im Frühstadium“. Diese drückt den Anteil der Personen an der erwerbsfähigen Bevölke-

rung im Alter von 18-64 Jahren aus, die entweder bereits konkret an der Gründung eines Unternehmens arbeiten oder deren Unternehmen nicht älter als 3,5 Jahre ist. In Österreich weist dieser Indikator einen Wert von 9,6 % auf und liegt damit über dem EU-Durchschnitt von 8 %. Neu aufgenommen wurde der Indikator auch für Frauen („Rate des frühen Unternehmertums, weibliche Bevölkerung“). Auch hier liegt Österreich anteilmäßig mit 8,1 % über dem EU-Durchschnittswert (6 %). In den vergangenen Jahren ist die unternehmerische Aktivität in Österreich angestiegen. Seit der letzten Erhebung des GEM erhöhte sich die Rate des frühen Unternehmertums von 2,4 % im Jahr 2007 auf 9,6 % im Jahr 2012.

Unter dem EU-Durchschnitt liegt Österreich in jenem Bereich, der die unternehmerische Absicht der gesamten Bevölkerung misst. In Österreich geben 46 % der Erwachsenen an, dass Unternehmertum eine erstrebenswerte Karrierewahl darstellt, während innerhalb der EU 57 % dieser Aussage zustimmen.

Diese Ergebnisse zeigen demnach ein zweigeteiltes Bild für die unternehmerische Initiative in Österreich: Während Indikatoren zeigen, dass Österreich im internationalen Vergleich über ein unternehmerfreundliches Umfeld verfügt, wird Unternehmertum hierzulande seltener als attraktive Beschäftigungsalternative wahrgenommen. Erklärt werden kann dies damit, dass es in Österreich ein großes Angebot an attraktiven und gut abgesicherten Beschäftigungsmöglichkeiten bei bereits bestehenden Firmen gibt. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.1.2 Aktuelle Situation

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Initiative in Österreich umgesetzt. Nachfolgend werden die Förderungen, gegliedert in die Bereiche „Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur unternehmerischen Initiative“, „Maßnahmen im Laufe des Unternehmenslebenszyklus“ sowie „zielgruppenspezifische Maßnahmen“, dargestellt. Maßnahmen, welche den Bereich der sozialen Absicherung und Vorsorge betreffen, werden im Kapitel 3.3 angeführt.

Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur unternehmerischen Initiative

Entrepreneurship an österreichischen Universitäten	
Förderorganisationen:	Österreichische Universitäten
Zielgruppen:	Studierende, Akademiker/-innen
Einführungszeitpunkt:	Laufende Weiterentwicklung

Unternehmerisches Denken und Handeln gewinnt durch Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften an Bedeutung und innovative, unternehmerische Talente werden in der Arbeitswelt heute verstärkt nachgefragt. Die Schlüsselqualifikation "Selbstständigkeit" gewinnt daher sowohl für Schüler/-innen als auch für Studierende und Akademiker/-innen zunehmend an Relevanz.

An vielen österreichischen Universitäten wird der Bereich „Unternehmerisches Denken und Entrepreneurship“ im Lehrangebot und im Rahmen der Curricula einschlägiger Studien als Pflicht- oder Wahlfach berücksichtigt. Nicht nur sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien vermitteln entsprechende Lehrinhalte, auch Ausbildungen und Universitäten anderer fachlicher Ausrichtung wie beispielsweise die Technischen Universitäten haben Lehrveranstaltungen aus dem Bereich der allgemeinen Wirtschafts- und Betriebswissenschaften vorgesehen. Einige Universitäten haben etwa spezifische „Erweiterungscurricula“ im Bereich Entrepreneurship im Studienangebot. Dies sind vorgegebene Lehrveranstaltungskombinationen, die den Studierenden die Möglichkeit bieten, sich zusätzliche Kompetenzen anzueignen, die im Rahmen des Studienplans der eigenen Fachrichtung nicht angeboten werden.

Für den Abschluss der Leistungsvereinbarungen der Periode 2016-2018 mit den Universitäten ist vorgesehen, den Bereich der „Entrepreneurship Education“ verstärkt zu berücksichtigen.

Entrepreneurship und Intrapreneurship Education an Berufsbildenden Schulen	
Förderorganisation:	BMBF
Zielgruppe:	Schüler/-innen der Sekundarstufe II, die sich in beruflicher Erstausbildung befinden (Berufsschulen, Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen inklusive Sonderformen)
Einführungszeitpunkt:	seit 2004, laufende Weiterentwicklung

Seit dem Jahr 2004 wurde im Rahmen der Förderung von „Entrepreneurship und Intrapreneurship“ an Berufsbildenden Schulen der Entrepreneurship-Gedanke in allen Lehrplänen der beruflichen Erstausbildung verankert (sowohl im Lehrstoff als auch als Unterrichtsprinzip). Damit wird die Erziehung zum unternehmerischen Denken und Handeln bei Schüler/-innen der Sekundarstufe II, die sich in beruflicher Erstausbildung (Berufsschulen, Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen inklusive Sonderformen) befinden, gefördert. Inhalte der Maßnahme umfassen u.a.:

- Entwicklung und Implementierung von Bildungsstandards für Entrepreneurship, Wirtschaft und Management im Bereich der Kaufmännischen Schulen
- Förderung der Teilnahme von Schüler/-innen an Wettbewerben (z.B. Ideen- und Businessplanwettbewerb, Euroskills oder Jugend Innovativ)
- ÖNORM-Zertifizierung von Entrepreneurship-Schulen: Bis Anfang 2014 wurden 20 Schulen zertifiziert, was einem Anteil von rund 20 % des kaufmännischen Bereiches entspricht.
- Entwicklung eines Kompetenzpasses (Profil für Entrepreneurship-Lehrende), welcher den Schulen und Lehrer/-innen zur Verfügung steht und zum Selbsttest sowie als Steuerungselement verwendet werden kann.
- Einführung von Entrepreneurship for Engineers. Seit 2012 forciert die Bundesarbeitsgruppe "Entrepreneurship for Engineers (HTL)" eine strukturelle und flächendeckende Umsetzung des Entrepreneurship-Gedankens.

Österreichische Jugendstrategie	
Förderorganisation:	BMFJ
Zielgruppe:	Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren sowie jugendpolitische Stakeholder
Einführungszeitpunkt:	Umsetzungsbeschluss 2012; Zieldefinition bis 2020

Mit der im Jahr 2012 beschlossenen Österreichischen Jugendstrategie wird das Grundanliegen verfolgt, Jugendpolitik als Querschnittsmaterie nachhaltig zu verankern und somit den Fokus auf die junge Zielgruppe in allen Politikbereichen zu erhöhen. Junge Menschen werden dabei aktiv in die (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung der Strategie eingebunden.

Ein zentrales Ziel der Österreichischen Jugendstrategie ist die Förderung von Beschäftigung und Bildung. Strategische Zielsetzungen bis zum Jahr 2020 lauten in diesem Bereich: Österreich soll weiterhin bei der Jugendarbeitslosigkeit zu den drei besten Ländern innerhalb der EU zählen; die Quote der Schulabbrecher/-innen soll zu den niedrigsten innerhalb der EU gehören und es soll in Österreich mehr Unternehmensgründer/-innen unter 30 Jahre geben.

Zur Zielerreichung sollen u.a. die Möglichkeiten zum unternehmerischen Lernen verbessert und Entrepreneurship Education forciert werden. Es gilt, die Beschäftigungsfähigkeit durch die Förderung von Unternehmergeist sowie durch informell erworbene Kompetenzen Jugendlicher zu erhöhen. Konkrete Maßnahmen in diesem Bereich umfassen:

- Mit WIK:I (Was ich kann durch informelles Lernen) reflektieren junge Menschen, begleitet durch professionelle Begleiter/-innen, ihre informell erworbenen Kompetenzen, dokumentieren sie mit Beispielen und können sie somit etwa im Rahmen von Bewerbungsgesprächen nutzen.
- Die „Checklisten Qualitätspraktika“ wurden für die Zielgruppen junge Menschen, Eltern, Wirtschaftstreibende und Lehrpersonen erstellt und bieten einen kompakten Überblick über Charakteristika eines qualitätsvollen Praktikums. Die Checklisten sind gegliedert in Vorbereitungs-, Durchführungs-, und Nachbereitungsphase eines Praktikums.

Entrepreneurial Skills Pass	
Förderorganisationen:	WKO, BMWFW, EU (gefördertes EU-Projekt mit 12 weiteren Projektpartnern aus verschiedenen europäischen Ländern)
Zielgruppen:	Schüler/-innen (im Alter von 15-19 Jahren), jugendliche Berufseinsteiger/-innen Unternehmen, Wirtschaftstreibende
Einführungszeitpunkt:	Schuljahr 2013/14

Der Entrepreneurial Skills Pass ist ein internationales Zertifikat über die nötigen Kompetenzen, Kenntnisse und praktische Erfahrungen für einen erfolgreichen Berufseinstieg oder eigene unternehmerische Initiative von Schüler/-innen. Der Entrepreneurial Skills Pass kombiniert die etablierten Initiativen JUNIOR Company Programm und Unternehmerführerschein zu einem europäischen Gütesiegel. Das Zertifikat vereint damit die praktische unternehmerische Erfahrung, die Schüler/-innen im Rahmen des JUNIOR Company Programms sammeln (Jugendliche gründen reale Unternehmen und bieten selbst entwickelte Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt an) und den theoretischen Hintergrund, der im Rahmen des Unternehmerführerscheins im Bereich Finanzwissen und unternehmerische Kompetenzen vermittelt wird. Die Schüler/-innen können das im Laufe eines Schuljahres gesammelte Wissen in standardisierten Online-Prüfungen unter Beweis stellen. Von den gesicherten Kompetenzen profitieren nicht nur junge Berufseinsteiger/-innen, sondern auch Unternehmen und Wirtschaftstreibende. Der Entrepreneurial Skills Pass wird von KMU, internationalen Unternehmen, Sozialpartnern, Bildungsinstitutionen und der Europäischen Union anerkannt und unterstützt.

Das Pilotprojekt des Entrepreneurial Skills Pass startete im Schuljahr 2013/2014 in 15 Ländern mit 2.000 Schüler/-innen. Nach Abschluss der Pilotphase wird das Zertifikat im Schuljahr 2014/15 in insgesamt 26 Ländern angeboten. Durch die umfassende Vermittlung praktischer und theoretischer unternehmerischer Fähigkeiten trägt der Entrepreneurial Skills Pass dazu bei, die Gründungsneigung zu erhöhen sowie allgemein Einstiegsbarrieren in die Berufswelt zu mindern und in weiterer Folge die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern.

Maßnahmen im Laufe des Unternehmenslebenszyklus

Betriebsanlagenrecht – Erleichterung bei Betriebsübernahmen	
beschließende Organisation: einbringende Stelle:	Parlament, Bundesgesetzblatt I Nr. 85/2013 BMWF
Zielgruppen:	Übergeber/-innen und Nachfolger/-innen von Unternehmen
Einführungszeitpunkt:	29.5.2013

Durch Änderungen im Betriebsanlagenrecht können Betriebsübernehmer/-innen seit Mitte 2013 auf Antrag von der Behörde eine Zusammenstellung aller Bescheide und Auflagen, die den Betrieb betreffen, erhalten. Damit haben Betriebsübernehmer/-innen das Recht, sich schon im Vorfeld bei der Behörde über alle geltenden Inhalte von Bescheiden zu informieren und können einen etwaigen Anpassungsbedarf frühzeitig erkennen und einplanen. Erweisen sich Auflagen in der Übernahmesituation als nicht mehr notwendig, können sie aus dem Genehmigungsbescheid entfernt werden bzw. können überschießende Auflagen an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden (Umsetzung in der Gewerbeordnung 1994, BGBl. I Nr. 85/2013, § 79d Abs. 2). Die Maßnahme bringt Erleichterungen für Unternehmer/-innen, die ihren Betrieb übergeben wollen und solche, die einen bestehenden Betrieb übernehmen wollen. In den kommenden 10 Jahren (2014 – 2023) werden rund 45.700 Betriebe (KMU ohne EPU) vor der Herausforderung stehen, eine Unternehmensübergabe zu meistern.

Übernehmerinitiative	
Förderorganisationen:	ÖHT, BMWF, Bundesländer (Vorarlberg, Tirol, Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich)
Zielgruppen:	Nachfolger/-innen von Unternehmen der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft
Einführungszeitpunkt:	Start Pilotprojekt: 2013

Die Übernehmerinitiative richtet sich gezielt an Nachfolger/-innen, die einen elterlichen Betrieb übernehmen oder einen Betrieb über eine Übernahmebörse erwerben und in qualitätsverbessernde Maßnahmen investieren. Den Nachfolger/-innen wird ein Kredit mit einem Volumen zwischen 350.000 € und 1 Mio. € (bis zu 70 % der Investitionskosten) eingeräumt. Der Zinsendienst wird während der ersten zehn Jahre vom beteiligten Bundesland übernommen. Ergänzend umfasst die Förderung eine Bundeshaftung über 80 % der Kreditsumme.

KMU-Bonitätsrechner	
Förderorganisationen:	WIFI der WKO, WKW, Raiffeisenlandesbank Wien NÖ
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	Juli 2013

Der KMU-Bonitätsrechner (kmu-bonitaet.wkoratgeber.at) ist ein kostenloser Online-Ratgeber zur Unterstützung bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von KMU. Ziel der Maßnahme ist die Bewusstseinsbildung und Information zur „Bonität“ und „Kreditwürdigkeit“ im Zusammenhang mit geplanten Investitionen und deren Finanzierungsbedarf sowie die Verbesserung der Kommunikation mit den Banken. Das Online-Tool ermöglicht den Unternehmer/-innen in wenigen Minuten einen kompakten Überblick, wie sich Betriebskennzahlen auf Rating und Unternehmensbonität auswirken. Seit Juli 2013 werden monatlich rund 1.150 Zugriffe registriert.

Zielgruppenspezifische Maßnahmen

Führungskräfteprogramm Zukunft.Frauen und Aufsichtsrätinnen-Datenbank	
Förderorganisationen:	BMFWF, WKÖ, IV
Zielgruppe:	alle österreichischen Unternehmen
Einführungszeitpunkt:	September 2010

Mit dem Führungskräfteprogramm Zukunft.Frauen werden qualifizierte Frauen, die in ihrem Unternehmen als potenzielle Kandidatinnen für die Übernahme von Führungspositionen gelten, gezielt gefördert und für Management- und Aufsichtsratspositionen vorbereitet. Ziel ist die Hebung des Frauenanteils in den obersten Entscheidungsgremien von Unternehmen (Geschäftsführung, Vorstand, Aufsichtsräte). Das Programm ist eine Verbindung aus Workshops, Netzwerkaufbau und Mentoring. Ergänzt wird das Programm durch eine Aufsichtsrätinnen-Datenbank. In der öffentlich zugänglichen Aufsichtsrätinnen-Datenbank können sich neben den Absolventinnen auch Frauen, die bereits Aufsichtsratsmandate innehaben, registrieren. Die Suche nach Kandidatinnen für Aufsichtsratsfunktionen wird somit wesentlich erleichtert. Bis Anfang 2014 wurden sieben Lehrgänge erfolgreich abgeschlossen, insgesamt haben 152 qualifizierte Frauen das Programm absolviert. Der achte Durchgang startete im Herbst 2014. In der Datenbank sind derzeit 381 Frauen registriert. Die Maßnahmen kommen Unternehmen aller Größenklassen inklusive EPU zugute.

Der Mikrokredit	
Förderorganisationen:	Fördergeber: BMASK; Abwicklung: ÖSB Consulting GmbH, aws, Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG
Zielgruppen:	Arbeitsuchende oder von Arbeitslosigkeit betroffene Personen, welche sich selbstständig machen wollen bzw. bereits selbstständige Personen, deren Geschäft von der Schließung bedroht ist
Einführungszeitpunkt:	1.5.2010
Förderlaufzeit:	Aktueller Förderzeitraum endet am 31.5.2015

Mit dem 2010 implementierten Mikrokredit (www.dermikrokredit.at) wird die Neugründung, Fortführung, Erweiterung und Übernahme von kleinen Unternehmen aller Branchen in allen österreichischen Bundesländern gefördert. Zu den Zielgruppen zählen beschäftigungslose oder von Beschäftigungslosigkeit bedrohte Personen sowie Menschen mit erschwertem oder ausgeschlossenen Zugang zum klassischen Kreditmarkt, aber auch Personen, die bereits selbstständig sind und deren Unternehmen von einer Schließung bedroht sind.

Das Programm umfasst Kleinstkredite bis max. 12.500 €, die im Falle eines vorliegenden plausiblen und tragfähigen Geschäftskonzepts gewährt werden können. Es fallen dabei keine Bearbeitungsgebühren an. Der Zinssatz ist für die Laufzeit von 5 Jahren fixiert. Zu den Eckpunkten der Maßnahme gehören zudem eine Beratung bei der Antragstellung und nach der Kreditvergabe sowie eine Internet-Plattform zur Ausarbeitung des Geschäftskonzepts und zur Qualifizierung.

Seit Einführung der Maßnahme Anfang 2010 bis Ende Juni 2014 wurden 340 Personen durch die Gewährung eines Mikrokredits und die darauf folgende Nachbetreuung unterstützt. Auf der Internet-Plattform haben sich bis Ende Juni 2014 insgesamt 3.805 Personen registriert. Diese Personen wurden kontaktiert und – sofern ein Kreditantrag angestrebt wurde – bei der Erstellung ihres Businessplanes und ihres Antrages beratend unterstützt.

Unterstützungsleistungen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit für Menschen mit Behinderung	
Förderorganisationen:	Fördergeber: Sozialministerium / Sozialministeriumservice
Zielgruppen:	Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 vH
Einführungszeitpunkt:	Abgeltung Mehraufwand: 23.12.2010 Existenzsicherung: seit Bestehen des BEinstG
Förderlaufzeit:	unbefristet

Für die wirtschaftliche Selbstständigkeit werden vom Sozialministerium / Sozialministeriumservice folgende Unterstützungsleistungen angeboten:

Es können Zuschüsse gewährt werden, damit die wirtschaftliche Lage der Menschen mit Behinderung durch die Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit verbessert bzw. damit eine Ersatzkraft eingestellt werden kann, um den Bestand des Unternehmens nicht zu gefährden.

Ziel der Förderungen ist die Abgeltung des behindertenbedingten Mehraufwandes bei Gefährdung des Bestands des Unternehmens durch längere Abwesenheiten (krankheitsbedingter Arbeitsverhinderung, Kuraufenthalt) bzw. der Ausgleich von durch die Beeinträchtigung von Unternehmer/-innen entstehenden Wettbewerbsnachteilen.

Gefördert werden anfallende und nachweisbare Kosten bis zu einer Höhe von 50vH, jedoch höchstens im Ausmaß der 100-fachen Ausgleichstaxe bzw. pauschal in Höhe der monatlichen Ausgleichstaxe (höchstens 6 Monate).

Mit diesem Angebot wird unterstützt, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen – daher auch im Unternehmensbereich – tätig sein können.

5.1.3 Herausforderungen und Ausblick

Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur unternehmerischen Initiative

Gemeinsames SBA-Begleitprogramm	
Förderorganisationen:	BMWF, WIFI der WKÖ
Zielgruppe:	KMU
Durchführungszeitraum:	1.5.2014 – 30.4.2015

Im Mai 2014 startete das Gemeinsame SBA-Begleitprogramm unter dem Motto „Aktives Unternehmertum – Aufbruch nach der Krise“. Im Rahmen des Programms werden Informationen sowie geförderte Beratungsleistungen für Unternehmen angeboten. Initiativen umfassen u.a. spezielle Information für Unternehmen, die sich in der Wachstums- und Reifephase befinden, die Fortsetzung des Jungunternehmer/-innen-Coachings inkl. einer ergänzenden Unterstützung zum Aufbau einer überlebensfähigen Organisation, Sensibilisierung zum Thema Digitalisierung, den Online-Ratgeber „KMU Unternehmenswert“ (siehe hierzu auch „Maßnahmen im Laufe des Unternehmenslebenszyklus“) sowie Veranstaltungen zur erfolgreichen Unternehmensführung (siehe hierzu auch Kapitel 5.8.3). Mit dem Gemeinsamen SBA-Begleitprogramm werden somit Unternehmergeist und Wachstumsimpulse in allen Unternehmensphasen gefördert.

„EureProjekte“ im Rahmen der Österreichischen Jugendstrategie	
Förderorganisationen:	BMFJ, Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos
Zielgruppe:	Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren
Einführungszeitpunkt:	1.9.2014

Im Rahmen der österreichischen Jugendstrategie werden mit „EureProjekte“ Anschubfinanzierungen vergeben, die junge Menschen (im Alter von 14 bis 24 Jahren) mit Geldbeträgen bis max. 500 € bei der Realisierung ihrer Ideen und Projekte unterstützen. Neben dem finanziellen Beitrag erhalten die Einreicher/-innen in einem Beratungsgespräch Tipps zur Umsetzung ihrer Ideen. Dieses Projekt fördert somit Engagement und Eigeninitiative als Grundlage für spätere unternehmerische Initiativen. Projektideen können seit 1.9.2014 unter www.eureprojekte.at eingereicht werden.

Maßnahmen im Laufe des Unternehmenslebenszyklus

Online-Ratgeber „KMU Unternehmenswert“	
Förderorganisationen:	WIFI der WKO, WKW, Bank Austria – Unicredit mit Unterstützung des BMWFW
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt :	Juli 2014

Die Einschätzung des Marktwertes des eigenen Unternehmens gehört zu den wesentlichen Herausforderungen bei der Unternehmensübergabe. Der kostenlose Online-Ratgeber „KMU Unternehmenswert“ bietet Unterstützung bei einer ersten Einschätzung des Marktwertes eines Unternehmens. Die Unternehmer/-innen erhalten damit in wenigen Minuten einen kompakten Überblick, welche Kriterien für Käufer/-innen und Verkäufer/-innen von Unternehmen bei der Bewertung relevant sind und welche Bandbreite ein Marktwert umfassen kann (Sicht Verkäufer/-innen vs. potenzielle Käufer/-innen). Zusätzlich gibt der Ratgeber Tipps, wie die Attraktivität eines Unternehmens verbessert werden kann. Mit der Maßnahme soll die Bewusstseinsbildung und Information zum Thema Unternehmensbewertung und Übergabe sowie eine zeitgerechte Auseinandersetzung und Vorbereitung auf eine potenzielle Übergabe (insbesondere bei KMU) gefördert werden. Seit der Einführung im Juli 2014 wurde der Ratgeber monatlich durchschnittlich 1.270 Mal aufgerufen.

Zielgruppenspezifische Maßnahmen

Webinare für EPU	
Förderorganisation:	WKÖ
Zielgruppe:	EPU
Einführungszeitpunkt:	März 2014

Besonders für EPU als Unternehmer/-innen ohne Delegationsmöglichkeiten im eigenen Betrieb soll der zeitliche Aufwand für Weiterbildung optimiert werden. Es werden daher in einer Pilotphase seit März 2014 Online-Seminare („Webinare“) für EPU angeboten (<http://epu.wko.at/webinare>). Mittels PC am eigenen Arbeitsplatz steigen die angemeldeten Teilnehmer/-innen in eine Live-Session ein. Am Bildschirm wird in einem Fenster der Vortragende mittels Kamera live übertragen. Die Folien laufen auf einem zweiten Teil des Fensters mit. Die Teilnehmer/-innen haben die Möglichkeit, über einen Chat Fragen an den Moderator zu senden. Vorteil von Webinaren

ist die örtliche Ungebundenheit. Teilnehmer/-innen, insbesondere aus verkehrsgünstig gelegenen Regionen, ersparen sich mitunter langwierige Anfahrtszeiten und –kosten. Mit der Maßnahme soll ein aktiver Beitrag geleistet werden, EPU mit Know-how für den unternehmerischen Alltag auszustatten.

5.2 Zweite Chance nach Insolvenz

In Österreich und in Europa allgemein werden gescheiterte Unternehmer/-innen nach wie vor häufig stigmatisiert. Im zweiten Grundsatz des SBA werden die Mitgliedstaaten angehalten, „sicherzustellen, dass rechtschaffene Unternehmer, die insolvent geworden sind, rasch eine zweite Chance bekommen“. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.2.1 Österreich im europäischen Vergleich

Im Bereich „Zweite Chance“ liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt. Positiv hervorzuheben ist die Dauer für eine Unternehmensschließung, die in Österreich mit 1,1 Jahren etwa halb so lange ist wie im EU-Durchschnitt (2 Jahre). Auch die Kosten einer Unternehmensschließung sind in Österreich rückläufig und lagen 2013 mit einem Anteil von 10 % am Schuldnervermögen in etwa im Durchschnitt der EU. Einzelunternehmer haften auch mit ihrem Betriebs- und Privatvermögen.

Während somit das rechtliche Umfeld durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz im Hinblick auf einen Neustart als förderlich zu bezeichnen ist, kommt gescheiterten Unternehmer/-innen in Österreich weniger Rückhalt in der Bevölkerung zu. 77 % der Österreicher/-innen befürworteten, dass gescheiterte Unternehmer/-innen eine zweite Chance bekommen sollten im Vergleich zu 82 % der europäischen Bevölkerung insgesamt. Ein 2014 neu eingeführter Indikator für den Grundsatz „Zweite Chance“ misst die Angst vor dem Scheitern. In Österreich geben 36 % der Personen zwischen 18 und 64 Jahren an, dass die Angst vor dem Scheitern sie davon abhalten würde, ein Unternehmen zu gründen. Innerhalb der EU liegt dieser Anteil mit 40 % etwas höher. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.2.2 Aktuelle Situation

Im Jahr 2013 wurden in Österreich rund 5.500 Unternehmen insolvent. Im Vergleich zu 2012 war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen damit rückläufig, wobei im Jahr 2013 die größte Insolvenz in der Geschichte der Zweiten Republik im Baubereich zu verzeichnen war. (Weitere Zahlen und Daten zum österreichischen Insolvenzgeschehen finden sich in Kapitel 1.2.1)

Insolvenzrechtsänderungsgesetz (IRÄG)	
beschließende Organisation:	Parlament, Bundesgesetzblatt I Nr. 29/2010
einbringende Stelle:	BMJ
Zielgruppe:	insolvente Unternehmen
Einführungszeitpunkt:	2010

In der Vergangenheit wurden Maßnahmen gesetzt, die darauf abzielten, die Dauer der Insolvenzverfahren möglichst gering zu halten. So wurde mit der Insolvenzrechts-Novelle 2002 das Zwangsausgleichsverfahren (nunmehr Sanierungsplan) gestrafft und mit dem Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010 (IRÄG 2010) ein Fristenkorsett für das Sanierungsverfahren vorgesehen. Das IRÄG 2010 brachte aber auch Verbesserungen bei der Dauer des Insolvenzverfahrens als Liquidationsverfahren. Um eine möglichst schnelle Verwertung sicherzustellen, wurde festgelegt, dass Absonderungsgläubiger bis zum Ablauf von 6 Monaten ab der Verfahrenseröffnung keine Verzugszinsen verlangen dürfen. Dadurch wird erreicht, dass Insolvenzverwalter, denen die Verwertung obliegt, diese möglichst zügig durchführen. Denn eine längere Dauer des Insolvenzverfahrens ist meist nicht auf eine lange Dauer der Verwertung, sondern darauf zurückzuführen, dass Prozesse über Anfechtungen oder andere Forderungen noch nicht abgeschlossen sind und nach österreichischem Recht das Insolvenzverfahren erst nach deren Abschluss aufgehoben wird.

Die Durchlaufzeit von Insolvenzverfahren hat sich laut Kreditschutzverband von 1870 (KSV1870) seit Inkrafttreten des IRÄG 2010 am 1.7.2010 von durchschnittlich 1,9 Jahren auf ca. 1,25 Jahre reduziert. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich durch Einführung von Verbesserungen und Veränderungen mit dem IRÄG 2010 das Sanierungsbild geändert und weiter verbessert hat.

Anhand der Aufhebungsstatistik des KSV1870 von 2008 bis 2013 zeigt sich ein anteilmäßiger Anstieg der Unternehmenssanierungen. Während der Anteil der Aufhebungen mit einem Entschuldungsplan etwa gleichbleibend rund 10 % der Verfahren belegt, sind die Unternehmenssanierungen (inkl. bestätigter Ausgleiche, Zwangsausgleiche, Sanierungspläne und Aufhebung mit Zustimmung aller Gläubiger) von etwa 26 % auf 32 % angestiegen. Die Sanierungsquote von Unternehmen von über 30 % ist laut KSV im internationalen Vergleich besonders hoch.

Tabelle 43 Aufhebungsstatistik, 2008 – 2013					
Aufhebung der Insolvenzverfahren	2008	2009	2011	2012	2013
Unternehmenssanierung	26 %	24 %	32 %	33 %	32 %
Entschuldung Unternehmer	10 %	11 %	10 %	11 %	9 %
Aufhebung mit Liquidationsquote	39 %	39 %	35 %	34 %	35 %
Aufhebung ohne Quote	25 %	25 %	23 %	23 %	24 %
Aufhebung nach Rekurs	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Quelle: KSV1870

Die hohe Sanierungschance gibt Unternehmer/-innen zudem einen Anreiz, rasch und damit frühzeitig bei Gericht eigene Anträge zu stellen.

KMU-Stresstest	
Förderorganisationen:	WIFI der WKO, WKW, Erste Bank und Sparkasse mit Unterstützung des BMWFW
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	Juli 2012

Der kostenlose Ratgeber „KMU-Stresstest“ (www.kmu-stresstest.at) ist seit Juli 2012 online und ermöglicht die Simulation der Krisenfestigkeit bzw. der Auswirkung von Umsatzeinbrüchen auf das Unternehmen. Ziel der Maßnahme ist die Bewusstseinsbildung in Hinblick auf Krisenfestigkeit und die Bedeutung von Controlling und Liquiditätsplanung insbesondere in Krisenzeiten. Der im Juli 2012 online gestellte Ratgeber verzeichnet durchschnittlich rund 1.000 Zugriffe pro Monat.

5.2.3 Herausforderungen und Ausblick

Abschaffung der formalen Ausschlusskriterien von gescheiterten Unternehmer/-innen für neue Förderzusagen	
Förderorganisation:	aws
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	1.7.2014

Weil gerade junge Unternehmer/-innen öfter eine zweite Chance brauchen, wird eine neue Initiative ins Leben gerufen: Eine gescheiterte unternehmerische Tätigkeit soll in Zukunft kein formales Ausschlusskriterium für eine neue Förderzusage bei der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) sein. Aus diesem Grund wurde bei der Überarbeitung der neuen, mit 1.7.2014 gültigen Förderungsrichtlinien nach KMU-Förderungsgesetz und Garantiegesetz eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen vorgenommen. Nunmehr ist es möglich, zwei Jahre nach Aufhebung eines Insolvenzverfahrens eine Förderung zu erhalten, auch wenn der Zahlungsplan im Insolvenzverfahren noch nicht zur Gänze erfüllt ist. Bislang musste laut Richtlinienbestimmung der Zahlungsplan für den Erhalt einer Förderung erfüllt sein. Mit dieser Maßnahme wird Unternehmer/-innen ein rascherer Neustart erleichtert.

5.3 Prinzip „Vorfahrt für KMU“

Für KMU stellen administrative Belastungen im Vergleich zu Großunternehmen einen überproportional hohen Aufwand dar. Der Grundsatz „Think Small First“ hält daher die Mitgliedstaaten dazu an, bei der Gestaltung der Gesetzgebung die Besonderheiten von KMU stets zu beachten und das aktuelle Regelungsumfeld zu vereinfachen. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.3.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die Fortschritte der Mitgliedstaaten in diesem Bereich werden 2014 erstmals anhand einer qualitativen Analyse erhoben. Evaluert wird etwa, ob und in welchem Umfang das „Think Small First“-Prinzip im Regelungsumfeld Beachtung findet. Auch die Qualität der Einbindung von Interessensgruppen bei der Entwicklung von Regelungen oder die Umsetzung eines „KMU-Tests“ (Untersuchung der Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf KMU) werden im Rahmen dieses Grundsatzes evaluiert.

Österreich wird anhand dieser Evaluierung ein positives Zeugnis ausgestellt. Maßnahmen wie die GmbH-Reform oder der österreichische KMU-Test, welche nachfolgend vorgestellt werden, tragen zum guten Abschneiden Österreichs bei. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.3.2 Aktuelle Situation

Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Betriebsanlagen	
beschließende Organisation:	Parlament, Bundesgesetzblatt I Nr. 85/2013
einbringende Stelle:	BMFWF
Zielgruppe:	Unternehmer/-innen mit gewerblichen Betriebsanlagen
Einführungszeitpunkt:	29.5.2013

Mit der Novelle BGBl. I Nr. 85/2013 zur Gewerbeordnung 1994 wurden im Bereich des gewerblichen Betriebsanlagenrechts weitere Deregulierungsmaßnahmen vorgesehen, die für Unternehmer/-innen (Inhaber einer gewerblichen Betriebsanlage) Vereinfachungen bringen. Seit Mai 2013 genügt für einfache Anlagenänderungen ein unbürokratisches Anzeigeverfahren anstelle des Genehmigungsverfahrens (§ 81 Abs. 2 Z 7 und Z 11). Bisher musste z.B. beim Einbau eines Lifts in die Betriebsanlage oder bei „Public Viewing“ ein kostenintensives und langwieriges Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. Diese Erweiterung des Anzeigeverfahrens bringt v.a. Zeit- und Kostenersparnis (Wegfall von Kommissionsgebühren und Verwaltungsabgaben in der Höhe von rund 300 €).

KMU-Test	
Beschließende Organisation:	Parlament, Bundesverfassungsgesetz Artikel 51 (8) u. (9)
Einbringende Stelle:	BMF
Zielgruppe:	KMU
in Kraft getreten am:	1.1.2013

Seit dem 1.1.2013 verlangt die österreichische Verfassung eine ergebnisorientierte Folgenabschätzung für staatliche Maßnahmen und eine Verwaltungssteuerung auf der Grundlage von Wirkungszielen und der voraussichtlichen Folgen für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Dies schließt auch einen vom Wirtschaftsministerium entwickelten KMU-Test ein, bei dem anhand eines Fragebogens die Auswirkungen von Bundesgesetzen, -

verordnungen und großen Vorhaben auf KMU abgeschätzt werden. Dieser KMU-Test fokussiert die folgenden Bereiche:

- Finanzielle Auswirkungen auf KMU (Auswirkungen auf die Kosten- und Erlösstruktur von KMU, Auswirkungen auf den Zugang von KMU zu Finanzmitteln)
- Auswirkungen auf die Internationalisierung, die Innovationsfähigkeit sowie auf einzelne Phasen des Unternehmenszyklus (z.B.: Folgen für den Zugang zu Informationen über Auslandsmärkte, die Errichtung von Auslandsniederlassungen, etc.)

Die Abschätzung der Auswirkungen auf KMU erfolgt in zwei Stufen: zunächst wird bei einer vereinfachten Abschätzung eruiert, ob KMU von den Auswirkungen des Regelungsvorhabens wesentlich betroffen sind. Wenn dies zutrifft, werden die Folgen anhand vorgegebener Fragen vertiefend abgeschätzt.

GmbH-Novelle	
Beschließende Organisation:	Parlament, Bundesgesetzblatt I Nr. 109/2013
Einbringende Stelle:	BMJ
Zielgruppe:	Gründer/-innen
Einführungszeitpunkt:	2013

Seit In-Kraft-Treten des Abgabenänderungsgesetzes 2014 können neu gegründete Gesellschaften mit beschränkter Haftung eine „Gründungsprivilegierung“ in Anspruch nehmen: Während der ersten zehn Jahre nach Gründung der Gesellschaft kann die Verpflichtung der Gesellschafter zur Leistung von Stammeinlagen auf insgesamt 10.000 € beschränkt werden. Diese Beschränkung gilt auch gegenüber Dritten, so zum Beispiel, wenn gegen die Gesellschaft Exekution geführt wird oder sie in Insolvenz geht. Im Zuge der Gründung müssen zumindest 5.000 € bar eingezahlt werden. GmbH-Neugründungen können also mit einem unmittelbaren Kapitaleinsatz von 5.000 € erfolgen, das wirtschaftliche Risiko bleibt für zehn Jahre auf 10.000 € beschränkt. Bis Mitte 2013 mussten demgegenüber in der Regel zumindest 17.500 € - also die Hälfte des gesetzlichen Mindeststammkapitals von 35.000 € - bar aufgebracht werden. Die Reform des GmbH-Rechts stellt somit eine wesentliche Erleichterung für Neugründer/-innen dar.

5.3.3 Herausforderungen und Ausblick

Verankerung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ im Rechnungslegungsrecht	
Zuständige Organisation:	BMJ
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2015

Aus Anlass der Umsetzung der neuen EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU bis zum 20. Juli 2015 ist geplant, das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ auch im Rechnungslegungsrecht zu verankern, indem von beschränkten Berichtspflichten für kleine Unternehmen ausgegangen wird, und erhöhte Berichtspflichten für größere Unternehmen in eigenen Bestimmungen geregelt werden. Dies wird zum Anlass genommen, die Berichtspflichten kleiner Unternehmen auf ihre Relevanz zu überprüfen und bei mangelndem Bedarf die kleinen Unternehmen von Anforderungen zu entlasten. Gleichzeitig wird erwogen, weitere Vereinfachungen für Kleinstunternehmen („Micro Entities“) zu schaffen.

5.4 Öffentliche Verwaltung

Auch Behörden sollen auf die Bedürfnisse von KMU abgestimmt sein. Um den Alltag von KMU zu vereinfachen, besagt der vierte Grundsatz „Öffentliche Verwaltung“, dass u.a. elektronische Dienste und zentrale Anlaufstellen („One-Stop-Shops“¹⁵) in den Behörden der Mitgliedstaaten sowie der EU eingerichtet werden sollen. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.4.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die Position Österreichs im Bereich „Öffentliche Verwaltung“ wird im SBA-Datenblatt 2014 als unterdurchschnittlich bewertet. Im Detail zeigt sich jedoch, dass Österreich bei den insgesamt 13 Indikatoren lediglich bei drei Indikatoren unter dem EU-Durchschnitt liegt. Diese betreffen die Dauer einer Unternehmensgründung, das einzuzahlende Mindestkapital sowie die „Lizenz- und Genehmigungssysteme“ (dieser Indikator misst, wie hoch der zeitliche und finanzielle Aufwand für den Erhalt aller notwendigen Genehmigungen ist). Eine Maßnahme, die in diesem Bereich ansetzt, ist z.B. die Vereinfachung im Betriebsanlagenrecht (siehe Kapitel 5.1.2).

Zu den Indikatoren, die sich auf die Unternehmensgründung beziehen, ist anzumerken, dass diese auf dem „World Bank Doing Business“-Report ba-

sieren und sich auf die Gründung einer GmbH beziehen. In Österreich kommt der GmbH als Rechtsform jedoch eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Rund 70 % der österreichischen Unternehmen werden in Form eines Einzelunternehmens gegründet. Des Weiteren entfällt ein Großteil der Gründungen auf freie Gewerbe, welche innerhalb eines Tages ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen können.

Bei weiteren Indikatoren, welche die KMU-Freundlichkeit der öffentlichen Verwaltung messen, liegt Österreich über dem europäischen Mittelwert. So können österreichische Unternehmen den wichtigsten steuerlichen Verpflichtungen mit einem durchschnittlichen zeitlichen Aufwand von 166 Stunden im Jahr rascher nachkommen als die Unternehmer/-innen im EU-Durchschnitt (193 Stunden). Auch die Anzahl der Steuerzahlungen pro Jahr hat sich in den letzten Jahren von 22 (2011) auf 12 reduziert und ist damit etwas geringer als im EU-Durchschnitt (12,5). Überdurchschnittliche Werte erzielt Österreich auch bei den 2014 neu eingeführten Indikatoren: Mit einem Anteil von 51 % finden weniger österreichische Unternehmer/-innen, dass die Komplexität der Verwaltungsverfahren ein Problem für die unternehmerische Tätigkeit darstellt als die Unternehmer/-innen im EU-Durchschnitt (63 %). 54 % der österreichischen Unternehmer/-innen stimmen zu, dass sich rasch ändernde Rechtsvorschriften ein Problem für ihre Geschäftstätigkeit darstellen – im Vergleich zu 70 % der Unternehmer/-innen im EU-Durchschnitt. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.4.2 Aktuelle Situation

In weiterer Folge werden die in Österreich umgesetzten Maßnahmen in der öffentlichen Verwaltung gegliedert in die Bereiche „Schaffung elektronischer Behördendienste und One-Stop-Shops“ und „Reduzierung des administrativen Aufwands“ dargestellt.

Schaffung elektronischer Behördendienste und „One-Stop-Shops“

aws -Fördermanager	
Förderorganisation:	aws
Zielgruppe:	Unternehmen, Haus- und Treuhandbanken
Einführungszeitpunkt:	März 2013

Der im März 2013 eingeführte aws-Fördermanager ist ein Internetportal zur elektronischen Einreichung und zum Monitoring von aws-Unternehmens-Förderungen. Das Serviceangebot richtet sich an Unternehmen sowie an Haus- und Treuhandbanken. Der aws-Fördermanager ist im Unternehmens-Service-Portal (USP) der österreichischen Bundesregierung integriert. Die Anmeldung mittels USP erfolgt ähnlich wie z.B. für FinanzOnline. Folgende Vorteile ergeben sich durch das Serviceportal für Unternehmen:

- Angebot eines zentralen, elektronischen Kommunikationsmediums zwischen Kunden und der aws;
- Laufende Einsicht in den aktuellen Bearbeitungsstatus des eigenen Förderantrags;
- Elektronische Abwicklung und Dokumentation aller Bearbeitungsschritte;
- Übersicht aller laufenden (und abgeschlossenen) Förderungen

Apps für Gründer/-innen und Jungunternehmer/-innen	
Förderorganisationen:	WKÖ, BMWFW, SVA d. gewerblichen Wirtschaft
Zielgruppen:	Unternehmensgründer/-innen und Jungunternehmer/-innen
Einführungszeitpunkt:	2013

Seit 2013 stehen für Gründer/-innen und Jungunternehmer/-innen unter anderem die nachfolgenden Apps zur Verfügung:

- GründerNavi: Gründungsinteressierte gehen die relevanten Schritte im Rahmen einer Gründung durch.
- StartUp Quiz: Das App ermöglicht den Nutzer/-innen, ihr Wissen über die Unternehmensgründung zu testen.
- SV- und Steuer-Rechner: Der Rechner gibt Selbstständigen einen Überblick über die im laufenden Jahr zu erwartenden Sozialversicherungs- und Einkommensteuervorschreibungen. Weiters werden die eventuell in Folgejahren zu erwartenden SV-Nachzahlungen berechnet.

- **Mindestumsatzrechner:** Unternehmensgründer/-innen können berechnen, wie viel Umsatz mindestens notwendig ist, um einen gewünschten Unternehmerlohn zu erwirtschaften.

Ziel der Entwicklung von Apps für Gründer/-innen und Jungunternehmer/-innen ist es, den Informationszugang zu zielgruppenspezifischen Informationen zu erleichtern, den Gründungsprozess durch die Unterstützung durch Apps zu erleichtern sowie die Transparenz bei den zu erwartenden Kosten für Sozialversicherung und Einkommenssteuer zu steigern. (https://www.gruenderservice.at/Content.Node/gruenden/Apps_fuer_Unternehmensgruender_und_Jungunternehmer.html)

Open Government Data Portal – data.gv.at	
Förderorganisationen:	Bundeskanzleramt, Cooperation Open Government Data Österreich
Zielgruppe:	Innovative KMU und EinzelunternehmerInnen (v.a. Entwickler im IT-Bereich)
Einführungszeitpunkt:	2012

Unter Open Government Data (OGD) versteht man jene nicht-personenbezogenen und nicht-infrastrukturkritischen Datenbestände, die im Interesse der Allgemeinheit ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Verbreitung und zur Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden.

Open Government Data wird das Potenzial zugesprochen, gesellschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt in vielen Bereichen nachhaltig zu fördern. Durch die Nutzbarmachung von nicht personenbezogenen Informationen des öffentlichen Sektors wird die Entwicklung neuer Produkte (z. B. Apps) und Dienste (z. B. Visualisierungen) durch innovative KMU gefördert sowie das Wirtschaftswachstum in Österreich insgesamt unterstützt. Bis heute wurden von über 25 einbringenden Stellen über 1.200 Datensätze über das One-Stop-Shop-Portal veröffentlicht und an die 200 Anwendungen darauf basierend erstellt. Das One-Stop-Shop-Portal [data.gv.at](https://www.data.gv.at) dient somit als zentraler Katalog für „Open Data“ in Österreich, ermöglicht in dieser Funktion v.a. das rasche Auffinden der gewünschten Daten über eine einzige elektronische Schnittstelle und fördert damit die Entwicklung von marktfähigen Produkten und Services durch innovative KMU. Die entwickelten Anwendungen können in weiterer Folge auf [data.gv.at \(https://www.data.gv.at/anwendungen/\)](https://www.data.gv.at/anwendungen/) eingereicht und gelistet

werden. Open Data könnte sich zum Innovationsmotor entwickeln und ein gesamtwirtschaftliches Potenzial in Milliardenhöhe bergen.

Reduzierung des administrativen Aufwands

Entlastung der Unternehmen im Statistikbereich	
Förderorganisationen:	Statistik Austria, OeNB
Zielgruppe:	meldepflichtige Unternehmen
Einführungszeitpunkt:	laufend

In den vergangenen Jahren wurden laufend Maßnahmen gesetzt, um den administrativen Aufwand statistischer Erhebungen für Unternehmen zu reduzieren. Zuletzt (in den Jahren 2013 und 2014) erfolgten insbesondere Flexibilisierungen und Anhebungen der Meldeschwellen bei unterschiedlichen statistischen Erhebungen. Ab 1.1.2015 müssen Unternehmen ab einem Schwellenwert von 750.000 € (zuvor: 550.000 €) an innergemeinschaftlichen Lieferungen oder Erwerben jährlich eine verpflichtende Meldung für Intrastat bei der Statistik Austria abgeben (Novelle zur Handelsstatistik 2009 BGBl II Nr. 233/2014). Es wird geschätzt, dass damit die jährliche Meldepflicht für rund 2.000 Unternehmen wegfällt. Auch die Meldegrenzen für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr ZABIL bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB) bzw. Statistik Austria wurden von bislang 50.000 € oder 200.000 € (je nach Branche) auf nunmehr 500.000 € für jeweils Dienstleistungsexporte bzw. -importe (einheitlich für alle Unternehmen) angehoben (Meldeverordnung Zabil 1/2012). Für geschätzte rund 1.500 Unternehmen entfällt durch diese Maßnahme die Meldepflicht. Weitere rund 3.000 meldepflichtige Unternehmen fallen aufgrund einer Anhebung und Flexibilisierung der Meldeschwellen bei der Konjunkturerhebung der Statistik Austria weg (BGBl II 327/2013).

5.4.3 Herausforderungen und Ausblick

Schaffung elektronischer Behördendienste und „One-Stop-Shop“

Unternehmensserviceportal - USP	
Förderorganisationen:	Initiative der Bundesregierung, BMF und Bundeskanzleramt unter Beteiligung aller Bundesministerien sowie weiterer Partner, wie etwa Statistik Austria, WKÖ, SVA d. gewerblichen Wirtschaft
Zielgruppen:	alle österreichischen Unternehmer/-innen, spezielle Services für KMU
Einführungszeitpunkt:	1.1.2010: Start des USP als Informationsportal, Mai 2012: Start des Transaktionsportals, laufender Ausbau

Das **Unternehmensserviceportal** (USP) bietet allen österreichischen Unternehmen **einen** Zugang zur öffentlichen Verwaltung mit umfassenden Informations- und Serviceangeboten sowie elektronischen Verwaltungsverfahren. Nach dem Start des USP als Informationsportal am 1.1.2010 und dem Transaktionsportal mit angemeldetem Bereich im Mai 2012 wird das Portal laufend weiter ausgebaut. Das USP entlastet die Unternehmen bei ihren Meldeverpflichtungen und kann als das zentrale Portal für Unternehmen im Sinne des „One-Stop E-Governments“ angesehen werden. Mit dem USP sollen zukünftig (2015/16) vor allem KMU ohne bestehende IT-Systeme über integrierte Workflows, elektronische Ablagesysteme und vorausgefüllte und intelligente Meldungen unterstützt werden. Ein Schwerpunkt für den weiteren Ausbau des USP liegt zudem auf der Gründung: Unternehmen sollen zukünftig am USP gleich online gegründet werden können. Im Vollausbau sollen sich österreichische Unternehmen bis zu 300 Mio. € an Verwaltungslasten pro Jahr durch effizientere Meldeprozesse sparen.

Das USP dient auch zur Authentifizierung und zum Direkteinstieg in den Fördermanager der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws). Alle Förderungen der aws können über den Fördermanager elektronisch beantragt werden. Förderungswerber/-innen haben über diese Förderungsplattform jederzeit Einblick in den Bearbeitungsstand ihrer Projekte und die Möglichkeit zur laufenden Kommunikation mit der aws.

E-Rechnung an den Bund	
Förderorganisation:	Bund
Zielgruppe:	alle österreichischen Unternehmen
Einführungszeitpunkt:	1.1.2014

Seit 1.1.2014 sind alle Vertragspartner des Bundes im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Bundesdienststellen verpflichtet, Rechnungen ausschließlich elektronisch in strukturierter Form einzubringen, was in Zukunft zu deutlichen Kosteneinsparungen führen soll. Bei ausschließlich elektronischer Rechnungslegung im gesamten österreichischen Wirtschafts- und Behördenverkehr wird das Einsparungspotenzial auf jährlich rund 400 Mio. € geschätzt. Neben dem Kostenfaktor bildet auch die Prozesssicherheit einen Schwerpunkt.

GewerbeInformationsSystem Austria (GISA)	
Förderorganisation:	BMWF in Kooperation mit den Bundesländern und Statutarstädten
Zielgruppe:	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft
Einführungszeitpunkt:	Prototyp: 2013; Vollbetrieb: 1. Halbjahr 2015

Ein weiteres Verwaltungsreformprojekt ist die Neugestaltung (Errichtung und Betrieb) des Zentralen Gewerberegisters. Mit dem neuen zentralen Gewerberegister, das in Zukunft "GISA" (GewerbeInformationsSystem Austria) heißen wird, wird ein Paradigmenwechsel vollzogen - das derzeitige Nebeneinander von 14 dezentralen Bundes-, Länder- und Städte-Gewerberegistern wird durch eine einzige bundesweite Lösung ersetzt. Dadurch werden Doppel- und Mehrfachgleisigkeiten beseitigt sowie Prozesse vereinheitlicht und gestrafft. Das GISA wird als bundesweite Transaktionsplattform die Möglichkeit bieten, eine einheitliche Gewerbeanmeldung durchzuführen. Schnittstellen zu allen wichtigen Registern und Portalen wie insbesondere dem USP sind geplant.

Die elektronische Anmeldemöglichkeit ist unternehmerfreundlich und hilft (Zeit-)Kosten zu sparen. Die Konzeption als einziges bundesweites Gewerberegister hilft zudem den beteiligten Gebietskörperschaften und Statutarstädten, den Aufwand bezüglich Betrieb und Programmierung in Zusammenhang mit Gewerbeordnungsnovellen zu minimieren.

Die Vorteile des GISA im Überblick:

- Gebietskörperschaftsübergreifende einheitliche Lösung, die tagesaktuelle und vollständige Daten aufweist;
- Einheitliche elektronische Gewerbeanmeldung;
- Datenabgleich mit anderen Registern, dadurch Entfall von Datenbeschaffungsaufwand für Unternehmer und Behörden;
- Umsetzung der notwendigen eGovernment-Erfordernisse, wie beispielsweise Barrierefreiheit.

Der Prototyp des Registers wurde im Sommer 2013 fertiggestellt und qualitätsgesichert. Es ist geplant, den Echtbetrieb Ende März 2015 aufzunehmen und einen konsolidierten Vollbetrieb Ende Sommer 2015 zu erreichen. Die rechtliche Grundlage wird durch eine entsprechende Novelle zur Gewerbeordnung 1994 geschaffen.

Reduzierung des administrativen Aufwands

Weitere Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen im Statistikbereich	
Förderorganisation:	Statistik Austria
Zielgruppe:	Meldepflichtige Unternehmen
Durchführungszeitraum:	2015

Zur weiteren Entlastung der Unternehmen im Statistikbereich wurde ab Oktober 2014 eine Anhebung und Flexibilisierung der Meldeschwellen bei der Leistungs- und Strukturerhebung sowie Intrastat der Statistik Austria erreicht, wodurch der Wegfall der Meldepflicht für 3.500 bzw. 2.000 Unternehmen durchgesetzt wurde. Weitere Erleichterungen sollen zudem zukünftig bei Intrastat, der Statistik zum Warenverkehr zwischen den EU-Mitgliedstaaten, erreicht werden. Durch die Einführung eines Einstromverfahrens (Single-Flow-System) sollen Warenströme nur mehr in eine Richtung erfasst werden (Intrastat-Verordnung 222/2009) und damit rund 9.000 Unternehmen von der Meldepflicht entbunden werden.

5.5 Politische Instrumente – KMU gerecht

KMU erwirtschaften über 60 % der Umsätze der österreichischen Wirtschaft, hielten 2013 jedoch einen Anteil am Gesamtwert der vergebenen öffentlichen Aufträge von lediglich 30 %. Kleineren Unternehmen sind die Chancen, welche sich durch öffentliche Aufträge ergeben, häufig nicht bewusst oder die Verfahren sind ihnen zu aufwendig. Auch vergeben Behörden unter Um-

ständen Aufträge bevorzugt an größere Unternehmen mit langjähriger Erfahrung als an jüngere Unternehmen. Der fünfte SBA-Grundsatz hält die Mitgliedstaaten daher dazu an, die Teilnahme von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren zu erleichtern. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.5.1 Österreich im europäischen Vergleich

Bei allen vier Indikatoren, welche die Performance der Mitgliedstaaten in diesem Bereich messen, liegen die österreichischen Werte im EU-Durchschnitt oder darüber. Behördenzahlungen gehen in Österreich mit 13 Tagen deutlich früher ein als im Durchschnitt der Mitgliedstaaten (28 Tage). Mit 37 % haben in Österreich 2013 anteilmäßig ebenso viele KMU an öffentlichen Ausschreibungen teilgenommen wie im EU-Durchschnitt. Insgesamt halten österreichische KMU mit 30 % einen geringfügig höheren Anteil am öffentlichen Auftragsvolumen als die europäischen KMU im Durchschnitt (29 %) und ein höherer Anteil an KMU nutzt elektronische Beschaffungsverfahren (15 % vs. 13 % im EU-Durchschnitt). (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.5.2 Aktuelle Situation

Innovationsfördernde Öffentliche Beschaffung (IÖB) – IÖB-Servicestelle	
Förderorganisationen:	Fördergeber: BMWFW und BMVIT Abwicklung: IÖB-Servicestelle der BBG
Zielgruppen:	alle österreichischen Unternehmen / KMU
Einführungszeitpunkt:	Beschluss IÖB-Leitkonzept: September 2012

Mit dem Ziel, das öffentliche Beschaffungssystem innovationsfördernder zu gestalten, wurde im September 2012 das IÖB-Leitkonzept durch die Bundesregierung beschlossen und wird seitdem umgesetzt. So wurde im Juli 2013 das Bundesvergabegesetz (BVerG 2006) novelliert und Innovation als sekundäres Beschaffungskriterium aufgenommen. Ende 2013 wurde in der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) eine IÖB-Servicestelle eingerichtet. Die IÖB-Servicestelle ist Anlaufstelle für IÖB-Fragen, initiiert und begleitet IÖB-Pilotprojekte, arbeitet mit sogenannten IÖB-Kompetenzstellen (z.B. AustriaTech, Energieagentur, aws und FFG) zusammen und bietet Ausbildungs- und Trainingsmodule an. Außerdem organisiert sie Innovationsplattformen mit der Wirtschaft, wo Beschaffer/-innen und Anbieter/-innen sowie

Beschaffer/-innen untereinander ihre Erfahrungen austauschen können (www.ioeb.at). Diese Maßnahmen helfen dabei, die Nachfrage nach innovativen Produkten zu erhöhen und stärken damit indirekt innovative Firmen. Sie stehen Groß- und Kleinunternehmen gleichermaßen offen, wobei neue Produktinnovationen vielfach von KMU kommen, wie ähnliche Initiativen aus anderen Ländern zeigen. Außerdem leisten sie einen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen, indem der Kauf und die Weiterentwicklung von innovativen Produkten zu deren Lösung favorisiert werden.

Beschaffungshandbuch der Bundesbeschaffung GmbH (BBG)	
Förderorganisation:	BBG
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2013

Die KMU-Strategie der Bundesbeschaffung GmbH (BBG, www.bbg.gv.at) basiert auf drei Pfeilern: Aufteilung von Verträgen in Teillose, Reduzierung der Verwaltungskosten und Steigerung des Vertrauens durch Kommunikationsmaßnahmen. Entsprechend dem BBG-Gesetz gibt es acht Beschaffungsgruppen, wie z.B. Reinigungsdienstleistungen oder Dienstleistungen der Informationstechnologie, die einer verpflichtenden KMU-Untersuchung unterzogen werden. Öffentliche Auftraggeber werden damit ermutigt, Verträge - wo möglich - in Lose zu unterteilen, um KMU die Teilnahme zu erleichtern. Das 2013 eingeführte Beschaffungshandbuch berücksichtigt diese Überlegungen und unterstützt die BBG-Mitarbeiter/-innen anhand verschiedener Richtlinien. Im Jahr 2013 fanden zwei Inhouse-Trainings für neue BBG-Mitarbeiter/-innen, auch zum Thema "KMU-Strategie", statt.

5.5.3 Herausforderungen und Ausblick

Unterstützung von KMU in neuen EU-Vergaberichtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU	
Förderorganisationen:	Öffentliche Auftraggeber und Sektorenauftraggeber
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2016

Die am 28. März 2014 veröffentlichten neuen EU-Richtlinien im Vergabebereich – 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU – enthalten zahlreiche Hinweise auf die notwendige Unterstützung von KMU. So sollen öffentliche

Auftraggeber keine nach wie vor aktuellen Unterlagen anfordern, die ihnen aus früheren Vergabeverfahren vorliegen. Weitere neue Regelungen umfassen verkürzte Verfahrensfristen sowie den Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel. Allgemeines Ziel ist es, die Beteiligung von KMU an Vergabeverfahren zu erleichtern und zu fördern. Die neuen Regeln sind bis spätestens April 2016 in nationales Recht umzusetzen.

5.6 Finanzierung

KMU sind beim Zugang zu Finanzierung im Vergleich zu Großunternehmen meist in einer schwierigeren Ausgangslage. Gerade bei Unternehmen in der Gründungsphase und wenn es um die Finanzierung früherer Expansions-schritte geht, agieren Banken und Investoren häufig risikoavers. In den vergangenen Jahren zeigte sich zudem eine Verschärfung der Kreditrichtlinien, d.h. die Anforderungen an Unternehmen bei der Kreditvergabe haben sich erhöht. Gemäß dem 6. SBA-Grundsatz sollen die Mitgliedstaaten daher u.a. danach trachten, „den Zugang der KMU zu Finanzierung zu erleichtern, insbesondere zu Risikokapital, Kleinstkrediten und Mezzaninkapital“. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.6.1 Österreich im europäischen Vergleich

Beim Zugang zu Finanzierungsmitteln kommt Österreich auf Basis der insgesamt acht Indikatoren zu einem besseren Gesamtergebnis als der Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Der Zugang zu Bankdarlehen wie auch der Zugang zu öffentlichen Finanzierungsmitteln einschließlich Bürgschaften gestaltet sich in Österreich einfacher als in vielen EU-Ländern. Hinter den EU-Durchschnitt fällt Österreich bei der Risikokapitalfinanzierung zurück. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.6.2 Aktuelle Situation

Auf Europäischer Ebene bietet die im Besitz der 28 EU-Mitgliedstaaten befindliche **Europäische Investitionsbank (EIB)** Globaldarlehen für Banken zu niedrigen Zinssätzen, durch welche es den Finanzinstituten ermöglicht wird, günstigere Finanzierung für KMU zur Verfügung zu stellen. Das gesamte Finanzierungsvolumen der EIB belief sich im Jahr 2013 auf 71,7 Mrd. €; das Fördervolumen für KMU umfasste 21,9 Mrd. €. Die Tochter des EIB, der Europäische Investitionsfonds (EIF), verfolgt ebenfalls das Ziel, den Zugang von KMU zu Finanzierung zu verbessern und komplettiert das Angebot der EIB mit Risikokapitalfinanzierungen. Der EIF bietet dafür Finanzvermittlern – wie z.B. nationalen Banken und Risikokapitalfonds – u.a. Eigenkapital- und Mikrofinanzierungsprodukte an.

In Österreich wird die Finanzierungsförderung im Wesentlichen von der **Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)** abgewickelt, während die **Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H (ÖHT)** für die Finanzierungsförderung im Tourismus verantwortlich ist. Im Folgenden wird zunächst auf die Förderaktivitäten der aws und ÖHT eingegangen, anschließend werden weitere Maßnahmen zur Finanzierungsförderung angeführt.

Finanzierungsförderung der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)

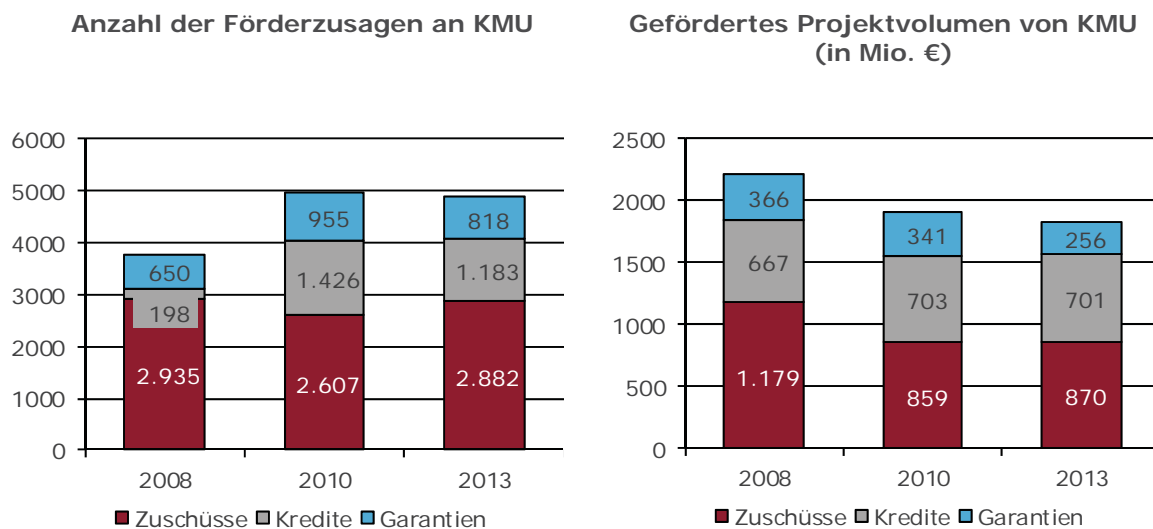
Die aws bietet eine Vielzahl an Finanzierungsförderungen für KMU. Die wichtigsten Instrumente umfassen Garantien, erp-Kredite¹⁶, Zuschüsse bzw. Prämien, Eigenkapitalmittel sowie Beratung. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 5.814 Förderungsfälle abgewickelt, wovon 97 % an KMU gingen. Die geförderte Finanzierungsleistung belief sich auf 915 Mio. €, das gesamte Projektvolumen geförderter Vorhaben umfasste 1,97 Mrd. € (KMU-Anteil jeweils rund 70 %). Durch die Fördertätigkeit der aws konnten im Jahr 2013 rund 68.700 Arbeitsplätze gesichert und weitere rund 6.400 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Über drei Viertel der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten sind in KMU entstanden.

In den vergangenen Jahren hat sich die Ausrichtung der aws-Förderungen weiter in Richtung kleinerer Unternehmen verschoben. Zuletzt (2013) waren bei den Zusagen an KMU Steigerungen um rund 15 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, während sich die Zusagen an Großunternehmen um knapp 38 % verringerten.

Eine Betrachtung der Entwicklung der aws-Förderaktivitäten in den vergangenen Jahren macht deutlich, dass die Zahl der Förderzusagen seit 2008 angestiegen ist, während das geförderte Projektvolumen rückläufig war. Im Jahr 2013 waren u.a. die von rückläufigen Unternehmensinvestitionen geprägten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verantwortlich dafür, dass Förderungen zunehmend bei kleineren Projekten zum Einsatz kamen, zudem wurden Förderungen verstärkt von kleineren Unternehmen nachgefragt.

In nachfolgender Grafik sind die an KMU vergebenen Förderzusagen und Projektvolumina im Bereich der Zuschüsse, Kredite und Garantien⁶ abgebildet. Im Vergleich dieser drei Förderarten zeigt sich für KMU, dass der größte Anteil der Förderzusagen sowie auch der Projektvolumina in Form von Zuschüssen vergeben wird.

Grafik 60 Entwicklung der an KMU vergebenen Zuschüsse, Kredite und Garantien der aws, 2008 - 2013



Quelle: aws

Mit 1.7.2014 sind neue aws Förderungsrichtlinien (für Zuschüsse und Garantien) gemäß KMU-Förderungsgesetz in Kraft getreten.

Die neuen aws Förderungsrichtlinien sehen im Sinne einer Wirkungsoptimierung der bestehenden aws Förderprogramme eine Fokussierung auf Unternehmensgründungen und Garantieübernahmen vor und ermöglichen in die-

⁶ Im Vergleich zur genannten Gesamtförderleistung sind Förderungen im Bereich Beratung und Eigenkapital nicht enthalten.

sem Bereichen geringfügige Erweiterungen. In einer Gesamtbetrachtung zeigt sich künftig ein Mitteleinsatz von rund 60 % für Jungunternehmer/-innen und rund 40 % für bestehende KMU für die Abwicklung der aws Förderungen (Zuschuss und Garantien, Abwicklungskosten und Fördermitteln).

Neben einer Ausweitung der Zuschussförderung für Jungunternehmer/-innen werden auch die Konditionen für Garantieübernahmen angepasst, die auch auf eine verbesserte Kofinanzierung mit den neuen EU-Programmen COSME und HORIZON 2020 abstellen und damit eine deutliche Finanzierungserleichterung für Unternehmensgründungen und KMU darstellen.

Nachfolgend werden die mit Juli 2014 eingeführten KMU-Finanzierungsförderungen der aws nach KMU-Förderungsgesetz aufgelistet:

Zuschüsse der aws für KMU und Gründungen (nach KMU-Förderungsgesetz)	
Förderorganisationen:	aws im Auftrag des BMWFW
Zielgruppen:	KMU; alle Branchen mit Ausnahme Tourismus; Fokus auf innovative KMU und Jungunternehmer/-innen
Förderperiode:	1.7.2014 – 31.12.2016

Ziel dieser Förderung ist die Unterstützung der Innovationstätigkeit und des Wachstums von wirtschaftlich selbstständigen kleinen und mittleren Unternehmen. Diese beinhaltet auch die Förderung von Jungunternehmer/-innen und von Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensfinanzierung. Damit soll auch ein aktiver Beitrag zur Stabilisierung und Verbesserung der Beschäftigungssituation geleistet werden - insbesondere durch Förderung von:

- Unternehmensgründungen und –nachfolgen durch Jungunternehmer/-innen

Als erleichternde Maßnahme wird die Jungunternehmereigenschaft von drei auf fünf Jahre ausgedehnt. Zusätzlich entfällt der Zwang, den Zuschuss an einen erp-Kredit zu knüpfen.

Generell wird im Intervall 20.000 € bis 100.000 € die Förderintensität von 5 % auf 10 % erhöht. Ab 300.000 € bis 800.000 € wird ein Zuschuss von 12 % mit Rückzahlungskomponente bei erfolgreichen Gründungen eingeführt. Damit fließen vergebene Mittel bei erfolgreichen Unternehmensentwicklungen wieder zurück und kommen neuen Unternehmensprojekten zu Gute.

- Innovationstätigkeit und/oder des Wachstums von wirtschaftlich selbstständigen KMU

Trotz der notwendigen Schwerpunktsetzung wird zusätzlich eine Zuschussmillion exklusiv für innovative Investitionsprojekte von bestehenden KMU nach dem Call-Prinzip vergeben. Dadurch können auch weiterhin EFRE-Mittel abgeholt werden.

Weitere Schwerpunkte der aws Zuschussförderung sind:

- Beauftragung von Beratung, Studien sowie von Maßnahmen zum Schutz, zur Verwertung und zur Durchsetzung von Schutzrechten
- Beauftragung von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung eines Kapitalmarktprospekts

Zuschussförderung für Kapitalmarktprospekte	
Förderorganisation:	aws im Auftrag des BMWWF
Zielgruppen:	KMU, Start-ups
Einführungszeitpunkt:	1.7.2014

Um den Zugang zu alternativen Finanzierungsformen zu erleichtern, unterstützt die aws KMU mit einem 50 %-Zuschuss von bis zu 50.000 € für die Erstellung eines Kapitalmarktprospektes. Ein solches Prospekt ist erforderlich, wenn Kapital für Finanzierungen über die Öffentlichkeit (ab 250.000 €) aufgebracht werden soll. Daraus resultiert die Prospektspflicht nach Kapitalmarktgesetz oder Börsegesetz, die ebenso ein wesentliches Kriterium für eine Antragstellung bei der aws darstellt. Zu den förderbaren Kosten zählen jene für externe Berater/-innen, Dienstleister/-innen und Behörden.

Garantien der aws für KMU und Gründungen	
Förderorganisationen:	aws im Auftrag des BMWWF und BMF, teilweise Rückgarantien des EIF im Rahmen der Programme CIP und RSI
Zielgruppe:	KMU; alle Branchen mit Ausnahme Tourismus
Förderperiode:	1.1.2012 - 30.6.2014

Um den Zugang zum Kapitalmarkt und zu kommerziellen Finanzierungen für KMU zu erleichtern, bietet die aws Garantien im Ausmaß von bis zu 80 % des beantragten Kreditvolumens an. Im Vergleich zu Zuschüssen haben Ga-

rantien eine besonders große Hebelwirkung und sind zudem budgetschonend in Relation zur Wirkung. Der gesamte Garantierahmen der aws umfasst 2,9 Mrd. €, wovon 750 Mio. € speziell für KMU bereitstehen.

Mit dem Start der aws Garantierichtlinien ab 1.7.2014 konnten aus dem Regierungsprogramm 2013-2018 bereits die 2. Chance (d.h. Scheitern ist kein formales Ausschlusskriterium für eine aws Förderung), die Halbierung der Bearbeitungsgebühren und die Unterschreitung der Mindestgarantieentgelte in Kombination mit EU-Förderprogrammen (z.B. Rückhaftung durch den EIF) umgesetzt werden.

Es können sowohl Investitionskredite als auch Betriebsmittelkredite von der aws garantiert werden. Spezielle Angebote gibt es für:

- Jungunternehmer/-innen
- Mobilisierung von Eigenkapital für junge Unternehmen (=Double Equity Programm)
- Mikrokredite (bis 30.000 €)
- Überbrückungsfinanzierungen
- Wachstums- und Innovationsprojekte von KMU
- Internationalisierungsvorhaben von KMU
- KMU-Stabilisierungsmaßnahmen

aws Gründerfonds	
Förderorganisationen:	aws im Auftrag des BMWFW und BMF
Zielgruppe:	innovative KMU
Einführungszeitpunkt:	1.1.2013

Die Eigenkapitalinstrumente der aws reduzieren die Finanzierungslücke für Unternehmensgründungen und wachstumsorientierte, innovative KMU, die sich im Bereich Eigenkapital und Venture-Capital-Finanzierung in Österreich ergibt.

Der aws Gründerfonds wurde im Rahmen der Jungunternehmer-Offensive neben dem aws Business Angel Fonds (siehe nachfolgende Maßnahme) im Jänner 2013 eingeführt. Der Fonds stellt jungen (max. 6 Jahre alten) Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial, die für ihr Geschäftsmodell nicht die erforderlichen Mittel z.B. über Bankkredite aufbringen können, Beteiligungskapital zur Verfügung und investiert in die Gründungs- und erste

Wachstumsphase von gewerblichen Unternehmen mit Sitz in Österreich. Der aws Gründerfonds bietet damit langfristiges Wachstumskapital in Form von offenen und stillen Beteiligungen an, ist branchentypisch strukturiert, arbeitet mit marktkonformen Konditionen und ist offen für Co-Investments. Das Beteiligungsvolumen liegt zwischen 100.000 € und 3 Mio. €. Rückflüsse in den Fonds stehen für weitere Beteiligungen zur Verfügung. Die gesamte Dotierung (inkl. Beteiligung Erste Bank AG) des Fonds beläuft sich auf insgesamt 68,5 Mio. €

aws Business Angel Fonds	
Förderorganisationen:	EIF und aws im Auftrag des BMWFV und BMF
Zielgruppe:	innovative KMU
Einführungszeitpunkt:	1.1.2013

Eine weitere Maßnahme, welche im Rahmen der Jungunternehmer-Offensive der aws mit dem Ziel der Erhöhung der Versorgung mit Risikokapital eingeführt wurde, ist der aws Business Angel Fonds. Der Fonds verdoppelt das von Business Angels eingebrachte Kapital in junge, österreichische Unternehmen und erhöht so die finanzielle Schlagkraft österreichischer Business Angels. Co-Finanzierungsvereinbarungen mit Business Angels können in Höhe von bis zu 2,5 Mio. € abgeschlossen werden. Durch das Einbringen von Know-how und von Netzwerken begleitet der Business Angel diese jungen Unternehmen bestmöglich bei der Erreichung ihres wirtschaftlichen Erfolges. Der aws Business Angel Fonds ermöglicht mit einer Dotierung von 22,5 Mio. € gemeinsam mit den Investitionen der Business Angels ein Finanzierungsvolumen von bis zu 45 Mio. €.

Finanzierungsförderung der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH (ÖHT)

Die ÖHT ist für die Finanzierungsförderung des Tourismus verantwortlich und wickelt im Auftrag des BMWFW Tourismusförderungen des Bundes ab. Der wesentliche Förderanteil (über 99 %) entfällt dabei auf den KMU-Sektor. Nachfolgend wird die Tourismusförderung der Jahre 2011 bis 2013 dargestellt.

ÖHT-Tourismusförderung 2011-2013	
Förderorganisationen:	Fördergeber: BMWFW, Abwicklung: ÖHT
Zielgruppe:	KMU der österreichischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft
Förderlaufzeit:	19.1.2011 ursprünglich bis 31.12.2013, verlängert bis 30.6.2014

Ziel der ÖHT-Tourismusförderung sind die Erleichterung der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen, Neugründungen oder Übernahmen sowie Restrukturierungsmaßnahmen, ein leichter Zugang zu Finanzmitteln und Förderung innovativer KMU im Bereich der Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Die Tourismusförderung besteht aus den vier Förderungsschwerpunkten „Investition“, „Jungunternehmer“, „Kooperation“ und „Restrukturierung“ sowie der Haftungsübernahme. Förderbar sind kreditfinanzierte Investitionsprojekte, Gründungs- und Startkosten eines Tourismusbetriebs, die Bildung und Weiterentwicklung von Kooperationen sowie die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität von Beherbergungsleitbetrieben. Die Förderung erfolgt anhand von Zuschüssen und Zinsenzuschüssen. Durch die Übernahme von Haftungen durch die ÖHT soll der Zugang zu Fremdmitteln und somit Finanzierungen für KMU erleichtert werden. Des Weiteren werden auch Kreditmittel des erp-Fonds für die Tourismuswirtschaft bereitgestellt, die über die ÖHT als Treuhandbank des erp-Fonds vergeben werden.

- Im Jahr 2012 konnten 951 Förderungsfälle mit einem Kredit-/Haftungsvolumen von rund 209 Mio. € positiv erledigt werden. Diese generierten ein Investitionsvolumen von rund 707 Mio. €. Die Budgetierung der ÖHT-Tourismusförderung belief sich für 2012 auf 23,84 Mio. €.

- Im Jahr 2013 konnten 780 Förderungsfälle mit einem Kredit-/Haftungsvolumen von rund 209 Mio. € positiv erledigt werden. Diese generierten ein Investitionsvolumen von rund 590 Mio. €. Die Budgetierung der ÖHT-Tourismusförderung belief sich für 2013 auf 21,84 Mio. €.

Weitere Finanzierungsförderungen

Erhöhung der Prospektpflichtschwelle für Crowdfunding	
Beschließende Organisation:	Parlament, BGBl. I Nr. 135/2013
Umsetzung:	Finanzmarktaufsicht (FMA)
Zielgruppe:	KMU, Start-ups
Einführungszeitpunkt:	Juli 2013

Um Crowdfunding als alternative Finanzierungsform für KMU und Start-ups zu stärken, wurde im Jahr 2013 die Prospektpflichtschwelle von 100.000 € auf 250.000 € angehoben. Unterhalb dieses Schwellenwertes können seit-her durch viele Kleinanleger finanzierte Projekte ohne Prospekt erfolgen. Dadurch werden die Kosten der externen Prospektkontrolle und bei Wertpapierprospekten die Gebühr für die Billigung durch die FMA eingespart.

5.6.3 Herausforderungen und Ausblick

Finanzierungsförderung der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws)

aws Programm 2014 bis 2016	
Förderorganisationen:	aws im Auftrag des BMWFW
Zielgruppe:	KMU; alle Branchen mit Ausnahme Tourismus
Förderlaufzeit:	2014 - 2016

Im strategischen Fokus des im Jahr 2013 erarbeiteten Mehrjahresprogrammes 2014 bis 2016 der aws stehen die aws-Kernkompetenzen Gründungen sowie Wachstum & Industrie. Gleichzeitig wird insbesondere die Stärkung der aws als Förderbank, welche die Unternehmen mit allen Finanzierungsformen in den Markt und am Markt begleitet, als zentrale Notwendigkeit betont. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund zunehmend schwieriger Finanzierungsbedingungen der Unternehmen bei den Banken gewinnt dieser Aspekt der aws-Tätigkeit an Bedeutung. Auch 2014 wird die Förderbank der Republik der heimischen Wirtschaft rund 1 Mrd. € anbieten – für Kredite, Garantien, Zuschüsse, Eigenkapital, Beratung und Coaching.

Im Bereich der **Garantien** ist die zentrale Zielsetzung der Neustrukturierung eine kundenorientierte Ausrichtung, die sich noch stärker als bisher an den Bedürfnissen der antragstellenden Unternehmen und finanzierenden Banken orientiert. Die aws wird die langjährige gute Kooperation mit den Europäischen Finanzinstitutionen wie dem EIF auch künftig forcieren und so an den kommenden Finanzinstrumenten unter COSME¹⁷ und RSI (unter HORIZON 2020¹⁸) teilnehmen. Im Zusammenhang mit der Garantieübernahme durch die aws wird künftig zusätzlich zur Betrachtung und Steuerung des Risikos auch eine standardisierte Bewertung des mit dem Risiko einhergehenden volkswirtschaftlichen Nutzens in die Projektbeurteilung aufgenommen werden. In der Bewertung von Projekten geht es somit nicht nur um die zukünftige Ertragskraft der geförderten Unternehmen, sondern insbesondere auch um positive Effekte auf das Innovations- und Wachstumspotenzial im Unternehmen, Arbeitplatzeffekte, das zukünftige Steueraufkommen, Infrastruktureffekte bis hin zu den Effekten auf die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Crowdfunding soll zukünftig als sinnvolle Ergänzung zur Kreditfinanzierung etabliert werden: Es wurde daher im August 2014 eine Kontaktplattform eingerichtet – www.equityfinder.at – welche den Zugang zu Crowdfunding sowie auch anderen alternativen Finanzierungsformen wie z.B. Risikokapital und Business Angels erleichtert. Auf der Kontaktplattform können sich Start-ups sowie KMU präsentieren und mit alternativen Geldgebern in Österreich vernetzen.

Finanzierungsförderung der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H (ÖHT)

Umwidmung des Haftungsrahmens der ÖHT	
Förderorganisationen:	Fördergeber: BMWFW, EIB; Abwicklung: ÖHT
Zielgruppe:	KMU der österreichischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft
Förderlaufzeit:	1.7.2014 bis 31.12.2020

Mittels Umwidmung von 250 Mio. € des Haftungsrahmens für die ÖHT für Kredite bei der EIB und anderen supranationalen Banken des Euroraums sollen ab 2015 (Förderlaufzeit bis Ende 2020) zinsgünstige langfristige Kreditmittel für die Tourismuswirtschaft über die ÖHT bereitgestellt werden. Aus Qualitätsüberlegungen richten sich die Kredite (mit zweckdienlichen

Ausnahmen) an Betriebe, deren Standard einer 3- und 4-Stern-Kategorie entspricht. Durch die Umwidmung können jährlich zusätzliche Finanzierungsmittel von rund 38 Mio. € zur Verfügung gestellt werden, die Investitionen in Höhe von knapp mehr als 80 Mio. € pro Jahr nach sich ziehen und geschätzt rund 1.200 Arbeitsplätze sichern werden. Die Umsetzung erfolgt unter anderem durch eine Novelle des KMU-Förderungsgesetzes im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2014.

Neuausrichtung der Tourismusförderung	
Förderorganisationen:	Fördergeber: BMWFW, Abwicklung: ÖHT
Zielgruppe:	KMU der österreichischen Tourismus- und Freizeitwirtschaft
Förderlaufzeit:	1.7.2014 bis 31.12.2020

Die Tourismusförderung wird weiterhin aus den Förderungsschwerpunkten "Investition", "Jungunternehmer" und "Restrukturierung" bestehen. Somit stehen die Hilfestellungen bei Unternehmensübernahmen oder Neugründungen, die Unterstützung bei Modernisierungen, Angebotserweiterungen oder Betriebsgrößenoptimierung sowie die aktive Begleitung von Unternehmenssanierungen wiederum im Mittelpunkt der Förderungstätigkeit. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse und Zinsenzuschüsse. Die im Zuge der Umwidmung des Haftungsrahmens generierten Mittel werden als "TOP-Impuls-Kredit" Bestandteil der Investitionsförderung. Einen weiteren Bestandteil bildet die Förderung von innovativen KMU, dabei wird die bisher überbetriebliche Förderung innovativer Kooperationsvorhaben um eine einzelbetriebliche Förderungsschiene erweitert. Durch die Übernahme von Haftungen durch die ÖHT soll der Zugang zu Fremdmitteln und somit Finanzierungen für KMU auch weiterhin erleichtert werden. Des Weiteren werden auch Kreditmittel des erp-Fonds für die Tourismuswirtschaft bereitgestellt, die über die ÖHT als Treuhandbank des erp-Fonds vergeben werden.

Basierend auf Erfahrungswerten der ÖHT wird damit gerechnet, dass pro Jahr rund 700 Förderungsfälle mit einem Kreditvolumen von rund 221 Mio. € positiv erledigt werden können. Diese werden ein geschätztes Investitionsvolumen von rund 435 Mio. € auslösen. Die Budgetierung der ÖHT-Tourismusförderung wird laut BVA für 2014 und 2015 jeweils 19,24 Mio. € betragen.

5.7 Binnenmarkt

KMU sollen in der Lage sein, die Chancen, die der gemeinsame EU-Binnenmarkt bietet, vollständig auszuschöpfen. Abzubauen Hemmnisse für KMU betreffen etwa ungenügende Informationen über die Rechtslage in anderen Mitgliedstaaten, fehlende Sprachkenntnisse sowie mit Ein- und Ausfuhren verbundene Kosten. Laut SBA soll die politische Steuerung des Binnenmarkts verbessert und die Unternehmer/-innen verstärkt informiert werden. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.7.1 Österreich im europäischen Vergleich

Durch den vergleichsweise kleinen heimischen Binnenmarkt und Österreichs zentrale Lage in Europa sind die österreichischen KMU besonders gut in den EU-Binnenmarkt integriert. 59 % der österreichischen KMU importierten 2011 Waren aus anderen Mitgliedstaaten im Vergleich zu 17 % im EU-Durchschnitt. Beim Export in andere Mitgliedstaaten lag der Anteil der heimischen KMU 2011 bei 27 %, während er im EU-Durchschnitt bei 14 % lag. Die Zahl der Vertragsverletzungsverfahren hat sich in den vergangenen Jahren von 58 im Jahr 2008 deutlich auf 23 im Jahr 2013 reduziert. Damit liegt Österreich bei der Umsetzung von Binnenmarktrichtlinien insgesamt über dem EU-Durchschnitt. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.7.2 Aktuelle Situation

Damit österreichische KMU die Chancen des Binnenmarktes entsprechend nutzen können, sind insbesondere die europäischen aber auch internationale Normen von Bedeutung – mehr als 90 % der Normen werden heute nicht mehr in Österreich selbst geschaffen. Im vorliegenden Unterkapitel wird daher auf Maßnahmen für KMU im Bereich der Normen eingegangen.

Die Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates zur europäischen Normung bestimmt, dass die nationalen Normungsorganisationen den Zugang von KMU zu Normen und Prozessen der Erarbeitung fördern und erleichtern. Die seit 1.1.2014 geltende neue Geschäftsordnung des ASI (Austrian Standards Institute) gewährleistet in diesem Zusammenhang beispielsweise einen freien Zugang zu Norm-Entwürfen und

eine kostenlose Bereitstellung von Kurzfassungen von Normen. Damit bekommen KMU einen leichteren Zugang zum Prozess der Erarbeitung von Normen und zu Normen selbst. Weitere Maßnahmen des ASI, die KMU zugutekommen, werden nachfolgend angeführt.

meinNormenPaket des ASI	
Förderorganisation:	ASI
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2010

Das österreichische Normungsinstitut ASI entwickelt und aktualisiert laufend seine Angebote für KMU. Das Geschäftsmodell „meinNormenPaket“ (www.meinnormenpaket.at) wurde 2010 eingeführt. Per 1.1.2015 wird dieses Modell bereits mehr als 30.000 österreichischen KMU (inkl. Architekten und Ingenieurkonsulenten) den Zugang zu den aktuellen ÖNORMEN zum Preis von etwas mehr als 1 € pro Jahr und pro ÖNORM bieten. Dabei steht das Gesamtportfolio von ÖNORMEN zur Auswahl. Insgesamt wurden 200.000 Dokumente im Rahmen von „meinNormenPaket“ bezogen. Das Modell „meinNormenPaket“ wurde als ein Musterbeispiel im KMU-Kapitel des DIN-Fortschrittsberichts in Hinblick auf Standardisierungspakete hervorgehoben (DIN (2014): Progress Report with regard to the “Standardization Package” – European Standardization, A Successful Model of Public-Private Partnership).

5.7.3 Herausforderungen und Ausblick

Refundierung des Teilnahmebeitrags in ASI-Normungsgremien	
Förderorganisation:	WKO
Zielgruppe:	Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (WKO-Mitglieder)
Förderlaufzeit:	1.1.2014 - 30.9.2014

Die WKO refundiert für einen Teilnehmer bzw. eine Teilnehmerin pro WKO-Mitgliedsunternehmen den für 2014 vom ASI vorgeschriebenen Teilnahmebeitrag (450 € exkl. USt.) in den Normungsgremien. Damit soll die Teilnahme an der Normung für alle Unternehmen ermöglicht und ein ausgewogenes und KMU-freundliches Normschaffen sichergestellt werden. In etwa 1.300 Unternehmen sollen mit der Maßnahme erreicht werden. Der budgetäre Umfang der Maßnahme beläuft sich auf rund 600.000 € für ein Jahr. Die Frist für die Antragstellung endete am 30.9.2014.

Online-Kommentierung von Vorschlägen für Normprojekte	
Förderorganisation:	ASI
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	1.1.2014

Das ASI informiert in vielfältiger Weise über die Vorteile der Teilnahme an der Normung und der Nutzung von Normen, auch in Kooperation mit Interessenvertretungen. Seit 2014 ist es möglich, über Internet kostenlos Vorschläge für Normprojekte zu kommentieren, bevor diese zu einem Normprojekt werden. Seit vielen Jahren besteht das elektronische Normenentwurfsportal, das die kostenlose Möglichkeit bietet, zu aktuellen Entwürfen Stellungnahmen abzugeben.

Erweiterung meinNormenPaket des ASI	
Förderorganisation:	ASI
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2010, Weiterentwicklung März 2014

Im März 2014 wurde vom ASI die Möglichkeit eröffnet, das Geschäftsmodell „meinNormenPaket“ auf Berufsschulen auszuweiten und damit die Normung leichter in der Ausbildung zu verankern.

Einrichtung einer Schlichtungsstelle beim ASI	
Förderorganisation:	ASI
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	1.1.2014

Beim ASI wird darauf Bedacht genommen, eine faire und ausgewogene Zusammensetzung der Normungsausschüsse zu gewährleisten, mehr als 90 % der Teilnehmenden sind KMU. Mit der Geschäftsordnung 2014 wurde am 1.1.2014 eine Schlichtungsstelle eingerichtet, die u.a. für bestimmte Fragen der Zusammensetzung von Normungsausschüssen zuständig ist. Diese kann nun auch bei der Ablehnung oder Aufnahme eines Normungsantrags, der Ablehnung zur Aufnahme eines Teilnehmenden, der Ablehnung der Berücksichtigung einer Stellungnahme, der Enthebung eines Teilnehmenden und bei Gründung eines Komitees auf Antrag eines Interessensträgers angerufen werden.

5.8 Weiterqualifizierung und Innovation

Im Grundsatz „Weiterqualifizierung und Innovation“ des SBA sollen KMU dazu animiert werden, in Forschung zu investieren, sich an FuE-Förderprogrammen sowie an transnationaler Forschung und Unternehmensclustern zu beteiligen und ihr geistiges Eigentum aktiv zu vermarkten. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.8.1 Österreich im europäischen Vergleich

Im Bereich „Weiterqualifizierung und Innovation“ kann Österreich bei den meisten Indikatoren überdurchschnittlich gute Werte erzielen, sodass sich ein eindeutig positives Gesamtergebnis für diesen Grundsatz ergibt. Neun von zehn österreichische Unternehmen (ab 10 Beschäftigten) bieten Weiterbildungsangebote für ihre Mitarbeiter/-innen an, während innerhalb der EU der Anteil im Durchschnitt bei 66 % liegt. Im EU-Vergleich beteiligen sich die heimischen KMU zudem deutlich häufiger an Innovationskooperationen mit anderen Partnern. Im Bereich des Online-Handels zeigt sich währenddessen ein zweigeteiltes Bild: Österreichische KMU kaufen zwar überdurchschnittlich häufig online ein, nutzen das Internet als Vertriebschiene jedoch vergleichsweise selten. Während 40 % der österreichischen KMU online einkaufen (EU: 26 %), liegt der Anteil der KMU mit Online-Verkäufen bei 12 % (EU-Durchschnitt: 14 %). Auch der Anteil am Umsatz, welcher durch E-Commerce erzielt wird, lag 2013 mit 12 % unter dem EU-Durchschnitt von 14 %. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.8.2 Aktuelle Situation

Einen weiteren Benchmark im Bereich Innovation bietet das jährlich von der Europäischen Union veröffentlichte „Innovation Union Scoreboard“. Österreich liegt 2014 weiterhin über dem EU-Durchschnitt, hält aber innerhalb der EU-28 den zehnten Platz und zählt damit zu den „Innovation Followern“. Zur Spitze des Innovation Union Scoreboard bzw. zu den „Innovation Leaders“ zählen Schweden, Dänemark, Deutschland und Finnland. Das Stärken/Schwächen-Profil für Österreich zeigt eine gute Performance bei den geistigen Eigentumsrechten (Patente, Handelsmarken, Designs) sowie einen

hohen Anteil an KMU, die sich an Innovationskooperationen beteiligen; zu den relativen Schwächen zählt die geringere Rate an Doktoratsstudenten und der geringe Anteil an Venture Capital Investments. (Europäische Kommission (2014a): Innovation Union Scoreboard 2014)

Im Bereich der Forschung und Entwicklung (FuE) zeigt sich für Österreich im EU-Vergleich ebenfalls ein positives Bild: 2012 weist Österreich mit 2,90 % hinter Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland die fünft-höchste Forschungsquote auf und liegt über dem EU-Durchschnitt von 2,06 %. Die von der Statistik Austria für das Jahr 2014 prognostizierten Bruttoinlandsausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung werden sich aller Voraussicht nach auf 9,32 Mrd. € belaufen, was einer FuE-Quote von 2,88 % entspricht. (BMWWF, BMVIT (2014): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2014)

In Österreich ist die **Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)** als zentrale Instanz mit der Abwicklung der Innovationsförderung betraut. Die im vorliegenden Unterkapitel dargestellten Maßnahmen gliedern sich demnach in Fördermaßnahmen der FFG und weitere Maßnahmen zur Förderung der Innovation und Weiterqualifizierung von KMU.

Innovationsförderung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG)

Die FFG entwickelt ihr Förderungs- und Dienstleistungsportfolio in Abstimmung mit ihren Eigentümerressorts BMVIT und BMWWF laufend weiter und bietet so ein differenziertes, auf die Bedürfnisse von KMU abgestimmtes Instrumentarienset an. Die FFG bietet Förderungen in verschiedenen Bereichen (Basis- und Strukturprogramme, Thematische Programme, Europäische und internationale Programme sowie die Agentur für Luft- und Raumfahrt).

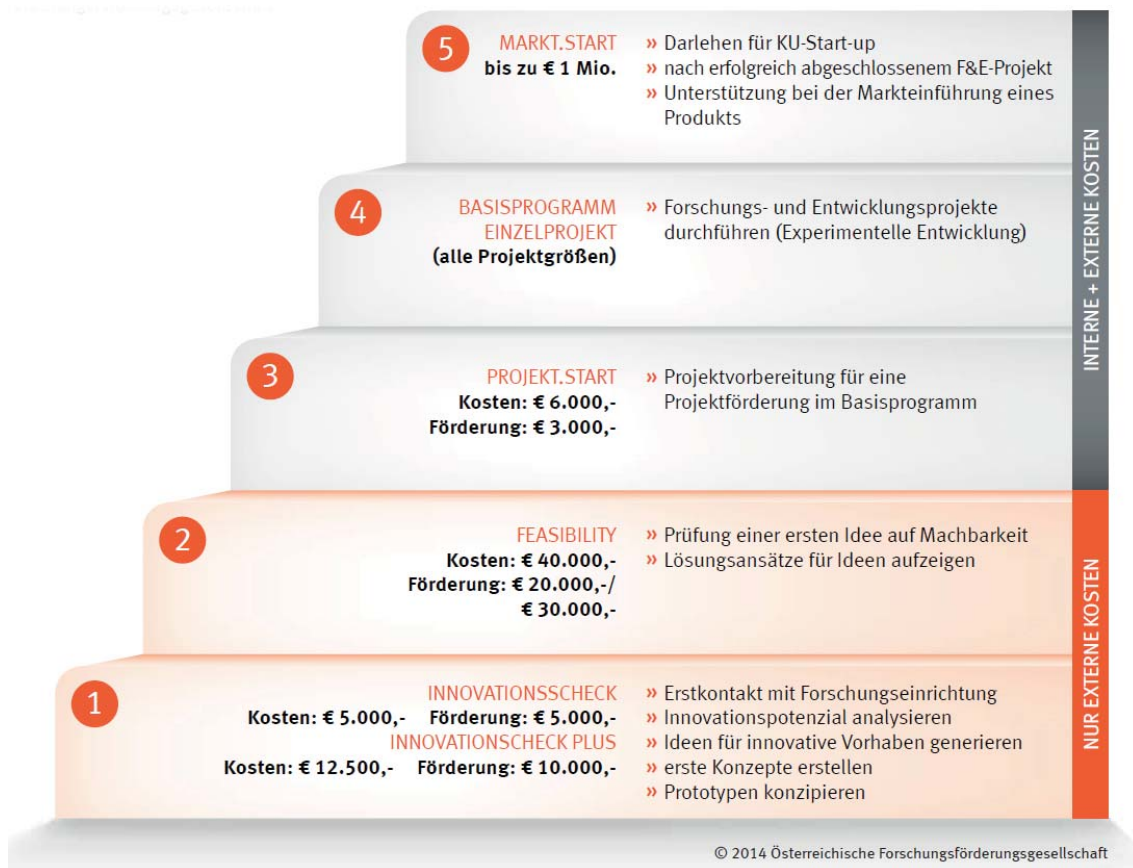
In den letzten Jahren hat die FFG ihr Förderangebot für KMU laufend ausgebaut. Zwischen 2004 und 2013 stieg die Anzahl der geförderten KMU (über alle Förderbereiche) von 832 auf 1.440, was einer Steigerung von 73 % entspricht. Die Förderquoten von KMU stiegen im gleichen Zeitraum von 28 % (2004) auf 39 % (2013). Den insgesamt 1.440 KMU, die 2013 ein FFG-gefördertes Projekt durchgeführt oder an einem teilgenommen haben, wurde ein Barwert von 95 Mio. € zugesagt.

Ein hoher Anteil der etwa 486 Mio. € an Förderungszusagen der FFG wird über die Basisprogramme abgewickelt, in deren Rahmen im Jahr 2013 Zuschüsse, Darlehen und Haftungen in Höhe von 292,99 Mio. € zugesagt wurden. Mit der Projektförderung im Rahmen der Basisprogramme unterstützt die FFG wirtschaftlich verwertbare Forschungsprojekte sowohl von Unternehmen als auch von Forschungsinstituten und von Einzelpersonen. Insgesamt wurden im Jahr 2013 im Bereich der Basisprogramme 1.264 Projekte gefördert.

Der Anteil der geförderten Projekte von Betrieben mit weniger als 250 Mitarbeiter/-innen konnte 2013 in den Basisprogrammen auf hohem Niveau bei 84,2 % (2012: 85 %) gehalten werden. In diese Projekte flossen Förderungsmittel in der Höhe von 160,87 Mio. € (2012: 142,26 Mio. €). 55 % der Förderungsmittel gingen damit an KMU. Insgesamt hatten 2013 43 % (2012: 44 %) der geförderten Unternehmen weniger als 10 Mitarbeiter/-innen.

Anfang 2011 wurden mit dem so genannten „KMU-Paket“ die speziellen Angebote für KMU weiter ausgebaut. Das Angebot reicht vom Innovationscheck und Innovationsscheck Plus (Zuschüsse für den Zukauf von Leistungen externer Forschungspartner), über Feasibility Studien (Machbarkeitsstudien), Projekt.Start (Unterstützung zur Vorbereitung von Forschungsprojekten), Einzelprojekten im Basisprogramm bis hin zu Markt.Start.

Grafik 61 KMU-Paket der FFG



Quelle: FFG

Markt.Start wurde 2012 neu eingeführt und in das KMU-Paket der FFG aufgenommen. Die Initiative wird nachfolgend detaillierter dargestellt.

Markt.Start – Markt- und Firmenaufbau	
Förderorganisation:	FFG, BMVIT
Zielgruppen:	Kleine Unternehmen, Start-ups
Einführungszeitpunkt:	21.8.2012

Die Initiative Markt.Start richtet sich an Start-ups, die als junge, technologieorientierte Unternehmen mit Sitz in Österreich eingestuft werden können. Die Förderung von Markt- und Firmenaufbau setzt auf erfolgreich abgeschlossene und von der FFG geförderte FuE-Projekte auf und ist auf die Phase der Markteinführung ausgerichtet. Die Unterstützung erfolgt in Form eines Darlehens von max. 1 Mio. € (zinsbegünstigt 0,75 % per April 2014), für welches keine Besicherung erforderlich ist. Finanzierbar sind bis zu 100 % der Kosten des Verwertungsvorhabens.

Ziele der Maßnahme sind u.a. die Behebung der Finanzierungsengpässe für Start-ups in der Markteinführungsphase, die Verbesserung ihrer Verwertungs- sowie Umsetzungsperformance und damit insgesamt die Erhöhung ihrer Überlebensfähigkeit. Seit dem Start am 21. August 2012 wurden 34 Anträge gestellt; 18 Zusagen konnten erteilt werden. Im Jahr 2013 beliefen sich die gesamten Auszahlungen auf 9,583 Mio. €.

KLIPHA – Klinische Studien für KMU	
Förderorganisation:	FFG
Zielgruppen:	KMU, Start-ups
Einführungszeitpunkt:	2012

Eine weitere 2012 eingeführte Maßnahme, welche sich speziell an KMU und Start-ups richtet, ist der Förderungsschwerpunkt KLIPHA – Klinische Studien für KMU. Gefördert wird die Durchführung von klinischen Studien, die in Kooperation mit zumindest einem österreichischen klinischen Zentrum durchgeführt werden. Die maximale Förderhöhe beträgt 1,5 Mio. €, wobei 50 % der Studienkosten gefördert werden können. Das Ziel von KLIPHA ist, einem Abbruch der Forschung bei Eintritt in die klinische Phase aus Mangel an Finanzmitteln entgegenzuwirken. Gleichzeitig soll der Zugang von österreichischen KMU im Biotechnologiebereich zu Wachstumsmärkten erleichtert werden. Jährlich stehen Mittel in Höhe von über 260 Mio. € für KLIPHA zur Verfügung.

Kooperationsbonus	
Förderorganisationen:	FFG, BMVIT
Zielgruppen:	Start-ups
Einführungszeitpunkt:	22.8.2013

Mit dem 2013 eingeführten Kooperationsbonus wird die Zusammenarbeit von etablierten Technologieunternehmen mit Start-ups gefördert. Junge Unternehmen sollen insbesondere in der kritischen Phase der Etablierung am Markt unterstützt werden. Gemeinsame Projekte von Forschungsunternehmen mit Start-ups werden daher im Rahmen der FFG-Basisprogramme zusätzlich zur Förderung aus dem Basisprogramm mit einem Kooperationsbonus von 15 % der Fördersumme unterstützt.

Förderung der Innovation und Weiterqualifizierung von KMU

Phönix	
Förderorganisationen:	BMWF, aws, WKÖ
Zielgruppe:	Junge Verwertungs-Spin-offs
Einführungszeitpunkt:	2012

Mit dem sogenannten „Phönix“-Preis werden seit 2012 innovative Unternehmensgründungen ausgezeichnet. Der Preis richtet sich an junge Verwertungs-Spin-Offs, also jene Ausgründungen, die auf Grund neuer Forschungsergebnisse in den Universitäten, Fachhochschulen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Ludwig Boltzmann Gesellschaft und dem Institute of Technology Austria entstanden und nicht älter als sechs Jahre sind. Eine international besetzte Fachjury ist für die Auswahl der Projekte zuständig. Jedes ausgezeichnete Unternehmen erhielt einen Förderbetrag in Höhe von 10.000 €. Ziel der Maßnahme ist die Schaffung von Bewusstsein für das Innovationspotenzial akademischer Einrichtungen und erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer aus wissenschaftlichen Einrichtungen.

Webshopoffensive des österreichischen Handels und Website-Check	
Förderorganisationen:	Sparte Handel der WKÖ mit Unterstützung von BMWF und WIFI
Zielgruppe:	Unternehmen der Sparte Handel
Durchführungszeitraum:	2013

Zwischen 2006 und 2013 stieg die Zahl der Einzelhandelsunternehmen, die mit einer eigenen Website im Internet vertreten sind, von 40 % auf 70 %. Über eine vergleichsweise geringe Internetpräsenz verfügen insbesondere Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. (Gittenberger/Vogl (2014): Internet-Einzelhandel 2014)

Mit dem Ziel der Sensibilisierung und Information von Handelsunternehmen zum Thema E-Commerce fand daher 2013 die österreichweite Veranstaltungsreihe „handel goes www – wissen, wundern, wagen, Erfolgsstrategien für den Verkauf im Internet“ statt. Begleitend dazu wurde in den Bundesländern Steiermark, Niederösterreich und Wien die geförderte Beratung „Website-Check“ angeboten. Rund 300 Webshopbetreiber/-innen nutzten dieses Angebot, welches neben der Einhaltung grundlegender Informationspflichten (Impressumpflicht) auch eine Reihe weiterer Bestimmungen und

Anforderungen im Bereich des Konsumentenschutzes, der Preisauszeichnung und der Zahlungssysteme umfasste.

5.8.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderung der Innovation und Weiterqualifizierung von KMU

Veranstaltungsreihe „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“	
Förderorganisationen:	WIFI und Unternehmerservice-Einrichtungen der WKÖ mit Unterstützung des BMWFW
Zielgruppe:	KMU
Durchführungszeitraum:	2014

Zur Förderung der Weiterqualifizierung von KMU fand im Jahr 2014 eine österreichweite Veranstaltungsreihe zum Thema „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“ statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stand die Kunst der richtigen Kombination von Fachwissen, unternehmerischem Know-how und sozialen Kompetenzen. Ziel war zudem das Setzen von „Aktivitäts- und Veränderungsimpulsen“ für Investitionen in Innovationen. Insgesamt wurden fünf Veranstaltungen mit rund 800 Teilnehmer/-innen durchgeführt.

Daneben erfolgte Bewusstseinsbildung im Rahmen von Veranstaltungen zur Europäischen KMU-Woche¹⁹, für die auch eine Neuauflage der Infobroschüre "Hot Spot KMU" (Auflage: 5.000 Stück) erstellt wurde.

5.9 Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie

Durch Klimawandel und die Energieknappheit sind KMU gefordert, sich anzupassen und auf nachhaltige Produktions- und Geschäftsmodelle umzustellen. Der 9. Grundsatz des SBA formuliert darauf basierend das Ziel, „KMU in die Lage zu versetzen, Umweltprobleme in Geschäftschancen umzuwandeln.“ Die Mitgliedstaaten sollen mit mehr Informationen, Vermittlung von einschlägigem Fachwissen und finanziellen Anreizen dafür sorgen, dass KMU die Chancen, die sich durch neue ökologische Märkte bieten, voll wahrnehmen können. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.9.1 Österreich im europäischen Vergleich

Beim Grundsatz „Umwelt“ erzielt Österreich erneut ein überdurchschnittlich positives Gesamtergebnis. 43 % der österreichischen KMU bieten grüne Produkte oder Dienstleistungen an, während innerhalb der Mitgliedstaaten der Anteil bei durchschnittlich 26 % liegt. Zwischen 2012 und 2013 ist dieser Anteil in Österreich zudem deutlich gestiegen (von 35 % auf 43 %). Auch profitieren heimische KMU häufiger von staatlichen Fördermaßnahmen für Projekte im Bereich Ressourceneffizienz oder für die Erstellung grüner Produkte. Der Anteil an KMU, die von Förderungen für grüne Produkte profitieren, hat sich zwischen 2012 und 2013 von 9 % auf 28 % erhöht und liegt damit weiterhin über dem EU-Durchschnitt von 26 %. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.9.2 Aktuelle Situation

KMU sind häufig in lokale Strukturen eingebunden und engagieren sich in ihrem täglichen unternehmerischen Alltag für ihre Mitarbeiter/-innen, Kund/-innen und ihre Umwelt. Sie sind damit im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) aktiv, wenngleich sie ihre CSR-Aktivitäten im Vergleich zu Großunternehmen meist weniger strategisch planen und auch seltener gezielt für Marketingkonzepte nutzen.

Die Organisation respACT – „austrian business council for sustainable development“ ist die führende Unternehmensplattform für CSR und nachhaltige Entwicklung in Österreich. Von den insgesamt rund 260 Mitgliedsunternehmen der Organisation zählen über 66 % zu den KMU. In weiterer Folge werden Maßnahmen von respACT zur Förderung von CSR in KMU angeführt.

KMU-Leitfaden: In 6 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht	
Förderorganisationen:	BMLFUW in Kooperation mit der WKO, respACT
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	Dezember 2013

Mit dem im Dezember 2013 eingeführten KMU-Leitfaden „In 6 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht“ wird Entscheidungsträger/-innen und Geschäftsführer/-innen von KMU eine praktische Hilfestellung beim Verfassen von Nachhaltigkeitsberichten nach der internationalen Richtlinie der Global Reporting Initiative (GRI) – G4 zur Verfügung gestellt. Der Leitfaden kann auf der Website von respACT (Austrian Business Council for Sustainable Development) heruntergeladen werden (<https://www.respect.at/kmu-leitfaden-nhb>).

5.9.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderoffensive für die thermische Sanierung	
Förderorganisationen:	BMWF, BMLFUW
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt	2011, neue Offensive seit 3.3.2014

Die im Jahr 2011 erstmals durchgeführte Sanierungsoffensive wird auch im Jahr 2014 fortgeführt. Die gemeinsame Förderaktion startete am 3.3.2014 (www.sanierungsscheck2014.at). 2014 stehen gemäß Budgetfahrplan wieder 100 Mio. € zur Verfügung. Im Rahmen der Aktion des Jahres 2013 wurden 24.028 Projekte genehmigt. Für die Sanierung von Häusern und Wohnungen konnten bis zu 9.300 € abgerufen werden. Dabei ist die durchschnittliche Förderhöhe um 42 % von 3.460 € im Jahr 2012 auf 4.900 € im Jahr 2013 angestiegen.

5.10 Internationalisierung

KMU sind von Handelshemmnissen stärker betroffen, da sie häufig begrenzte Mittel besitzen, um die mit internationalem Handel verbundenen Risiken aufzufangen. Damit auch KMU vom Wachstum internationaler Märkte stärker profitieren können, werden die Mitgliedstaaten im Grundsatz „Internationalisierung“ dazu angehalten, den KMU entsprechende marktspezifische Förderungen und Unternehmensschulungen anzubieten. (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

5.10.1 Österreich im europäischen Vergleich

Österreichische KMU zählen nicht nur beim Handel im EU-Binnenmarkt zu den Spitzenreitern, sondern handeln auch überdurchschnittlich häufig mit Drittländern. 15 % der KMU (im verarbeitenden Gewerbe) exportieren in Drittländer (EU-Durchschnitt: 10 %) und 16 % importieren aus Drittländern (EU-Durchschnitt: 8 %). Die Rahmenbedingungen für den internationalen Handel sind für österreichische Unternehmen vergleichsweise günstig: der zeitliche Aufwand wie auch die Anzahl der erforderlichen Unterlagen für Ein- und Ausfuhren sind geringer als in den meisten anderen Mitgliedstaaten. Die Kosten für Exporte und Importe liegen währenddessen geringfügig über dem EU-Mittel. (Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich)

5.10.2 Aktuelle Situation

Internationalisierung stellt einen auch im Regierungsprogramm 2013-2018 verankerten Schwerpunkt dar. Die Erhöhung der Zahl der Exporteure von 45.000 auf 55.000 ist explizit als Ziel festgeschrieben. Für die Jahre 2013 und 2014 stellt der Bund ein Budget von insgesamt rund 35 Mio. € für die Förderung der Internationalisierung bereit.

go-international	
Förderorganisationen:	BMFWF in Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2003
Förderlaufzeit:	1.4.2013-31.3.2015 (aktuelle Förderperiode)

Ein zentrales Element der Internationalisierungsförderung des Bundes ist das 2003 gestartete „go-international“-Programm (<http://www.go-international.at>). Es bietet 36 einzelne Förderinstrumente an. Für die Jahre 2013 und 2014 stehen 31 Mio. € für das Programm zur Verfügung. Strategisches Ziel von "go international" ist es, den österreichischen Platz unter den Top 5-Pro-Kopf-Exporteuren der EU-Mitgliedstaaten abzusichern. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Erschließung neuer Märkte mit neuen Produkten und Dienstleistungen. Dadurch kann Österreich vom Wachstumspotenzial von Zukunftsmärkten profitieren und wird unabhängiger von Krisen in einzelnen Regionen. Der Anteil der Fernmärkte (z.B. BRICS-Staaten, Nordafrika und Arabischer Raum, Kaukasus und Zentralasien) am Exportvolumen

soll daher weiter gesteigert werden, ohne aber die traditionellen Märkte zu vernachlässigen.

5.10.3 Herausforderungen und Ausblick

go-international	
Förderorganisationen:	BMWFW in Zusammenarbeit mit der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Zielgruppe:	KMU
Einführungszeitpunkt:	2003
Förderlaufzeit:	1.4.2013-31.3.2015 (aktuelle Förderperiode)

Im Rahmen der Exportoffensive go-international werden bis Ende der Förderperiode (31.3.2015) Pro-Kopf-Exporte von 14.900 € angestrebt, eine Exportquote von 57,5 % und ein Anteil der Exporte in Länder außerhalb der EU an den Gesamtexporten von 32,5 %. Auch den verschiedenen Clustern von go-international lassen sich jeweils Förderziele bis Ende März 2015 zuordnen, darunter etwa:

- "How to do business abroad"(Budget über 2 Jahre: 7,3 Mio. €): Ziel des Clusters ist es, österreichische KMU zum Export insbesondere in Nachbarmärkte zu motivieren sowie qualifizierte KMU (Nischenweltmeister) verstärkt an Fernmärkte heranzuführen und damit den Internationalisierungsgrad weiter zu erhöhen. Bis Ende März 2015 sollen insgesamt 4.000 neue Exporteure gewonnen werden.
- Mit dem Cluster „Strengthen Strengths“ (Budget über 2 Jahre: 13,4 Mio. €) sollen bereits exportierende Unternehmen in neue (Wachstums-)Märkte eingeführt werden. Ziel ist es, 4.000 österreichischen Exporteuren durch Branchenveranstaltungen, Kongresse und Messen neue Märkte zu eröffnen.
- Das Ziel des Clusters „Exporting Know-how“ (Budget über 2 Jahre: 5 Mio. €) ist es, Österreich als Anbieter Know-how intensiver Produkte und Dienstleistungen zu etablieren und bis Ende der Förderperiode 1.000 österreichische Dienstleistungsunternehmen auf Auslandsmärkte zu begleiten.

aws tec4market	
Förderorganisationen:	aws, Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung
Zielgruppe:	KMU vorzugsweise aus dem Bereich Gebäudetechnologie
Einführungszeitpunkt:	2014

aws tec4market ist ein Programm zur Technologie-Internationalisierung für KMU. Gefördert werden österreichische KMU, vorzugsweise aus dem Bereich Gebäudetechnologie mit den Förderungsschwerpunkten Schutzrechte, Studien und Demonstrationsvorhaben. Dabei können etwa Kosten für externe Berater/-innen, materielle und immaterielle Investitionskosten oder Kosten für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit einem Zuschuss von bis zu 50 % gefördert werden. Ziel des Programms ist ein verstärkter internationaler Markteintritt österreichischer Technologieunternehmen.

6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

99,6 Prozent aller österreichischen Unternehmen zählen zu den KMU und damit zu jenen rund 314.000 kleinen und mittleren Betrieben, die den überwiegenden Anteil der Arbeitsplätze und der Bruttowertschöpfung in Österreich schaffen. Zwei Drittel der Beschäftigten und rund 60 Prozent der Umsatzerlöse und der Bruttowertschöpfung sind auf KMU zurückzuführen. Über die vergangenen Jahre entwickelten sich die österreichischen kleinen und mittleren Betriebe sowohl im EU-Vergleich als auch gegenüber den Großunternehmen dynamischer. Die kleinen und mittleren Betriebe konnten damit zur selbst in Krisenzeiten europaweit niedrigsten Arbeitslosigkeit Österreichs beitragen und waren durch ihr starkes Engagement im Bereich der Lehrlingsausbildung auch für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit mitverantwortlich.

Damit die österreichischen KMU auch zukünftig ihre zentralen Funktionen innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft erfüllen können, wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen zu ihrer Förderung und Entlastung ergriffen.

Auf europäischer Ebene wird die Umsetzung der politischen Leitinitiative zur Förderung von KMU anhand der zehn Grundsätze des „Small Business Acts“ (SBA) jährlich evaluiert. Die aktuelle Leistungsüberprüfung der Europäischen Kommission stellt Österreich und den heimischen KMU ein sehr gutes Zeugnis aus. Bei vielen Indikatoren übertrifft Österreich den EU-Durchschnitt und weist damit eines der wettbewerbsfähigsten SBA-Profile innerhalb Europas auf. Im Vergleich zur Leistungsüberprüfung aus dem Jahr 2010/11, die für den Mittelstandsbericht 2012 herangezogen wurde, konnte Österreich seine Stellung in allen Bereichen halten oder verbessern. Verbesserungen wurden insbesondere in den Bereichen „Zweite Chance“, „Finanzierung“ sowie „Binnenmarkt“ erzielt.

So wurde das wichtige Prinzip „Vorfahrt für KMU“ bzw. „Think small first“ mit der seit 2013 verfassungsrechtlich verankerten Folgenabschätzung von staatlichen Maßnahmen inklusive „KMU-Test“ umgesetzt. Mit der Exportoffensive „go international“ und einem verbesserten Zugang von KMU zu Normen wurden zudem wesentliche Maßnahmen gesetzt, um heimische

KMU besser in den EU-Binnenmarkt zu integrieren und sie beim Export in stärker wachsende Drittländer zu unterstützen. Daher übertrifft Österreich sowohl beim Grundsatz „Binnenmarkt“ als auch beim Grundsatz „Internationalisierung“ den EU-Durchschnitt.

Mit der Implementierung der „Innovationsfördernden Öffentlichen Beschaffung“ (IÖB) Ende 2012 und der Verankerung der KMU-Strategie der Bundesbeschaffung GmbH in einem 2013 eingeführten Beschaffungshandbuch kann Österreich sich auch beim Grundsatz „Politische Instrumente – KMU gerecht“ weiterhin besser als die meisten EU-Staaten platzieren. Dennoch zeigt sich, dass KMU im Vergleich zu ihrer relativen Bedeutung im öffentlichen Beschaffungswesen noch unterrepräsentiert sind, sodass auch zukünftig Anstrengungen notwendig sind, um die öffentlichen Aufträge für KMU leichter zugänglich zu machen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist die Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung um zwei Jahre bis Ende 2016. Damit wird die regionale Beschaffung gestärkt.

Der einzige Grundsatz, bei dem sich Österreich nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt platziert, ist der Bereich „Öffentliche Verwaltung“ bzw. sind die administrativen Anforderungen an Unternehmen. Daher hat das Wirtschaftsministerium im August 2014 eine Entbürokratisierungs-Offensive gestartet, an der sich zahlreiche Betriebe mit ihren Anliegen beteiligt haben. Erste Verbesserungen im Bereich des Wirtschaftsministeriums wurden bereits erreicht, indem bisher verpflichtende Beauftragte wegfallen und überschießende Regelungen bei Eichvorschriften gestrichen wurden. Zudem wurden im Bereich der Arbeitszeitaufzeichnungen sowie im Arbeitnehmerschutz Erleichterungen für Arbeitgeber/-innen vorgenommen und gleichzeitig das Recht der Arbeitnehmer/-innen bei der Einschau verbessert. Darüber hinaus wurden durch zwei Verordnungs-Novellen bis zu 5.500 Unternehmen von statistischen Meldepflichten entlastet.

Als weitere Maßnahme soll ein neues zentrales, und österreichweit einheitliches Register, das "Gewerbeinformationssystem Austria - GISA", die bisherige Gewerberegistersystematik, die aus 14 dezentralen Registern und dem zentralen Gewerberegister besteht, ablösen.

GISA wird eine bundeseinheitliche Datenführung bringen und auch e-government-Funktionen für die Unternehmen anbieten sowie für die Gewerbeverfahren im Berufszugangsrecht bundesweit Standards schaffen, durch die die Gewerbeprozesse vereinheitlicht und vereinfacht werden. Damit wird bundesweit die Möglichkeit bestehen, Gewerbebeanmeldungen und weitere Anzeigen (zB Standortverlegungen, Geschäftsführerbestellungen, Eröffnung weiterer Betriebsstätten) nach einheitlichem Standard elektronisch einzubringen.

Das Wirtschaftsministerium bereitet gerade eine Gewerberechtsnovelle vor, mit der die rechtliche Grundlage zur Errichtung von GISA und die Ablöse der bestehenden Gewerberegistersystematik geschaffen wird; diese Novelle soll bereits Ende März 2015 gleichzeitig mit der Umstellung auf GISA in Kraft treten.

Zusätzliche Verbesserungen bringt die neue Gründerprivilegierung im Rahmen der GmbH-Novelle. Für weitere Vereinfachungen sorgen laufende Verbesserungen im Bereich der elektronischen Behördendienste und der Schaffung von „One-Stop-Shops“ sowie das Entbürokratisierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung.

Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der Öffentlichen Verwaltung müssen auch in Zukunft vorangetrieben werden. Das belegt auch die SBA-Leistungsüberprüfung für Österreich. Vor dem Hintergrund der immer wieder geäußerten Kritik am österreichischen Verwaltungssystem wird daraus aber auch ein erfreulicher Aspekt deutlich: die heimischen Unternehmer/-innen sind mit der Rechtssicherheit aufgrund eines stabileren Rechtsrahmens weit zufriedener als ihre europäische Kolleg/-innen und auch die Komplexität der Verwaltungsverfahren in Österreich sehen weit weniger Unternehmer/-innen als Problem an als im EU-Durchschnitt.

Auffallend ist auch, dass Österreich bei der Umsetzung des Grundsatzes "unternehmerische Initiative" beim regulatorischen Umfeld zwar gut unterwegs ist. Aufholbedarf besteht hier dafür aber, was die Absicht betrifft, selbst ein Unternehmen zu gründen oder die Einstellung Unternehmen gegenüber. Insgesamt wird das unternehmerische Umfeld als KMU-freundlich eingestuft, wenn es aber darum geht, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, sind die Österreicher/-innen seltener geneigt, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Nur 46 Prozent halten Unternehmertum für einen erstrebenswerten Karriereweg. Auch wenn die attraktiven Beschäftigungsmöglichkei-

ten in bestehenden Unternehmen sicherlich auch dazu beitragen, fällt der Abstand von elf Prozentpunkten zum EU-Durchschnitt doch recht deutlich aus.

Auch im Bereich der "Zweiten Chance" für redlich gescheiterte Unternehmern/-innen liegt Österreich aufgrund der kurzen Dauer und der rückläufigen Kosten für eine Unternehmensschließung in Österreich sowie der gelockerten Ausschlusskriterien für aws Förderungen, die einen rascheren Neustart ermöglichen, beim rechtlichen Umfeld besser als die meisten EU-Staaten, allerdings finden gescheiterte Unternehmen in Österreich weniger Rückhalt in der Bevölkerung als im EU-Durchschnitt.

Demnach zeigt sich, dass in Österreich vor allem bei der Förderung des Unternehmergeistes angesetzt werden sollte. Die in der Vergangenheit gestarteten Initiativen, die schon bei der jungen Bevölkerung ansetzen und unternehmerisches Denken und Selbstständigkeit gezielt fördern, gehen hier in die richtige Richtung: So wurde Entrepreneurship Education in den Lehrplänen von Berufsbildenden Schulen verankert und mit „EureProjekte“ werden im Rahmen der Österreichischen Jugendstrategie junge Menschen finanziell bei der Realisierung ihrer Ideen und Projekte unterstützt und damit deren Eigeninitiative gefördert. Mit dem „Entrepreneurial Skills Pass“ soll es erstmals ein internationales Gütesiegel geben, das praktische und theoretische unternehmerische Kompetenzen zertifiziert und selbständiges Arbeiten fördert.

Nachdem Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung langfristig wirksam werden, sollten die Bemühungen in diesem Bereich weiter forciert und möglichst breit aufgestellt werden.

Obwohl es keine Kreditklemme gibt, bleibt die Unternehmensfinanzierung eine Herausforderung für die österreichischen KMU. Die Kreditbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund der konjunkturell angespannten Lage und veränderten Rahmenbedingungen (Basel II, III) verschärft und insbesondere im Bereich der Risikokapitalfinanzierung gibt es Versorgungslücken. Da sich die Finanzierungssituation für KMU in Österreich jedoch deutlich besser darstellt, als in vielen anderen EU-Staaten, kann Österreich bei diesem Grundsatz den EU-Durchschnitt übertreffen. Die umfassenden, auf den KMU-Bereich abgestimmten Förderangebote der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) sowie der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank GmbH (ÖHT) für den Tourismus leisten hierzu einen wesentli-

chen Beitrag. Mit dem aws Gründerfonds und dem aws Business Angel Fonds wurden zudem im Jahr 2013 zwei wichtige Initiativen umgesetzt, um die Risikokapitalfinanzierung zu erleichtern. Dennoch hat Österreich in diesem Teilbereich des Zugangs zu Finanzierung von KMU noch Luft nach oben. Daher laufen zusätzliche Anstrengungen, um die Rahmenbedingungen beim Zugang zum Kapitalmarkt für KMU weiter zu verbessern. Die Zuschussförderung für die Erstellung von Kapitalmarktprospekten ist bereits ein erster wertvoller Schritt in diese Richtung.

Herausragend platzieren konnte sich Österreich erneut beim Grundsatz „Weiterqualifizierung und Innovation“. Die heimischen KMU sind im EU-Vergleich überdurchschnittlich innovativ, beteiligen sich häufiger an Innovationskooperationen und engagieren sich stärker im Bereich der Fortbildung ihrer Mitarbeiter/-innen. Mit neun von zehn Unternehmen, die ihren Mitarbeiter/-innen Weiterbildungsangebote anbieten, liegen sie deutlich über dem EU-Durchschnitt von 66 Prozent und bilden damit eine tragende Säule beim Erhalt der hohen Qualität der Arbeitskräfte in Österreich. Maßnahmen, die KMU bei ihren Innovationsaktivitäten unterstützen, werden in Österreich insbesondere durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) angeboten – etwa durch ein spezielles „KMU-Paket“ oder den „Kooperationsbonus“, der seit 2013 die Zusammenarbeit etablierter Technologieunternehmen mit Start-ups fördert. Trotz der überdurchschnittlich guten Performance in diesem Bereich, zählt Österreich gemäß dem „Innovation Union Scoreboard“ der Europäischen Kommission weiterhin zu den sogenannten „Innovation Followern“. Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung bleibt es daher, die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Innovationen weiter zu verbessern, um zur Gruppe der „Innovation Leader“ aufzusteigen.

Besonders erwähnenswert ist, dass nicht zuletzt aufgrund eines Berichts von Deutschland und Österreich im Rahmen des Treffens der KMU-Botschafter die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel als zentrale Themenbereiche in den Fokus der Europäischen Kommission gerückt wurden. "Training & Skills" wird als neuer fünfter Schwerpunkt in den SBA aufgenommen werden. Obwohl Österreich bereits eine Vorreiterrolle einnimmt, muss die duale Ausbildung weiterentwickelt und noch attraktiver werden. Größte Herausforderung ist der demographische Wandel. Obwohl sich nach wie vor rund 40 Prozent eines Altersjahrgangs für eine Lehre entscheiden, sinkt die Zahl der Lehrlinge aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge. Daher müssen neue Zielgruppen erschlossen und muss die Erfolgs-

quote der Ausbildung verbessert werden etwa mit dem Pilotprogramm „Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe“, das nun österreichweit implementiert wird, oder der verstärkten Verankerung des Modells „Lehre und Matura“ im System der dualen Ausbildung. Ein weiterer wichtiger Reformpunkt ist der Ausbau der Berufs- und Bildungsorientierung in der Sekundarstufe I. Zusätzlich zur Erweiterung des Angebots der Berufsinformationszentren in den vergangenen Jahren soll das Thema in den Lehrplänen stärker verankert werden.

Eine Herausforderung, mit der sich österreichische KMU in naher Zukunft auseinandersetzen sollten, ist die frühzeitige Planung der Unternehmensübergabe. Dies ist umso wichtiger als in den nächsten zehn Jahren nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung ein großer Teil - immerhin mehr als ein Viertel - der KMU zur Übergabe anstehen. Die Sicherung des Fortbestands erfolgreicher Unternehmen durch Unternehmensübernahmen wird damit auch aus volkswirtschaftlicher Sicht immer wichtiger werden. Maßnahmen zur Unterstützung der KMU sollten daher auch in diesem Bereich ergriffen werden. Der Unternehmenswertratgeber als hilfreiches Tool für potenzielle Übergeber/-innen für eine erste Orientierung über den möglichen Marktwert seines Unternehmens und als Hilfestellung zu dessen Steigerung, ist bereits seit Juni 2014 online. Hier sollte aber in Zukunft noch mehr Bewusstseinsbildung betrieben werden, um Unternehmensübergaben frühzeitig einzuleiten, damit diese letzten Endes auch erfolgreich verlaufen.

Insgesamt zeigt sich, dass die heimischen kleinen und mittleren Betriebe gut aufgestellt sind und sich auch in schwierigen konjunkturellen Zeiten vergleichsweise dynamisch entwickeln konnten. Das unternehmerische Umfeld und die österreichischen KMU sind im internationalen Vergleich als besonders wettbewerbsfähig einzustufen. Die offenen Handlungsfelder sollten beständig aufgearbeitet werden, um den KMU auch weiterhin ein Umfeld bieten zu können, in dem sich unternehmerische Initiative lohnt und in dem sie die Möglichkeit haben, ihrer wesentlichen Rolle für die österreichische Wirtschaft gerne nachzukommen.

7 Anhang

7.1 Nationale statistische Daten

7.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft

Im vorliegenden Kapitel werden die Daten der Beschäftigungsstatistik 2013 der WKÖ gegliedert nach Sektoren sowie Unternehmensgrößen dargestellt. In dieser Statistik ist ausschließlich die gewerbliche Wirtschaft²⁰ umfasst. Eine Vergleichbarkeit mit den in Kapitel 1 angeführten Werten der Statistik Austria zur marktorientierten Wirtschaft ist nicht gegeben, da letztere auch die freien Berufe und das Veterinärwesen inkludieren. Zudem fließen in die Beschäftigungsstatistik alle Unternehmen ohne Umsatzschwelle von 10.000 € pro Jahr (wie in der Leistungs- und Strukturstatistik von Statistik Austria) ein.

Die nachfolgenden Darstellungen sind nach Sparten gemäß der Systematik der WKÖ gegliedert, wobei die Unternehmen nach ihrem Tätigkeitsschwerpunkt den jeweiligen Sparten zugeordnet sind. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Beschäftigten-Größenklassen, welche sich auf die unselbstständig Beschäftigten per Jahresende 2013 und nicht, wie in der Definition der Europäischen Kommission (siehe hierzu auch Kapitel 7.2 Definitionen), auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Selbstständige) beziehen, vorgenommen.

7.1.2 Struktur nach Größenklassen

Zum Jahresende 2013 zählten insgesamt rund 404.900 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu den KMU, was einem Anteil von 99,7 % an allen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft entspricht. Rund 1,4 Mio. Beschäftigte bzw. rund 61 % aller Arbeitnehmer/-innen waren in österreichischen KMU tätig.

Eine Differenzierung nach Größenklassen macht deutlich, dass der Großteil der Betriebe klein strukturiert ist. Rund 92 % der Unternehmen beschäftigten weniger als zehn Mitarbeiter/-innen.

Innerhalb der KMU war die Mehrheit der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern und in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern (jeweils rund 23 %) tätig. Rund 40 % der Arbeitnehmer/-innen arbeiteten in einem Großbetrieb.

Tabelle 44 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013				
	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	374.378	92,2	343.165	15,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	25.537	6,3	508.631	22,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	4.997	1,2	504.989	22,5
KMU insgesamt	404.912	99,7	1.356.785	60,5
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	1.088	0,3	886.637	39,5
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	406.000	100,0	2.243.422	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013				

7.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen

Das Gewerbe und Handwerk stellte 2013 die größte Sparte dar. Mehr als drei von zehn Betrieben und über ein Drittel der Beschäftigten waren Ende 2013 diesem Sektor zuzurechnen. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich war der Handel, zu dem knapp ein Viertel der Unternehmen und ein Fünftel der Arbeitnehmer/-innen zählten. Information und Consulting folgte an dritter Stelle, was die Zahl der Unternehmen betraf, mit rund 19 % aller Unternehmen, gefolgt von Tourismus und Freizeitwirtschaft mit einem Anteil von rund 17 % der Unternehmen. Die Tourismus und Freizeitwirtschaft beschäftigte währenddessen einen höheren Anteil an den Mitarbeiter/-innen in KMU (rund 18 %) als die Sparte Information und Consulting (rund 10 %).

Die größten Unternehmen – gemessen an der durchschnittlichen Zahl ihrer Mitarbeiter/-innen – finden sich bei den Banken und Versicherungen sowie in der Industrie. Die Anzahl der Arbeitnehmer/-innen betrug bei den Banken und Versicherungen im Jahr 2013 durchschnittlich rund 34 und in der Industrie durchschnittlich rund 16 unselbstständig Beschäftigte. Am kleinsten strukturiert war die Sparte Information und Consulting, diese beschäftigte im Jahr 2013 durchschnittlich rund 2 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen.

Tabelle 45 Anzahl der KMU und unselbstständig Beschäftigten in KMU der gewerblichen Wirtschaft sowie durchschnittliche Unternehmensgröße nach Sparten per 31. 12. 2013

	KMU		unselbstständig Beschäftigte in KMU		Ø Unternehmensgröße ¹
	absolut	Aufgliederung in %	absolut	Aufgliederung in %	
Gewerbe und Handwerk	127.298	31,4	457.371	33,7	3,6
Industrie	7.768	1,9	126.720	9,3	16,3
Handel	99.975	24,7	273.602	20,2	2,7
Bank und Versicherung	950	0,2	32.543	2,4	34,3
Transport und Verkehr	22.244	5,5	93.870	6,9	4,2
Tourismus und Freizeitwirtschaft	68.047	16,8	238.507	17,6	3,5
Information und Consulting	78.630	19,4	134.172	9,9	1,7
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	404.912	100,0	1.356.785	100,0	3,4

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Gewerbe und Handwerk

Von den insgesamt rund 127.500 Unternehmen des Gewerbe und Handwerks waren 2013 rund 127.300 Unternehmen bzw. 99,8 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten mit rund 457.400 Arbeitnehmer/-innen mehr als 77 % aller unselbstständig Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor.

Tabelle 46 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Gewerbe und Handwerk nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	116.330	91,2	124.940	21,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	9.475	7,4	186.995	31,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	1.493	1,2	145.436	24,5
KMU insgesamt	127.298	99,8	457.371	77,2
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	210	0,2	135.088	22,8
Gewerbe und Handwerk	127.508	100,0	592.459	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Industrie

Im Bereich der Industrie gab es Ende 2013 rund 7.800 KMU. Diese beschäftigten etwa 126.800 Mitarbeiter/-innen, was einem Anteil von 94,9 % aller Unternehmen sowie annähernd einem Drittel aller Beschäftigten der Industrie entsprach. Eine vergleichsweise große Bedeutung kommt innerhalb der Industrie den Großbetrieben zu. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie arbeiteten 2013 in einem Großbetrieb.

Tabelle 47 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Industrie nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	6.026	73,6	4.386	1,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	904	11,0	22.465	5,4
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	838	10,2	99.869	24,0
KMU insgesamt	7.768	94,9	126.820	30,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	419	5,1	289.953	69,6
Industrie	8.187	100,0	416.673	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Handel

In der Sparte Handel gab es zu Jahresende 2013 rund 100.200 Betriebe, von denen 99,8 % bzw. rund 100.000 zu den KMU gehörten. Diese beschäftigten mehr als die Hälfte aller Mitarbeiter/-innen dieser Sparte (56,8 %) bzw. rund 273.600 unselbstständig Beschäftigte.

Tabelle 48 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Handel nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	93.665	93,5	78.048	16,2
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	5.399	5,4	106.002	22,0
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	911	0,9	89.552	18,6
KMU insgesamt	99.975	99,8	273.602	56,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	188	0,2	208.383	43,2
Handel	100.163	100,0	481.985	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Bank und Versicherung

Ende 2013 waren bei den Banken und Versicherungen rund 1.020 Unternehmen bzw. knapp 93 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten rund 32.500 Mitarbeiter/-innen, was einem Anteil von rund 31 % an allen Mitarbeiter/-innen in diesem Wirtschaftsbereich entsprach.

Rund 30 % der Banken und Versicherungen gehörten zur Gruppe der Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte). In den anderen betrachteten Sektoren findet sich die Mehrheit der Unternehmen in dieser Unternehmensgrößenklasse, während in der Sparte der Banken und Versicherungen der größte Anteil (rund 42 %) im Bereich der Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeiter/-innen zu finden ist.

Tabelle 49 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Bank und Versicherung nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	313	30,7	933	0,9
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	430	42,2	10.449	9,9
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	207	20,3	21.161	20,0
KMU insgesamt	950	93,3	32.543	30,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	6,7	73.070	69,2
Bank und Versicherung	1.018	100,0	105.613	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Transport und Verkehr

Zu Jahresende 2013 zählten rund 22.200 Betriebe innerhalb der Sparte Transport und Verkehr zu den KMU. Dies entsprach rund 99,7 % aller Unternehmen. Die KMU boten rund 48 % aller Mitarbeiter/-innen einen Arbeitsplatz.

Tabelle 50 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Transport und Verkehr nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	19.981	89,5	22.288	11,5
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	1.906	8,5	38.075	19,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	357	1,6	33.507	17,3
KMU insgesamt	22.244	99,7	93.870	48,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	70	0,3	100.273	51,6
Transport und Verkehr	22.314	100,0	194.143	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013

Tourismus und Freizeitwirtschaft

Ende des Jahres 2013 zählten 99,9 % bzw. rund 68.000 Betriebe der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft zu den KMU. Rund 238.500 Beschäftigte waren in KMU tätig, die rund 89 % aller Mitarbeiter in diesem Wirtschaftsbereich ausmachten. Ein Vergleich mit den übrigen Sparten zeigt, dass in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft der höchste Anteil an Mitarbeitern, die in einem KMU arbeiten, zu finden ist.

Tabelle 51 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	62.384	91,6	72.793	27,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	4.940	7,3	95.383	35,5
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	723	1,1	70.331	26,2
KMU insgesamt	68.047	99,9	238.507	88,9
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	65	0,1	29.852	11,1
Tourismus und Freizeitwirtschaft	68.112	100,0	268.359	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Information und Consulting

Die insgesamt rund 78.600 KMU der Sparte Information und Consulting beschäftigten zum Jahresende 2013 etwa 134.200 Mitarbeiter. Beinahe alle Unternehmen (99,9 %) dieses Wirtschaftsbereiches waren KMU, welche auch rund 73 % aller Arbeitnehmer der Information und Consulting beschäftigten.

Tabelle 52 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Information und Consulting nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2013				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	75.679	96,2	39.777	21,6
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	2.483	3,2	49.262	26,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	468	0,6	45.133	24,5
KMU insgesamt	78.630	99,9	134.172	72,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	0,1	50.018	27,2
Information und Consulting	78.698	100,0	184.190	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2013				

7.1.4 Gründungsgeschehen

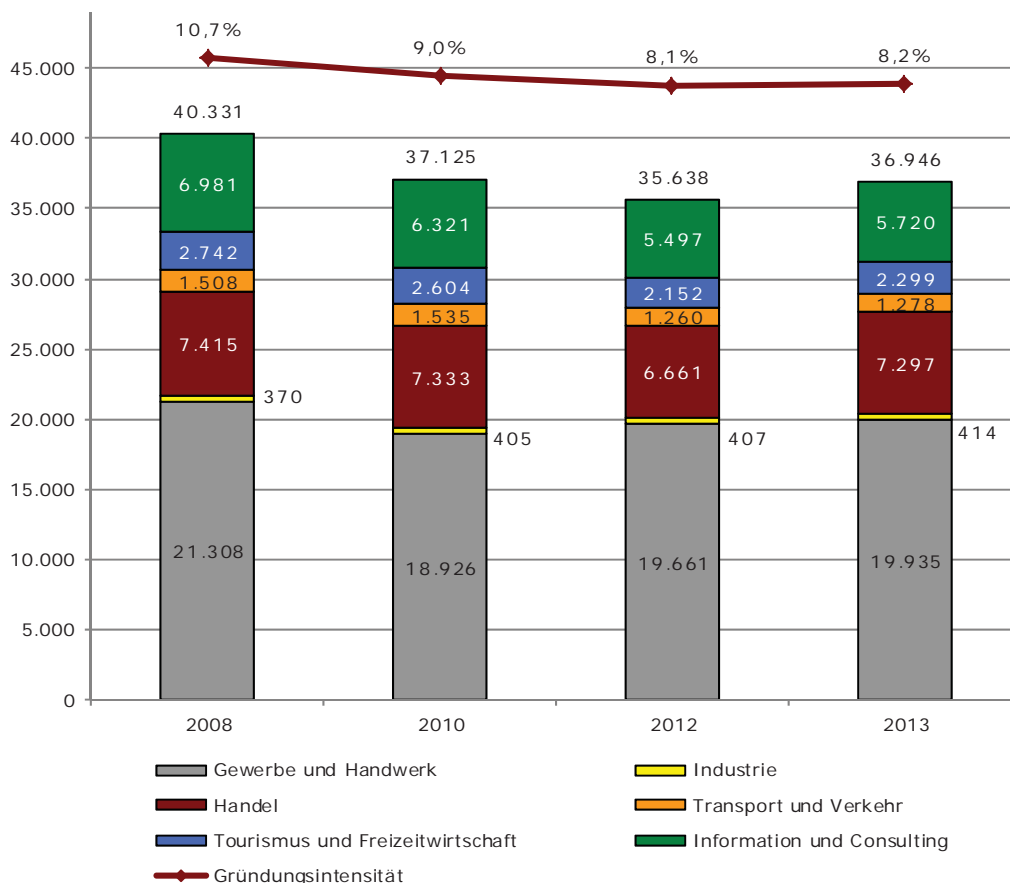
Nachfolgende Darstellungen basieren auf Daten der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich. Die Grafiken zeigen Neuzugänge an Wirtschaftskammermitgliedern insgesamt, wobei eine Differenzierung nach KMU mangels Beschäftigungsdaten nicht möglich ist. Die Daten sind zudem nicht mit der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kapitel 1.2) vergleichbar, welche die Anzahl der *Unternehmen* laut Unternehmensregister ausweist und nicht die Wirtschaftskammermitglieder.

2013 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 36.900 Unternehmen neu gegründet²¹, was einen Zuwachs von 5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Gründungsintensität, d.h. der Anteil der neugegründeten Betriebe an allen aktiven Kammermitgliedern lag bei 8,2 %. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die Neugründungen zuvor (zwischen 2008 und 2012) nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise rückläufig waren. Die Zahl an Gründungen im

Jahr 2008 von rund 40.300 Unternehmen und die hohe Gründungsintensität von 10,7 % konnte seither nicht mehr erreicht werden.

Die meisten Neugründungen fanden im Gewerbe und Handwerk sowie im Handel statt.

Grafik 62 Entwicklung der Neugründungen und der Gründungsintensität¹ in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 – 2013



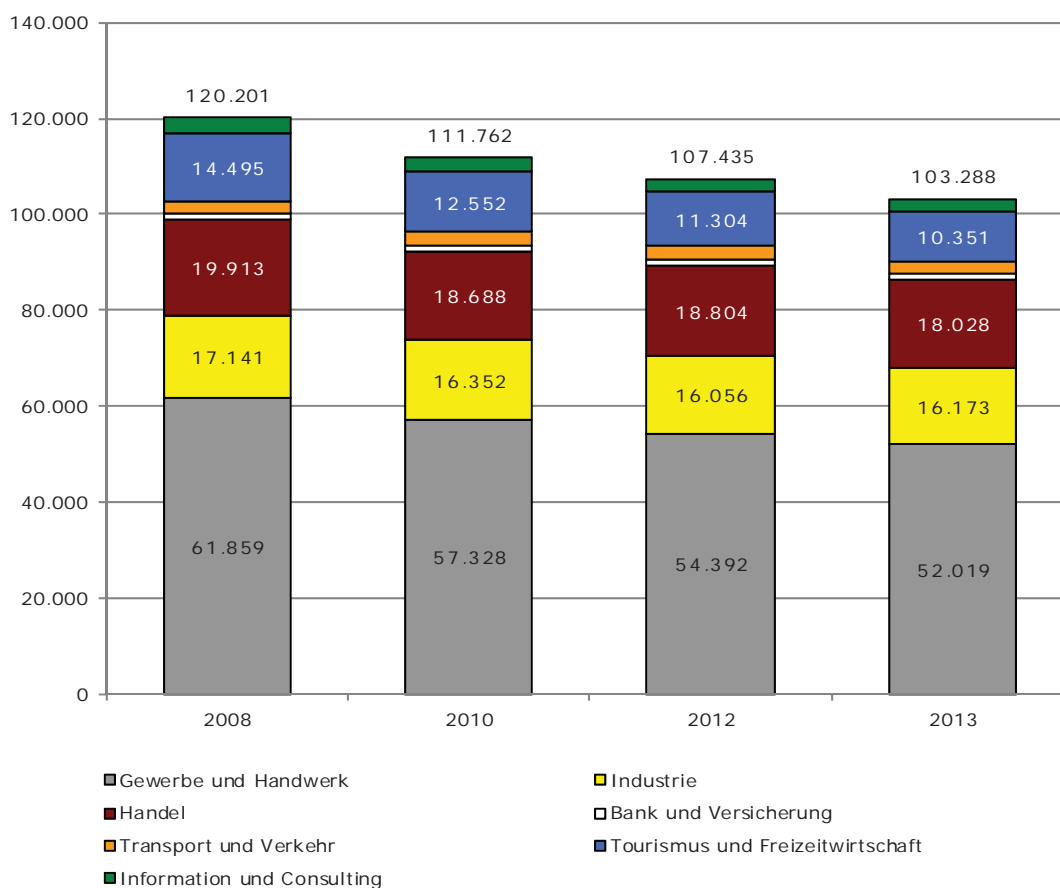
¹ Neugründungen in Prozent des Standes an aktiven Kammermitgliedern
Quelle: WKÖ, Neugründungsstatistik

7.1.5 Lehrlinge

In der gewerblichen Wirtschaft wurden im Jahr 2013 rund 103.300 Lehrlinge ausgebildet. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einem Rückgang von 3,9 %. In den vergangenen Jahren sank die Zahl der Lehrlinge stetig.

Ein Großteil der Lehrlinge wird im Gewerbe und Handwerk (2013 rund 52.000) ausgebildet, gefolgt vom Handel (2013 rund 18.000) und der Industrie (2013 rund 16.200).

Grafik 63 Entwicklung Lehrlingszahlen nach Sparten in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 - 2013



Quelle: WKÖ, Lehrlingsstatistik

7.2 Konjunkturprognosen

Nachfolgend werden neben der unter Kapitel 4.2.1 angeführten Daten die Prognosen weiterer Organisationen aufgelistet. Zu beachten ist hierbei, dass die unterschiedlichen Einschätzungen zum Teil auch durch unterschiedliche Veröffentlichungszeitpunkte zustande kommen.

Tabelle 53 Reale Veränderung des BIP, Prognosen für 2014 und 2015 für Österreich		
	2014	2015
Bank Austria	0,6	1,6
Europäische Kommission	1,6	1,8
IHS	0,8	1,6
IWF	1,0	1,9
OECD	1,5	2,1
OeNB	0,9	1,5
WIFO	0,8	1,2

Veröffentlichungszeitpunkt:
 Mai 2014: Europäische Kommission, OECD
 September 2014: Bank Austria, IHS, OeNB, WIFO
 Oktober 2014: IWF
 Quellen: Bank Austria, Europäische Kommission, IHS, IWF, OECD, OeNB, WIFO

7.3 Definitionen

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1. Marktorientierte Wirtschaft

Unter der marktorientierten Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008^{1a} bzw. NACE Rev. 2 die nachfolgend dargestellten Abschnitte B bis N und S95 zusammengefasst:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z.B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z.B. Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abteilung S95: Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Nicht enthalten sind die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1a. ÖNACE 2008

NACE (= nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1. 1.2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

2. Unternehmen

Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria eine rechtliche Einheit zu verstehen, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen kann eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten ausüben.

Erfasst werden von der Statistik Austria alle Unternehmen, die entweder mehr als 10.000 € Umsatz im Jahr oder mindestens einen unselbstständig Beschäftigten haben. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungs-, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der Wirtschaftskammer Österreich), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

Tabelle 54 Abgrenzungsmerkmale von KMU			
	Beschäftigte	Umsatz in Mio. €	Bilanzsumme in Mio. €
Kleinstunternehmen	9	2	2
Kleinunternehmen	49	10	10
Mittlere Unternehmen	249	50	43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1. Jänner 2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen^{3a} oder ein verbundenes Unternehmen^{3b} handelt. (Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen)

3a. Partnerunternehmen

Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält,
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält,
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

3b. Verbundenes Unternehmen

Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

4. Beschäftigte

Die Beschäftigten umfassen nach Statistik Austria die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber, Pächter), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter.

5. Beschäftigten-Größenklassen

Die Beschäftigten-Größenklassen beziehen sich auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Unternehmer/-innen). Bei Unternehmen mit 0 Beschäftigten handelt es sich zum Beispiel um Holdings, denen keine Beschäftigten zugewiesen werden.

6. Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

Zur besseren Abgrenzung von anderen Wirtschaftskonstrukten müssen EPU folgende charakteristische Merkmale aufweisen, um als solche klassifiziert werden zu können:

- selbstständige, dauerhaft auf den Markt ausgerichtete Tätigkeit
- auf Voll- oder Teilzeitbasis (d.h. auch neben einer anderen Beschäftigung), allerdings ohne Berücksichtigung jener Selbstständigen, deren jährliche Einkünfte unter dem Schwellenwert der GSVG-Pflichtversicherung liegen
- kein Mitunternehmertum
- keine dauerhaft (d.h. über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens 5 Monaten) beschäftigten Mitarbeiter, unabhängig vom Tätigkeitsausmaß (während sporadisch Beschäftigte der EPU-Eigenschaft nicht abträglich sind)
- Tätigkeit in der Gesamtwirtschaft (ohne Berücksichtigung der Land- und Forstwirtschaft, aber unter Einbeziehung der freien Berufe und der neuen Selbstständigen)

7. Neugründungen

Nach Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren - insbesondere Beschäftigung – geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z.B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies auch nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz über 10.000 € oder erstmals mindestens einen unselbstständig Beschäftigten hat. Wenn ein Unternehmen im Jahr der Gründung nur einen Teil des Jahres bestanden hat und im gleichen Jahr wieder geschlossen wurde, wird dieses Unternehmen im Jahr der Gründung zu den Neugründungen gezählt und im Jahr darauf zu den Unternehmensschließungen.

8. Schließungen

Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z.B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals über 10.000 € Umsatz erzielte, oder letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

9. Insolvenz

Eine Insolvenz beschreibt nach OeNB die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist.

Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

10. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlöschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

11. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Die Umsatzerlöse minus der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und Subtraktion der Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

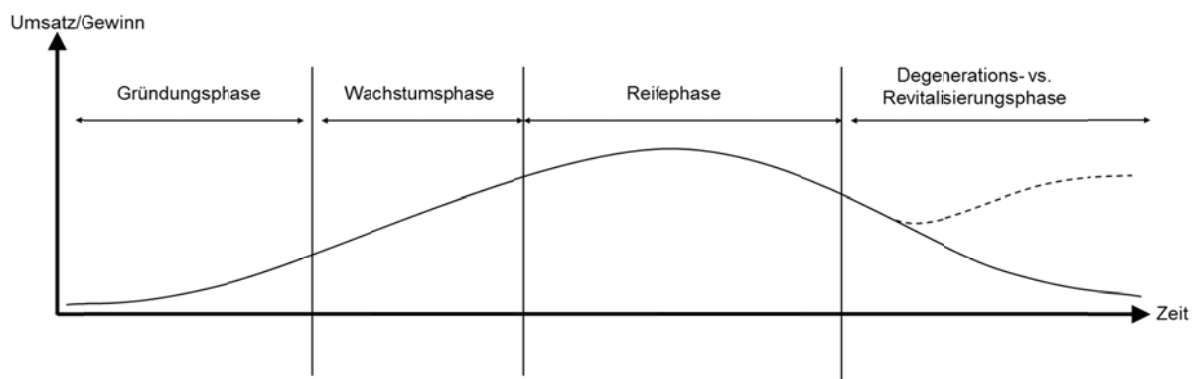
Heterogenität österreichischer KMU

12. Unternehmenslebenszyklus

Unternehmen als dynamische Organisationen verändern sich typischerweise entlang von Entwicklungspfaden im Zeitablauf. Je nach Phase, in denen sie sich befinden, weisen sie unterschiedliche Wachstumscharakteristika auf. Für die Erklärung von Unternehmensentwicklungen wird häufig die Metapher des Lebenszyklus in Anlehnung an den Lebenszyklus von Lebewesen verwendet.

Anhand von Lebenszyklusmodellen lassen sich idealtypische Wachstumsverläufe darstellen, die eine Orientierungshilfe für Unternehmen bzw. für die Analyse der Unternehmensentwicklung darstellen. Typischerweise wird der Unternehmenslebenszyklus durch vier bzw. fünf Phasen charakterisiert (vgl. Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)):

Grafik 64 Idealtypischer Unternehmenslebenszyklus



13. Kreativwirtschaft

Unter Kreativwirtschaft werden hier jene erwerbsorientierten Unternehmen erfasst, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Wesentliche Abgrenzungsmerkmale sind dabei das kreative oder kulturelle Schaffen als zentraler Input und die Erwerbsorientierung der Betriebe. Die Sektoren der Kreativwirtschaft umfassen Architektur, Design, Radio & TV, Software & Games, Verlage, Video & Film, Werbung sowie Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit.

14. Unternehmensnachfolge

Unter einer Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge wird der Übergang des Eigentums an einem Unternehmen auf eine andere natürliche Person oder Unternehmung (Personengesellschaft oder juristische Person) verstanden, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

15. One-Stop-Shop

Eine allgemein gültige Definition von „One-Stop-Shop“ existiert nicht. Allgemein werden darunter zentrale Anlaufstellen verstanden, an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) erforderlich sind, erfolgen können. Dies soll zu einem geringeren administrativen Aufwand und höherer Servicequalität führen.

16. erp-Kredite

Die Erträge des erp-Fonds (erp steht für European Recovery Program bzw. „Europäisches Wiederaufbau-Programm“) werden genutzt, um Kredite zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen zu können. Der Fonds wurde 1962 eingerichtet, um die so genannten Counterpart-Mittel aus dem Marshall-Plan zur Realisierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben und strukturverbessernder Maßnahmen zu organisieren. Er wird seit 2002 von der aws (Austria Wirtschaftsservice GesmbH) verwaltet.

17. COSME

COSME ist das EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU. Für die Laufzeit 2014 bis 2020 umfasst das Budget von COSME 2,3 Mrd. €. Die Ziele des Programms umfassen die Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für KMU und die Schaffung eines förderlichen Umfelds für Neugründungen und Expansion von Unternehmen. Im Zentrum stehen dabei die Förderung einer Unternehmerkultur in Europa, die Erhöhung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen sowie die Unterstützung von KMU bei der Expansion ins Ausland und Verbesserung ihres Zugangs zu Märkten.

18. HORIZON 2020

Horizon 2020 ist das EU-Programm zur Förderung von Forschung und Innovation, für welches von 2014 bis 2020 knapp 80 Mrd. € auf EU-Ebene zur Verfügung stehen. Die wichtigsten Ziele des Programms sind die Förderung exzellenter Forschung, wettbewerbsstarke Forschungs- und Unternehmensstandorte, mehr innovative Produkte und Dienstleistungen sowie ein vereinfachtes Regelwerk. Gefördert werden Grundlagenforschung ebenso wie innovative Produktentwicklung. Zu den Zielgruppen gehören Einzelforscher/-innen, Unternehmen und Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

19. Europäische KMU-Woche

Die Europäische KMU-Woche ist eine jährlich von der Europäischen Kommission veranstaltete Kampagne. Sie findet in 37 Ländern statt, damit erfahrene und angehende Unternehmer/-innen möglichst direkt angesprochen werden können. Ziel ist die Förderung von Unternehmen in ganz Europa im Einklang mit dem Small Business Act (SBA) für Europa. Es werden Informationen über die KMU-Förderung der EU sowie nationaler, regionaler und lokaler Behörden bereitgestellt. Ein weiteres Ziel ist die Anerkennung von Unternehmern für ihren Beitrag zum Gemeinwohl, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Nationale statistische Daten

20. Gewerbliche Wirtschaft

Die gewerbliche Wirtschaft beinhaltet die sieben Sparten, welche in der Wirtschaftskammer organisiert sind:

- Gewerbe und Handwerk
- Industrie
- Handel
- Banken und Versicherungen
- Verkehr und Transport
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Information und Consulting

21. Unternehmensneugründungen

In der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich wird der Zugang an Kammermitgliedern betrachtet. Bei einer Neugründung müssen zwei der drei folgenden Merkmale neu vorliegen: Firmenbezeichnung, Standort oder Branchenzugehörigkeit. Übernahmen bestehender Unternehmen gelten nur dann als Neugründungen, wenn sich der Standort oder das Tätigkeitsprofil ändert, wie z.B. Wechsel der Fachgruppenzugehörigkeit oder Ausweitung des Gewerbeumfanges. Ausgeschlossen werden jene Berechtigungen, die innerhalb von 6 Monaten nach dem Meldedatum des neuen Kammermitglieds bereits wieder gelöscht wurden (sogenannte „Sternschnuppen“).

7.4 Small Business Act

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind dynamische, wettbewerbsfähige Unternehmen von zentraler Bedeutung. „Der Wohlstand der EU wird daher in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir imstande sind, das Wachstums- und Innovationspotenzial kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) zu nutzen.“ (Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“)

Die Europäische Kommission hat daher im Juni 2008 eine ambitionierte politische Initiative vorgestellt: Den „Small Business Act“ für Europa – Vorfahrt für KMU in Europa. Ziel dessen war und ist es, das Wohlergehen der KMU als wesentliches Element der europäischen Politik zu etablieren und die Idee, die EU im internationalen Vergleich zu einem besonders attraktiven Standort für KMU zu machen, umzusetzen.

Im Small Business Act (SBA) wurden zehn Grundsätze festgelegt, die für die Planung und Durchführung KMU-politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene und jener der Mitgliedstaaten entscheidend sind.

Diese zehn Grundsätze, nach denen auch die Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gegliedert sind (vgl. Kapitel 5), umfassen:

- Unternehmerische Initiative: Förderung der unternehmerischen Initiative
- zweite Chance nach Insolvenz: zweite Chance nach redlichem Scheitern

- Prinzip „Vorfahrt für KMU“: Einführung des Prinzips „Think small first“
- Öffentliche Verwaltung: Schaffung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen („One-Stop Shop“)
- Politische Instrumente – KMU gerecht: Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen
- Finanzierung: Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Binnenmarkt: KMU sollen ermuntert werden, verstärkt die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen.
- Weiterqualifizierung und Innovation: Förderung der Weiterqualifizierung und aller Formen der Innovation
- Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie: Umweltprobleme sollen in Geschäftschancen für KMU umgewandelt werden.
- Internationalisierung: KMU sollen vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU profitieren.

Diese zehn Maßnahmen stellen das Gerüst für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Mit dem Beschluss des SBA im Rahmen der Tagung des Rates für „Wettbewerbsfähigkeit“ im Dezember 2008 haben sich die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet.

Um die Fortschritte der Reformvorhaben und damit der europaweiten KMU-Politik bewerten zu können, werden von der Europäischen Kommission regelmäßige Monitoringberichte verfasst. Das jährlich für jedes Land herausgegebene „SBA-Datenblatt“ dient als Informationsquelle zu aktuellen Bedingungen der KMU in einem Mitgliedstaat sowie der mittelfristigen Veränderung auf Basis statistischer Erhebungen.

Im Rahmen des „SBA-Datenblatts“ werden 68 Indikatoren (2014) betrachtet und dem jeweiligen Grundsatz zugeordnet. Im Rahmen der Weiterentwicklung der SBA-Datenblätter wird versucht, die Methodik zu verbessern und laufend weiterzuentwickeln. Im SBA-Datenblatt 2014 wurden etwa viele neue Indikatoren eingeführt und der Grundsatz „Prinzip Vorfahrt für KMU“ wurde 2014 erstmals auf Basis qualitativer Methoden erhoben.

Das „SBA Fact Sheet“ sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert. So gibt das „SBA Fact Sheet“ zwar Anhaltspunkte über die Situation und Entwicklung in den verschiedenen genannten Bereichen, ist jedoch kein umfassendes Monitoringinstrument für die KMU-Politik eines Mitgliedstaates, da nicht alle im SBA angeführten Maßnahmen erfasst werden können. Nachteile des „SBA Fact Sheet“ sind zudem die Vernachlässigung einiger Bereiche, wie etwa makroökonomischer Implikationen oder der Infrastruktur, mit direktem oder indirektem Einfluss auf die europäischen KMU.

Die zeitliche Verzögerung von teilweise zwei bis drei Jahren, mit der die statistischen Daten, welche die Grundlage der Vergleiche bilden, vorliegen, wirkt sich zudem nachteilig aus. Dieser Timelag lässt sich mit der Dauer der Erhebung der Daten auf Ebene der Mitgliedstaaten bzw. durch europaweite Befragungen und allenfalls notwendige Harmonisierungen erklären.

Ein weiteres Problem, das sich bei Zeitvergleichen zeigt, betrifft die Inkonsistenz der Zeitreihen: Obwohl davon ausgegangen wird, dass strukturelle Indikatoren sich eher langsam als abrupt verändern und damit nur eine kontinuierliche Änderung der Position der Mitgliedstaaten zu erwarten ist, zeigt sich in der Praxis, dass es zu starken Schwankungen im Ranking der Länder im Zeitvergleich kommen kann.

7.5 Übersicht der erfassten Maßnahmen

Maßnahme	SBA Grundsatz
Entrepreneurship an österreichischen Universitäten	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurship und Intrapreneurship Education an Berufsbildenden Schulen	1. Unternehmerische Initiative
Österreichische Jugendstrategie	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurial Skills Pass	1. Unternehmerische Initiative
Betriebsanlagenrecht – Erleichterung bei Betriebsübernahmen	1. Unternehmerische Initiative
Übernehmerinitiative	1. Unternehmerische Initiative
KMU-Bonitätsrechner	1. Unternehmerische Initiative
Führungskräfteprogramm Zukunft.Frauen	1. Unternehmerische Initiative
Der Mikrokredit	1. Unternehmerische Initiative
Unterstützungsleistungen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit für Menschen mit Behinderung	1. Unternehmerische Initiative
Gemeinsames SBA-Begleitprogramm	1. Unternehmerische Initiative
„EureProjekte“	1. Unternehmerische Initiative
Online-Ratgeber „KMU Unternehmenswert“	1. Unternehmerische Initiative
Webinare für EPU	1. Unternehmerische Initiative
Insolvenzrechtsänderungsgesetz (IRÄG)	2. Zweite Chance
KMU-Stresstest	2. Zweite Chance
Abschaffung der formalen Ausschlusskriterien von gescheiterten Unternehmer/-innen für neue Förderzusagen	2. Zweite Chance
Deregulierungsmaßnahmen – gewerbliche Betriebsanlagen	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
KMU-Test	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
GmbH-Novelle	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Prinzip „Vorfahrt für KMU“ im Rechnungslegungsrecht	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
aws -Fördermanager	4. Öffentliche Verwaltung
Apps für Gründer/-innen und Jungunternehmer/-innen	4. Öffentliche Verwaltung
Open Government Data Portal	4. Öffentliche Verwaltung
Entlastung im Statistikbereich	4. Öffentliche Verwaltung
Unternehmensserviceportal - USP	4. Öffentliche Verwaltung
E-Rechnung an den Bund	4. Öffentliche Verwaltung
GewerbeInformationsSystem Austria (GISA)	4. Öffentliche Verwaltung
Innovationsfördernde Öffentliche Beschaffung (IOB) – IOB-Servicestelle	5. Politische Instrumente – KMU gerecht

Maßnahme	SBA Grundsatz
Beschaffungshandbuch	5. Politische Instrumente – KMU gerecht
Unterstützung von KMU in neuen EU-Vergaberichtlinien	5. Politische Instrumente – KMU gerecht
Zuschüsse der aws für KMU und Gründungen	6. Finanzierung
Zuschussförderung für Kapitalmarktprospekte	6. Finanzierung
Garantien der aws für KMU und Gründungen	6. Finanzierung
aws Gründerfonds	6. Finanzierung
aws Business Angel Fonds	6. Finanzierung
ÖHT-Tourismusförderung 2011-2013	6. Finanzierung
Erhöhung der Prospektpflichtschwelle für Crowdfunding	6. Finanzierung
aws Programm 2014 bis 2016	6. Finanzierung
Umwidmung des Haftungsrahmens der ÖHT	6. Finanzierung
Neuausrichtung der Tourismusförderung	6. Finanzierung
meinNormenPaket des ASI	7. Binnenmarkt
Refundierung des Teilnahmebeitrags in ASI-Normungsgremien	7. Binnenmarkt
Online-Kommentierung Normprojekte	7. Binnenmarkt
Erweiterung meinNormenPaket des ASI	7. Binnenmarkt
Einrichtung einer Schlichtungsstelle beim ASI	7. Binnenmarkt
KMU Paket der FFG	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Markt.Start – Markt- und Firmenaufbau	8. Weiterqualifizierung und Innovation
KLIPHA – Klinische Studien für KMU	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Kooperationsbonus	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Phönix	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Webshopoffensive und Website-Check	8. Weiterqualifizierung und Innovation
Veranstaltungsreihe „Unternehmen Dirigieren – Die Kunst erfolgreicher Unternehmensführung“	8. Weiterqualifizierung und Innovation
KMU-Leitfaden - Nachhaltigkeitsbericht	9. Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie
Förderoffensive für die thermische Sanierung	9. Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie
go-international	10. Internationalisierung
aws tec4market	10. Internationalisierung

7.6 Quellen und Datenverzeichnis

- BMWWF, BMVIT (2014): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2014. Wien: BMWWF, BMVIT.
- Bachmann, E. et al. (2014): 12. Kreditbericht: Entwicklung der Kredite des österreichischen Bankensystems an den Unternehmenssektor. Wien: OeNB.
- Bodenmann, B. (2006): Lebenszyklusmodelle für Unternehmen in der Raumplanung. Arbeitsbericht Verkehrs- und Raumplanung 393. Zürich: Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme/ETH Zürich.
- creativ wirtschaft austria (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht – Studienfassung. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.
- creativ wirtschaft austria (2013): Fünfter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Schwerpunkt Kreativwirtschaft als regionaler Faktor. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend.
- creativ wirtschaft austria (2015): Sechster Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der creativwirtschaft austria der WKÖ mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.
- Dörflinger, C. et al. (2013): Wandel zum aktiven Unternehmertum. Zielgruppenspezifische Analyse der WKÖ-Mitglieder. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.
- DIN (2014): Progress Report with regard to the "Standardization Package" – European Standardization, A Successful Model of Public-Private Partnership. Berlin: Din e.V.
- Ebner, C. (2013): Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich. Frankfurt: Campus.
- Eppel, R./Mahringer, H. / Weber, A. / Zulehner, C. (2011): Evaluierung der Eingliederungsbeihilfe. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

- Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der europäischen Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission (2008): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2013): Aktionsplan Unternehmertum 2020 – Den Unternehmergeist in Europa neu entfachen. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2014a): Innovation Union Scoreboard 2014. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2014b): SBA-Datenblatt 2014 Österreich. Brüssel: Europäische Kommission.
- Gittenberger, E./Vogl, B. (2014): Internet-Einzelhandel 2014. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich – Bundessparte Handel und des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft.
- Lindner, B./Hölzl, K. (2013): A Survey of SME Accounting and Reporting Practices in Austria. Wien: Centre for Financial Reporting Reform Europe and Central Asia Region - The World Bank; KMU Forschung Austria.
- Mandl, I. et al. (2008): Unternehmensübergaben und –nachfolgen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie der Wirtschaftskammer Österreich – Gründer-Service.
- Mugler, J. (1998): Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe. Band 1. Wien: Springer.
- Nischalke, P. (2006): Die Organisation wachsender Unternehmen: Eine Entwicklung idealtypischer Gestaltungsalternativen auf system- und kontingenztheoretischer Basis. Schriften zur Organisation und Information, 8, Handelshochschule Leipzig.

Schmalzer, T. et al. (2013): Global Entrepreneurship Monitor 2012. Bericht zur Lage des Unternehmertums in Österreich. Graz: FH Joanneum Gesellschaft mbH.

WIFO (2014): Prognose für 2014 und 2015: Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering. Wien: WIFO.

Ziniel, W. et al. (2014): Unternehmensübergaben und –nachfolgen in Österreich. Status quo: Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen. Wien: KMU Forschung Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie der Wirtschaftskammer Österreich – Gründer Service.

7.7 Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeine Höhere Schule
AMS	Arbeitsmarktservice
AWS	Austria Wirtschaftsservice GmbH
BBG	Bundesbeschaffungsgesellschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLS	Bank Lending Survey
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Frauen
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMFJ	Bundesministerium für Familie und Jugend
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMS	Berufsbildende Mittlere Schule
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWFW	Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BRICS-Staaten	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
BVergG	Bundesvergabegesetz
CIP	Competitiveness and Innovation Framework Programme
CSR	Corporate Social Responsibility
CWA	creativ wirtschaft austria
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EK	Europäische Kommission
EMMI	European Money Markets Institute
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
erp	European Recovery Program
ESI	Economic Sentiment Indicator
EU	Europäische Union
Euribor	Euro Interbank Offered Rate
EZB	Europäische Zentralbank
FFG	Forschungsförderungsgesellschaft
FuE	Forschung und Entwicklung
GEM	Global Entrepreneurship Monitor
GISA	Gewerbeinformationssystem
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IÖB	Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung
IHS	Institut für Höhere Studien

IRÄG	Insolvenzrechtsänderungsgesetz
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSV1870	Kreditschutzverband von 1870
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank GmbH
respACT	Austrian Business Council for Sustainable Development
RSI	Risk Sharing Instrumente
SAFE	Survey on the access to finance of enterprises
SBA	Small Business Act
USP	Unternehmensserviceportal
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WKÖ	Wirtschaftskammern Österreichs
WKW	Wirtschaftskammer Wien